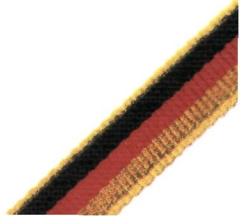
Verfassungsschutzbericht 1988

Linksextremistische Bestrebungen

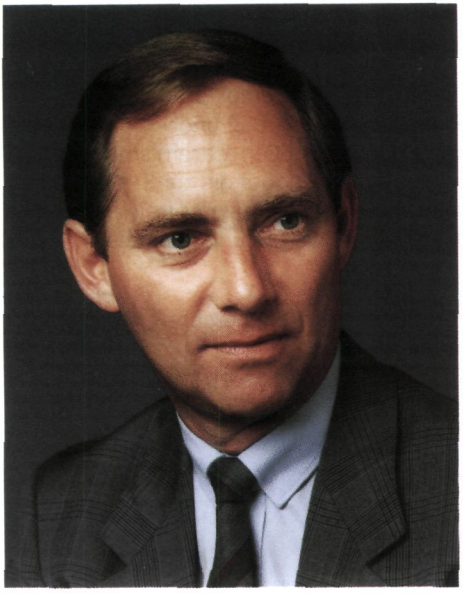
Rechtsextremistische Bestrebungen

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

Spionageabwehr



Herausgeber: Der Bundesminister des Innern, Graurheindorfer Straße 198
5300 Bonn 1, Juli 1989
Herstellung: Fritz Busche Druckereigesellschaft mbH, 4600 Dortmund 1



Vorwort des Bundesministers des Innern

Der jährliche Verfassungsschutzbericht ist ein wichtiger Beitrag zur Information der Bürger und ein wesentlicher Bestandteil praktizierter wehrhafter Demokratie. Unser freiheitlicher Rechtsstaat verfügt über ein Instrumentarium, um die Wiederholung einer Entwicklung zu verhindern, in der Grundprinzipien der Verfassung von ihren Gegnern angegriffen und ausgehöhlt werden konnten.

In dem Verfassungsauftrag, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen, sieht die Bundesregierung eine wichtige Aufgabe und ist bereit, die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus von links wie von rechts auch offensiv zu führen. Sie setzt dabei – in Übereinstimmung mit ihren Vorgängern und den Regierungen in den Ländern – auf die Überzeugungskraft der geistig-politischen Auseinandersetzung, der sie grundsätzlich Vorrang vor administrativen und gerichtlichen Maßnahmen gegen extremistische Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung einräumt.

Die Erhaltung des demokratischen Rechtsstaats kann nicht allein von staatlichen Behörden geleistet werden. Sie ist vielmehr Aufgabe aller Bürger. Ihre Bereitschaft, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren, an ihrer Bewahrung aktiv mitzuwirken und den Gegnern der freiheitlichen Demokratie entschlossen entgegenzutreten, ist der beste und wirksamste Verfassungsschutz.

Hierfür müssen der Öffentlichkeit die notwendigen Informationen vermittelt werden, die es jedermann ermöglichen, sich selbst ein Urteil über die Gefahren zu bilden, die unserem Rechtsstaat durch verfassungsfeindliche Kräfte drohen.

Der Information bedarf es auch deshalb, weil die Gegner unserer Verfassung nicht selten ihre wahren Ziele verschleiern, Scheinbekenntnisse zum Grundgesetz ablegen

oder durch Umwertung von Verfassungsnormen, politischen und juristischen Begriffen vermeintlich als Verfechter demokratischer Prinzipien auftreten.

Die Kriterien für die Grenzziehung zwischen Extremisten und Demokraten hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Parteiverbotsurteilen von 1952 und 1956 vorgegeben. Danach zählen Aktivitäten und Bestrebungen zum politischen Extremismus, bei denen konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, daß ihre Ziele oder die zur Erreichung dieser Ziele befürworteten Mittel und Wege ganz oder teilweise mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Widerspruch stehen. Zu deren fundamentalen Prinzipien zählen vor allem:

- Die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung
- die Volkssouveränität
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip
- die Chancengleichheit für alle politischen Parteien
- und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Bis 1973 wurden solche Bestrebungen zuweilen als »radikal« bezeichnet. Der Begriff »extremistisch« trägt demgegenüber der Tatsache Rechnung, daß politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine bestimmte nach allgemeinem Sprachgebrauch »radikale«, d. h. an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind »extremistisch« und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den oben umschriebenen Grundbestand unserer freiheitlichen rechtsstaatlichen Verfassung richten.

Der vorliegende Bericht faßt die Ergebnisse der Arbeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahre 1988 zusammen. Er kann keinen erschöpfenden Überblick geben; er unterrichtet über die wesentlichen Erkenntnisse und analysiert und bewertet die Entwicklungen und Zusammenhänge. Er ist als Orientierungshilfe für die politische Auseinandersetzung, nicht als eine abschließende juristische Würdigung zu verstehen. Dies gilt insbesondere für die Bewertung der von verfassungsfeindlichen Kräften beeinflußten Organisationen. Die Erwähnung einer Organisation im Bericht allein läßt noch keine Rückschlüsse auf die Verfassungstreue der einzelnen Mitglieder solcher Vereinigungen zu.

Dr. Wolfgang Schäuble

INHALTSVERZEICHNIS

Allgemeine Erfahrungen 12

Linksextremistische Bestrebungen 19

I. Übersicht in Zahlen 20
1. Organisationen und Mitgliederstand 20
2. Verlage und Vertriebsdienste 22
3. Periodische Publikationen 22
4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst 22
5. *Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen* 23

II. Orthodoxe Kommunisten 24
1. Politische und organisatorische Entwicklung 24
1.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) 24
1.1.1 Ideologisch-politischer Standort 24
1.1.2 Parteitag 26
1.1.3 Organisation und Finanzierung 26
1.1.4 Schulung der DKP-Mitglieder 27
1.1.5 Parteipresse 29
1.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW) mit Neben- und beeinflußten Organisationen 29
1.3 Nebenorganisationen der DKP 31
1.3.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ) 31
1.3.2 »Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus« (MSB) 32
1.3.3 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP) 33
1.4 Kommunistisch beeinflußte Organisationen 33
1.4.1 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland« (VVN–BdA) 34
1.4.2 »Deutsche Friedens-Union« (DFU) 35
1.4.3 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK) 36
1.4.4 »Die Friedensliste« 36
1.4.5 »*Demokratische Fraueninitiative*« (DFI) 36
1.4.6 »Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.« (VDJ) 37

1.4.7 »Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika« (ASK) 37
2. Bündnispolitik 37
2.1 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten 39
2.2 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Gewerkschaften 40
2.3 Einflußnahme auf die »Friedensbewegung« 41
2.4 Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst 44
2.5 »Antifaschismus-Kampagne« 44
2.6 »Antiimperialistische Solidarität« 45
3. Betriebsarbeit 46
4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit 46
4.1 Jugend 48
4.2 Kinder 49
4.3 Studenten 50
5. »Ideologischer Kampf« 51
5.1 Instrumente des »ideologischen Kampfes« 51
5.2 »Kulturarbeit« 52
6. Teilnahme an Wahlen 53
6.1 Landtagswahlen 53
6.2 Mandate in Kommunalvertretungen 53

III. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland 53
1. Anleitung, Unterstützung und Kontrolle der DKP 54
2. »Westarbeit« anderer DDR-Institutionen 54
3. Funktionärs- und Delegationsreisen in die DDR und DDR-»Reisekader« 55

IV. »Neue Linke« 56
1. Politischer Standort und Entwicklung 56
2. Organisationen und Gruppierungen 58
2.1 Revolutionär-marxistische Gruppen 58
2.1.1 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD) 58
2.1.2 »Kommunistischer Bund« (KB) 60
2.1.3 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK) 61
2.1.4 »Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP) 62
2.1.5 »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB) 63
2.1.6 Trotzkistische Gruppen 63
2.1.7 »Marxistische Gruppe« (MG) 64
2.2 Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre 66
2.2.1 Autonome 67
2.2.2 Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen« 70
2.2.3 »Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen 71
3. Aktionsfelder 71
3.1 »Dritte Welt Solidarität« – Beteiligung an der Kampagne gegen Internationalen Währungsfond und Weltbank 71

3.2 »Antimilitarismus- und Friedensarbeit« 76
3.3 Widerstand gegen die Kernenergie und gegen andere technische Großprojekte 76
3.4 Kampf um »Freiräume« 77
3.5 »Antifaschismusarbeit« 78
3.6 Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit 79
3.7 Tätigkeit an Hochschulen 79

V. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten 80
1. Orthodoxe Kommunisten und deren Umfeld 80
1.1 DKP und SEW 80
1.2 Nebenorganisationen 80
1.3 Orthodox-kommunistisch beeinflußte Organisationen 81
2. »Neue Linke« 81

VI. Deutscher linksextremistischer Terrorismus 82
1. Entwicklung der Terroraktionen 82
2. »Rote Armee Fraktion« (RAF) 84
2.1 »Kommandobereich« und »Militante« 84
2.2 Umfeld der »Roten Armee Fraktion« 86
3. »Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora« 89
4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen 91
5. Internationale Verflechtungen 92
6. Strafverfahren 94
6.1 Anklagen 94
6.2 Verurteilungen 95

VII. *Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund* 95
1. Übersicht in Zahlen 96
2. Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten 96
3. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten 97
3.1 Verurteilungen 97
3.2 Anklagen 97

VIII. Dokumentation 98

IX. Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse 103

Rechtsextremistische Bestrebungen

I. Übersicht in Zahlen ... 114
1. Organisationen und Mitgliederstand ... 114
2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste ... 116
3. Periodische Publikationen ... 116
4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst ... 116

II. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus) ... 117
1. Zielsetzung ... 117
2. Zahlen ... 117
3. Neonationalsozialistische Gruppen ... 118
3.1 Die »Bewegung« ... 118
3.2 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) ... 119
3.3 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.« (HNG) ... 122
3.4 »Nationalistische Front« (NF) ... 122
3.5 »Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund« (ANV/VB) ... 123
3.6 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei-Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO) ... 123
3.7 »Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e. V.« (IHV) ... 124
3.8 Neonazikreis um Curt MÜLLER ... 125
3.9 »Bürger- und Bauerninitiative e. V.« (BBI) ... 125
3.10 »Deutsche Bürgerinitiative e. V.« (DBI) ... 125

III. »National-Freiheitliche«/»Nationaldemokraten« ... 126
1. Ideologische Standorte ... 126
2. »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU – Liste D) ... 126
2.1 Zielsetzung ... 126
2.2 Organisation ... 128
2.3 Teilnahme an Wahlen ... 128
3. »Deutsche Volksunion e. V.« (DVU) ... 129
3.1 Mitgliederentwicklung/Zielsetzung ... 129
3.2 »Andreas-Hofer-Preis« ... 130
3.3 Aktionsgemeinschaften und Verlage ... 130
4. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) ... 130
4.1 Mitgliederentwicklung/Finanzen ... 130
4.2 Zielsetzung ... 130
4.3 Agitation ... 132
4.4 Teilnahme an Wahlen ... 132
5. »Junge Nationaldemokraten« (JN) ... 133

IV. Sonstige rechtsextremistische Gruppen ... 134
1. »Gesellschaft für Freie Publizistik« (GFP) ... 134
2. »Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V.« (DDF) ... 135
3. »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV) ... 136

V. Jugendgruppen ... 136
1. Überblick ... 136
2. Rechtsextremistische Randgruppen ... 136
3. »Wiking-Jugend« (WJ) ... 136

VI. Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Computerspiele ... 137
1. Zeitungs- und Schriftenverlage ... 137
2. Buchverlage und Vertriebsdienste ... 137
3. Computerspiele ... 138

VII. Verbindungen zu ausländischen rechtsgerichteten Organisationen ... 138

VIII. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus ... 140
1. Anschläge ... 140
2. Verurteilungen ... 141

IX. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug ... 142
1. Überblick ... 142
2. Gewalttaten ... 142
3. Gewaltandrohungen ... 143
4. Sonstige Gesetzesverletzungen ... 143
5. Beweggründe/Zielrichtungen ... 143

X. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten ... 144
1. Verurteilungen ... 144
2. Anklagen ... 144

XI. Dokumentation ... 145

XII. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse ... 146

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern

I. Übersicht in Zahlen ... 152
1. Überblick ... 152
2. Organisationen ... 153
3. Mitglieder ... 155
4. Publizistik ... 155
5. Gewaltaktionen ... 155

II. Mitgliederentwicklung und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen ... 157
1. Kurden ... 157
1.1 Mitgliederentwicklung ... 157
1.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 157
2. Araber ... 160
2.1 Mitgliederentwicklung ... 160
2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 160
2.3 Gewalttaten ... 161
3. Iren/Nordiren ... 162
4. Türken ... 164
4.1 Mitgliederentwicklung ... 164
4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 164
4.2.1 »Neue Linke« ... 164
4.2.2 Gruppen der »Neuen Linken« mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung ... 165
4.2.3 Orthodoxe Kommunisten ... 167
4.2.4 Islamische Extremisten ... 167
4.2.5 Extreme Nationalisten ... 168
5. Iraner ... 168
5.1 Mitgliederentwicklung ... 168
5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 168
5.2.1 Anhänger der iranischen Regierung ... 169
5.2.2 Gegner der iranischen Regierung ... 169
6. Jugoslawen ... 171
6.1 Mitgliederentwicklung ... 171
6.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte ... 171

III. Dokumentation ... 173

IV. Übersicht über erwähnenswerte extremistische Organisationen von Ausländern, deren Neben- und beeinflußte Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse ... 175

Spionageabwehr

1. Spionageabwehr, eine Schwerpunktaufgabe der Verfassungsschutzbehörden 182
2. Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland ... 183
3. Nachrichtendienstliche Gefährdung von Aussiedlern, Asylsuchenden und Übersiedlern aus dem kommunistischen Machtbereich ... 185
4. Zielrichtungen/Zielobjekte ... 190
4.1 Politische Spionage ... 190
4.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage ... 194
4.3 Militärspionage ... 197
5. Legale Residenturen gegnerischer Nachrichtendienste ... 198
5.1 Aufklärungsschwerpunkt Politik ... 199
5.2 Aufklärungsschwerpunkt Wissenschaft und Technik ... 200
5.3 »Tote Briefkästen« – ein klassisches nachrichtendienstliches Kommunikationsmittel ... 202
6. Festnahmen und Verurteilungen ... 204

Abkürzungsverzeichnis ... 206
Sachwortregister ... 210

Allgemeine Erfahrungen

I. Linksextremistische Bestrebungen

Die Zahl und die unterschiedliche Ausrichtung der linksextremistischen Organisationen hat sich im Berichtsjahr kaum verändert; spürbar zurückgegangen ist jedoch die Zahl der organisierten Linksextremisten, vor allem der orthodoxen Kommunisten.
Die linksextremistischen Fernziele blieben: Zerstörung der freiheitlichen Demokratie und Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Diktatur oder der Anarchie. Diesen Zielen ordneten sich die tagespolitischen Aktivitäten der Linksextremisten unter. Sie blieben weiter kampagnen- und bündnisfähig. Bei Aktionsbündnissen mit Demokraten stießen sie kaum noch auf Vorbehalte; selbst gewaltbereite Autonome wurden sogar von Demokraten als Bündnispartner akzeptiert.
Einen Schwerpunkt linksextremistischer Aktivitäten bildete zeitweise die Kampagne gegen die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im September in Berlin (West). Die linksextremistischen Aktivitäten in der »Friedensbewegung« gingen etwas zurück; da aber die Aktivitäten der anderen Gruppierungen noch mehr abflauten, verstärkte sich letztlich der Einfluß von Linksextremisten. Auch 1988 gingen Linksextremisten gewalttätig vor: Mord-, Sprengstoff- und Brandanschläge und Straßenmilitanz. Dabei verübten sie zahlreiche Körperverletzungen und verursachten Sachschäden in Millionenhöhe. Die Aggressivität kleiner militanter Gruppen hielt an. Die Gesamtzahl der Gewalttaten und sonstigen Gesetzesverletzungen sank jedoch weiter.

1. Orthodoxe Kommunisten

Die orthodoxen, d. h. moskauorientierten Kommunisten blieben trotz erheblicher Mitgliederverluste die größte und handlungsfähigste Gruppierung. Die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und die »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW) stützen sich nach wie vor auf ein Netz offen kommunistischer Nebenorganisationen und beeinflußter Vereinigungen, bei denen die kommunistische Steuerung getarnt wird. Beide Parteien werden von der »Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« (SED) der DDR angeleitet und finanziell ausgehalten.
Die Probleme der SED mit den Reformbestrebungen in der Sowjetunion haben dazu beigetragen, die Krise der westdeutschen Kommunisten weiter zu verschärfen. So steht in der DKP der Mehrheit der »Traditionalisten«, die wie die SED im Dogmatismus verharrt und die Parteiführung fest in der Hand hält, eine Minderheit der »Erneuerer« gegenüber, die »Glasnost« und »Perestrojka« über-

nehmen will. Ungeachtet dieser Entwicklung konnte die DKP bündnispolitische Erfolge verzeichnen, obwohl ihre nach außen gerichtete Aktivität nachgelassen hat.

2. »Neue Linke«

Die Zahl der Mitglieder und Anhänger der »Neuen Linken« – d. h. derjenigen Linksextremisten, die nicht dem moskauorientierten Kommunismus zuzurechnen sind – hat sich kaum verändert. Charakteristisch für die »Neue Linke« ist nach wie vor die große Zahl selbständiger Organisationen und die unterschiedliche ideologische Orientierung. Revolutionäre Marxisten und Anarchisten sind jeweils mit mehreren Strömungen und Ausprägungen vertreten. Die meisten Organisationen sind zu Aktionsbündnissen untereinander und mit den orthodoxen Kommunisten bereit.
Die anarchistisch orientierten Autonomen waren wieder für die Mehrzahl der Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund verantwortlich. Viele Angehörige dieser Gruppen geben ihrem tief verwurzelten Haß auf Staat und Gesellschaft durch brutale Gewaltaktionen Ausdruck.

3. Terrorismus*

Die Zahl der linksextremistischen Terrorakte* ist 1988 mit 197 Anschlägen um mehr als ein Drittel zurückgegangen (1987: 329).
Der »Kommandobereich« der »Roten Armee Fraktion« (RAF) verübte nach zweijähriger Inaktivität wieder einen Mordanschlag (am 20. September 1988 in Bonn auf den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Dr. Hans Tietmeyer), der allerdings scheiterte. Die RAF nahm diesen Anschlag zum Anlaß, eine Zusammenarbeit und eine gemeinsame Offensive mit der italienischen Terrorgruppe »Brigate Rosse – P.C.C.« innerhalb einer »westeuropäischen antiimperialistischen Front« anzukündigen. Der RAF scheint es damit gelungen, nach dem Ausfall der französischen Terrorgruppe »Action Directe« durch die Festnahme führender Gruppenmitglieder, einen neuen Bündnispartner zu gewinnen.
Bereits im Vorbereitungsstadium schlug ein Anschlag unter Beteiligung eines Mitglieds des RAF-»Kommandobereichs« am 17. Juni in Rota/Spanien fehl.
Die »Militanten der RAF« haben im Unterschied zu 1986 den Anschlag des »Kommandobereichs« nicht als Anlaß für eigene Aktionen aufgegriffen. Sie begingen 1988 keine terroristischen Gewalttaten.

* Zur Definition der Begriffe »Terrorismus« und »Terrorakte« s. S. 82

Überwiegend im Zusammenhang mit einem Hungerstreik von inhaftierten Mitgliedern der Terrorgruppe »Action Directe« in Frankreich verübten Personen aus dem RAF-Umfeld einen Sprengstoffanschlag und sechs Brandanschläge. Darüber hinaus setzte das RAF-Umfeld seine propagandistischen Aktivitäten fort. Schwerpunkte waren die Forderung nach Zusammenlegung der Inhaftierten aus der RAF und die Unterstützung des »palästinensischen Befreiungskampfes« sowie zusätzlich die Kampagne für die Abschaffung des § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen).
Die »Revolutionären Zellen« (RZ) haben 1988 keine Terrorakte verübt, ihrer autonomen Frauengruppe »Rote Zora« war ein fehlgeschlagener Sprengstoffanschlag zuzurechnen.

II. Rechtsextremistische Bestrebungen

Eine einheitliche und systematische rechtsextremistische Ideologie gibt es nicht. Rechtsextremisten sind sich allerdings einig in ihrem Streben nach autoritären oder totalitären Staatsformen. Sie lehnen deshalb demokratische Strukturen ab und treten für die Beschneidung von Individualrechten ein. Zu den maßgeblichen Maximen ihrer Weltanschauung und ihres politischen Handelns erheben sie das Führerprinzip und das Eliteprinzip.
Alle rechtsextremistischen Bestrebungen kennzeichnet ein völkischer Nationalismus; letztlich ist ein elitäres Rassedenken seine eigentliche Triebfeder. Nicht die Gemeinsamkeiten der Geschichte, der Kultur und insbesondere der Sprache bestimmen nach rechtsextremistischer Weltanschauung die Zugehörigkeit zu einem Volk und zu einer Nation, sondern allein die biologische Abstammung (Rassevolk, Rassenation). Das ideologische Feindbild wird deshalb geprägt durch Rassenhaß insbesondere gegen Juden sowie Fremden- und Ausländerfeindlichkeit gegenüber Gastarbeitern und Asylanten bzw. Asylbewerbern.
Die Neonationalsozialisten (Neonazis) unter den Rechtsextremisten lassen erkennen, daß sie einen dem historischen Programm der »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) entsprechenden Führerstaat anstreben. Soweit sie in HITLER ihr Leitbild sehen, entspricht das »Dritte Reich« ihrer Staatsvorstellung. Die »Nationalrevolutionäre« unter den Neonationalsozialisten, die sich auf die Brüder STRASSER und deren linksnationalistische Aktivitäten in der Weimarer Republik berufen, lehnen dagegen HITLER als politische Leitfigur ab. Tonangebende Organisationen der Neonationalsozialisten sind die von Angehörigen der sog. Bewegung unterwanderte und gesteuerte »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP) und die »Nationalistische Front« (NF).
Die »Nationaldemokraten« kleiden ihre völkisch-kollektivistischen Systemvorstellungen in Begriffe wie »Volksgemeinschaft« und

»Volksganzes«, wobei sie – wie dies auch die »National-Freiheitlichen« tun – keinen Zweifel daran lassen, daß sie trotz aller Wortbekenntnisse zum Grundgesetz die Freiheitsrechte des Individuums geringschätzen gegenüber den Interessen der Volksgesamtheit. Sie lassen dadurch erkennen, daß sie unfreiheitliche Strukturen befürworten.

1988 brachte den Rechtsextremisten wiederum einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Dieser geht im wesentlichen auf das Konto der »Deutschen Volksunion – Liste D« (DVU – Liste D). Bei der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD), der Hauptorganisation der »Nationaldemokraten«, stieg die Mitgliederzahl nur leicht.

Neonationalsozialisten verübten die meisten rechtsextremistisch motivierten Gewaltakte. Ein Neonazi wird verdächtigt, am 17. Dezember in Schwandorf (Bayern) ein überwiegend von Ausländern bewohntes Haus angezündet zu haben; drei Türken und ein Deutscher kamen dabei zu Tode.

Die Zahl der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremisten und Linksextremisten steigt weiter an. Anlaß sind zumeist Veranstaltungen von rechtsextremistischen Organisationen und Versuche ihrer Störung und gewaltsamen Verhinderung durch politische Gegner, insbesondere Linksextremisten. Häufiger setzten sich jetzt auch die Rechtsextremisten mit Gewalt zur Wehr. Leidtragende solcher Auseinandersetzungen sind oftmals vor allem die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit eingesetzten Polizeibeamten.

III. *Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern*

Wie in den vergangenen Jahren achtete der weitaus überwiegende Teil der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden 4,8* Millionen Ausländer Recht und Gesetz. 101.600 Personen (2,7 % der über 16 Jahre alten Ausländer) waren Ende 1988 in extremistischen Ausländergruppen organisiert.

Die Aktivitäten ausländischer Extremisten richteten sich vor allem gegen die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihren Herkunftsländern. Gegenstand ihrer – zum Teil auch von Gewaltaktionen begleiteten – Agitation waren darüber hinaus politische Themen in der Bundesrepublik Deutschland und Maßnahmen deutscher Behörden.

Ausländische Extremisten wendeten vielfach auch Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele an. Allerdings sank die Zahl der vorbereiteten bzw. versuchten oder vollendeten Terror- und

* Ergebnis der Volkszählung zum Stichtag (25. Mai 1987): 4,146 Mio. Eine Fortschreibung auf der Basis des Volkszählungsergebnisses wird vorbereitet.

sonstigen schweren Gewaltakte im Vergleich zum Vorjahr von 26 auf 12. Daneben war eine Vielzahl von Körperverletzungen, Sachbeschädigungen und sonstigen Gewaltakten zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der politisch motivierten Gewaltaktionen betrug 120 (1987: 139).

Besonders große Gefahren für die innere Sicherheit gingen auch 1988 von hier lebenden Kurden türkischer Staatsangehörigkeit aus. Dabei liegt nach wie vor das größte Bedrohungspotential bei der – in Teilen des türkischen Staatsgebietes offen terroristisch operierenden – »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK). PKK-Angehörige entführten zwei ehemalige Anhänger der Organisation, um sie vor ein »Volksgericht« der Partei in Köln zu stellen. Die Festnahme hochrangiger Parteifunktionäre wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung führte zu einer monatelangen Protestwelle; u. a. wurden zahlreiche deutsche Einrichtungen im In- und Ausland besetzt.

Herausragendes Ereignis bei der Beobachtung sicherheitsgefährdender Bestrebungen von Ausländern war im Herbst die Aufdeckung eines umfangreichen Waffenlagers der von syrischer Seite unterstützten »Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando« (PFLP-GC) in Frankfurt/M. und die Verhinderung von geplanten Terroranschlägen.

Die »Provisional Irish Republican Army« (PIRA), die eine terroristische Kampagne gegen die Politik der britischen Regierung in Nordirland betreibt, entwickelte sich auch in der Bundesrepublik Deutschland zu einer aktiven und gefährlichen Terrororganisation. Schwere Mord- und Bombenanschläge gegen Angehörige und Einrichtungen der britischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden und in Belgien belegen deutlich, daß die Organisation den europäischen Kontinent zunehmend in ihre Terroraktivitäten mit einbezieht.

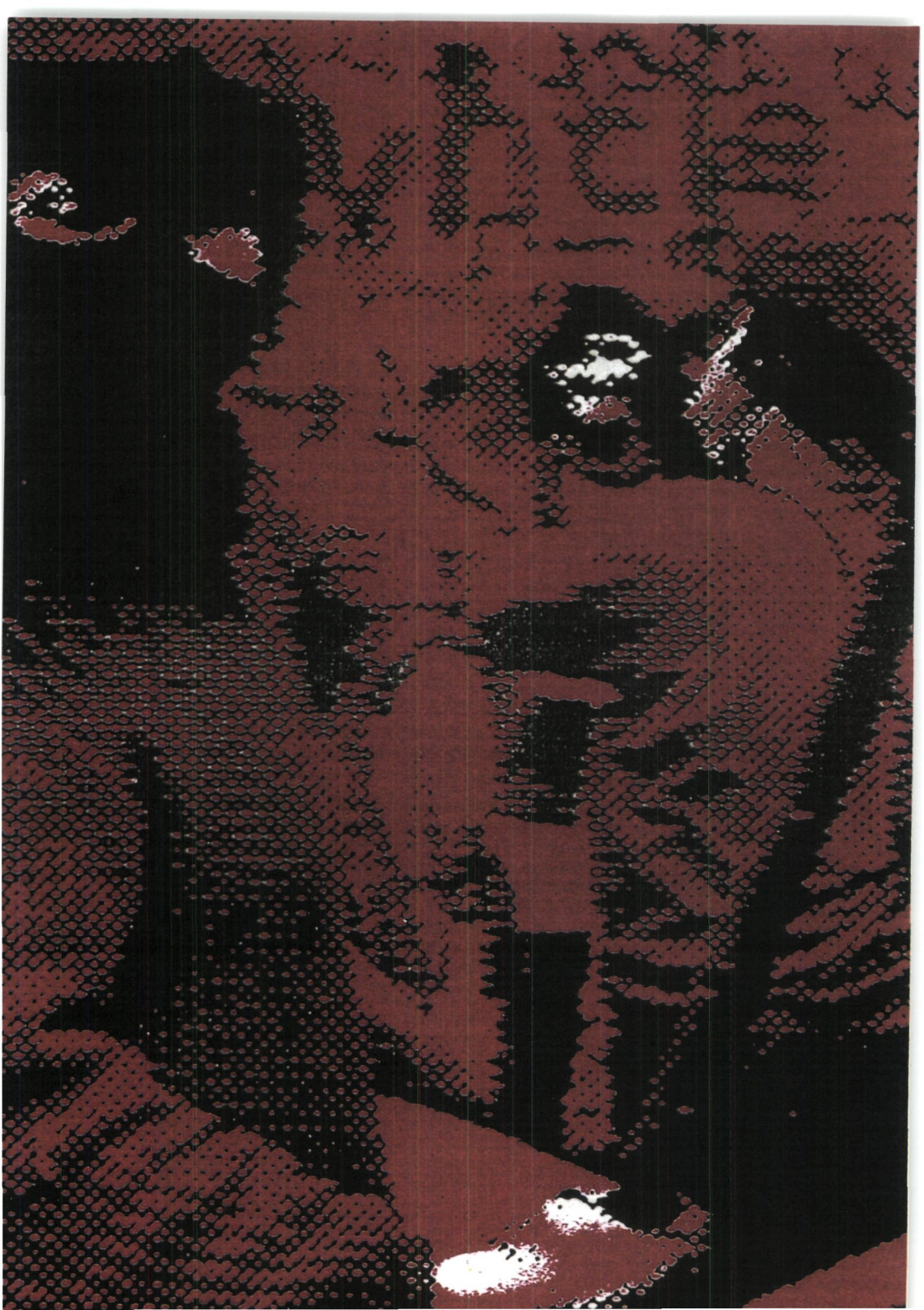
Ein ernstzunehmendes Gewaltpotential bei den türkischen Extremisten stellten auch die Anhänger der sog. »Neuen Linken« dar. Wichtigste Veränderung bei den orthodoxen Kommunisten war der Zusammenschluß zweier Organisationen nach dem Vorbild ihrer Mutterparteien in der Türkei. Die islamischen Extremisten agitierten in oft aggressiver Form für die Umgestaltung der Türkei nach dem Vorbild der Islamischen Republik Iran. Die extremen Nationalisten konnten die Spaltung ihrer führenden Organisation noch nicht überwinden.

Die Feindschaft zwischen Anhängern und Gegnern der iranischen Regierung führte erneut zu mehreren Gewaltaktionen.

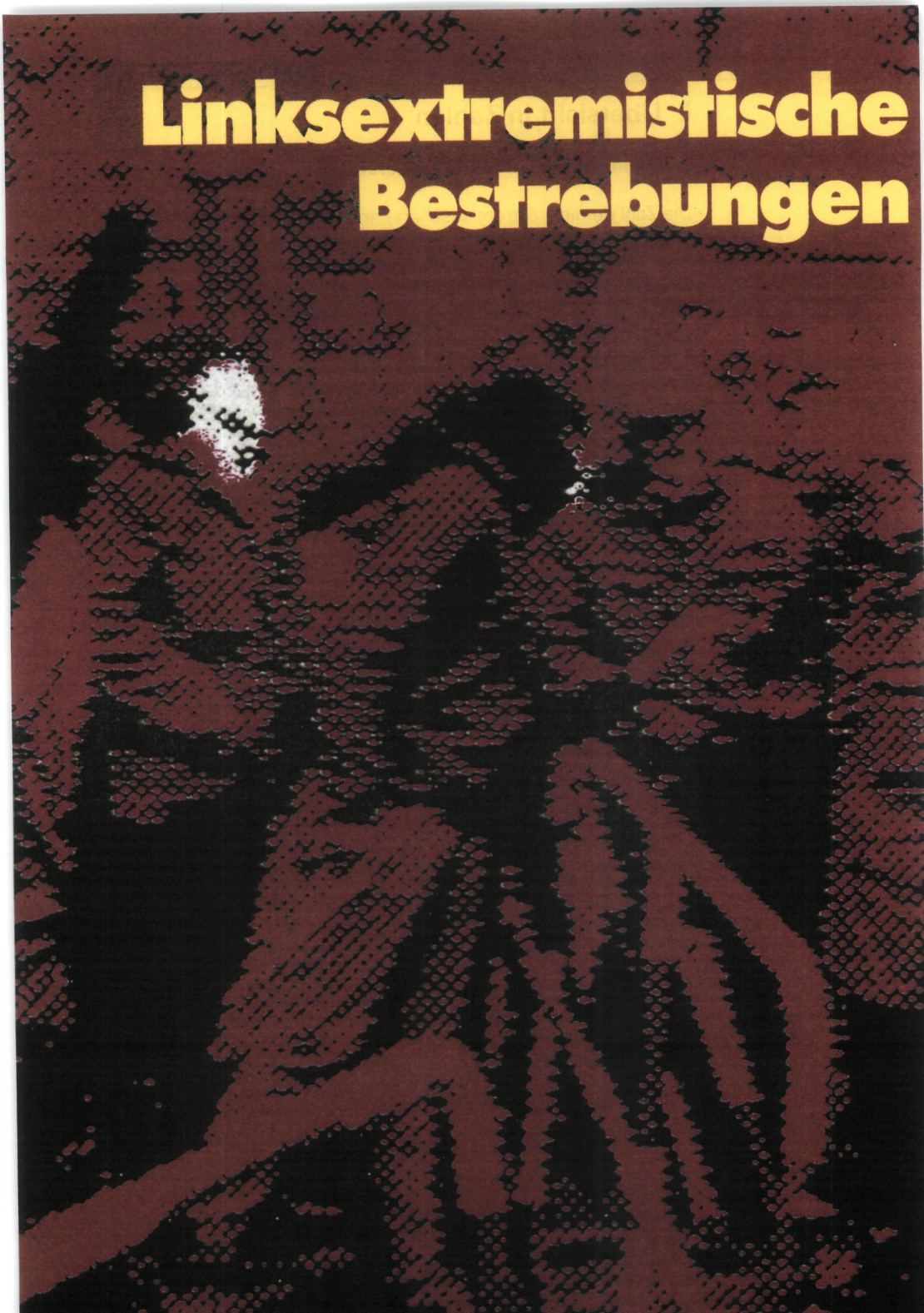
Die Unruhen in der jugoslawischen Provinz Kosovo aktivierten auch die Emigrantengruppen im Bundesgebiet; insbesondere marxistisch-leninistische und nationalistische Kosovo-Albaner organisierten eine Reihe von Kundgebungen. 1988 wurden wieder Anschläge auf jugoslawische Regimegegner festgestellt.

IV. Spionageabwehr

Unberührt von derzeitigen Entspannungstendenzen im Ost-West-Verhältnis halten die Spionageaktivitäten der Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten in der Bundesrepublik Deutschland unvermindert an. Dies zeigte sich 1988 erneut u. a. an zahlreichen Werbungen und Werbungsversuchen, mit denen gegnerische Nachrichtendienste eine Erweiterung ihres Agentenpotentials anstrebten. Die festgestellten Spionageaufträge, die überwiegend wiederum von den Nachrichtendiensten der DDR ausgingen, betrafen ein breites Spektrum von Zielobjekten im politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bereich. Umfang und Vielfalt besonders auch der sowjetischen Ausspähungsbemühungen zeigten sich, als im Frühjahr 1988 in kurzer Folge mehrere Agenten des sowjetischen KGB enttarnt werden konnten, die unabhängig voneinander tätig gewesen und auf unterschiedliche Zielobjekte angesetzt waren. Ihre Spionageaktivitäten reichten von der Ausspähung wichtiger Behörden und Wirtschaftsbereiche bis hinein in Dienststellen von militärischer Bedeutung.
Auch die Enttarnung und Festnahme von Agenten anderer östlicher Nachrichtendienste belegt, daß die Intensität gegnerischer Spionage in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1988 nicht nachgelassen hat.



Linksextremistische Bestrebungen



I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Mitgliederverluste der orthodoxen Kommunisten

Die Zahl der linksextremistischen Parteien und sonstigen Organisationen hat sich 1988 nur geringfügig verändert; die Gesamtzahl ihrer Mitglieder ist stark zurückgegangen. Mitgliederverluste erlitten im wesentlichen die »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP) und ihre Jugend- und Studentenorganisationen. Die kommunistisch beeinflußten Organisationen hielten dagegen weitgehend ihren Bestand.
Im Bereich der »Neuen Linken« hat sich die Mitgliederzahl einzelner revolutionär-marxistischer Organisationen leicht erhöht.

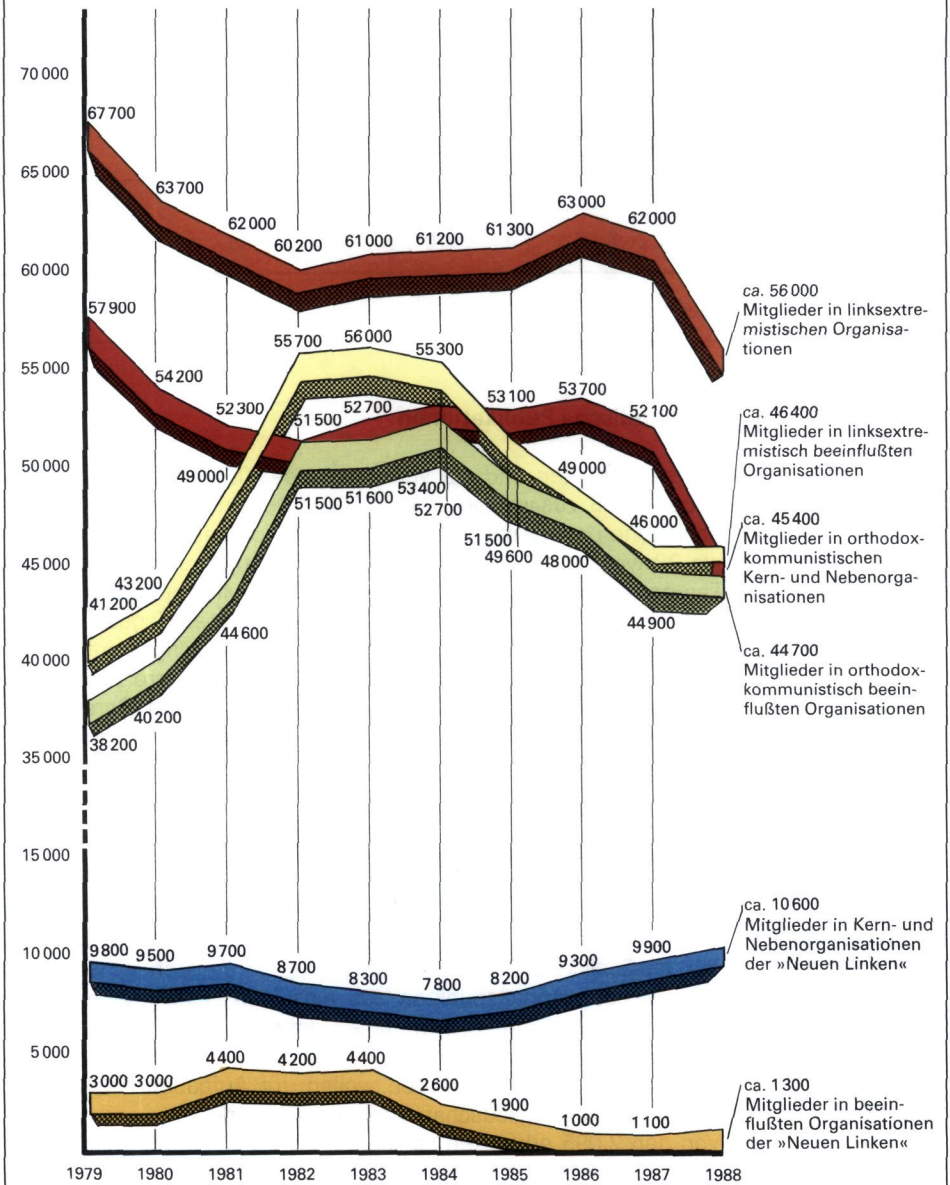
	1986			1987			1988		
	Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder		Zahl	Mitglieder	
Orthodoxe Kommunisten									
Kern-organisationen	2	46.000		2	42.500		2	39.500	
Neben-organisationen	13	28.000		13	28.000		14	15.900	
beeinflußte Organisationen*	53		64.000	54		60.500	55		60.000
»Neue Linke« Revolutionäre Marxisten									
Kern-organisationen	24	6.100		27	6.100		29	7.100	
Neben-organisationen	9	600		10	500		10	500	
beeinflußte Organisationen*	11		1.100	11		1.200	10		1.400
Anarchisten und sonstige Sozial-revolutionäre**	63	3.000		65	4.300		67	4.000	
Summe	175	83.700	65.100	182	81.400	61.700	187	67.000	61.400
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften und Kinderorganisationen		ca. 63.000	ca. 49.000		ca. 62.000	ca. 46.000		ca. 56.000	46.000

* Da den beeinflußten Organisationen auch Mitglieder angehören, die keine Kommunisten sind, wurden die Mitgliederzahlen in einer eigenen Spalte aufgeführt.

** Erfaßt sind nur Gruppen, die festere Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Den losen, statistisch nicht berücksichtigten Zusammenschlüssen dieser Szene sind zusätzlich mehrere tausend Personen zuzurechnen.

Mitglieder linksextremistischer und und linksextremistisch beeinflußter Organisationen

– nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften –



2. Verlage und Vertriebsdienste

Etwa 100 von Linksextremisten gesteuerte Verlage und Vertriebsdienste verbreiteten im Jahre 1988 linksextremistische Zeitungen, Zeitschriften und Bücher.

	1986	1987	1988
Zeitungs-, Zeitschriften und Buchverlage	43	36	37
Vertriebsdienste/ Buchläden	70	68	61
Summe	113	104	98

3. Periodische Publikationen

Linksextremisten und die von ihnen beeinflußten Organisationen gaben 1988 zusammen etwa 1.200 (1987: mehr als 1.500) verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresauflage von mehr als 38 Mio. (1987: mehr als 40 Mio.) Exemplaren heraus. Davon kamen mehr als 33 Mio. (1987: mehr als 36 Mio.) aus dem Bereich der orthodoxen Kommunisten; die Auflagen der als Tageszeitungen erscheinenden Zentralorgane der DKP und SEW gingen auf zusammen etwa 33.000 (1987: mehr als 35.000) Exemplare zurück. Die Jahresauflage der periodischen Schriften aus dem Bereich der »Neuen Linken« stieg um etwa 1 Mio. auf mehr als 5 Mio. Exemplare.

4. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Erhebliche Dunkelziffer bei Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1988 waren den Verfassungsschutzbehörden 2.095 (1987: 2.104) Linksextremisten im öffentlichen Dienst bekannt. Die Zahl der tatsächlich dort beschäftigten Linksextremisten ist erheblich größer; nach Anhaltspunkten aus einzelnen linksextremistischen Organisationen vermutlich mehr als doppelt so hoch. Viele dieser Organisationen vermeiden es, Mitglieder, die im öffentlichen Dienst tätig sind oder werden wollen, für Aufgaben einzusetzen, bei denen die Mitgliedschaft offenkundig würde.

Von den 2.095 erkannten Linksextremisten im öffentlichen Dienst sind 1.541 Mitglieder der DKP oder der SEW; 49 gehören einer DKP- oder SEW-Nebenorganisation an und 75 einer kommunistisch

beeinflußten Organisation*; 430 sind Mitglieder von Gruppen der »Neuen Linken«, darunter mehr als die Hälfte in der »Marxistischen Gruppe«.
Beamte von Bund, Ländern und Gemeinden sind 888 der erkannten Linksextremisten; 1.207 sind als Angestellte oder Arbeiter beschäftigt. Im öffentlichen Dienst des Bundes sind 236 Linksextremisten bekannt, darunter 127 bei der Bundespost und 50 bei der Bundesbahn, meist in untergeordneten Funktionen. Im Dienst der Länder stehen 1.323 der erkannten Linksextremisten; davon sind 723 als Lehrer tätig, 117 gehören zum wissenschaftlichen Personal an Hochschulen. Unter den 536 erkannten linksextremistischen Kommunalbediensteten befinden sich weitere 60 Lehrer.

5. Linksextremistische Einflüsse in Studentenvertretungen**

Anteil linksextremistischer Gruppen in studentischen Selbstverwaltungseinrichtungen ging zurück

Der Anteil von Vertretern linksextremistischer Gruppierungen in den studentischen Selbstverwaltungsorganen ist 1988 gegenüber dem Vorjahr gefallen: In den Studentenparlamenten von fast 34% auf knapp 31% der Sitze, in den Allgemeinen Studentenausschüssen von über 38% auf über 33% der Sitze. Die Stimmeneinbußen gingen überwiegend zu Lasten des orthodox-kommunistischen »Marxistischen Studentinnen- und Studentenbundes Spartakus« (MSB); geringere Verluste hatte auch dessen »Dauerbündnispartner«, der »Sozialistische Hochschulbund« (SHB). Vertreter der »Neuen Linken« hielten ihren Anteil mit 13,5% gegenüber 14% der Sitze in den Studentenparlamenten und wie bisher 18% in den Allgemeinen Studentenausschüssen.
In mehr als der Hälfte der Allgemeinen Studentenausschüsse waren Mitglieder linksextremistischer Gruppierungen vertreten; ein Viertel der Ausschüsse setzte sich zu mehr als 50% aus diesen Mitgliedern zusammen.

* Mitglieder linksextremistisch beeinflußter Organisationen wurden nur bei eigenem linksextremistischem Verhalten erfaßt.

** Die Angaben beruhen auf Ergebnissen für 42 Hochschulen mit Promotionsrecht und verfaßter Studentenschaft, an denen regelmäßige Wahlen zu den Studentenvertretungen stattfinden; die Wahlbeteiligung ist auf durchschnittlich 23% gefallen.

II. Orthodoxe Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 »Deutsche Kommunistische Partei« (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

DKP erlebt erstmals innerparteiliche Differenzen in ideologischen Grundfragen

Die Krisen im »realen Sozialismus« und die Auseinandersetzungen um »Glasnost« (Öffentlichkeit) und »Perestrojka« (Umgestaltung), verbunden mit dem Verlust ideologischer Gewißheiten, haben auch die orthodoxen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland nicht unberührt gelassen. Die DKP, die sich stets bedingungslos der SED der DDR untergeordnet und die führende Rolle der KPdSU anerkannt hat, mußte erstmals in ihrer 20jährigen Geschichte innerparteiliche Differenzen bei ideologischen Grundfragen eingestehen[1].
Der Parteivorsitzende Herbert MIES sprach offen von »zwei Linien« in der Partei und mahnte zur Einheit. An den verfassungsfeindlichen Zielen der Partei machten jedoch weder die Mehrheitsströmung der »Traditionalisten« noch die Minderheit der »Erneuerer« Abstriche – ungeachtet unterschiedlicher Positionen in Einzelfragen.

DKP sieht sich in der Tradition der verbotenen KPD

Die DKP sieht sich nach wie vor in der Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD. Mit Rücksicht auf das Verbotsurteil, so MIES, habe die DKP in ihren programmatischen Erklärungen formal Begriffe wie »Marxismus-Leninismus als Anleitung zum Handeln«, »Diktatur des Proletariats« und »demokratischer Zentralismus« vermeiden müssen. Tatsächlich habe die Partei jedoch von Anfang an die alten Inhalte übernommen:

»Wir haben in keinem unserer Dokumente etwa die Feststellung: Die DKP läßt sich vom Marxismus-Leninismus leiten. Sondern: Wir lassen uns von den Lehren von Marx, Engels und Lenin leiten und gründen unsere Tätigkeit auf die Weltanschauung des Marxismus. Was glaubt Ihr, was uns das damals in der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung eingebracht hat (..) auch Fragen: Was ist das für eine Partei? Mutmaßungen: Die deutschen Kommunisten gehen den Weg des Reformismus, Opportunismus usw. usf. Na gut, wir haben das ja doch hingekriegt, daß dem nicht so ist, wie man mancherorts vermutete. So geht es mit den anderen Elementen, die verboten sind, auch«.

(Herbert MIES, »Einige Gedanken zur 20jährigen Geschichte der DKP«, Vortrag vor Kreisvorsitzenden des Bezirks Rheinland-Westfalen am 28. 4. 1988).

DKP für »sozialistische Revolution« in der Bundesrepublik Deutschland

Unverändertes Ziel sowohl der »Traditionalisten« als auch der »Erneuerer« ist die Umwälzung der Macht- und Eigentumsverhältnisse[2], die »revolutionäre Umgestaltung der Bundesrepublik«[3] in eine sozialistisch/kommunistische Gesellschaftsordnung. Revolutionen sind nach Ansicht der DKP immer gewaltsam, in ihrem Zentrum stehe die Machtfrage[4]. Ob die Arbeiterklasse sich bewaffnet gegen die herrschende Monopolbourgeoisie wehren müsse oder ohne Bürgerkrieg auskomme –, »revolutionäre Gewalt« werde sich im Kampf der überwältigenden Mehrheit des Volkes durchsetzen[5]. Die DKP grenzt sich damit ausdrücklich von »reformistischen« Parteien ab; auch bei ihren Nahzielen und scheinbar demokratischen Tageszielen hat sie stets ihr verfassungsfeindliches Endziel im Blick[6]. Die kommunistische Partei »neuen Typus« sei – anders als sozialdemokratische Parteien – eine Partei der sozialistischen Revolution. Da in der Bundesrepublik Deutschland die revolutionäre Umwälzung in absehbarer Zeit jedoch nicht erreichbar sei, entwickele die DKP eine Politik der Übergänge. Reformen erhielten dabei einen höheren Wert, seien aber nie Endzweck, sondern Hebel im Kampf um das »weitergehende, sozialistische Ziel«[7]. Die revolutionäre Strategie der DKP sieht mehrere Etappen vor: Zunächst eine »Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt«, das aktuelle Konzept einer »friedensorientierten und demokratischen Reformalternative« einschließend; dann eine »antimonopolistische Demokratie«, die der leninistischen »revolutionär-demokratischen Diktatur«, einer Vorstufe der »Diktatur des Proletariats«, entspricht; schließlich die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, gekennzeichnet vor allem durch die »politische Macht der Arbeiterklasse«. Mit diesem Begriff umschreibt die DKP nach den Worten ihres Vorsitzenden die »Diktatur des Proletariats«[8]; diese ist nach dem KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts mit der freiheitlichen demokratischen Ordnung des Grundgesetzes unvereinbar[9]. So wird auch in ständi-

ger Rechtsprechung – u. a. des Bundesverwaltungsgerichts – festgestellt, daß die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

DKP sieht in der DDR Leitbild einer sozialistischen Demokratie

Nach wie vor sieht die DKP im »realen Sozialismus« die größte Errungenschaft der internationalen Arbeiterbewegung[10] und in der DDR ihr Leitbild einer »sozialistischen Demokratie«[11]. Auch künftig werde sie trotz offenkundiger Fehlentwicklungen nicht auf kritische Distanz zu den sozialistischen Staaten und den dort regierenden kommunistischen Parteien gehen, sondern ihnen solidarisch verbunden bleiben[12]. So rechtfertigte die DKP wiederum repressive Akte der DDR – wie die Verfolgung von Bürgerrechtlern nach der SED-»Kampfdemonstration« zum 69. Todestag Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs im Januar 1988[13]. Die Reaktionen der DKP-Führung auf »Glasnost« und »Perestrojka« blieben zurückhaltend und zwiespältig: Die Anregungen könnten nicht alle »von heute auf morgen« verarbeitet werden; die DKP müsse sich an ihren eigenen Bedingungen orientieren und dürfe die Vorschläge der KPdSU nicht schematisch übernehmen[14]. Damit kopierte die DKP die starre Linie der SED gegenüber den Reformansätzen in der Sowjetunion.

1.1.2 Parteitag

DKP-Parteitag von Auseinandersetzungen zwischen »Traditionalisten« und »Erneuerern« geprägt

Der 9. Parteitag der DKP vom 6. – 8. Januar 1989 in Frankfurt/M. (Fortsetzung am 18. Februar in Wuppertal) wurde von Auseinandersetzungen zwischen »Traditionalisten« und »Erneuerern« bestimmt. Der Parteivorsitzende MIES räumte ein, die DKP sei »in beispiellose innere Widersprüche« geraten. Die Partei befinde sich in einer krisenhaften Lage, ihre Handlungsfähigkeit und Einheit seien bedroht. Nachdrücklich bekräftigte er, an den politisch-ideologischen Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, insbesondere am »demokratischen Zentralismus«, festhalten zu wollen. »Erneuerer« kritisierten hingegen, Mut zum Widerspruch sei in der DKP nicht gefragt.

Erhebliche Stimmeneinbußen der Parteiführung

MIES und die stellvertretende Vorsitzende Ellen WEBER mußten deutliche Stimmeneinbußen hinnehmen. So erhielt MIES nur 71,8% der möglichen Ja-Stimmen (1986: 95%), für Ellen WEBER stimmten lediglich 67,7% der Delegierten (1986: 97%). Der Einfluß der »Erneuerer« wurde geschwächt; einige ihrer Wortführer gelangten nicht wieder in den Parteivorstand (98 Mitglieder; 43,9% Frauen).

Dieser wählte auch keinen »Erneuerer« mehr in das Sekretariat, das wichtigste Führungsgremium (9 Mitglieder). Im neuen Präsidium (20 Mitglieder) beträgt der Anteil der »Erneuerer« lediglich 15 Prozent. Mehr als die Hälfte der Funktionäre der engeren DKP-Führung (Sekretariat, Präsidium) war früher für die illegale KPD – teils in hohen Ämtern – tätig.

1.1.3 Organisation und Finanzierung

Der Mitgliederschwund der DKP hielt an. Viele – auch langjährige –

Rückläufige Mitgliederzahlen der DKP

Genossen wandten sich enttäuscht oder verunsichert von der Partei ab; MSB Spartakus und SDAJ fielen als klassische »Kaderreserven« weitgehend aus. Zum Jahresende lag die Zahl der DKP-Mitglieder unter 35.000 (1987: 38.000). Der Parteivorsitzende sprach auf dem 9. DKP-Parteitag im Januar 1989 offiziell von 47.513 Mitgliedern (8. Parteitag 1986: 57.802). Solche – fiktiven – Zahlen legt die Parteiführung regelmäßig »von oben« fest; die DKP-Bezirke sind nicht befugt, eigene Angaben zu veröffentlichen.

Für das Jahr 1987 hat die DKP Einnahmen von insgesamt 23,2 *Millionen DM öffentlich ausgewiesen*[15]. *Diese reichen nicht* annähernd aus, um den aufwendigen Parteiapparat zu finanzieren, der u. a. mehrere hundert hauptamtliche Funktionäre und Hilfskräfte, Zentralen des Parteivorstandes in Düsseldorf und Bonn, wissenschaftliche und schulische Einrichtungen sowie Büros und Kraftfahrzeuge der 12 Bezirks- und etwa 200 Kreisorganisationen umfaßt. Darüber hinaus sind Millionenbeträge erforderlich, um Großveranstaltungen, Kampagnen und Publikationen sowie die Nebenorganisationen, die kaum über eigene Einnahmen verfügen, zu finanzieren und beeinflußte Vereinigungen zu unterstützen.

DKP erhält weiterhin erhebliche Geldmittel aus der DDR

Zum Ausgleich der »Finanzierungslücke« flossen der DKP mehr als *70 Millionen DM auf konspirativen Wegen aus der DDR zu.* Zusätzlich kamen ihr wiederum unentgeltlich erhebliche Dienstleistungen in der DDR zugute, z. B. Kaderschulungen, Betreuung von Delegationen und Kinderferienlagern sowie Erholungs-, Krankenhaus- und Kuraufenthalte für Funktionäre. Vieldeutig formulierte die stellvertretende DKP-Vorsitzende: »Wir ... geben Solidarität und empfangen Solidarität, so daß ich mich mit dem Verfassungsschutzbericht in dieser Frage nicht auseinandersetze«[16]. Ein SED-Vertreter versicherte der DKP: »Stets könnt Ihr Euch fest auf die Kommunisten, auf die DDR verlassen«[17].

1.1.4 *Schulung der DKP-Mitglieder*

Schulung von DKP-Mitgliedern als »Fitneß-Training für den Klassenkampf«

Die Mitglieder der DKP werden in einem »Fitneß-Training für den Klassenkampf« gründlich[18] geschult. Auf zweimonatlichen Bildungsabenden behandeln die Gruppen von der Parteiführung vorgegebene Themen (z. B. »Neue Anforderungen an die kommunistische Organisation«). Zur weiteren Qualifizierung steht die parteieigene »Karl-Liebknecht-Schule« mit etwa 40 Internatsplätzen in Leverkusen, die ein- und zweiwöchige Lehrgänge durchführt, zur Verfügung. Darüber hinaus werden Funktionäre an der eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichteten »SED-Parteischule Franz Mehring« (Monats-, Dreimonats- und Jahreslehrgänge) und am »*Institut für Gesellschaftswissenschaften« beim ZK der KPdSU in* Moskau (Dreimonats- und Jahreslehrgänge) geschult. Bisher haben etwa 20.000 Parteimitglieder (Mehrfachteilnahmen eingerechnet) solche Schulungen absolviert: Etwa 15.000 in Leverkusen, 4.500 in Berlin (Ost) und 500 in Moskau. In einigen Bezirken veranstaltete die DKP wieder spezielle Lehrgänge für Betriebsarbeiter und bot

Struktur der DKP-Bildungsarbeit

Karl-Liebknecht-Schule
Leverkusen

Der Kern des Parteibildungssystems

Das Bildungsjahr

- **5 Bildungsthemen: zweimonatliche Durchführung: verbindlich für alle Gruppen und Mitglieder**

Materialien: 5 Bildungsmagazine, UZ, „Praxis"

- **Anleitungsberatungen** für Bildungsverantwortliche auf zentraler, Bezirks- und Kreisebene zu jedem Bildungsthema. Verbindlich für alle Bildungsverantwortlichen.

Materialien: Seminarpläne und spezielle Anleitungsmaterialien, UZ-Artikel zum Bildungsthema

- **Tag des Bildungsverantwortlichen,** Tagesseminar, einmal im Jahr zu Beginn des Parteibildungsjahres

Betriebsarbeiterschule

- **Betriebsarbeiterschule** (BASCH) auf Bezirksebene, 1 Jahr

Materialien: Das „BASCH"-Buch

- Grundlagenstudium für Betriebsarbeiter

Frauenfernstudium

- Grundlagenstudium für Frauen, in einigen Bezirken der Partei

Bildungsangebot für alle Mitglieder

Weitere Bildungs-, politisch-ideologische und kulturelle Veranstaltungen der
- **MAB/MASCH**
- **Akzent-Buchhandlungen**

- **Lehrgänge** der Karl-Liebknecht-Schule
- **Aktuelle** politisch-ideologische Informations- und Diskussionsveranstaltungen auf Kreisebene
- **Sommerschulen** — kompakte Kurzlehrgänge auf Bezirks- oder Kreisebene
- **Veranstaltungen** in politisch-kulturellen Klubs und Treffs von Kreisorganisationen der DKP
- **Woche des realen Sozialismus,** in der Regel jedes Jahr
- **Zirkel** zum Programm der DKP, den Thesen des Hamburger Parteitages, zum Kommunistischen Manifest und anderen Klassiker-Schriften.
- **Delegationen** in die DDR

Spezielle Angebote für bestimmte Zielgruppen

- **Seminare mit allen Hauptamtlichen** auf zentraler und Bezirksebene zu aktuellen Fragen und Forschungsergebnissen des IMSF, ca. vierteljährlich

Materialien: UZ, „Praxis", Marxistische Blätter, IMSF-Publikationen

- **Auswertung der Parteivorstands-Tagungen** auf allen Leitungsebenen, verbindlich für alle Leitungen

- **Lehrgänge an der Karl-Liebknecht-Schule** für Gruppenvorsitzende, Stellvertreter, Kassierer und Mitglieder von Revisionskommissionen, Bildungsverantwortliche, Kleinzeitungsredakteure u. a.
- **Tag des Gruppenvorsitzenden,** Tagesseminar, einmal im Jahr

Zusätzliche Angebote für neue Mitglieder

- **Einführungskurs,** 4 Abende auf Kreis- oder Gruppenebene für alle neuen Mitglieder

Materialien: 4 Bildungshefte für Neue, Video-Filme, Abc für junge Kommunistinnen und Kommunisten

- **Offene Gesprächsrunden** bei den Kreisvorsitzenden
- **Grundlehrgänge** an der Karl-Liebknecht-Schule, eine Woche
- **Zirkel** zum Programm der DKP. Thesen des Hamburger Parteitages oder zum „Kommunistischen Manifest"

Materialien: Einführungsbücher der Edition Marxistische Blätter

Frauenfernstudien an. Funktionäre der DKP-Jugendorganisationen wurden an der FDJ-»Jugendhochschule Wilhelm Pieck« bei Bernau (DDR) und an der »Hochschule des Leninistischen Komsomol« (Jugendorganisation der KPdSU) in Moskau ausgebildet.

1.1.5 Parteipresse

Um das gewachsene Diskussionsbedürfnis aufzufangen und die Partei attraktiver erscheinen zu lassen, öffnete sich die Presse der DKP – voran das täglich erscheinende Zentralorgan »Unsere Zeit« (UZ) – weiter für Kritik und Kontroversen. Die Teilnehmer einer UZ-Umfrage – insgesamt über 40% mit Hochschulabschluß, über 20% Mitglieder der Gewerkschaft ÖTV – rügten den geringen Informationswert und schwerfälligen Stil der UZ. Die Zahl ihrer Abonnenten und der Freiverkauf gingen zurück; die Erlöse deckten bei weitem nicht die Kosten für Personal, Herstellung und Vertrieb. Die Parteiführung griff die Kritik auf: Ab Frühjahr 1989 soll die UZ in neuer Gestalt auf den Markt kommen; ihre Redaktion wird verstärkt. Gleichzeitig wies die Partei aber auch auf Erfolge hin: Es vergehe kaum eine Woche, in der die UZ nicht mit Interviews bekannter Persönlichkeiten, nichtkommunistischer Gewerkschafter, Politiker, Sportler, Künstler und Wissenschaftler aufwarten könne; so etwas sei früher undenkbar gewesen[19].

Auflage des DKP-Zentralorgans sinkt weiter

Wichtig für die Agitation der DKP in Betrieben und Wohngebieten blieben die etwa 700 Kleinzeitungen. Sie erschienen in Auflagen von wenigen hundert bis zu mehreren zehntausend Exemplaren bis zu etwa 20mal jährlich und werden kostenlos verteilt. Besondere Bedeutung behielt die »Progress Presse Agentur GmbH« (PPA) unter ihrem Chefredakteur Eberhard WEBER (ehemals DKP-Pressesprecher); sie beschäftigt etwa 15 Redakteure und Korrespondenten und unterhält neben ihrer Zentrale in Düsseldorf fünf örtliche Büros.

1.2 »Sozialistische Einheitspartei Westberlins« (SEW) mit Neben- und beeinflußten Organisationen

Die SEW repräsentiert den orthodoxen Kommunismus in Berlin (West). Sie bekennt sich in Wort und Tat zum Marxismus-Leninismus:

> »Marx, Engels, Lenin, Luxemburg, Liebknecht und Thälmann haben uns auf den Weg gebracht ... im Kampf für Sozialismus«. (SEW-Wahlprogramm für die Wahlen in Berlin am 29. 1. 1989)

SEW auch weiterhin auf SED-Kurs

Entstehungsgeschichte, politische Biographien führender Funktionäre sowie materielle Abhängigkeit zwingen die SEW zu einem an die SED der DDR angepaßten Kurs. So folgte die SEW-Führung zunehmend der restriktiven Interpretation von »Glasnost« und »Perestrojka« durch die Staatspartei der DDR. Um Unmut der »Basis« aufzufangen, öffnete sich das täglich erscheinende Zen-

DÜSSELDORF
LINKS
Zeitung der DKP Oberkassel, Heerdt, Lörick
"Bordelle ausgeschlossen"
LINKSRHEINISCHE
ZEITUNG DER DKP FÜR LUDWIGSHAFEN
Ist Klimagutachten des Offenbacher Wetterdienstes eine Gefälligkeitsarbeit?
1. MAI
DGB-Demo gegen Sozialabbau
Anliegerbeiträge künftig in Monatsraten
DKP
Pulverturm
Ratsprotest gegen CDU-Pläne
Für wen ist der Rat zuständig?
Berufsverbotekonferenz
Hafen heute
FÜR EINE STADTPLANUNG
Düssel-Post
Stadtzeitung der DKP Düsseldorf
Für unser Land: Werften erhalten!
DKP — die richtige Antwort
Jede Stimme für die Kommunisten zählt
DKP REPORT
Schleswig-Holstein
Ohne die Werften würde
In Düsseldorf:
Mörder von Ernst Thälmann muß bestraft werden!
Start ins DKP-Fußballturnier '88 –
rathaus report
Zeitung der DKP für Nürnberg
Unbürokratische Hilfe für in Not Geratene
Stadtteilfeste können laufen
Marburger Echo
Uni-Kindertagesstätte: Wegen Raumnot acht Plätze bedroht
Tiefgaragen und Tunnel: Tausendfaches „NEIN"

tralorgan »Die Wahrheit«, dessen Auflage leicht zurückging, stärker für Diskussionen. Die Mitgliederzahl der Partei stagnierte. Die bündnispolitischen Erfolge dauerten jedoch an.

Einer der Schwerpunkte der politischen Arbeit der SEW und ihres Umfeldes – des »Sozialistischen Jugendverbandes Karl Liebknecht«, der »Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin«, der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten«, der »Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin« und des »Demokratischen Frauenbundes Berlin« – blieb der »Friedenskampf«; daneben rückte der »antifaschistische Kampf« in den Vordergrund. Die Partei bemühte sich, auf diesem Wege eine neue Basis für die Zusammenarbeit mit nichtkommunistischen Gruppen zu finden. Die SEW und ihre Nebenorganisationen wirkten auch bei der Vorbereitung und Durchführung des »Gegenkongresses« und der »Großdemonstration« anläßlich der Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank im September in Berlin (West) mit (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1).

Beteiligung der SEW an Kampagne gegen IWF und Weltbank

1.3 Nebenorganisationen der DKP

Auch 1988 setzte die DKP bei ihrer politischen Arbeit Nebenorganisationen ein. Diese sind zwar formell selbständig und haben eigene Satzungen und Führungsgremien; sie sind jedoch personell und finanziell eng mit der DKP verflochten. Die wichtigsten dieser Organisationen sind die drei kommunistischen Jugendverbände. Sie bekennen sich zum Marxismus-Leninismus und zur führenden Rolle der DKP. In einzelnen ideologisch-politischen Fragen übernahmen sie jedoch die Positionen der »Erneuerer« und nicht die der »Traditionalisten« in der DKP. Die Jugendverbände unterhalten neben traditionell engen Beziehungen zur »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) der DDR vielfältige Verbindungen zu ausländischen »Bruderverbänden«. Zur ideologischen Schulung dient ihnen vor allem die zentrale kommunistische »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« (Aurach/Kreis Ansbach)[20].

1.3.1 »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ)

Die SDAJ feierte im Mai ihr 20jähriges Bestehen als »revolutionärer Arbeiterjugendverband«, der auf der »Grundlage der Ideen von Marx, Engels und Lenin« für eine »sozialistische Bundesrepublik« kämpft[21]. Sie bekannte sich erneut zur »engen Kampfgemeinschaft« mit der DKP[22]; wie die Partei geriet die SDAJ in eine tiefe Krise. So wird seit Sommer eine Verbandsdiskussion über die Aufgaben und Ziele des »revolutionären Jugendverbandes« geführt; gestritten wird dabei vor allem über das Verhältnis von allgemeinen Menschheitsinteressen zum Klassenkampf sowie über die kommunistischen Organisationsprinzipien des »demokratischen Zentralismus«. Die SDAJ-Vorsitzende Birgit RADOW wurde im Januar 1989 wieder in das Präsidium des DKP-Parteivorstandes gewählt; die

SDAJ in tiefer ideologisch-politischer und organisatorischer Krise

Vorsitzenden der 12 SDAJ-Landesverbände sind mehrheitlich in den DKP-Bezirksvorständen vertreten.
Eine Neuausgabe der Mitgliedsbücher offenbarte massive Mitgliederverluste (vgl. Übersicht – Kap. IX).
Neben ihren Sprachrohren »elan – Das Jugendmagazin« und

»Jugendpolitische Blätter« verbreitete die SDAJ eine Vielzahl von Kleinzeitungen, die meist unregelmäßig und in geringer Auflage erschienen. Zusätzlich wurde ein neues Organ »Offener Kanal – Mitgliederzeitung zur Verbandsdiskussion« herausgegeben. Mit der seit 1986 bestehenden »elan-mailbox« suchte die SDAJ computerbegeisterte Jugendliche auf sich aufmerksam zu machen; sie veranstaltete dazu auch ein Computercamp in der kommunistischen »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« und lud 90 Computer-Clubs zum »Festival der Jugend« ein.

1.3.2 »Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus» (MSB)

Der MSB versteht sich nach wie vor als revolutionäre Studentenorganisation, die auf der Basis des Marxismus-Leninismus für den Sozialismus kämpft[23]. Entscheidend dafür sei die Stärkung der »revolutionären Kräfte«, die ausdrücklich mit DKP, SDAJ und MSB benannt werden[24].
Auf seinem Programmkongreß »Aufbruch und Erneuerung« (7. – 9. Oktober in Hamburg) bemühte sich der MSB, seine Politik und Arbeitsweise neu zu bestimmen. Dabei unterstützte er vorbehaltlos den neuen Kurs der KPdSU und forderte, mit der »Dogmatisierung« in der marxistischen Bewegung zu brechen und die sozialistische Strategie zu verändern[25]. Vorwürfe aus der DKP, er habe sich zu einer reformistischen Organisation gewandelt und das sozialistische Ziel verabschiedet, wies er zurück[26].

MSB will »Erneuerung«

Der MSB-Vorsitzende Thomas RIECKE (seit Januar 1989 auch Mitglied des DKP-Parteivorstandes) mußte einen Mitgliederrückgang um 40% gegenüber den »Höchstzeiten« in den 70er Jahren einräumen[27]. Trotz dieser hohen Verluste blieb der MSB der stärkste linksextremistische Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland; viele Mitglieder gehören zugleich der DKP an, einzelne – wie der MSB behauptet – auch der SPD und den GRÜNEN. Neben dem MSB-Organ »rote blätter« erscheint als Diskussionsforum des MSB die Zeitung »avanti«.

1.3.3 »Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation« (JP)

JP Rekrutierungsfeld für DKP und SDAJ

Die JP sahen auch 1988 in der DKP und der SDAJ »eng befreundete« Organisationen, mit denen sie gemeinsam für den Sozialismus, eine Welt »ohne Unterdrückung und Ausbeutung«, für mehr Rechte für Kinder, gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus kämpfen[28]. DKP und SDAJ unterstützten die JP vielfach, z. B. bei der Kinderferienaktion und den Pfingstcamps. Sie beherrschen die Leitungsgremien der JP. So gehört der JP-Vorsitzende Gerd HERTEL (bis Januar 1989 Mitglied des DKP-Parteivorstandes) – wie seine Stellvertreterin – dem geschäftsführenden Bundesvorstand der SDAJ an. Die bei den JP organisierten Kinder sollen nach ihrer Pionierzeit der SDAJ beitreten[29].

1.4 Kommunistisch beeinflußte Organisationen

Seit jeher stützen sich die Kommunisten bei ihrer »Massenarbeit« und Bündnispolitik intensiv auf Organisationen, die kommunistisch gesteuert oder beeinflußt sind, ohne das in ihren Organisationsnamen erkennen zu lassen. Sie sind aber von Kommunisten gegründet oder unterwandert worden. Sie stellen sich nach außen hin als unabhängig dar, werden aber tatsächlich erheblich kommunistisch beeinflußt: Entscheidende Funktionen, vor allem im organisatori-

schen Bereich sind mit – oft hauptamtlichen – kommunistischen oder prokommunistischen Funktionären besetzt; dagegen besteht die Mehrzahl der Mitglieder oft aus Nichtkommunisten. Entsprechend kommunistischer Taktik treten die beeinflußten Organisationen nicht offen für revolutionäre Ziele ein; sie propagieren Forderungen, die mit kommunistischen Nahzielen übereinstimmen, isoliert gesehen aber nicht als verfassungsfeindlich erscheinen. Dadurch gelingt es diesen Organisationen immer wieder, auch Nichtextremisten als Mitglieder und Bündnispartner zu gewinnen und so ihre Hauptaufgabe zu erfüllen: Vorbehalte gegenüber Kommunisten und deren eigentlichen – verfassungsfeindlichen – Zielen abzubauen. Von den zahlreichen kommunistisch beeinflußten Organisationen traten 1988 die folgenden besonders hervor.*

1.4.1 »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland« (VVN-BdA)

In der VVN-BdA blieb der beherrschende Einfluß der DKP ungeschmälert. Etwa zwei Drittel der Mitglieder des Bundesvorstandes und des Präsidiums sind Kommunisten, ebenso die neun hauptamtlichen Funktionäre des Sekretariats, darunter der Generalsekretär Kurt ERLEBACH (Mitglied des DKP-Parteivorstandes), sowie die Landessekretäre.

VVN-BdA als Vorreiterin im Kampf gegen »Antikommunismus« und »Faschismus«

Die VVN-BdA strebt weiterhin eine »antifaschistische Bundesrepublik«[30] nach dem Vorbild der DDR an; dort sei der »Antifaschismus« verwirklicht[31]. Deshalb bestimmten der Kampf gegen »Antikommunismus« und um »antifaschistische Aktionseinheit« die

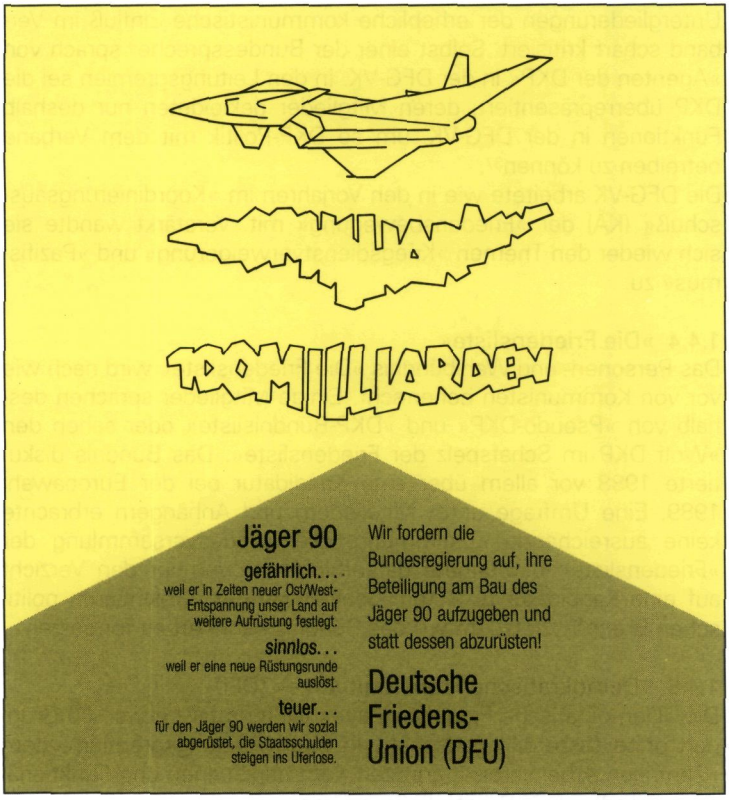
* Mitgliederzahlen und Publikationen vgl. Kap. IX.

Aktivitäten der VVN-BdA. Dafür nutzte sie Aktionen gegen Rechtsextremisten und Veranstaltungen zu Jahrestagen[32] wie der Machtergreifung der Nationalsozialisten (30. Januar) und der »Reichspogromnacht« (»Reichskristallnacht« 9. November).
Hatte die VVN-BdA im Vorjahr von einem »Durchbruch« in ihrer Bündnispolitik gesprochen[33], so stellte sie nun fest: »Die von uns angestrebten Bündnisse sind in den letzten Jahren und Monaten gewachsen und stabiler geworden«[34].

1.4.2 »Deutsche Friedens-Union« (DFU)

DFU spielt Schlüsselrolle in der kommunistischen Bündnispolitik

Die DFU spielte auch 1988 eine zentrale Rolle in der kommunistischen »Volksfront«-Politik. Als »bündnisstiftende, bündnisfördernde« Kraft[35] wirkte sie wiederum u. a. im »Friedenskampf« (vgl. Ziff. 2.3). So startete sie im Juni eine Kampagne gegen den Bau des



»Jäger 90«. Ebenso beteiligte sich die DFU weiterhin an der Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Extremisten aus dem öffentlichen Dienst (vgl. Ziff. 2.4). Dabei bemühte sie sich besonders um »bürgerliche« und christliche Kreise mit dem Ziel, diese für kommunistische Nahziele zu gewinnen und antikommuni-

stische Einstellungen abzubauen[36]. Nach wie vor unterhält die DFU einen aufwendigen und leistungsfähigen Apparat von hauptamtlichen Funktionären. Ihm gehören – ebenso wie den gewählten Führungsgremien auf Bundes- und Landesebene – zahlreiche Kommunisten an.

1.4.3 »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner« (DFG-VK)

Kommunistischer Einfluß in der DFG-VK unterschiedlich stark

Kommunisten und Mitglieder anderer DKP-beeinflußter Organisationen hielten auch 1988 entscheidende Positionen in der DFG-VK. Die DKP-Mitglieder Michael GEMS (hauptamtlich tätiger Bundesgeschäftsführer) und Gregor WITT gehören weiterhin dem Bundessprecherkreis (insgesamt sieben Personen) an. In einzelnen Landesverbänden war der kommunistische Einfluß jedoch geringer, teilweise unbedeutend. Mehrfach wurde von Mitgliedern und Untergliederungen der erhebliche kommunistische Einfluß im Verband scharf kritisiert. Selbst einer der Bundessprecher sprach von »Agenten der DKP« in der DFG-VK. In den Leitungsgremien sei die DKP überrepräsentiert; deren Mitglieder bekleideten nur deshalb Funktionen in der DFG-VK, um so DKP-Politik mit dem Verband betreiben zu können[37].

Die DFG-VK arbeitete wie in den Vorjahren im »Koordinierungsausschuß« (KA) der »Friedensbewegung« mit. Verstärkt wandte sie sich wieder den Themen »Kriegsdienstverweigerung« und »Pazifismus« zu.

1.4.4 »Die Friedensliste«

»Friedensliste« verzichtet auf Kandidatur bei Europawahl 1989

Das Personen- und Wahlbündnis »Die Friedensliste« wird nach wie vor von Kommunisten beherrscht. Einige Mitglieder sprachen deshalb von »Pseudo-DKP« und »DKP-Bündnisliste« oder sahen den »Wolf DKP im Schafspelz der Friedensliste«. Das Bündnis diskutierte 1988 vor allem über eine Kandidatur bei der Europawahl 1989. Eine Umfrage unter Mitgliedern und Anhängern erbrachte keine ausreichende Zustimmung. Die Bundesversammlung der »Friedensliste« begründete daraufhin im November den Verzicht auf eine Kandidatur u. a. mit Zweifeln an der erreichbaren politischen Breite[38]. Trotzdem will das Bündnis seine Arbeit fortsetzen.

1.4.5 »Demokratische Frauenініtiative« (DFI)

DFI-Bundesgeschäftsstelle personell stark von Kommunisten beeinflußt

Die »Demokratische Frauenініtiative« (DFI) umfaßt etwa 100 Gruppen ohne feste Mitgliedschaft. In ihrem Leitungsgremium, dem »Zentralen Arbeitskreis«, arbeiten Kommunistinnen und Funktionärinnen anderer DKP-beeinflußter Organisationen maßgeblich mit; die sechs Frauen der »Bundesgeschäftsstelle« gehören entweder der DKP oder einer von ihr beeinflußten Organisation an. Die DFI versteht sich als Bindeglied zwischen den verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung sowie zwischen Frauen- und Arbeiterbewegung[39]. Erneut beteiligte sich die Initiative mit frauenspezifi-

schen Parolen (z. B. »Frauen gegen Waffenbrüder«, d. h. gegen deutsch-französische Militärkooperation) an Kampagnen, die von Kommunisten unterstützt wurden. Sie engagierte sich auch in der Kampagne gegen den § 218 StGB und das geplante Beratungsgesetz.

1.4.6 »Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e. V.« (VDJ)

Die VDJ wurde 1972 auf Initiative der DKP gegründet; auch in ihrem 1988 gewählten Bundesvorstand sind zahlreiche Kommunisten vertreten. Im Mittelpunkt der VDJ-Aktivität stand die Kampagne gegen die Sicherheitsgesetze. Die Vereinigung sah ihre Aufgabe darin, Widerstandsmaßnahmen selber zu entwickeln oder zu unterstützen. So gehörte sie zusammen mit anderen DKP-beeinflußten Organisationen zum Trägerkreis eines Kongresses »Freiheit stirbt mit Sicherheit« im Dezember in Köln.

VDJ agitiert verstärkt gegen die Sicherheitsgesetze

1.4.7 »Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika« (ASK)

Das ASK wird nach wie vor von Kommunisten beherrscht. Die laufenden Geschäfte besorgen zwei DKP-Mitglieder; der Sprecher ist Mitglied des kommunistisch gesteuerten »Weltfriedensrates«. 1988 begann im ASK eine Diskussion über Situation und Perspektive »antiimperialistischer Solidaritätsarbeit«. Der ASK-Sekretär Peter WAHL (DKP) stellte dabei selbstkritisch fest:

ASK diskutiert über Aufgaben »antiimperialistischer Solidaritätsarbeit«

> »Kommunisten haben von Beginn an einen bestimmten Einfluß im und auf das ASK ausgeübt, die Entwicklung des Komitees ist von ihren Positionen, ihrem Politikverständnis deutlich und nachhaltig geprägt worden. (...) Die Krise, in die die kommunistische Politik geraten ist, mußte auch das ASK in Mitleidenschaft ziehen«. (Thesenpapier »Solidarität im Umbruch«, 1988).

Das ASK will sich aus bündnispolitischen Erwägungen mehr für nichtkommunistische Kräfte öffnen. Es setzte sich aber auch 1988 für die Solidarität mit solchen Regierungen und »Widerstandsbewegungen« in der Dritten Welt ein, die der kommunistischen Ideologie nahestehen. Das Komitee beteiligte sich an der Kampagne gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1).

2. Bündnispolitik

Die DKP mißt dem Aufbau einer »Massenbasis« zentrale strategische Bedeutung zu. Deshalb strebt sie Bündnisse mit nichtkommunistischen Kräften an und unterscheidet dabei:

DKP mißt Bündnispolitik zentrale strategische Bedeutung zu

- Die »Aktionseinheit der Arbeiterklasse«, d. h. die Zusammenarbeit vor allem mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftern (vgl. Ziff. 2.1 und 2.2)
- das »breite antimonopolistische Bündnis«, auch »demokratisches Bündnis« genannt; d. h. aufbauend auf der »Aktionseinheit« die Einbeziehung intellektueller sowie bäuerlicher und bürgerlicher Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern
- im »Friedenskampf« eine »breite Koalition der Vernunft« aller am Frieden interessierten Kräfte, einschließlich »realistisch denkender Kreise« der »Großbourgeoisie und der Konservativen«.

Für Bündnisse setzen sich die Kommunisten auf allen Aktionsfeldern ein: Vom »Friedenskampf« über Arbeiterkämpfe, »Antifaschismus«, bis hin zum Sport. So forderte die DKP ihre Mitglieder auf, sogar Sportvereine für die »Massenarbeit« zu nutzen und im kommunistischen Sinne zu politisieren[40]. Um Bündnispartner im Kampf für vorgeblich gemeinsame Tagesanliegen zu gewinnen, propagiert die DKP Forderungen, die auch bei Demokraten auf breite Zustimmung stoßen können. Dabei greift sie aber nur solche Forderungen auf, deren Durchsetzung kommunistische Positionen verbessern würden. Demokratischen Bündnispartnern ist dabei häufig nicht bewußt, daß Bündnislosungen – wie z. B. »für Frieden«, »für Menschenrechte« – für Kommunisten eine ganz andere Bedeutung haben als für sie selber: Nach kommunistischer Auffassung garantiert letztlich nur der Sozialismus Frieden und Menschenrechte. Deshalb bedeutet für Kommunisten der Kampf für »Frieden« und für »Menschenrechte« in Wirklichkeit, für den Sozialismus kommunistischer Prägung zu kämpfen.

DKP zieht positive Bilanz ihrer Bündnispolitik

Die Auflage des wichtigsten publizistischen Bündnisorgans der DKP, der »Volkszeitung«, wurde vorübergehend erhöht, um zusätzliche Leserkreise zu erschließen. Weiterhin sind mindestens zwei Drittel der Redakteure – darunter der Chefredakteur und seine Stellvertreterin – Mitglieder kommunistischer Kern- oder Nebenorganisationen. Auch für 1988 zog die DKP eine positive Bilanz ihrer Bündnispolitik:

»Zu den größten Erfolgen unserer Arbeit gehört, daß es in den letzten Jahren gelungen ist, die Partei aus der Isolation herauszuführen, in der uns die Herrschenden in unserem Land halten wollten. Das wird besonders deutlich in den Erfolgen unserer Aktionseinheits- und Bündnispolitik. Wenn man von der Zeit unmittelbar nach der Befreiung vom Faschismus absieht, war zu keiner Zeit der Nachkriegsgeschichte die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten so weit entwickelt wie in der Gegenwart. Und auf dem Gebiet der Bündnispolitik sind wir Kommunistinnen und Kommunisten in den letzten Jahren in der Friedensbewegung und anderen demokratischen Bewegungen zu

gleichberechtigten Partnerinnen und Partnern geworden«.
(»Marxistische Blätter« Nr. 2/1988, S. 49)

Gleichzeitig räumte die DKP aber ein, ihr bündnispolitisches Engagement habe nicht den erhofften Zuwachs an Mitgliedern und Organisationskraft gebracht[41].

2.1 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten

Vorrangiges Ziel kommunistischer »Aktionseinheitspolitik« blieb die Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten; sie hat für die DKP »überragende Bedeutung«, begründet in »gemeinsamen Grundinteressen und historischen Verpflichtungen«[42].

DKP sieht Fortschritte bei »Aktionseinheit« mit Sozialdemokraten

Die Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten sei 1988 – so die DKP – erkennbar vorangekommen[43]. Sie fühlt sich dabei durch das UZ-Interview eines bekannten Sozialdemokraten bestärkt; dieser wurde dort mit den Worten zitiert, man dürfe Berührungsängste nicht mehr so furchtbar ernst nehmen[44]. Als Signal für eine qualitativ neue Entwicklung interpretierte die Partei den Hinweis eines anderen führenden Sozialdemokraten. Dieser hatte gefordert, die DKP nicht grundsätzlich aus dem »inneren Dialog« auszuklammern – ohne sich mit ihr zu verbrüdern[45].

Die Themen »Frieden«, »Berufsverbote«, »Internationale Solidarität« und »Antifaschismus« boten auch 1988 Anlaß zu Aufrufen und zu örtlichen, regionalen und bundesweiten Bündnissen, in deren Organisationsgremien auch Kommunisten gleichberechtigt mitwirkten. Das gemeinsame Auftreten von Rednern beider Parteien – traditionell inzwischen bei den »Ostermärschen« (Ziffer 2.3) – wertete die DKP als Ausdruck wachsender Anerkennung[46]. Außerdem verwies die DKP darauf, einflußreiche Sozialdemokraten gäben der UZ Interviews; dies sei früher »unmöglich« gewesen[47]. Mehrere kommunistisch beeinflußte Organisationen (VVN-BdA, »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ), Arbeitsausschuß der Initiative »Weg mit den Berufsverboten«) lassen in ihren Leitungsgremien nach wie vor einzelne Mitglieder der SPD mitarbeiten, um so den Anschein der Überparteilichkeit zu erwecken.

Zusammenarbeit an Hochschulen

Unverändert intensiv ist auch die Zusammenarbeit an Hochschulen, insbesondere über den »Sozialistischen Hochschulbund« (SHB), der die kommunistische Politik der »Aktionseinheit« auch außerhalb der Hochschulen unterstützt. Der SHB versteht sich als »marxistisch-sozialdemokratische« Organisation und will die »fortschrittlichen« Kräfte in der SPD, in der viele seiner Mitglieder organisiert seien, stärken[48]. Mit seiner politischen Orientierung – »Kampf für den Sozialismus« – zielt er auf die Überwindung der »kapitalistischen Ausbeuterordnung«[49]. Sein politisches Grundverständnis in enger Anlehnung an Lehren des Marxismus-Leninismus sowie seine Strategie und Taktik stimmen weitgehend mit denen orthodoxer Kommunisten überein.

2.2 Bemühungen um »Aktionseinheit« mit Gewerkschaften

Gegenüber der Gewerkschaftsbewegung verfolgten die Kommunisten unverändert die marxistisch-leninistische Strategie und Taktik: Sie behaupten, die – unabhängigen – Gewerkschaften zu verteidigen und sich für deren Kampfkraft einzusetzen.

Tatsächlich bemühen sie sich stetig, den kommunistischen Einfluß zu erweitern und über die vordergründig gemeinsamen Tagesanliegen hinaus ihre klassenkämpferischen und systemverändernden Ziele durchzusetzen, um die demokratischen Gewerkschaften so langfristig in Werkzeuge (»Transmissionen«) kommunistischer Politik umzuwandeln.

DKP will Gewerkschaften in Werkzeuge kommunistischer Politik umwandeln

Deshalb leisteten DKP-Mitglieder weiterhin in beträchtlichem Umfang kommunistische Gewerkschaftsarbeit; sie betrachten es als ihre selbstverständliche Pflicht, um gewerkschaftliche Ämter zu kämpfen und damit ihren Einfluß zu vergrößern. Nach Angaben der DKP sind fast 70% ihrer Mitglieder in DGB-Gewerkschaften organisiert; ein Fünftel davon sei in gewerkschaftlichen Funktionen aktiv[50]. Sie sind dort – im Gegensatz zu Anhängern der »Neuen Linken« und zu Rechtsextremisten – nicht von »Unvereinbarkeitsbeschlüssen« betroffen. In obersten Gewerkschaftsgremien sind Kommunisten bislang nur vereinzelt vertreten; 1988 gelang es erstmals einem DKP-Mitglied, in den geschäftsführenden Hauptvorstand einer Gewerkschaft (IG Holz und Kunststoff) gewählt zu werden.

Hoher Anteil von DKP-Mitgliedern in Gewerkschaften organisiert

In einzelnen nachgeordneten Gewerkschaftsgliederungen ist die Zahl der Kommunisten nicht unbeachtlich; dies gilt vor allem für die IG Druck und Papier sowie die ihr angehörende Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju), den Kern der neuen IG Medien (Druck und Papier, Publizistik und Kunst).

In der Agitation hob die DKP u. a. einen »gemeinsamen Kampf« gegen die Stillegung des Krupp-Stahlwerkes Rheinhausen[51], eine *»selbstverständliche« Teilnahme von Gewerkschaftern an den* traditionellen DKP-Parteiabenden am Rande von Gewerkschaftskongressen[52] sowie Grußschreiben und Anwesenheit von *Gewerkschaftsfunktionären bei DKP-Delegiertenkonferenzen*[53] als Erfolge hervor. Wie in den Vorjahren veröffentlichte die kommunistische Presse zahlreiche Interviews mit Gewerkschaftsfunktionären aller Ebenen.
Unterstützt wurde die kommunistische Gewerkschaftsarbeit auch 1988 durch Publikationen der »Nachrichten-Verlags-GmbH«, Frankfurt/M., darunter die Monatsschrift »NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik«. In deren Herausgeberkreis und Redaktionskollegium sind Kommunisten deutlich in der Mehrheit. Verstärkt bemühte sich die DKP um Einfluß auf Arbeitslosen-Initiativen. Aktiv unterstützte sie Vorbereitung und Durchführung eines Bundeskongresses der »Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut« im Juni in Düsseldorf sowie eine dort beschlossene Aktionswoche gegen die »Bedürftigkeitsprüfung«. Damit verfolgte sie das Ziel, unter Arbeitslosen »klassenorientierte Positionen« zu propagieren[54].

2.3 Einflußnahme auf die »Friedensbewegung«

Auch 1988 sahen orthodoxe Kommunisten im »Friedenskampf« ein wichtiges Aktionsfeld. Sie bemühten sich, den Bedeutungsverlust der »Friedensbewegung« aufzuhalten und ihr sowjetische

Abrüstungsvorschläge als neue Themen zuzuweisen. Die KPdSU bescheinigte dafür der DKP, einen »unvergessenen Anteil« für das neue Kapitel in den deutsch-sowjetischen Beziehungen geleistet zu haben[55].

Starke Präsenz von Kommunisten in Gremien der »Friedensbewegung«

Das DKP-Spektrum blieb eine Minderheit in der »Friedensbewegung«, war jedoch wie bisher in deren Arbeitsgremien übermäßig stark repräsentiert. Durch ständige Anwesenheit, einheitliches und geschicktes Vorgehen konnte es viele seiner Vorstellungen durchsetzen. Im bundesweiten »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« (KA) mit Sitz in Bonn (rund 30 Mitgliedsorganisationen) waren orthodoxe Kommunisten weiterhin über die SDAJ, das KFAZ, die DFG-VK, die VVN-BdA und die »Vereinigten Deutschen Studentenschaften« (VDS) vertreten. Obwohl die DKP und die DFU dem KA offiziell nicht angehören, beteiligten sich ein Funktionär des DKP-Parteivorstandes maßgeblich an den Beratungen und ein DFU-Funktionär in einer Arbeitsgruppe des KA.

»Ostermarschbewegung« als Propagandainstrument des DKP-Spektrums

Das DKP-Spektrum sah erneut in den »Ostermärschen« (85.000 Teilnehmer; Veranstalterangaben: 225.000) eine günstige Gelegenheit, seine »Friedenspolitik« zu propagieren. In der DFU-Landesgeschäftsstelle Hessen war wieder die bundesweite »Informationsstelle Ostermarsch '88« untergebracht; Willi van OOYEN und Horst STUCKMANN, beide Mitglieder des DFU-Bundesvorstandes, waren ihre Sprecher. In den DFU-Landesgeschäftsstellen befanden sich auch die meisten regionalen »Ostermarsch«-Büros, in denen Funktionäre der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen maßgeblich mitarbeiteten. DKP-Funktionäre sprachen auf Kundgebungen neben Vertretern demokratischer Organisationen[56].

Das DKP-Spektrum wertete daher den »Ostermarsch '88« als politischen Erfolg[57].

Vertreter der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen waren neben Kräften der »Neuen Linken« – aber auch neben Demokraten – maßgeblich an den »Herbstaktionen« beteiligt, die von der »Aktionskonferenz der Friedensbewegung« im Mai beschlossen worden waren. Die Proteste richteten sich u. a. gegen die Aufstellung einer deutsch-französischen Brigade (Anfang Oktober, Böblingen), den Bau einer NATO-Befehlszentrale (Mitte Oktober, Linnich) und die Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung (Mitte November, Hamburg).

»Krefelder Initiative« als Sammelbecken »berufsbezogener Friedensinitiativen«

Wie in den Vorjahren diente die DFU-gesteuerte »Krefelder Initiative« als Sammelbecken für »berufsbezogene Friedensinitiativen«. Vertreter des DKP-Spektrums engagierten sich tatkräftig bei Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen solcher Initiativen, so beim internationalen »Pädagogen-Friedenskongreß« im Mai in Bonn sowie dem Kongreß des Vereins »Verantwortung für den Frieden – Naturwissenschaftler-Initiative« im Dezember in Tübingen.

Reiner BRAUN (DKP), Mitglied des DFU-Bundesvorstandes und der »Krefelder Initiative« ist Geschäftsführer der Naturwissenschaftler-Initiative.

DFU-Kampagne gegen das Projekt »Jäger 90«

Als zugkräftig erwies sich die Kampagne gegen das Flugzeugprojekt »Jäger 90«[58], die im Juni von der DFU gestartet wurde. Es gelang ihr, zahlreiche Unterzeichner für den Aufruf »Jäger 90 – gefährlich, sinnlos, teuer« zu gewinnen, darunter namhafte Demokraten.

Als Instrument im kommunistischen »Friedenskampf« betätigte sich wieder das »Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit« (KFAZ), das sich 1988 vor allem auf die Verbreitung von Publikationen konzentrierte. Die Hälfte der Mitglieder des KFAZ-»Büros« gehört dem sowjetisch gesteuerten »Weltfriedensrat« (vgl. Kap. V, Ziff. 1.3) an, darunter das bisherige DKP-Präsidiumsmitglied Martha BUSCHMANN.

2.4 Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst

Agitation gegen Fernhaltung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst

Die bundesweite Initiative »Weg mit den Berufsverboten« (Sitz Hamburg) initiierte Proteste und agitierte unverändert gegen staatliche Maßnahmen zur Fernhaltung orthodoxer Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst. Dafür wurden gezielt namhafte Vertreter demokratischer Organisationen angesprochen und als Unterstützer gewonnen.

Den »Arbeitsausschuß« der Initiative beherrschen Funktionäre der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen, vor allem der DFU (Sprecher: Horst BETHGE, Mitglied des DFU-Bundesvorstandes). Die Initiative stützt sich auf zahlreiche örtliche Initiativen. Sie gibt regelmäßig Informationsschriften für das In- und Ausland heraus und dient als Ansprechpartner für die ausländischen »Komitees gegen die Berufsverbote in der BRD«.

2.5 »Antifaschismus-Kampagne«*

Mit der »Antifaschismus-Kampagne« will die DKP das gleichermaßen gegen rechts- wie linksextremistische Bestrebungen gerichtete Demokratieverständnis des Grundgesetzes auf einen nur »antifaschistischen« Gehalt reduzieren. Damit sollen Kommunisten als die eigentlichen Demokraten ausgegeben und freiheitliche Demokraten, die den Kommunismus richtigerweise ablehnen, in die Nähe des »Faschismus« gerückt werden.

DKP als Triebkraft des »antifaschistischen Kampfes«

Die DKP rühmte sich, »bewußtseinsbildende und aktivierende Kraft« im »antifaschistischen Kampf«[59] zu sein; ein Spitzenfunktionär der VVN-BdA (zugleich DKP-Funktionär) meinte dazu:

> »Wer hat es erreicht, daß der Antifaschismus – nach jahrelangem ›Rufen in der Wüste‹ – heute in den Gewerkschaften, in breiten Teilen der Jugend, in der SPD ... nicht nur zur Erkenntnis, sondern Anleitung zum Handeln wurde? Wer, wenn nicht die ›bedeutungslose‹ DKP?!«
> (UZ vom 21.7.1988)

Wesentlicher Träger der kommunistischen »Antifaschismus«-Kampagne blieb die VVN-BdA. Ihr gelang es auch 1988, zahlreiche Aktionsbündnisse gegen das Auftreten von Rechtsextremisten und andere von ihr als solche bezeichnete Gruppen zu initiieren. In diesen Bündnissen arbeiteten zumeist orthodoxe Kommunisten, häufig auch Gruppierungen der »Neuen Linken« bis hin zu Autonomen mit Vertretern demokratischer Organisationen zusammen[60]. Linksextremisten befürworten oder rechtfertigen dabei auch Gewalt-

* In der politischen Publizistik seit den 1920er und 1930er Jahren ist, angestoßen durch den Wortgebrauch der Linksextremisten, die Bezeichnung als »Faschismus« auf ganz verschiedenartige politische Strömungen angewendet worden, sowohl auf solche mit autoritären und totalitären Machtstrukturen als auch auf politische Gegner ganz anderen Zuschnitts. Kommunisten und andere Linksextremisten nutzen die so ausgeweitete Faschismus- bzw. Antifaschismusvokabel als jederzeit variierbaren Kampfbegriff und suchen unter dieser Parole Bündnispartner.[58a]

tätigkeiten gegen »Altnazis« und »Neonazis«. Einen weiteren Schwerpunkt der Kampagne bildete die »Erinnerungsarbeit«: Zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen, bei denen die Geschichte des »antifaschistischen Widerstandes« aus kommunistischer Sicht mit dem Ziel dargestellt wird, das politische Klima »antifaschistisch« zu verändern[61].

2.6 »Antiimperialistische Solidarität«

Kommunisten unterstützen ideologisch nahestehende Regime und »Widerstandsbewegungen« in der Dritten Welt

Orthodoxe Kommunisten warben auch 1988 für ihnen ideologisch nahestehende Regime und »Widerstandsbewegungen« in der Dritten Welt und unterstützten sie materiell; westliche Demokratien wurden dagegen als imperialistisch und aggressiv verleumdet. Die DKP lobte ihre Mitglieder, die sich im Parteiauftrag in »antiimperialistischen Solidaritätskomitees« und »Freundschaftsgesellschaften« betätigen[62].

Zugleich forderte sie, den »Solidaritätsbewegungen« neue Impulse zu geben[63]. Bedeutendste »antiimperialistische« Bündnisorganisation der DKP blieb das ASK (vgl. Ziffer 1.4.7), das zu den wichtigen Trägern der Kampagne gegen die IWF/Weltbank-Tagung in Berlin

zählte (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1). Wie in den vergangenen Jahren unterstützten die orthodoxen Kommunisten das sandinistische Nicaragua. Die DKP rühmte sich, mit Geld- und Sachleistungen sowie Arbeitsbrigadisten z. B. zum Ausbau des dortigen Kommunikationsnetzes beizutragen; viele Parteimitglieder seien auch im Rahmen von Städtepartnerschaften aktiv[64]. Die Solidarität mit dem Widerstand im südlichen Afrika, vor allem mit dem »Afrikanischen Nationalkongreß« (ANC), wurde ebenfalls fortgeführt. So beteiligte sich die DKP an Protesten gegen Banken und Konzerne, die mit Südafrika zusammenarbeiten[65], und sammelte – wie auch SDAJ und DFI (Demokratische Fraueninitiative) – weiterhin Spenden.

3. Betriebsarbeit

DKP nutzt Betriebsarbeit zur Verbreitung »antimonopolistischen« Bewußtseins

Die Betriebe blieben für die DKP ein wichtiges »Kampffeld«, auf dem sie auch 1988 »antimonopolistisches« Bewußtsein verbreiten wollte. Deshalb beteiligte sie sich mit großem personellem und materiellem Aufwand an Protesten gegen die Schließung des KRUPP-Stahlwerks Rheinhausen. Als »qualitatives« Ergebnis der Aktionen hob die DKP hervor, Brückenbesetzungen und Landtagsblockaden seien als Widerstandsformen akzeptiert worden[66]; die Schlacht[67] gehe aber weiter:

»Wenn wir die Buden irgendwann mal besitzen wollen, müssen wir heute anfangen«.
(UZ vom 1. 6. 1988)

Schwerpunkte der »konzernorientierten« Tätigkeit der DKP waren die Firmen VW, Opel, Daimler Benz, AEG, Siemens und Thyssen. Erstmals führte die Partei im April ein bundesweites Treffen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst durch (etwa 150 Teilnehmer). Zur Unterstützung kommunistischer Betriebsarbeit beschloß sie, eine »Informations- und Beratungsstelle für Betriebs-, Wirtschafts- und Technologiepolitik« einzurichten.
Die Zahl der DKP-Betriebsgruppen fiel auf etwa 400 (1987: 450), die Zahl der Betriebszeitungen auf etwa 290 (1987: 320). Etwa 19% der Parteitagsdelegierten waren nach Angaben der DKP Vorsitzende oder Mitglieder von Betriebs- und Personalräten. Der Anteil organisierter kommunistischer Betriebs- und Personalräte an der Gesamtzahl der gewählten Interessenvertreter dürfte jedoch nach wie vor unter 1% liegen.

4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit

Die DKP versucht stets, sich als Interessenvertreterin und zuverlässiger Partner der jungen Generation auszugeben[68]. Sie räumte jedoch ein, daß ihre jugendpolitische Arbeit nicht immer erfolgreich gewesen sei; bei Jugendlichen, die zu »fortschrittlichen« Positionen neigen, setze sich nur langsam sozialistisches Bewußtsein durch[69]. Die politischen und organisatorischen Krisen in SDAJ und

Informationen der DKP-Betriebsgruppe Krupp
tatsachen
für die Belegschaft der Krupp-Betriebe Esse
Juni 1988
Nach dem Unglück im
Stethoskop
Zeitung der DKP-Betriebsgruppe für die UNI-Kliniken Düsseldorf
GESUNDHEITS„REFORM"
Nr. 4 Juni 88
ARBEITER-ECHO
DKP-Zeitung für die Thyssen Stahl AG / Werk Oberhausen
Aus für Werk Oberhausen
Juni 1988
HEISSE EISEN
Berichte · Skizzen · Analysen
Mitteilungen für die Hoesch-Belegschaft
HERAUSGEBER DKP-BETRIEBSGRUPPEN HOESCH
ROTES REVIER
Betriebszeitung der DKP-Moers für die Schachtanlage Rheinland-Rheinpreußen
JAGD
Juni 1988
Unruhe
ist die erste Bergmannspflicht,
denn immerhin 37 000 Bergarbeiter
fallen ins Bergfreie!
WERFT ECHO
DKP-Betriebszeitung HDW Kiel
HANDELSSCHIFFBAU
IN GEFAHR!
DIE KOLLEGEN PRESSE
DKP-Betriebsgruppe im Springer Verlag Ahrensburg
SCHICHTARBEITER-ANGRIFFE
CDU UND F.D.P.
GREIFEN DIR INS PORTEMONNAIE
SPRINGER-DRUCK AHRENSBURG
NEIN ZUR STEUER-REFORM
35
DER HAMMER
Betriebszeitung der DKP Hamm für die Hammer-Metallbetriebe Ausgabe 0
„FRIEDEN & ARBEIT"
5. FRIEDENSFEST
SCHILLERPLATZ
AM 27. 08. 88 AB 14 UHR
Fortsetzung Seite 2 und 3

MSB schwächten deren Handlungsfähigkeit und beeinträchtigten spürbar die kommunistische Jugendpolitik.

4.1 Jugend

Die SDAJ wollte »bewußtseinsbildende«, aber auch »zusammenführende und einigende Kraft« unter der Jugend sein[70]. Sie blieb

im »Friedenskampf« engagiert, arbeitete weiter im »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung« mit und beteiligte sich an deren Aktionen. Die »antimilitaristische« Arbeit der SDAJ wurde schwächer. Mit Flugschriften und der Publikation »Rührt Euch« warb sie unter Soldaten für die Mitarbeit in den nur noch wenigen »Arbeitskreisen Demokratischer Soldaten« (ADS) und beeinflußten »Soldateninitiativen«. Junge Kommunisten und von ihnen beeinflußte örtliche Initiativen führten etwa 120 Störaktionen (1987: über 160 Aktionen) gegen die Bundeswehr durch (Mahnwachen, Plakat- und Schmieraktionen, Störung von Veranstaltungen, Agitation mit Flugblättern). Auch die Betriebsarbeit, für die SDAJ ein Arbeitsfeld von besonderer Bedeutung, ließ erheblich nach; die Zahl der Betriebsgruppen ging nach eigenen Angaben um mehr als die Hälfte auf 90 zurück. Bei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (Oktober/November) mußte die SDAJ große Verluste hinnehmen.

Betriebs- und »antimilitaristische« Arbeit der SDAJ nehmen ab

Selbstkritisch stellte die SDAJ fest, sie habe die Möglichkeiten für einen weiteren Aufschwung der »SchülerInnenbewegung« überschätzt. Die Zahl ihrer noch funktionierenden Schulgruppen sank sogar, wie sie zugab, um fast die Hälfte auf 140. Bei den Wahlen zu den Schülervertretungen konnte die SDAJ jedoch ihre Positionen halten. Auch in der »Bundesschülervertretung« (BSV) und in »Landesschülervertretungen« (LSV) sind nach wie vor SDAJ-Mitglieder tätig.

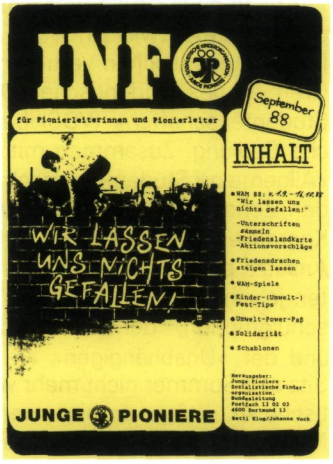
Bei ihren Bündnisbemühungen stieß die SDAJ auch 1988 kaum auf Schwierigkeiten. Junge Kommunisten sind auf allen Ebenen in Leitungsgremien der »Naturfreundejugend Deutschlands« (NFJD) vertreten. SDAJ-Mitglieder sind in führenden Positionen der »Deutschen Jugendpresse e. V.« (DJP) tätig. Nach wie vor arbeitet die SDAJ in zahlreichen Stadt- und Kreisjugendringen ebenso mit wie in den Landesjugendringen Hamburg, Bremen und Saarland. Dagegen wurde ein Antrag der SDAJ auf Aufnahme in den »Deutschen Bundesjugendring« (DBJR) erneut abgelehnt. Der SDAJ-beeinflußte Verband der Motorradklubs »Kuhle Wampe« (Vorsitzender: DKP-Mitglied), in dem ca. 1.100 Mitglieder in mehr als 70 Klubs organisiert sind, setzte seine Versuche fort, motorradbegeisterte Jugendliche für kommunistische Nahziele (z. B. »Antifaschismusarbeit«) zu gewinnen. Den Höhepunkt orthodox-kommunistischer Jugendarbeit bildete das von SDAJ und MSB veranstaltete »6. Festival der Jugend« am 4. und 5. Juni in Herne; es kamen jeweils etwa 40.000 Besucher (1986: 150.000), viele davon an beiden Tagen. Ein führender SDAJ-Funktionär hob die Bedeutung des Festivals auch für die DKP hervor:

> »Gibt es eine bessere Möglichkeit für DKP-Gruppen, mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen, sie mit Kommunistinnen und Kommunisten bekannt zu machen .... Wer beim Festival der Jugend war, hat ein positiveres Verhältnis nicht nur zu SDAJ und MSB, sondern auch zur DKP«. (Praxis Nr. 2/1988, S. 48)

4.2 Kinder

»Junge Pioniere« wollen Kinder für kommunistische Ziele gewinnen

Die »Jungen Pioniere« (JP) versuchten mit Unterstützung von DKP und SDAJ, 6- bis 14jährige Kinder mit kindgerechten Mitteln (Sport, Spiele, Feste) für Ziele der kommunistischen Bewegung zu gewinnen. Die Kinder sollen dabei als Grundregel erkennen, »sich nichts gefallen zu lassen«, weder beim Spiel oder in der Familie, noch in der Schule, noch durch »Hochrüstungspolitik«[71]. Dazu gehört aus



der Sicht der JP, Kinder auch für politische Aktionen, u. a. Demonstrationen, einzusetzen.
Mit Hilfe der DKP und SDAJ wurden etwa 50 Pfingstcamps veranstaltet. Die Beteiligung war offenbar unbefriedigend; eine Gesamtangabe wurde nicht gemacht (1987 angeblich über 3.000). In den Sommerferien führten DKP und JP die traditionellen Kinderferienreisen in die DDR durch. Daran nahmen ca. 3.500 Kinder und Betreuer teil. Ziel dieser Aktion ist, den Kindern die sozialistische DDR als »kinderfreundlich« und der »kapitalistischen« Bundesrepublik Deutschland überlegen zu präsentieren. Über die Kinder versuchte die DKP auch mit den Eltern ins politische Gespräch zu kommen.

4.3 Studenten

Es gab Ende 1988 etwa 80 (1987 etwa 100) DKP-Hochschulgruppen. Ihnen gehören die jeweils an einer Hochschule studierenden und beschäftigten DKP-Mitglieder an. Ihre Aufgabe ist es, die Gesamtpolitik der Partei in ihrem Wirkungsbereich mitzuentwickeln und dort umzusetzen[72], darüber hinaus den MSB anzuleiten und zu unterstützen. Die DKP beklagte den Verlust an »ideologischer Ausstrahlungskraft« und Einfluß an den Hochschulen. Das sei eine Ursache für den Mitgliederrückgang und die Einbußen kommunistischer Positionen im Wissenschaftsbereich[73].
Der MSB bekräftigte sein Konzept der »gewerkschaftlich orientierten Politik«: Er beschreibt sich als Sachwalter der Interessen der Studenten, bemüht sich um Einfluß in deren Vertretungen und propagiert die Zusammenarbeit mit der »Arbeiterklasse« und in den Gewerkschaften[74]. Er lobte die seit Jahren bewährte »Aktionseinheit« mit dem »Sozialistischen Hochschulbund« (SHB) und wollte von diesem »Kraftzentrum« aus das gemeinsame Handeln aller »Linkskräfte« – mit den Jungsozialisten (Juso)-Hochschulgruppen, den »Radikaldemokratischen Studentengruppen« (RSG), den »Basisgruppen« (BG) und einzelnen »unabhängigen« linken Gruppen – weiterentwickeln[75].

MSB lobt »Aktionseinheit« mit dem SHB

In den studentischen Vertretungen an den Hochschulen und in den Gremien des studentischen Dachverbandes »Vereinigte Deutsche Studentenschaften« (VDS) behauptete der MSB seine einflußreiche Stellung. Zusammen mit dem SHB konnte er weiterhin über »Allgemeine Studentenausschüsse«, an denen beide beteiligt sind, den Zentralrat der VDS dominieren. Bei der Zusammenarbeit im Koordinierungsausschuß (KA) der VDS sah der MSB ausbaufähige Ansätze eines »neuen Denkens und Handelns«[76]. Dem KA gehörten je ein Vertreter des MSB und des SHB sowie der Juso-Hochschulgruppen, der »Radikaldemokratischen Studentengruppen« und der »Unabhängigen« an, die »Basisgruppen« nahmen ihren Sitz seit Sommer nicht mehr wahr. Der Einfluß der VDS auf studentische Aktivitäten an einzelnen Hochschulen ließ jedoch nach. Der MSB engagierte sich darüber hinaus weiterhin im kommunisti-

schen »Friedenskampf«; auch 1988 vertrat ein Mitglied des MSB-Bundesvorstandes die VDS im »Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung«, dem der MSB selbst nicht angehört.

5. »Ideologischer Kampf«

Die ideologische Arbeit der DKP, vor allem ihre Sozialismuspropaganda ist – erstmals auch innerhalb der Partei – in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten. Der Parteiführung wurde vorgeworfen, »ihr habt uns belogen und betrogen, unsere Sozialismuspropaganda in der Vergangenheit war Lug und Trug«[77]. Hohe Funktionäre sprachen selbstkritisch von »haarsträubenden Vereinfachungen«, »zerbröckelnden Gewißheiten« und »Lehrbuchschrott«[78]. Der Parteivorstand konstatierte einen »Verlust an ideologischer Ausstrahlungskraft«[79].

5.1 Instrumente des »ideologischen Kampfes«

Für den »ideologischen Kampf« stehen der DKP »befreundete Institutionen und Verlage«[80] zur Verfügung.

Apparat für Propaganda und Agitation

Das »Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.« (IMSF) in Frankfurt/M. ist das »wissenschaftliche« Institut der DKP. Es wird von Dr. Heinz JUNG, Mitglied des Präsidiums des DKP-Parteivorstandes geleitet; außerdem gehören ihm noch zehn wissenschaftliche Mitarbeiter an. Das Institut will den »Kapitalismus« und jene Kräfte, die den Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen können, erforschen[81]. In den 20 Jahren seines Bestehens veröffentlichte es etwa 300 eigene Schriften. Im Jahre 1988 veranstaltete es u. a. zwei »wissenschaftliche« Tagungen (Themen: »Klasse & Geschlecht«, »Perestrojka und Sozialismuskonzeption«). Das 1987 als Abteilung des IMSF gegründete »Zentrum für Marxistische Friedensforschung« (ZMF) will den »militärisch-industriellen Komplex« in der Bundesrepublik Deutschland analysieren[82]. Es veröffentlichte 1988 u. a. eine Studie zum Haushaltsplan des Verteidigungsministeriums.

Die »Marx-Engels-Stiftung e. V.« der DKP veranstaltete wiederum internationale Symposien. In ihrem Wuppertaler Zentrum befinden sich eine Bibliothek und eine vom »Deutschen Museum für Geschichte« der DDR überlassene Ausstellung. Zum 170. Geburtstag von Karl Marx eröffnete die Stiftung im Mai ein »Bildungs- und Informationszentrum Marx-Engels« in Trier.

Die »Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus« (MAB) soll unter Anleitung der DKP vornehmlich Arbeitern marxistisches Grundwissen vermitteln. Die öffentlichen Aktivitäten – z. T. unter dem Namen »Marxistische Abend-/Arbeiterschule« (MASCH) – gingen zurück.

Die Firma »Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH«, Neuss, druckte auch 1988 fast alle Publikationen der DKP, ihrer Neben- und mehrerer ihrer beeinflußter Organisationen, einschließlich des Agitationsmaterials für Kampagnen. Verluste bei diesen Publikationen kann Plambeck unverändert mit hohen Gewinnen auffangen,

die der Firma aus dem Anzeigengeschäft des »messemagazins international« (-mmi- zu zehn Messen in sozialistischen Ländern, außerdem Sondernummern) und der russischsprachigen Zeitschrift »TNTP – Technical Trends« (»Tendenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts«) mit Beiträgen vorrangig bundesdeutscher Firmen zu deren Technologieangebot zufließen. Anfang des Jahres übernahm die neue »VVG-Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH.«, eine Plambeck-Tochter, die verlegerische Betreuung und Abonnentenverwaltung der Zeitungen und Zeitschriften der Firma Plambeck. Diese begann 1988 mit der Errichtung eines Neubaus; dafür dürften mehrere Millionen DM erforderlich sein. Zu den kommunistisch gesteuerten Verlagen – ein DKP-Parteivorstandsmitglied sprach von nahestehenden und »eigenen Verlagen«[83] – gehören weiter u. a.:

- Der »Pahl-Rugenstein-Verlag« (Köln) mit Literatur zur Förderung der Bündnispolitik, darunter die »Blätter für deutsche und internationale Politik«; zu seinen Autoren zählen zahlreiche Kommunisten und Funktionäre DKP-beeinflußter Organisationen;
- die »Nachrichten-Verlags-GmbH« (Frankfurt/M.) mit gewerkschaftsbezogenen Publikationen (vgl. 2.2);
- die »Brücken-Verlags-GmbH« (Düsseldorf) mit einem umfangreichen Sortiment aus der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Ländern; die etwa 30 »collectiv-Buchhandlungen« – bisher Zweigstellen des »Brücken-Verlags« – wurden von der neuen, kommunistisch gesteuerten »AKZENT Handelsgesellschaft mbH & Co KG« (Düsseldorf) übernommen und nennen sich jetzt »AKZENT-Buchhandlungen«.

5.2 »Kulturarbeit«

Kommunisten instrumentalisieren Kultur zur Waffe im Klassenkampf

Kulturpolitik ist seit jeher für orthodoxe Kommunisten ein wichtiger Bestandteil des Klassenkampfes. Mit ihr soll die »sozialistische Perspektive in das Denken, die Bedürfnis- und Anspruchswelt der Arbeiterklasse« gebracht werden[84].

Auf der ersten kommunalen Kulturkonferenz im April forderte die DKP ihre Mitglieder und Funktionäre auf, die »Unterbelichtung« der Kulturpolitik zu überwinden[85]. Dafür könnten z. B. kommunale Verbindungen mit Gemeinden sozialistischer Länder genutzt werden; von Kommunisten organisierte Konzerte, Ausstellungen und Lesungen seien in der Auseinandersetzung mit sozialistischer Kultur ein »origineller Part« und lange bahnbrechend gewesen[86].

Bei ihrer »Kulturarbeit« konnte sich die DKP wie bisher auf parteinahe Verlage und Firmen stützen, die auch außerhalb der Partei Beachtung finden; hierzu gehören:

- Der Musikverlag »pläne GmbH«, Dortmund: Die Geschäftsführung wird seit Jahren von Kommunisten bestimmt; der verantwortliche Redakteur der Vierteljahresschrift »Lerche – Heft

für eine demokratische Musikkultur« (vormals »Eiserne Lerche«) ist Mitarbeiter beim DKP-Parteivorstand; außerdem vermittelt der Verlag kommunistische und sonstige »fortschrittliche« – d. h. zur Zusammenarbeit mit Kommunisten bereite – Künstler, produziert und vertreibt Schallplatten, Tonkassetten und Compact-Discs;

- die Firma »UNIDOC Film GmbH«, Dortmund: Ihr Geschäftsführer ist Mitglied der DKP; die Firma will mit ihren Filmen und Videos »aktuelle Bedürfnisse der Friedensinitiativen« und der »Genossen in der Partei und der SDAJ« abdecken;
- der »Pahl-Rugenstein-Verlag« (vgl. Ziffer 5.1): Dort erscheint die Vierteljahreszeitschrift »tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst« (verantwortlicher Redakteur ist ein DKP-Mitglied).

Für die politische Arbeit konnten die DKP und ihr Umfeld wieder auf zahlreiche kommunistische und »fortschrittliche« Kabarettisten, Liedermacher, Song- und Agitationsgruppen sowie auf Mitglieder des Verbandes »Arbeiterfotografie« zurückgreifen. Herausragende Ereignisse waren das »Festival der Jugend« im Juni sowie die traditionellen »Theatertage der DKP« (vorher »Theatertage für Arbeiter«) und die »DKP-Arbeiterkonzerte« – in einigen Bezirken nur als »Sinfoniekonzerte der DKP« angekündigt, was teilweise heftige Kritik »klassenbewußter« DKP-Mitglieder auslöste.

6. Teilnahmen an Wahlen

6.1 Landtagswahlen

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (20. März) und Schleswig-Holstein (8. Mai) kandidierte die DKP flächendeckend mit eigenen Kandidaten/Listen. In Baden-Württemberg erhielt sie 11.406 Stimmen = 0,2% (1984: 13.620 = 0,3%), in Schleswig-Holstein 2.253 Stimmen = 0,1% (1987: 2.338 = 0,2%).

6.2 Mandate in Kommunalvertretungen

Ende 1988 waren 100 DKP-Mitglieder als Mandatsträger in 50 Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen sowie 20 DKP-Mitglieder in 19 Bezirks- oder Ortsbeiräten bekannt. Einige von ihnen gelangten über Bündnislisten in die Kommunalvertretungen.

III. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland

SED-»Westarbeit« dient kommunistischer Beeinflussung der Bundesrepublik Deutschland

Die »Sozialistische Einheitspartei Deutschlands« (SED) der DDR unterstützte auch 1988 vielfältig die orthodox-kommunistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland und bemühte sich, die politische Entwicklung im Bundesgebiet kommunistisch zu beeinflussen. Sie sieht sich in der »Systemauseinandersetzung« mit

dem »Imperialismus« weiterhin zum »Klassenkampf« verpflichtet[87]. Ihre »Westarbeit« führt die SED nach wie vor entweder konspirativ durch oder gibt sie als »internationale Zusammenarbeit« im Rahmen der »friedlichen Koexistenz« aus. Sie leugnet besondere Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland. Koordiniert und kontrolliert wird die gesamte »Westarbeit« der gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen der DDR von der Abteilung »Internationale Politik und Wirtschaft« des Zentralkomitees der SED. Diese Abteilung, geleitet von Gunter RETTNER (Mitglied des ZK der SED), stützt sich vor allem auf die »Westsektoren« bei den SED-Bezirksleitungen, denen die DKP-Bezirksorganisationen im Bundesgebiet als »Patenbezirke« zugewiesen sind.

1. Anleitung, Unterstützung und Kontrolle der DKP

Keine andere kommunistische Partei in einem westlichen Land ist in einer ähnlichen Situation wie die DKP. Sie ist vollständig abhängig von einer Partei des Ostblocks, der SED, und steht unter deren Kontrolle. Beide Parteien bekräftigen immer wieder ihre besonderen Beziehungen. Bei einem Treffen mit dem DKP-Vorsitzenden Herbert MIES Ende Oktober in Berlin (Ost) würdigte der SED-Generalsekretär Erich HONECKER den 20jährigen Klassenkampf der DKP, »stets getreu dem Erbe und der Tradition der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung«[88]. Erneut erschienen zu den Bezirksdelegiertenkonferenzen der DKP spezielle »Westarbeits«-Funktionäre der jeweiligen SED-Bezirke, in einigen Fällen begleitet von entsprechenden Mitarbeitern des ZK der SED. Die Anleitung der DKP und die erhebliche materielle Unterstützung durch die SED (vgl. Kap. II, Ziff. 1.1.3) erfolgen weitgehend konspirativ. Innerhalb eines Rahmenplans, den die Parteiführungen festlegen, vereinbaren die jeweiligen Bezirksorganisationen die konkrete Zusammenarbeit (z. B. Delegationsreisen und Einsatz von DDR-»Reisekadern«). Häufige Arbeitsgespräche auf verschiedenen Ebenen, die Schulung von DKP-Kadern durch die SED (vgl. Kap. II, Ziff. 1.1.4) und die Aufbewahrung wichtiger Unterlagen der DKP (u. a. Kaderunterlagen) in der DDR ermöglichen der SED die lückenlose Kontrolle über ihre »Bruderpartei«.

SED-Generalsekretär HONECKER würdigt Klassenkampf der DKP

2. »Westarbeit« anderer DDR-Institutionen

Unter Führung der SED werden auch »Massenorganisationen« und andere Einrichtungen der DDR in der »Westarbeit« eingesetzt, z. B. die »Freie Deutsche Jugend« (FDJ), der »Freie Deutsche Gewerkschaftsbund« (FDGB) und das »Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR« (IPW) in Berlin (Ost). Die FDJ unterstützt ihre »Bruderorganisationen« – SDAJ, MSB, JP – und

Auch FDJ, FDGB und IPW betreiben »Westarbeit«

versucht, auch nichtextremistische Jugendverbände »antiimperialistisch« zu beeinflussen. Die Zusammenarbeit zwischen FDJ und ihren »Bruderorganisationen« entspricht der zwischen SED und DKP: Periodische Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche, Delegationsaustausch, Schulung von SDAJ- und MSB-Funktionären in der DDR und materielle Hilfe. Während eines »Freundschaftsbesuchs« der FDJ bei der SDAJ im Oktober wurde das »traditionelle enge und freundschaftliche Zusammenwirken ... auf allen Gebieten«[89] bekräftigt. SDAJ- und MSB-Mitglieder nahmen auch 1988 – neben Vertretern einzelner anderer Jugendverbände aus der Bundesrepublik Deutschland – an »Freundschaftslagern« und anderen Veranstaltungen der FDJ teil. Die FDJ betreute und indoktrinierte wieder mehrere tausend Kinder, die bei den Ferienaktionen der JP und DKP in die DDR reisten (vgl. Kap. II, Ziff. 4.2).
In der »Westarbeit« des FDGB wurde wie in den vergangenen Jahren das »INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e. V.« der DDR eingesetzt. Es veranstaltete »Studien- und Informationsreisen« insbesondere für Gewerkschafter aus der Bundesrepublik Deutschland und wurde zunehmend bei Delegationsreisen der DKP und ihres Umfeldes beteiligt.
Das IPW, das eng mit der gleichnamigen ZK-Abteilung zusammenarbeitet, entsandte wieder zahlreiche Mitarbeiter zu wissenschaftlichen Tagungen in der Bundesrepublik Deutschland, darunter auch zu Veranstaltungen der DKP und ihres Umfeldes. Erkenntnisse und Kontakte dieser »Reisekader« nutzt auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR.
Eine besondere Rolle mißt die SED der »kulturellen Westarbeit« zu. So traten wie in den Vorjahren z. T. namhafte Theater-, Musik- und Kleinkunstensembles sowie Rock- und Gesangsgruppen aus der DDR auf Veranstaltungen der DKP und ihres Umfeldes auf. Nach der Tournee des Maxim-Gorki-Theaters, das auch bei den »Theatertagen der DKP« gastierte, hob dessen Intendant als »politisches Ereignis« hervor, daß sein Ensemble das Bild über die sozialen Bedingungen in der DDR habe korrigieren können[90].

3. Funktionärs- und Delgationsreisen in die DDR und DDR-»Reisekader«

Die DKP, ihre Neben- und die von ihr beeinflußten Organisationen entsandten wieder zahlreiche Funktionäre und über 500 Delegationen mit über 8.500 Teilnehmern in die DDR. Diese Reisen dienen der Anleitung und der Sozialismuspropaganda; mitreisende Sympathisanten sollen für die DKP oder ihre Vorfeldorganisationen geworben werden. Unverändert reisten im Rahmen der SED-»Westarbeit« zahlreiche Funktionäre der DDR mit politischem Auftrag in das Bundesgebiet ein. Diese »Reisekader« werden zuvor auf ihre Zuverlässigkeit überprüft, für ihre Einsätze besonders geschult und

haben nach Rückkehr über den Reiseverlauf und ihre Gespräche detaillierte Berichte zu erstellen.

IV. »Neue Linke«

1. Politischer Standort und Entwicklung

Außer den orthodoxen Kommunisten versuchen auch andere linksextremistische Organisationen, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland revolutionär zu beseitigen. Diese Gruppen, Parteien und sonstigen Zusammenschlüsse der »Neuen Linken« orientieren sich an unterschiedlichen Ideologien und verfolgen unterschiedliche Strategien und Taktiken. Sie ordnen sich keiner zentralen Führung unter.

Zwei Lager der »Neuen Linken«: »Revolutionäre Marxisten« und »Anarchisten«

Im wesentlichen lassen sich zwei Richtungen unterscheiden: Die revolutionären Marxisten und die Anarchisten. Marxistisch-leninistische Parteien und Bünde, Trotzkisten und andere revolutionär-marxistische Gruppen wollen die Arbeiterschaft zum Klassenkampf führen, der in die Revolution einmünden, den »bürgerlich demokratischen« Staat zerschlagen und durch eine kommunistische Diktatur ersetzen soll.

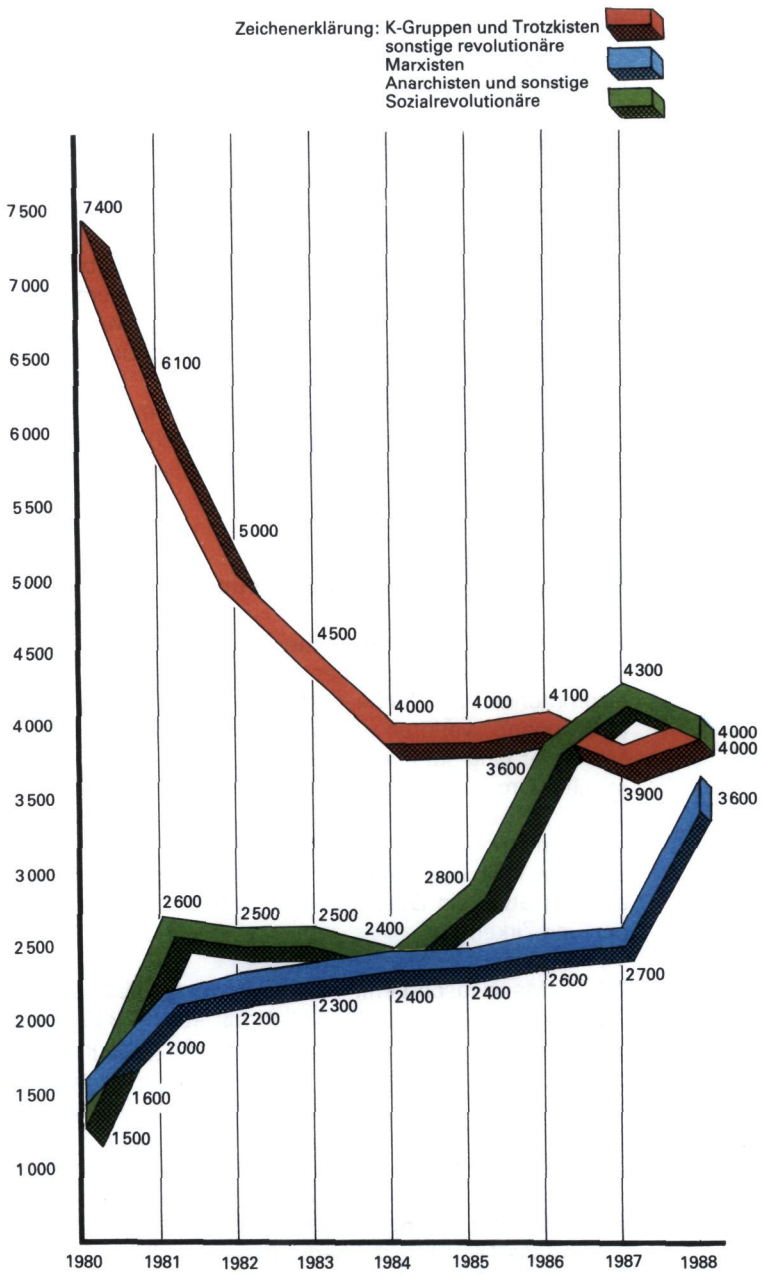
Anarchistische Gruppen wollen die staatliche und gesellschaftliche Ordnung zersetzen oder zerschlagen, um zu einer »herrschaftsfreien Gesellschaft«, zur Anarchie, zu gelangen. Einige Gruppen propagieren sozialrevolutionäre Konzepte unter Rückgriff sowohl auf marxistische als auch auf anarchistische Theorien. Die meisten Organisationen der »Neuen Linken« sind zu Aktionsbündnissen untereinander und auch mit den orthodoxen Kommunisten bereit. Deren innere Krise und Linienkämpfe sahen manche als Gelegenheit, die Zersplitterung der »radikalen Linken« zu überwinden: Einzelne revolutionär-marxistische Gruppen hoffen auf Zulauf enttäuschter »Traditionalisten« aus den Reihen der DKP; andere boten der DKP Gespräche über gemeinsame Standpunkte und Ziele an.

»Neue Linke« und sowjetische Reformbestrebungen

Den Reformbestrebungen in der UdSSR standen die meisten Gruppen der »Neuen Linken« zögernd, viele auch ablehnend gegenüber.

Trotzkisten und marxistisch-leninistische Bünde und Parteien sahen zwar ihre langjährige Kritik an den »entarteten Parteibürokraten« im »realen Sozialismus« bestätigt; die angestrebten Veränderungen in der UdSSR gingen ihnen jedoch in vielem zu weit. Neue Vorstellungen in der sowjetischen Wirtschaftspolitik rügten sie als Rückfall in den Kapitalismus. Außerdem warfen sie der UdSSR vor, auf ihre Rolle als Hauptunterstützer der Befreiungsbewegungen und der antiimperialistischen Staaten der Dritten Welt zu verzichten[91]. Dies schwäche die Internationalismusarbeit insgesamt. Aber auch das Vertrauen in die Erfolgsaussichten der eigenen Politik geriet ins Wanken. In Diskussionen revolutionär-marxistischer Gruppen war

Entwicklung des Mitglieder- und Anhängerpotentials der »Neuen Linken«



die Rede von zunehmender Ratlosigkeit gegenüber den »Strategien des Kapitals«. Einzelne zweifelten an der »Realitätstüchtigkeit sozialistischer Konzepte« und wollten deshalb »traditionelle Theoriebestände« überprüfen[92].
Zur gleichen Zeit mehrten sich dagegen bei autonomen, anarchistisch orientierten Gruppen Forderungen, endlich brauchbare revolutionäre Strategien und Aktionsformen zu entwickeln und dabei auf die Lehren von Marx und Lenin zurückzugreifen.

Mitgliederzahl der »Neuen Linken« blieb stabil

Mitgliederverluste – vergleichbar denen der orthodoxen Kommunisten – gab es bei der »Neuen Linken« nicht. Auch die Kräfteverhältnisse zwischen den revolutionären Marxisten und den Anarchisten veränderten sich kaum.
Gruppen der »Neuen Linken« forderten und gebrauchten erneut Gewalt, um ihren politischen Zielen näher zu kommen. Vor allem Anhänger autonomer Gruppen verübten schwere Straftaten wie Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen, Sachbeschädigungen und tätliche Angriffe auf Personen.
Die publizistischen Möglichkeiten der »Neuen Linken« blieben beachtlich. Wieder erschienen mehr als 200 verschiedene periodische Schriften mit einer Jahresgesamtauflage von mehr als 5 Millionen Exemplaren.

2. Organisationen und Gruppierungen

2.1 Revolutionär-marxistische Gruppen

Die marxistisch-leninistischen Organisationen der »Neuen Linken« – kommunistische Bünde, Parteien und Parteiaufbauorganisationen (K-Gruppen) – verloren weiter an Bedeutung. Die Gesamtzahl ihrer Mitglieder ging auf etwa 2.800 zurück. Die Anhängerschaft trotzkistischer Organisationen wuchs dagegen leicht auf etwa 700 Personen an. Die Mitgliederzahl sonstiger revolutionär-marxistischer Gruppen erhöhte sich auf mehr als 3.500.
Von den K-Gruppen waren noch fünf bundesweit tätig; daneben existiert etwa ein Dutzend kleiner, meist nur örtlich aktiver Gruppen und Zirkel.

2.1.1 »Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands« (MLPD)

MLPD bleibt stärkste K-Gruppe

Die 1982 gegründete MLPD blieb mit etwa 1.300 Mitgliedern die größte K-Gruppe. Die Mitgliederentwicklung stagniert jedoch. Unbeirrt hielt die Partei an den Lehren von Marx, Engels und Lenin, aber auch von Stalin und Mao Tsetung fest, die sie »schöpferisch anwenden« will[93]. Sie verurteilte die gegenwärtige Politik der kommunistischen Parteien Chinas und der Sowjetunion als »Verrat am Sozialismus«, als »revisionistischen Betrug«; Gorbatschows Reformen vertieften die Restauration des Kapitalismus[94]. Heftige Kritik richtete die MLPD auch wieder gegen die DKP, die sich »auf revisionistischer Talfahrt befinde«[95]. Die eigene Situation beurteilte die

MLPD auf ihrem 3. Parteitag (17. – 19. Juni in Duisburg) insgesamt positiv. Notwendig seien aber weitere Anstrengungen im Parteiaufbau und im Kampf um die Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung. Zu einer ersten internationalen Konferenz der MLPD (1.–4. April) kamen Vertreter marxistisch-leninistischer Organisationen u. a. aus Schweden, Dänemark, Luxemburg und Österreich. Mit großem Aufwand organisierte die Partei wieder öffentliche Veranstaltungen. Ihr Pfingst-Jugendtreffen (21.–22. Mai in Stuttgart) besuchten etwa 3.000 Personen. Zu einer Kundgebung in der Kölner Sporthalle (16. Juli) zum Abschluß des 3. Parteitages kamen etwa 1.200 Besucher. Herausragendes Thema war im Frühjahr der »Kampf« gegen die Stillegung des Hüttenwerks Krupp-Rheinhausen. MLPD-Mitglieder agitierten auf Betriebsversammlungen und eigenen öffentlichen Kundgebungen gegen »versöhnlerische Politik« der Gewerkschaft und propagierten – sogar mit kurzfristigem Erfolg – den »selbständigen Streik«. Der MLPD-Vorsitzende erklärte öffentlich, seine Partei habe während des »Kampfes« in Rheinhausen erstmals Ereignisse von bundesweiter Bedeutung beeinflussen, zeitweilig sogar den Takt der Auseinandersetzung bestimmen können[96]. In ihrer Zeitung »Rote Fahne« stellte die MLPD heraus, sie sei sowohl im Betriebsrat des Hüttenwerkes als auch in der Redaktion einer Betriebszeitung präsent. Für die Unterstützung der Kampfaktionen will die Partei mehr als 70.000 DM gesammelt haben[97].

MLPD an der Auseinandersetzung um das Hüttenwerk Krupp-Rheinhausen beteiligt

Unzufrieden blieb die MLPD mit der Entwicklung ihrer Jugendorganisationen; diese seien nicht mehr »Hauptreservoir« der Partei.

Die MLPD will sich 1989 außer an Kommunalwahlen auch an der Wahl zum europäischen Parlament beteiligen.

3. Dezember 1988 19. Jg. Nr. 48 F 2583 C

Rote Fahne

Wochenzeitung der MLPD

1 DM Leserteilefon 02 01/2 59 11 Postfach 10 31 12, 4300 Essen 1

Gregor Bihl wieder in der IG Metall

Am 25. November verkündete das Frankfurter Landgericht die Entscheidung im Prozeß des Essener Metallarbeiters bei Krupp WIDIA, Gregor Bihl, gegen die IG Metall. Gregor Bihl klagte um die Rücknahme des Gewerkschaftsausschlusses. Mit Erfolg! Das Frankfurter Gericht gab der Klage statt! Die große Solidarität, darunter besonders die der Krupp-WIDIA-Kollegen in Essen, hat einen Sieg über die undemokratischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse errungen! (Vergleiche ROTE FAHNE 42/88) Abgelehnt wurde dagegen die Klage von Norbert Stratmann, bisher Arbeiter bei VAW in Hannover, der ebenfalls gegen den Ausschluß aus der IG Metall (vgl. dazu ROTE FAHNE 40/88) klagte.

Kultur- und Solidaritätsveranstaltung

zum Internationalen Tribunal gegen das Regime in der Türkei

12 Eylül Rejimi'ne Karsı Uluslararası Mahkeme ile

Dayanısma ve Kültür Gecesi

Mit der Gruppe Yarınistan (Morgenland), dem Ruhrchor der MLPD und vielen anderen Kultur- und Musikgruppen.
Ort: Neue Mensa, Uni Köln, Zülpicher Straße
Datum: Samstag, den 10. Dezember 1988, 16.00 Uhr
Unkostenbeitrag: 20 DM (Zum Tribunal siehe Seite 2)

Frankreich: Militär als Streikbrecher eingesetzt

»Sozialistische« Regierung in Paris will Streik im öffentlichen Dienst brechen

(dm) 400 Militärlastwagen setzte die sogenannte »sozialistische« Regierung in Paris am 30. November ein, um den Streik im Nahverkehr zu brechen. Das mißlang allerdings, denn höchstens 10 000 Menschen ließen sich so transportieren, 2 Millionen fahren sonst jeden Tag in Bussen und Bahnen.

Mit dem Militäreinsatz will die Regierung Stärke demonstrieren und einschüchtern. Die anhaltende große Streikbewegung hat sie in eine tiefe Krise gestürzt. Einsätze der Polizei hatten den Kampfwillen noch bestärkt. Deshalb wurde mit einer unglaublichen Hetze, die die Streikenden als »Geiselnehmer« bezeichnete, eine Medienkampagne entfacht. Der Streik soll kriminalisiert werden, und ein Streikbruch, wenn nötig mit Gewalt, wird vorbereitet.

Der Militäreinsatz rief allerdings Empörung bei vielen Werktätigen hervor. Ältere Arbeiter erinnern sich an die militärische Niederschlagung eines Bergarbeiterstreiks vor 40 Jahren. Und Fahrgäste stellten fest, daß der Staat noch nie so viel Sorge um ihr Wohl zeigte. Wurde doch im Gegenteil das Nahverkehrsnetz immer weiter ausgedünnt, ja sogar die Sicherheitsüberprüfung aus »kostengründen« abgebaut.

Auch dagegen richtet sich der Streik, dessen Hauptforderung 1 000 Francs (rund 300 DM) mehr für alle ist. Damit soll der jahrelange Reallohnabbau durchbrochen werden.

Unterstützt die streikenden Arbeiter und Angestellten in Frankreich!

Mehr zu den Streiks Seite 7

Diese Woche ★ Diese Woche

26. 11.: Rheinhausen-Demonstration Seite 6

Steuerparadies EG? Seite 5

DDR und Sputnik Seite 9

Besuch bei Solinger ROT-FÜCHSEN Seite 8

100 Jahre »internationale« Seite 12

V-Männer eingeschleust ...

... hat der Berliner Verfassungsschutz nicht nur bei der »tageszeitung« und der Alternativen Liste.

Bespitzelt wurde auch die SPD.

Das jedenfalls geht aus einem vom »Spiegel« bekanntgemachten Brief des SPD-Politikers Momper hervor.

Hochgefährliche Gifte ...

... enthielten Fässer, die bei einem Sattelschlepper-Unfall bei Miesbach aufplatzten. Die Giftfässer waren unzureichend gesichert, die Begleitpapiere falsch, so daß nicht die notwendigen Schutzmaßnahmen ergriffen werden und die Gifte in Bäche und Grundwasser gelangen konnten.

Ein Exempel statuieren ...

... will die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen drei Kölner WDR-Journalisten.

Sie sollen Strafbefehle in einer Gesamtsumme von 16 000 DM bezahlen für die Wiedergabe eines Telefongesprächs zwischen Krupp-Chef Cromme und Thyssen-Chef Kriwet.

Studenten demonstrieren

In Düsseldorf demonstrierten am 1. Dezember 18 000 Studenten. Auch in anderen Städten gab es Demonstrationen. Sie demonstrierten gegen die zunehmende Wohnungsnot bei Studenten, die Streichung von Dozentenstellen und für genügend Universitätsplätze. Zu Studentenprotesten Seite 8.

Peru — Lunte am Pulverfaß Lateinamerika!

Ingrid Bihl, Mitglied des Zentralkomitees der MLPD

Auffallend, wie viele Filme und Berichte in den letzten Monaten über Lateinamerika und speziell Peru in den Medien gesendet werden. Die Grundaussage ist immer gleich: Schöne Landschaften, arbeitende Bauern, auch soziale Probleme, deren Lösung aber angeblich durch den Terror der »Sendero Luminoso« (Leuchtender Pfad) verhindert wird.

Hier werden gezielt Fehl- und Falschinformationen verbreitet mit dem Ziel, die Werktätigen in der Bundesrepublik auf einen Militärputsch in Peru vorzubereiten, sie dazu zu bewegen, eine Zerschlagung der revolutionären Bewegung in Peru zu billigen. So wird verschwiegen, daß der Terror von den Herrschenden in Peru, allen voran dem US-Imperialismus, ausgeht und die sicherlich falschen Anschläge der Sendero Luminoso nur ein Vorwand für Staatsterror, politische Morde und brutalste Unterdrükkung der Massen sind. In 14 von 24 Departements in Peru herrscht seit langem das Kriegsrecht, und nur mittels des Militärs konnte sich die angeblich sozialdemokratische Garcia-Regierung bislang noch halten.

Verschwiegen wird, daß die Massen in Peru in Bewegung geraten sind und kämpfen. Innerhalb eines Jahres fanden drei Generalstreiks statt, von denen die letzten beiden sich immer klarer direkt gegen die herrschende Klasse und ihre Regierung richteten, indem politische und ökonomische Forderungen verbunden wurden.

Fortsetzung Seite 2

Demonstration in Recklinghausen:

Mehr Personal für die Altenpflege

Das forderten über 4 000 Demonstranten, Pflegerinnen und Pfleger, gemeinsam mit Bewohnern von Altenheimen und Pflegeeinrichtungen am 26. November in Recklinghausen.

Statt durch eine angemessene Pflege Tausenden von alten Menschen ein aktiveres und selbständigeres Leben zu ermöglichen, verkommen immer mehr Pflegeheime zu reinen Aufbewahrungsanstalten. Total überlastete und unterbezahlte Pflegekräfte und vernachlässigte und isolierte alte Menschen sollen die Zeche für eine unmenschliche »Spar«-politik in diesem Bereich zahlen. Die gemeinsame Demonstration dagegen war ein Signal, daß das nicht weiter hingenommen wird.

2.1.2 »Kommunistischer Bund« (KB)

Der KB, der seinen organisatorischen Schwerpunkt seit der Gründung 1971 in Norddeutschland – vor allem in Hamburg – hat, will auf der Basis des »Marxismus-Leninismus« sozialistische Politik verwirklichen. Wie keine andere K-Gruppe zeigt er sich dabei fähig, seine strategischen und taktischen Ziele gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Zur Änderung des Titels und des Signets

seiner zentralen Publikation – »ak« anstatt »Arbeiterkampf« – erläuterte der KB, die großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gingen nicht mehr von der traditionellen Arbeiterschaft aus, sondern von anderen gesellschaftlichen Gruppen und Schichten. Dazu zählten z. B. die »Anti-AKW-Bewegung«, die »Friedensbewegung«, die »Frauenbewegung« und die Studenten. Kommunismus sei für den KB nicht eine Frage von Namen und Symbolen. Er sehe sich heute als Fraktion einer zu bildenden sozialistischen Partei und nicht mehr – wie noch zu Anfang der 70er Jahre – als Fraktion einer zu bildenden Arbeiterpartei[98].

GRÜNE und KB

Zur Mitarbeit einzelner seiner Mitglieder bei den GRÜNEN erklärte der KB, er sei nach dem KPD-Verbot 1956 als einzige kommunistische Organisation mit Abgeordneten im Bundestag und in mehreren Landtagen vertreten gewesen[99]. Dies sei aber nicht Erfolg sozialistischer Fraktionsarbeit in den GRÜNEN, sondern das Ergebnis individueller politischer Leistungen. An den GRÜNEN kritisierte er, sie verträten heute in der Mehrheit eine Politik der Klassenversöhnung statt des Klassenkampfes[100].

Der KB verstärkte 1988 seine Jugendarbeit. Im Juni stellte er eine neue, bundesweit erscheinende Jugendzeitschrift »KARAMBOLAGE« vor. Zur Diskussion aktueller politischer Positionen und künftiger Aktionsschwerpunkte berief der KB für Mitte Januar 1989 seinen 3. Nationalen Kongreß ein.

2.1.3 »Bund Westdeutscher Kommunisten« (BWK)

Der 1980 als Abspaltung des damaligen »Kommunistischen Bundes Westdeutschland« (KBW) entstandene BWK will das Proletariat zur »organisierten politischen Kraft« entwickeln[101], damit der Staatsapparat zerschlagen und die Bourgeoisie gestürzt werden könne[102]. Heftige interne Diskussionen, u. a. über die »Einheitsfrontpolitik«, über Folgerungen aus der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und über die Bedeutung der »Frauenbewegung« lähmten weitgehend die Handlungsfähigkeit. Die Weigerung des BWK-Vorstandes, den weiblichen Mitgliedern auf Redelisten und in Gremien feste Quoten zuzusichern, führte zu Austritten. BWK-Mitglieder betrieben wieder zahlreiche Arbeitsgemeinschaften zu Themenfeldern wie »Stahl- und Metallindustrie«, »Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe«, »Gesundheitspolitik«, »Revolutionäre Hochschulpolitik«, »Jugend, Militär, Gefängnisse«; die Mitarbeit dort stand auch Anhängern anderer Organisationen und Unorganisierten offen.

BWK durch interne Diskussionen weitgehend gelähmt

Der BWK stellte für die Veröffentlichungen dieser Arbeitsgemeinschaften ebenso wie für die Publikationen der »Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg« (VOLKSFRONT) die technischen Einrichtungen seiner »Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH« (GNN) zur Verfügung. Im Vorstand der VOLKSFRONT hatten BWK-Mitglieder weiterhin die Mehrheit. Der BWK bemühte sich

auch 1988 um gemeinsame Diskussion und Zusammenarbeit mit anderen »revolutionären Sozialisten«. Die vor zwei Jahren begonnenen Gespräche mit der »Vereinigten Sozialistischen Partei« (VSP) über eine Fusion brachten noch keine Entscheidung.

VSP weiterhin ohne Ausstrahlung

2.1.4 »Vereinigte Sozialistische Partei« (VSP)

Die VSP, ein Zusammenschluß der ehemaligen trotzkistischen »Gruppe Internationale Marxisten« (GIM) und der ehemaligen »Kommunistischen Partei Deutschlands« (Marxisten-Leninisten)

SOZ-Thema: Autokrieg — gegen die Belegschaften

Weltweit wurden und werden von den kapitalistischen Konzernen in der Automobilindustrie unter der Peitsche der Konkurrenz gewaltige Überkapazitäten aufgebaut. Einher geht dies mit dem Abbau der Belegschaftsstärken — weltweit sind heute 15 bis 20 Prozent weniger in diesem Sektor beschäftigt als Ende der 70er Jahre. Zugleich wird die „Japanisierung" der Arbeitsbedingungen betrieben. Hier ist ein Experimentierfeld für „Flexibilisierung" und immer härtere Methoden entstanden, um aus den Arbeitskräften das Letzte herauszupressen. Siehe *Soz-Thema* Seiten 7-11

SoZ Sozialistische Zeitung

Nr.19 3. Jahrgang 29.9.1988 DM1,50

Sieg der Abtreibungsgegner

Kassenfinanzierung nicht Teil der Gesundheitsreform

Die „Koalition für das Leben" in der CDU/CSU kann einen wichtigen Pluspunkt für sich verbuchen. Ohne größere Auseinandersetzung hat die Fraktionsführung dem Antrag einer Gruppe von 40 Parlamentsabgeordneten stattgegeben, die „Abtreibung auf Krankenschein" aus der Gesundheitsstrukturreform herauszunehmen; anderfalls würden sie dem Gesetz nicht zustimmen.

Damit droht ein wichtiger Schritt in Richtung auf Abschaffung der Notlagenindikation. Bei der Reform des §218 1975 wurde beschlossen, daß Schwangerschaftsabbrüche auch in Fällen der sozialen Indikation von den Krankenkassen zu bezahlen sind. Dies regelten die §200 e bis g der Reichsversicherungsordnung (RVO). Würden die genannten Paragraphen als einzige in der RVO; sie werden damit nicht mehr vom allgemeinen Krankenversicherungsrecht abgedeckt. Die 40 Abgeordneten geben offen zu, daß sie damit die Voraussetzungen verbessern wollen, zu einem späteren Zeitpunkt, wenn das Kräfteverhältnis günstiger ist, die Finanzierung der Notlagenindikation ganz zu streichen.

Die Abschaffung der „Abtreibung auf Krankenschein" ist den reaktionären Kräften schon lange ein Anliegen. Aus der Straffreiheit der Abtreibung nach sozialer Indikation soll nicht mehr der Rechtsanspruch auf Kostenerstattung gefolgert werden dürfen, wie dies bei der medizinischen und eugenischen Indikation selbstverständlich der Fall ist — ein weiterer Schritt zu ihrer faktischen (wenn schon nicht rechtlichen) Abschaffung.

Angela Klein

Spalte **Bergbau**

„Spalte und herrsche", nach diesem Motto versucht die Geschäftsleitung der Ruhrkohle AG türkische Kumpel rauszudrängen. Über die verschiedenen „Modelle" der „freiwilligen Rückkehr" und die zweifelhafte Haltung der IGBE Seite 6

Türkei **Prozeß**

Folter, Isolationshaft, Terrorurteile bestimmen die Lage in der Türkei, wo angeblich die Demokratie wieder eingekehrt sein soll. SoZ-Gespräch mit einem Mitglied einer Beobachtergruppe aus der BRD beim Der-Yol-Prozeß auf Seite 13

SWAPO **Gespräch**

Dr. Iyambo, ZK-Mitglied der SWAPO, ist verantwortlicher für das Gesundheitswesen der SWAPO in der VR Angola. Über die Situation in den Lagern und die Kampfperspektiven Seite 14

80.000 gegen IWF und Weltbank!

Weitere Aktionen in Westberlin / harte Polizeieinsätze

Schon der Gegenkongreß am 23. und 24. September war hervorragend besucht:Insgesamt 4.000 hörten geduldig die zahlreichen Referate auf den Plenartagungen und Foren, diskutierten lebhaft über die Verantwortlichkeit für die „Schuldenkrise", die Vereledung in der sogenannten „Dritten Welt" und über die weiteren Perspektiven. Eine „Westberliner Erklärung" wurde verabschiedet, die nochmals die Forderung nach „globaler, umfassender und sofortiger Schuldenstreichung" und

tungen. 80.000 waren, dem Aufruf von über 150 Gruppen und Organisationen folgend, gekommen, um ihre Ablehnung der IWF- und Weltbank-Politik zum Ausdruck zu bringen. Begleitet von riesigen Pappmaché-Tieren, die z.B. IWF und Weltbank als Kraken darstellten, zog eine unübersehbare Menge zum Kundgebungsort in Sichtweite des Internationalen Congress-Centrums (ICC), dem Veranstaltungsort der IWF- und nach einer neuen, solidarischen Weltwirtschaftsordnung jenseits „der Ausbeutungsstrukturen des kapitalistischen Weltmarkts" unterstreicht.

Als am Nachmittag des 24.9. ein Straßentheater und das „Trommelfeuer gegen den IWF" des „Büros für ungewöhnliche Maßnahmen" verboten und von der Polizei mit Knüppeleinsatz aufgelöst wurden, kamen am Abend 2.000, um die Durchführung der Aktion doch noch zu ermöglichen — was die Polizei dann als „spontane Protestkundgebung" genehmigte. .

Die Großdemonstration am Sonntag übertraf alle Erwartungen. Weltbank-Tagung. Die Polizei versuchte systematisch, durch Falschmeldungen die unerwartet große Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer herunterzuspielen und sprach zunächst von 25.000, später von 30.000. Die „Ordnungskräfte" nutzten die Demonstration zu einer massiven Heeresübung, wobei zusätzlich zu 5.300 Polizisten aus Westberlin weitere 2.700 aus der BRD zum Einsatz kamen — eine Provokation angesichts des besonderen Status Westberlins.

In diesen Tagen gehen die Proteste gegen IWF und Weltbank und die Ausplünderung der unterentwickelt gehaltenen Länder weiter, nicht nur mit der Tagung des „Ständigen Tribunals der Völker" (ausgerichtet von der Basso-Stiftung, beginnend am 26.9.), sondern auch mit vielfältigen Aktionen zur Störung des reibungslosen Verlaufs der imperialistischen Monster-Show.

Während es am Montag morgen nur einige Dutzend waren, die vor der Verkaufszentrale des Textilkonzerns Adler und vor der Zeitarbeitsvermittlung ADIA insbesondere gegen die Ausbeutung der Frauen in den abhängig gehaltenen Länder protestierten, kamen rund 150 zu einer Veranstaltung vor der Frauenhaftanstalt Plötzensee, um gegen Zwangsarbeit im Gefängnis, Sexsouverain, Frauenhandel und imperialistische Flüchtlingspolitik zu demonstrieren, „gegen Männerherrschaft, Staat und Kapital". Hunderte protestierten am Nachmittag vor Kaufhäusern und Bankgebäuden in der Innenstadt. In Berlin-Siemensstadt folgten ca. 800 dem Aufruf des Anti-AKW-Plenums unter dem Motto: „Kein Strom für den Kongreß". Um die Belegschaft vor infektiösen Diskussionen zu schützen, hatte die Werksleitung den Schichtwechsel verlegt. Alle Proteste sind „begleitet" von massiven Störaktionen der Polizei, Personenkontrollen, Beschlagnahme von Halstüchern („Vermummung") und Verhaftungen in den U-Bahnschächten und bei der geringsten öffentlichen Regung sind längst Routine.

Um 18 Uhr am Breitscheidplatz vor der Gedächtniskirche wurden ca. 1.000 von der Polizei eingekesselt, die schließlich ein Spalier bildete, so daß sich ein anwachsender Demonstrationszug zur IHK und schließlich zur Deutschen Oper bewegen konnte. Hier griff die Polizei wieder mit Knüppeleinsatz ein. Bereits vor der Großdemonstration wurden die in Bussen ankommenden Leute von Bundesgrenzschützern teils stundenlang gefilzt. Für Dienstag (27.9.) ist ein „Empfang" der Banker am Flughafen geplant, der noch nie so weitreichig und umfassend abgeschirmt wurde.

Daß die imperialistische Krake von Polypen geschützt wird, mag biologische und politische Folgerichtigkeit haben. Daran wird etwas von Charakter dieses Staates verdeutlicht. Der Erfolg der bisherigen Protestaktionen, und besonders der Großdemonstration am Sonntag, macht Hoffnung: Hier wurde die Grundlage gelegt für eine neue Qualität und Breitenwirkung internationalistischer Solidarität. *siehe auch Kommentar S. 3 und weitere Berichte S. 16*

Manuel Kellner

Unterdrückte Serben?

Antialbanische Kampagne der serbischen Führung

Der serbische KP Chef, Slobodan Milosevic, hat auf einer Massenkundgebung, an der laut Presseberichten ca. 300.000 Serben teilgenommen haben, eine Verfassungsänderung zugunsten der Serben gefordert. Praktisch geht es um die Beschneidung der Teilautonomie der mehrheitlich von Albanern bewohnten Provinzen Kosovo und Vojvodina.

Unterdrückt sind in Jugoslawien aber die rund 2 Millionen Albanerinnen und Albaner. Nach der Befreiung vom Faschismus — albanische und jugoslawische Partisanen kämpften in Kosovo Seite an Seite — verhinderte die jugoslawische Führung nicht nur die Eingliederung der albanisch bewohnten Gebiete in die Volksrepublik Albanien, sondern verweigerte der albanischen Bevölkerung auch das Recht auf politische Selbstverwaltung in einer albanischen Republik im Rahmen der jugoslawischen Föderation. Stattdessen erhielten Kosova und Vojvodina nur sehr beschränkte kulturelle Autonomierechte, wurden aber ansonsten in die Republik Serbien eingegliedert und damit unter serbische Herrschaft gestellt. Seitdem hat die Bevölkerung in Kosovo sich immer wieder für das Ziel einer albanischen Republik im Rahmen der jugoslawischen Verfassung erhoben. Der serbische Chauvinismus verfolgte dagegen immer das Ziel, auch die beschränkten Autonomierechte der albanischen Bevölkerung abzuschaffen. Im Rahmen der laufenden Diskussion in Jugoslawien über eine allgemeine Verfassungsreform steht die serbische Führung offensichtlich den Zeitpunkt für gekommen, dieses Ziel durchzusetzen. *Siehe auch Kommentar auf Seite 3.*

hdk

(KPD), kam auch im zweiten Jahr nach ihrer Gründung organisatorisch nicht voran. Die Mitgliederzahl ging auf knapp 450 (bei der Gründung 1986: etwa 600) zurück. Mitglieder klagten über einen Mangel an praktischer revolutionärer Politik; dem erhofften Aufbau einer »revolutionären Massenpartei« sei die VSP keinen Schritt näher gekommen.
Diskussionen über den Anschluß der VSP an das »Vereinigte Sekretariat« der trotzkistischen »IV. Internationale« (Sitz in Paris) führten zu einer Zerreißprobe. Auf einer Delegiertenkonferenz Ende Oktober drohten Mitglieder aus den Reihen der ehemaligen KPD für den Fall des Anschlusses mit ihrem Austritt. Eine Entscheidung wurde daraufhin aufgeschoben. Das VSP-Zentralkomitee warb weiter für eine Politik der Zusammenführung der »revolutionären Linken« und setzte die Fusionsgespräche mit dem BWK und inzwischen auch mit der »Freien Arbeiter-Union/Rätekommunisten« (FAU/R) fort.

2.1.5 »Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD« (AB)

Die Entwicklung dieser marxistisch-leninistischen Kaderorganisation stagniert seit Jahren; die Mitgliederaustritte mehrten sich. Eine »Werbekampagne 1988«, im 20. Jahr nach der Gründung, blieb ohne Resonanz. Politische Aktivitäten des AB konzentrierten sich wieder auf einzelne Städte in Bayern; dort waren auch mehrere Nebenorganisationen des AB aktiv. Stützpunkte hat die Organisation weiterhin in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg.

2.1.6 Trotzkistische Gruppen

Die Mitgliederzahl der zum Jahresende wieder 15 trotzkistischen Gruppen und Zirkel hat sich auf etwa 700 Personen (1987: etwa 500) erhöht. Die meisten dieser Organisationen, wie der »Bund Sozialistischer Arbeiter« (BSA), die »Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation« (ISA), die »Trotzkistische Liga Deutschlands« (TLD), die »Internationale Kommunistische Strömung« (IKS) und die Gruppe »VORAN – zur sozialistischen Demokratie«, sind als nationale deutsche Sektionen oder Kontaktstellen einer der konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzkismus angeschlossen.
Trotzkisten arbeiten für den Aufbau nationaler proletarischer Parteien und einer revolutionären Weltpartei[103]. Sie wollen den bürgerlichen kapitalistischen Staat durch Revolution zerschlagen und an seiner Stelle die »Diktatur des Proletariats« als Rätesystem errichten[104]; die »permanente Revolution« könne erst mit dem weltweiten Aufbau des Sozialismus abgeschlossen werden. Vorstellungen der KPdSU oder der SED über den »Sozialismus in einem Lande« seien reaktionäre Utopie[105]; die kommunistischen Parteien in den Ländern des realen Sozialismus seien bürokratisch entartet[106].

neue ARBEITER PRESSE

Nr. 562 14. Oktober 1988

Vierzehntägige Zeitung des Bunds Sozialistischer Arbeiter

1 H 6999 C DM 1,-

Bund Sozialistischer Arbeiter

50 Jahre Vierte Internationale

1938 - 1988

Zentrale Veranstaltung am 27. November Frankfurt Haus der Jugend

Beginn 18 Uhr mit Film: „Die Bolschewiki"

Aktionswoche des DGB:

Schluß mit der Klassenzusammenarbeit!

Zwingt DGB-Führer zum Kampf gegen Kohl

Im Rahmen der beinahe schon traditionellen Herbstaktionen hat der DGB-Bundesvorstand zu Protestdemonstrationen und Kundgebungen gegen die Angriffe der Kohl-Regierung aufgerufen.

Vor allem gegen die geplante Rentenreform, die Zerschlagung der Post und die Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes soll protestiert werden. Die IG Metall hat mit einer Serie von Betriebsversammlungen begonnen, auf denen ausführlich über den von Arbeitsminister Blüm vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes informiert und diskutiert werden soll.

Eine für den 18. Oktober geplante zentrale Kundgebung in Bonn wurde wieder abgeblasen, nachdem sich Kohl über die DGB-Aktionen beschwert hatte.

Mit dieser Aktionswoche reagiert der DGB-Vorstand auf die wachsende Wut der Gewerkschaftsmitglieder auf die Kohl-Regierung und deren Angriffe auf elementare Rechte und Errungenschaften der Arbeiterklasse. Doch der Versuch, durch einige Kundgebungen und radikale Worte Dampf abzulassen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die wichtigste Stütze der Kohl-Regierung bei der Durchsetzung ihrer Angriffe die Gewerkschaftsbürokratie selbst ist.

Klassenzusammenarbeit

Nach Vorstellung der DGB-Führer sollen die Protestaktionen die bisherige enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaftsführung und Regierung auf keinen Fall gefährden. Im Gegenteil, die DGB-Führer und die Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften streben eine noch engere und intensivere Zusammenarbeit mit der Kohl-Regierung an.

Erst vor wenigen Wochen, Anfang September, war Kanzler Kohl als Gast auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie, der zweitgrößten Industriegewerkschaft im DGB eingeladen und schwadronierte im Einvernehmen mit dem IG Chemie-Vorstand über die Notwendigkeit für einen „sozialen Dialog" und „die Partnerschaft zwischen Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Regierung". Er sprach über das „Gemeinsame", das im Vordergrund stehen müsse, über „gemeinsame Interessen" und „gemeinsame Aufgaben", über das „Wohl des Ganzen" usw.

Auf demselben Gewerkschaftstag erklärten sowohl der IG Chemie-Vorsitzende Rappe als auch der DGB-Vorsitzende Breit ihre grundsätzliche Bereitschaft, gemeinsam mit Regierung und Unternehmern an einer „nationalen Europakonferenz" teilzunehmen, die, so Kohl in seiner Einladung, ein „nationales Forum schaffen" soll, „auf dem zentrale europäische Fragen im Lichte deutscher Interessen gemeinsam beraten werden, um so den Übergang in den großen europäischen Binnenmarkt 1992 zu erleichtern – für unsere Unternehmen, für unsere Arbeitnehmer und für unsere Verbraucher".

Was den DGB-Vorstand mit der Kohl-Regierung verbindet, ist die nationalistische Auffassung, daß die nationalen Interessen, die „deutschen Interessen", höher stehen als die Interessen der internationalen Arbeiterklasse und auf Kosten von diesen verteidigt werden müssen.

Mit schamloser Offenheit hat dies der Tarifexperte des IG Chemie-Vorstands, Horst Mettke, in einem Streitgespräch mit Detlef Hensche vom Vorstand der IG Druck und Papier in der jüngsten Ausgabe des Magazins *Der Spiegel* formuliert.

Auf die Frage, „Wie schaffen wir Abwehrkräfte, damit es nicht passiert, daß eines Tages spanische gegen portugiesische, italienische gegen französische und deutsche gegen holländische Gewerkschaften um Investitionen und Industrieansiedlungen kämpfen und sich in den Arbeitsbedingungen gegenseitig unterbieten", antwortete Mettke:

„Kampfkraft der Gewerkschaften gibt es nur, wenn die Franzosen, Italiener, Spanier, Portugiesen und Griechen auch stark sind. Nur mein Problem ist – da unterscheiden wir uns – daß dort die Gewerkschaften schwach sind und dieser Ausverkauf heute schon stattfindet. Deswegen konzentriere ich mich stärker auf Investitionen im eigenen Land. Das geht mir näher unter die Haut. Deswegen kämpfe ich hier, tage ich mal, nur für das Hemd."

Horst Mettke, und hier spricht er für alle reformistischen Bürokraten in SPD und Gewerkschaft, übernimmt damit die Initiative, das Gift des Nationalismus in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Seine Position, die Einheit und Zusammenarbeit mit den Kapitalisten für Investitionen im eigenen Land der Einheit der Arbeiterklasse in Europa und international gegen die Angriffe der Kapitalisten entgegenzustellen, ist kriminell.

Heute stimmt Mettke dafür, wirtschaftliche Opfer zu bringen, um den „Industriestandort Bundesrepublik" zu sichern, morgen wird er mit denselben Argumenten militärische Opfer fordern, um das Vaterland zu verteidigen, wenn sich der Handelskrieg zu einem militärischen Konflikt ausweitet. Das

Fortsetzung auf S. 2

In dieser Ausgabe:

Zum Tod von Franz Josef Strauß: Der deutsche Imperialismus trauert um seinen fähigsten Vertreter S.3/4

Die Lehren aus den Streiks in Polen - Teil 2 ..... S.5

Frankreich: Streiks gegen Mitterrand-Regierung S.6/7

DKP schwört Sozialismus ab ..... S. 8

Die VSP: Antitrotzkisten bei der Arbeit S.9/10

Trotzkisten empfehlen verdeckte Mitarbeit in anderen Organisationen

Ihren Mitgliedern empfehlen Trotzkisten oft den »Entrismus«: Die verdeckte Mitarbeit in anderen Organisationen der Arbeiterbewegung, aber auch bei den GRÜNEN, um dort revolutionär-sozialistische Strömungen zu entwickeln. Zwei Themen standen 1988 bei den meisten trotzkistischen Gruppen im Vordergrund. Mit Kundgebungen und internationalen Konferenzen erinnerten sie an den 50. Jahrestag der Gründung der »IV. Internationale« (3. September 1938); dabei forderten sie von der KPdSU die Rehabilitierung Leo TROTZKIs. Heftige Angriffe richteten Trotzkisten gegen den geplanten europäischen Binnenmarkt. Dies seien mörderische Pläne, um durch Anheizen der Konkurrenz unter den Arbeitern die Löhne zu drücken. Die ISA organisierte Anfang Oktober in Berlin eine Konferenz zur »Verteidigung der Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung in Europa« mit Vertretern trotzkistischer Organisationen aus 8 europäischen Ländern. Dort wurde beschlossen, als ersten Schritt im Widerstand einen europaweiten 24stündigen Warnstreik zu propagieren.

Trotzkistische Agitation gegen zukünftigen EG-Binnenmarkt

2.1.7 »Marxistische Gruppe« (MG)

Wachsende Bedeutung der »Marxistischen Gruppe«

Die MG, die sich zu Beginn der 70er Jahre aus revolutionär-marxistischen Diskussionszirkeln und Aktionsgruppen – »Roten Zellen« – an bayerischen Hochschulen entwickelt hat, konnte sich auch 1988 weiter ausbreiten. Gruppen oder Stützpunkte existieren in den

meisten Bundesländern, vor allem in den Hochschulorten. Die Zahl der fest in die Organisation eingebundenen Personen erhöhte sich auf etwa 3.000; zusätzlich nahmen an Sympathisantenschulungen, Teach-ins und Arbeitskreisen wieder mehrere tausend Personen teil. In solcher Schulungsarbeit und der Verbreitung von Agitationsmaterial sieht die MG ihren Arbeitsschwerpunkt. An Kampagnen oder Aktionsbündnissen anderer linksextremistischer Organisationen beteiligt sie sich kaum. Sie bezeichnet als derzeit wichtigsten Inhalt kommunistischer Politik, die »revolutionäre Theorie« auf der Grundlage der Lehren von Karl Marx und die Kritik »falschen Bewußtseins« in der Arbeiterklasse zu entwickeln. Das Proletariat in den bürgerlich-demokratischen Staaten sei sich seines revolutionären Auftrages nicht bewußt. Daher müßten Intellektuelle, Studenten und Akademiker zu destruktiver Kritik befähigt und dazu gebracht werden, der Arbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein zu vermitteln.

MG will Intellektuellen »richtiges Bewußtsein« vermitteln

In ihren Werbeschriften wandte sich die MG wieder an »destruktive Typen«, an Leute, denen »nichts mehr gefällt«, die sich vor den Konsequenzen radikaler Kritik nicht fürchten, die »organisiert dagegen« sein wollen[107].

Von ihren Mitgliedern und Anhängern erwartet die MG Disziplin, Hingabe an die revolutionäre politische Arbeit, finanzielle Opferbereitschaft und den weitgehenden Verzicht auf Außenkontakte. Ihr Verbandsleben schirmt sie sorgfältig ab. Bei den öffentlichen Veranstaltungen tritt nur ein kleiner Kreis von Funktionären auf. Zur Anmietung von Räumen, bei Einladungen und der Verbreitung ihrer Schriften bedient sich die MG oft unverfänglich klingender Bezeichnungen wie: Verein zur Förderung politischer Bildung, zur Förderung des studentischen Pressewesens oder der wissenschaft-

lichen und politischen Diskussion an der Hochschule. MG-Mitglieder, die in großen Industrieunternehmen, in Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, bemühen sich, Genossen unauffällig dorthin nachzuziehen.
Für ihre Publikationen, die meist kostenlos und in hohen Stückzahlen vor Großbetrieben, an Schulen und Hochschulen verteilt werden, unterhält die MG eigene Druckereien, Verlage, einen Vertriebsdienst und zahlreiche Buchläden.

2.2 Anarchisten, Autonome und sonstige Sozialrevolutionäre

Zahl anarchistischer Zirkel nahm zu

Die Zahl anarchistischer Zirkel und »libertärer Zentren« stieg auch 1988 an. Gruppen mit festeren Strukturen und dem Anspruch, kontinuierlich zu arbeiten, fanden jedoch geringeres Interesse als die unverbindlicheren Zusammenschlüsse der Autonomen.
Unverändert aktiv blieben kleine sozialrevolutionäre Gruppen, die nicht mehr in der Arbeiterschaft, sondern in gesellschaftlichen Randgruppen – unter den »Entgarantierten« des kapitalistischen Systems – »revolutionäres Potential« ausgemacht haben und Klassenkämpfe mit Hilfe »neuer sozialer Bewegungen« entwickeln wollen.
Anarchisten, Autonome, Sozialrevolutionäre und Gruppen im terroristischen Umfeld halten meist vielfältige Kontakte untereinander. Anhänger der örtlichen Gruppierungen kennen sich häufig auch persönlich, sie wohnen oft in besetzten Häusern zusammen.*

* So wurden in den letzten Jahren mehrere Personen aus der bzw. mit Verbindung zur Düsseldorfer »Kiefernstraßen-Szene« wegen Beteiligung an Anschlägen und Mitgliedschaft in der terroristischen »Rote Armee Fraktion« erstinstanzlich verurteilt bzw. angeklagt.

Für die Kommunikation der »Szene« blieben »Info-Läden«, Szene-Blätter und Flugschriften die wichtigsten Hilfsmittel. Besondere Bedeutung als Informations- und Diskussionsforen hatten wieder bundesweit verbreitete Publikationen wie »Aktion« (Frankfurt/M.), »freiraum« (München), »SABOT« (Hamburg), »Schwarzer Faden« (Grafenau), »UNZERTRENNLICH« (Berlin), »Wildcat« (Karlsruhe), »PulverFASS« und »radikal«.

2.2.1 Autonome

Seit 1980 – mit Beginn der »Häuserkämpfe« – entstanden in zahlreichen Städten des Bundesgebietes und in Berlin (West) militante linksextremistische Gruppierungen, deren Anhänger sich selbst als Autonome bezeichnen.

Solchen Zusammenschlüssen gehörten auch 1988 etwa 2.000 Personen an. Die Gruppen konzentrierten sich in den großen städtischen Ballungsräumen (Berlin, Hamburg, Frankfurt und Umland, Großstädte in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern); seit Jahren sind autonome Gruppen auch in einzelnen kleineren Universitätsstädten aktiv.

Haß der Autonomen gegen Staat und Gesellschaft

Autonome haben kein einheitliches ideologisches Konzept; sie folgen verschwommenen anarchistischen, bisweilen auch nihilistischen Vorstellungen. Gemeinsam ist ihnen ein ausgeprägter Haß auf Staat und Gesellschaft. Dieses »Schweine- und Verbrechersystem« stehe für Arbeitszwang und Ausbeutung und verhindere ein freies, selbstbestimmtes, kollektives Leben. Autonome fordern Gegenwehr, wo immer man mit »dem System« kollidiere: im Betrieb, in der Schule, der Uni, der Lehre, auf Ämtern, im Stadtteil. Diese Kämpfe dürften nicht isoliert geführt werden; wichtig sei die Entwicklung einer gemeinsamen revolutionären Perspektive mit dem Ziel einer nach ihren Vorstellungen »befreiten Gesellschaft«.

Autonome befürworten Gewalt

Autonome befürworten dazu militante Kampfformen: Gewalt gegen Sachen und gegen Personen. Die militante Demo gehöre ebenso dazu wie »Randale« in den Einkaufszentren. Ein Teil der Autonomen verübt auch Brandstiftungen und andere aus dem Verborgenen geführte Anschläge (vgl. dazu Kap. VI, Ziffer 4).

Die straffe Organisation und Disziplin marxistisch-leninistischer Kaderorganisationen oder der terroristischen »Roten Armee Fraktion« (RAF) wird zumeist entschieden abgelehnt, denn solche Formen seien mit autonomem Grundverständnis, mit Selbstbestimmung von Ziel, Methoden und Zeitpunkt politischer Aktivitäten nicht vereinbar. Andererseits kritisierten Anhänger autonomer Gruppen den Mangel an funktionsfähigen Strukturen in der »Szene« und das Fehlen langfristiger Strategien. Die Debatten und Bestandsaufnahmen autonomer »Politik«, die im November 1987 nach den tödlichen Schüssen auf Polizeibeamte an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens begonnen hatten, wurden bundesweit fortgeführt. Dabei verurteilten Autonome nahezu einhellig den Gebrauch von Schußwaffen bei Demonstrationen. Die Mehrheit unter den Autonomen sprach sich angesichts der derzeitigen politischen Kräfteverhältnisse generell gegen »militärische Aktionen« aus. Einzelne erklärten jedoch, das »Umplätten« bestimmter Repräsentanten des Systems und »besonderer Schweine« könne eine »durchaus sinnvolle, richtige Sache« sein. Die meisten bezeichneten die Schüsse an der Startbahn West als Folge mangelnder Organisation und unzulänglicher Diskussionen untereinander. Schwachpunkt sei die schon seit Jahren beklagte »autonome Feuerwehrpolitik«. Militantes Vorgehen sei für viele Selbstzweck; Aktionismus täusche politisches Bewußtsein vor.

Einzelne Autonome befürworten marxistisch-leninistische Organisationsprinzipien und Strategien

Erneut meldeten sich Befürworter »leninistischer Organisationsprinzipien«. In einem Diskussionspapier, das in den »Szeneblättern« bundesweit verbreitet wurde, kritisierten sie autonome Ghetto-Mentalität: Ohne revolutionäre Theorie und Organisation seien alle Umsturzversuche zum Scheitern verurteilt. Herrschaftsfreie Zustände gebe es auch unter Autonomen nicht; dort herrsche ebenfalls »Mackertum«, Intoleranz, das Recht der Stärkeren und Lauteren, persönliche »Anmache« und Rücksichtslosigkeit. Entscheidungen hingen von Zufälligkeiten der Mobilisierung und dem Machtgefüge des »Szene-Dschungels« ab[108].

Größeres Echo hatten die »autonomen Marxisten-Leninisten« bis-

lang jedoch nicht. Zuspruch fanden allerdings Thesen sozialrevolutionärer Gruppen. Diese organisierten zum Auftakt der Kampagne gegen die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin autonome »Internationalismustage« (14. – 17. April in Bremen), zu denen mehr als 800 Teilnehmer kamen. Die meisten von ihnen akzeptierten die Parolen: Widerstand der »sozialen Bewegungen« hier in den kapitalistischen Ländern (den Metropolen), »Häuserkämpfe«, Supermarktplünderungen und militante Aktionen von Widerstands- und Guerillagruppen seien neue Formen von Klassenkampf und praktische Unterstützung für Befreiungskämpfe in Lateinamerika, Afrika und Asien (im »Trikont«) gegen die Strategien des Kapitals[109].

Autonome und »Frauenbewegung«

Autonome griffen auch Anliegen der »Frauenbewegung« auf. Die Themen Patriarchat und Sexismus beherrschten über Monate die Diskussionen. In mehreren Städten bildeten sich getrennt tagende autonome Frauen- und Männerplena. Das Patriarchat sei, so erklärten Autonome, die Basis für kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung. Die Kapitalisten hätten sich das patriarchalische Gewaltverhältnis zu eigen gemacht. Ohne die weltweite Ausbeutung von Arbeitskräften, insbesondere von Frauen, seien die Gewinne der »Bonzen und Konzerne« nicht denkbar. Autonome propagierten deshalb einen neuen »klassenkämpferischen anti-patriarchalischen Internationalismus«. Zentraler Inhalt dieses Kampfes müsse die Verweigerung, der Kampf gegen die Arbeit sein[110].

Mit Verunsicherung, aber auch mit Solidaritätsaufrufen und militanten Aktionen reagierten Autonome auf intensive polizeiliche Kontrollen bei Demonstrationen und auf Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden: Die staatliche Repression habe neue Dimensionen erreicht. Frankfurter Autonome klagten im Herbst, zwölf Monate nach den Schüssen an der Startbahn West herrsche in der »Szene« noch Lähmung und Angst. Sie verstärkten eine Kampagne für Aussageverweigerung bei den laufenden Strafverfahren und forderten, die Aussagewilligen als »Verräter« zu isolieren; dazu zählen sie auch einen der beiden Verdächtigen des Mordanschlages an der Startbahn.

2.2.2 Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen«

Anarchistische »Gewaltfreie Aktionsgruppen« wollen den Staat zersetzen

»Gewaltfreie Aktionsgruppen« und »Trainingskollektive«, die sich zur anarchistischen »Graswurzelbewegung« zählen, wollen mit angeblich gewaltfreien Aktionen den »Zwangsapparat Staat« zerstören. In der sozialen Revolution müßten durch massenhaften zivilen Ungehorsam – durch Besetzungen, Blockaden, Sabotage, Streiks und massenhaften Bruch von Gesetzen – die staatlichen Machtzentren, insbesondere die bewaffneten Streitkräfte, zersetzt werden[111]. Statt des zentralisierten, autoritären Staates sei eine freiheitliche, basisdemokratische Gesellschaft zu errichten. Die Gruppen und Kollektive arbeiten seit 1980 in einer »Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen« (FöGA) zusammen; als Koordinie-

rungs- und Informationsstelle betreiben sie eine »Graswurzelwerkstatt« mit Sitz in Köln. Die FöGA wiederum ist Mitglied in der anarchistisch orientierten »War Resisters International« (WRI).
Seit dem Abklingen der »Friedensbewegung« ist auch die Anhängerschaft der »Gewaltfreien Aktionsgruppen« rückläufig; zum Jahresende gehörten noch etwa 500 Personen den ungefähr 70 Aktionsgruppen an. Viele Gruppen sahen im »Antisexismus« einen neuen Arbeitsschwerpunkt. Die Publikation »graswurzelrevolution« erschien im Juni in neuer Aufmachung und mit dem erweiterten Redaktionskonzept: »gewaltfrei«, »anarchistisch«, »antisexistisch«. Die Auflagenzahlen stiegen in der 2. Jahreshälfte wieder an.

2.2.3 »Anarcho-syndikalistische« und »anarcho-kommunistische« Gruppen

Die anarcho-syndikalistische »Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union« (FAU) propagiert den Aufbau militanter Gewerkschaften als Träger revolutionärer Kämpfe mit dem Ziel einer »herrschaftslosen, ausbeutefreien Gesellschaft« ohne Staat. Geeignete Kampfformen seien vermittelbare direkte Aktionen; dazu zählten Fabrikbesetzungen, Boykott und Sabotage. Die bundesweit etwa 20 Gruppen und Kontaktstellen der FAU sind der anarcho-syndikalistischen »Internationalen Arbeiterassoziation« (IAA) angeschlossen. Diese übertrug der FAU auf ihrem Jahreskongreß 1988 (1. – 3. April in Bordeaux) das IAA-Sekretariat und bestellte ein FAU-Mitglied zum IAA-Generalsekretär.

Anarcho-Kommunisten propagieren gewaltsame Zerschlagung des »Systems«

Anarcho-kommunistische Gruppen wollen, gestützt auf das Proletariat, den kapitalistischen Staat zerschlagen, um zu einer klassen- und herrschaftslosen Gesellschaft zu gelangen. Sie konnten die Zahl ihrer Stützpunkte erhöhen. Neben der »Freien Arbeiter-Union/Rätekommunisten« (FAU/R) mit Gruppen in Hamburg und Berlin, der »Freien Arbeiter-Union Heidelberg (Anarchisten)« (FAU-HD-A-) und der »Proletarischen Aktion« in Berlin entstand eine »Proletarische Aktion Ruhrgebiet«. Die »Schwarze Garde«, Nebenorganisation der FAU-HD (A), konnte je einen Stützpunkt in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen aufbauen.

3. Aktionsfelder

3.1 »Dritte Welt Solidarität« – Beteiligung an der Kampagne gegen Internationalen Währungsfond und Weltbank

Linksextremisten diffamieren IWF und Weltbank

Die linksextremistische »Internationalismus-Arbeit« fand 1988 einen besonderen Ansatzpunkt: Alle Richtungen der »Neuen Linken« und orthodoxe Kommunisten beteiligten sich neben zahlreichen demokratischen Oganisationen an einer breit angelegten Kampagne gegen die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank (27. – 29. September in Berlin

(West)). Die »Rote Armee Fraktion« (RAF) sah in der Kampagne eine günstige Gelegenheit, auf sich aufmerksam zu machen und Handlungsfähigkeit zu zeigen: Sie versuchte, in Bonn Staatssekretär Dr. TIETMEYER und dessen Fahrer zu ermorden (vgl. Kap. VI Ziffer 2.1).

Für einige Gruppen, insbesondere die Autonomen, wurden Agitation gegen den IWF und Vorbereitungen auf Protest-, Stör- und Behinderungsaktionen gegen die Tagung in Berlin über Monate zum herausragenden Thema.

Mitglieder von K-Gruppen und Autonome arbeiteten, ebenso wie DKP und SEW, in örtlichen Anti-IWF-Initiativen und Aktionsbündnissen mit und beteiligten sich an den bundesweiten Aktionskonferenzen; Widerspruch gegen ihre Beteiligung durch die dort ebenfalls vertretenen demokratischen Gruppen und Organisationen ist nicht bekannt geworden, viele ihrer Ideen und Aktionsvorschläge wurden dort aufgegriffen. Mitglieder von K-Gruppen wie auch orthodoxe Kommunisten gelangten in bundesweite Gremien und Arbeitsgruppen zur Entwicklung der Kampagne. Für eine Kampagnenzeitung »Zahltag«, die während der »Aktionstage« täglich verbreitet und von zahlreichen Gruppen der »Neuen Linken« unterstützt wurde, zeichnete ein Mitglied des Deutschen Bundestages presserechtlich verantwortlich, das zu dieser Zeit für die Berliner »Alternative Liste« dem Bundestag angehörte.

Linksextremisten bezichtigten IWF und Weltbank kapitalistischer Ausbeutung und gezielter Umweltzerstörung in der Dritten Welt; beide Einrichtungen seien die wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung imperialistischer Bestrebungen des Kapitals. Revolutionärmarxistische Gruppen der »Neuen Linken« forderten neben DKP

und SEW, die Schulden der Dritten Welt sofort zu streichen und die Kompetenzen im IWF grundlegend zu ändern. Sie bemühten sich, während des Kongresses »Gegenöffentlichkeit« herzustellen und die Bundesrepublik Deutschland als »Ausbeuter« der Dritten Welt anzuprangern. Dazu unterstützten sie einen »Gegenkongreß« am 23. – 24. September und eine »Großdemonstration« am 25. September in Berlin.

Militante der »Neuen Linken«, vor allem Anhänger autonomer Gruppen und der Zusammenschlüsse des terroristischen Umfeldes (»Antiimpis«), propagierten, IWF und Weltbank zu zerschlagen; IWF sei eine »Mordmaschine«, die nicht reformiert werden könne.

Militante Aktionen gegen IWF-Tagung

Außerdem forderten sie, die IWF-Tagung zu verhindern, und verbreiteten Aufrufe für eine »Aktionswoche« während der Tagung. Einzelne Militante versuchten schon Wochen vor dem Kongreß mit Brandanschlägen und anderen Straftaten die Organisatoren einzuschüchtern.

An der »Großdemonstration« am 25. September in Berlin beteiligten sich mehrere hundert Autonome und »Antiimpis«, viele davon vermummt, neben K-Gruppen und orthodoxen Kommunisten. Während ihrer »Aktionstage« in Berlin (26. – 29. September), zu denen aus dem Bundesgebiet etwa 500 Militante angereist waren, bemühten sich Autonome und »Antiimpis«, oft im Bündnis mit

anderen IWF-Gegnern, vor Banken, Kaufhäusern, Verwaltungsgebäuden und Hotels durch Lärmen, Sachbeschädigungen und Straßenblockaden öffentliches Interesse für ihre Parolen zu finden. Sie behinderten die Anfahrt von Kongreßteilnehmern zu Veranstaltungen, bewarfen deren Fahrzeuge mit Steinen und Farbbeuteln und beschimpften Besucher. Ihrem Aufruf zu einer »internationalistischen Demo« am 29. September in Berlin folgten etwa 5.000 Personen. Auch in mehreren Städten im Bundesgebiet kam es zu Anti-IWF-Kundgebungen mit linksextremistischer Beteiligung. Anhänger autonomer Gruppen und »Antiimpis« drängten sich wiederholt gewaltsam in Veranstaltungen mit IWF-Repräsentanten, brüllten Redner nieder, sprühten Wandparolen und schlugen in einigen Fällen auf Diskussionsleiter und Besucher ein.

Linksextremisten zogen eine positive Bilanz ihrer Anti-IWF-Kampagne. Diese müsse als Auftakt zu einem »neuen Internationalismus« genutzt werden. Autonome erklärten, sie hätten gezeigt, daß der »Kampf im Herzen der Bestie« machbar sei.

Parallel zu den Protesten gegen IWF und Weltbank verstärkten Gruppen der »Neuen Linken« auch ihre Solidarität für militante Palästinenser und für »Befreiungsorganisationen« in der Dritten Welt, insbesondere in Südafrika und El Salvador. K-Gruppen und Anarcho-Syndikalisten organisierten eine Spendensammlung für den »Pan Africanist Congress of Azania« (PAC) unter dem Motto: »Nieder mit der Apartheid! Waffen für das Volk! Eine DM für eine Kugel!«. El Salvador-Solidaritätsgruppen, in denen Linksextremisten mitarbeiten, bemühten sich, die Spendenkampagne »Waffen für El Salvador« für die »Frente Farabundo Marti para la Liberacion

Nacional« (FMLN) wiederzubeleben. Im Dezember, zum Jahrestag des Beginns der Aufstandsbewegung der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (»Intifada«), beteiligten sich Linksextremisten in zahlreichen Städten an Solidaritätskundgebungen; sie forderten u. a. den Boykott israelischer Waren.

3.2 »Antimilitarismus- und Friedensarbeit«

Nur noch geringes Interesse der »Neuen Linken« an der »Friedensbewegung«

Das Interesse der »Neuen Linken« an den Aktivitäten der »Friedensbewegung« ging 1988 weiter zurück. Mitglieder einzelner K-Gruppen und »gewaltfreie« Anarchisten beteiligten sich an Demonstrationen gegen den Aufbau einer deutsch-französischen Brigade (1. Oktober in Böblingen) und an Protesten gegen den Bau einer militärischen Einrichtung in Linnich/Nordrhein-Westfalen (15. Oktober). Die Zahl der Störaktionen gegen die Bundeswehr mit Beteiligung der »Neuen Linken« (Blockaden, Behinderungen bei Rekrutengelöbnissen, Sachbeschädigungen durch Ansprühen von Parolen etc.) verringerte sich auf weniger als 100 (Vorjahr etwa 160). Erstmals ging auch die Zahl der Protest- und Störaktionen mit linksextremistischer Beteiligung gegen ausländische NATO-Streitkräfte deutlich zurück: Etwa 250 (Vorjahr etwa 500) Vorfälle wurden bekannt. Mitglieder des KB versuchten, im Bündnis mit orthodoxen Kommunisten und einzelnen demokratischen Organisationen eine Kampagne »Atomwaffenverzicht ins Grundgesetz« in Gang zu bringen; eine dazu organisierte internationale Konferenz (Ende November in Köln) fand jedoch nur geringes Echo. Mitglieder der anarchistischen FöGA und des AB agitierten zu den Rekruten-Einberufungen gegen Wehrpflicht und Wehrdienstverlängerung. Im Herbst begann die FöGA mit der Kampagne gegen die NATO-Stabsrahmenübung WINTEX/CIMEX 89.

Militante Autonome beteiligten sich in einem »revolutionären Block« neben der DKP und deren Umfeld sowie demokratischen Organisationen an einer Demonstration gegen die Tagung der Nordatlantischen Versammlung (17. November in Hamburg). Die z. T. vermummten Militanten schossen mit Feuerwerkskörpern und verbrannten Flaggen der NATO-Mitgliedsländer, griffen die Polizei an und verletzten dabei mehrere Beamte.

3.3 Widerstand gegen die Kernenergie und gegen andere technische Großprojekte

Interesse der »Neuen Linken« an Protesten gegen Kernkraft nahm ab

Gruppen der »Neuen Linken« sahen 1988 in Bürgerprotesten gegen Kernkraftwerke und andere technische Großanlagen kaum noch geeignete Ansatzpunkte für revolutionäre Umwälzungen. Mitglieder von K-Gruppen und Autonome beteiligten sich zwar an Anti-Atom- und Atommüllkonferenzen, beschränkten sich aber meist auf eine Beobachterrolle. Kräfte der »Neuen Linken« kamen im Oktober aber zu der »Großdemonstration« der »Anti-AKW- und der Friedensbewegung« gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Militante Autonome hatten bei den Vorberei-

tungsgesprächen vergeblich für Blockaden auf den Zufahrten zur Baustelle geworben. Mit größerem Engagement beteiligten sich Gruppen der »Neuen Linken« jedoch an der Ausspähung von Atommülltransporten und an Versuchen, solche Transporte auf Straßen und Schienen zu behindern.

3.4 Kampf um »Freiräume«

Besetzte Häuser als Zentren des »revolutionären Widerstandes«

Anhänger autonomer und anderer gewaltbereiter Gruppierungen der »Neuen Linken« sahen unverändert in besetzten oder zur Nutzung überlassenen Häusern »Zentren« zur Organisierung »revolutionären Widerstandes«. Der »Häuserkampf« sei, so erklärten sie,

eine Form von Klassenkampf; er sei zur Selbstbehauptung gegenüber dem kapitalistischen System notwendig. Projekte der Stadtsanierung und Städteplanung, staatliche Maßnahmen zur Strukturverbesserung, zum Bau neuer Wohn- und Geschäftshäuser und kultureller Einrichtungen bezeichneten sie als Versuche »staatlicher Aufstandsbekämpfung«. Solche Programme bedeuteten die Zerstörung sozialer Strukturen und Zwangsanpassung an die Interessen des Kapitals; dadurch würden die autonomen, handlungsfähigen Zusammenhänge zerstört und der Widerstand kanalisiert und integriert. Autonome und »Antiimpis« mobilisierten u. a. in Berlin und Hamburg gegen einzelne Bauprojekte, besetzten Grundstücke, rissen Bauzäune ein und zerstörten Baumaschinen und Fahrzeuge. Denn der Kampf um Befreiung müsse dort aufgenommen werden, wo man lebe, arbeite und wohne. Jeder Erfolg im Stadtviertel gegen Vermieter, Bürokraten und Spekulanten, jede Aneignung von Wohnungen und Kommunikationsräumen sei ein Schritt zur Bildung konkreter Gegenmacht.

Es gibt noch viele Wände in dieser Stadt ...

3.5 »Antifaschismusarbeit«

Wie schon im Vorjahr agitierten vor allem der BWK, die »VOLKSFRONT« und Autonome gegen eine angebliche neofaschistische Entwicklung. Die Zahl autonomer »Antifa-Initiativen« wuchs; ein norddeutsches und erstmals auch ein süddeutsches autonomes »Antifa-Plenum« koordinierten überregionale Aktionen. Die »VOLKSFRONT« befürwortete wie die Autonomen gewalttätige Aktionen: Die beste Möglichkeit, Versammlungen der »Faschisten« zu verhindern, sei, »die Sache selbst in die Hand zu nehmen«[112]. Der antifaschistische Kampf sei Teil des Klassenkampfes; er müsse

»Antifa-Gruppen« befürworten gewaltsame Aktionen gegen Neonazis

revolutionär geführt werden. Autonome Antifaschisten erklärten, zwischen bürgerlicher und faschistischer Ideologie gebe es keinen wesentlichen Unterschied. Kampf gegen Faschismus bedeute auch Kampf gegen den Staat, denn dieser bilde die Ursache von »Isolationsfolter«, »patriarchalischen Machtstrukturen«, Ausländerhaß und negativen Lebens- und Arbeitsbedingungen[113]. Autonome »Antifa«-Gruppen gingen erneut gewalttätig gegen Neonazis und andere von ihnen als Faschisten bezeichnete Personen vor. Dabei setzten sie Tränengas, Schreckschußpistolen, Feuerwerkskörper und Schlagwerkzeuge ein und griffen auch die Polizei an. Sie verbreiteten »Steckbriefe« einzelner Rechtsextremisten, beschädigten deren Kraftfahrzeuge, drangen in deren Häuser ein und verwüsteten das Mobiliar.

3.6 Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Für die revolutionären Marxisten der »Neuen Linken«, insbesondere die K-Gruppen und die trotzkistischen Organisationen, blieben Agitation vor und in Betrieben und die Mitarbeit in Gewerkschaften ein wichtiges Aktionsfeld.
Die MLPD berichtete auf ihrem Parteitag, sie habe die Zahl ihrer Betriebsgruppen auf 67 (Schwerpunkt: Stahlindustrie) steigern können. Ihre Mitglieder seien an der Herausgabe von mehr als 80 Betriebszeitungen beteiligt. Mitglieder der VSP gaben 10 verschiedene Betriebszeitungen heraus. Auch die MG steigerte die Zahl der Einzelausgaben und die Gesamtauflage ihrer »Marxistischen Arbeiterzeitung«. Den Gewerkschaften warfen MLPD und MG mangelnde Bereitschaft zum Klassenkampf und Kumpanei mit den Herrschenden vor. MLPD-Mitglieder bemühten sich aber, ebenso wie die Trotzkisten, in den Gewerkschaften mitzuarbeiten und dort auch Funktionen zu erlangen.

3.7 Tätigkeit an Hochschulen

Von den revolutionär-marxistischen Organisationen der »Neuen Linken« war die MG an Hochschulen wieder besonders aktiv. MG-Mitglieder gelangten in München (7 Sitze) und in Erlangen (1 Sitz) in die studentischen Konvente. Die Aktivitäten des »Kommunistischen Hochschulbundes«, einer Nebenorganisation des AB, blieben auf Hochschulorte in Bayern beschränkt. Bundesweit bemühten sich dagegen wieder anarchistische und sonstige undogmatisch-sozialrevolutionäre Gruppen um Anhänger unter Studenten und Mitsprache in den studentischen Gremien. Auf solche Zusammenschlüsse entfielen bei den Wahlen zu Studentenparlamenten nahezu 14% der Sitze (vgl. Kap. I, Ziff. 5).
Die »Föderation anarchistischer Schüler und Studenten« (FASS) verbreitete ihre Publikationen an 15 Hochschulorten.

V. Verbindungen zu ausländischen Linksextremisten

1. Orthodoxe Kommunisten und deren Umfeld

1.1 DKP und SEW

DKP und SEW unterhalten vielfältige Kontakte zu »Bruderparteien«

DKP und SEW unterhielten auch 1988 vielfältige Kontakte zu kommunistischen Organisationen im Ausland. Die DKP sieht in »ihrer internationalistischen Verbundenheit mit der kommunistischen Weltbewegung« einen »Faktor der Stärke«. Schwerpunkt sind die Verbindungen mit »Bruderparteien«, vor allem in den Ländern des »realen Sozialismus«. In Vorbereitung auf die Wahlen zum Europaparlament und den geplanten EG-Binnenmarkt setzte sie sich für eine engere Zusammenarbeit der kommunistischen Staaten Westeuropas ein. Im Juli reiste eine Delegation von DKP-Ideologen auf Einladung des ZK der KPdSU in die Sowjetunion. Der DKP-Vorsitzende Herbert MIES wurde am 26. Dezember in Moskau vom Generalsekretär der KPdSU empfangen. Funktionäre der KPdSU nutzten ihrerseits offizielle Besuche in der Bundesrepublik Deutschland zu Gesprächen mit der DKP; Abordnungen der sowjetischen Kommunisten nahmen an den DKP-Bezirksdelegiertenkonferenzen teil.

Die DKP beteiligte sich 1988 an den Parteitagen von 15 »Bruderparteien«. Sie organisierte eine internationale Beratung zur Tätigkeit kommunistischer Wohngebietsgruppen (2. – 3. Februar in Oer-Erkenschwick), gab den Anstoß zu einer Konferenz kommunistischer Parteien über den geplanten EG-Binnenmarkt (7. – 9. Oktober in Dublin) und arbeitete ständig bei der Zeitschrift »Probleme des Friedens und des Sozalismus« (Prag), dem Forum der kommunistischen Weltbewegung, mit.

1.2 Nebenorganisationen

SDAJ und MSB empfingen auf dem »6. Festival der Jugend« Vertreter von über 40 ausländischen kommunistischen Jugendverbänden. Delegationen der SDAJ nahmen an »Freundschaftslagern« in der UdSSR und CSSR teil.

Gemeinsam mit dem sowjetisch gesteuerten »Weltbund der Demokratischen Jugend« (WBDJ) organisierte die SDAJ Anfang November in Frankfurt/M. eine Konferenz zum Thema »Frieden – Globale Probleme – Neue Herausforderungen für demokratische und fortschrittliche Jugendverbände«. An der Veranstaltung nahmen Vertreter von mehr als 30 ausländischen Jugendverbänden teil. Die SDAJ beteiligte sich auch an Beratungen zur Vorbereitung der 13. »Weltfestspiele der Jugend und Studenten« (1. – 8. Juli 1989 in Nordkorea). Seit Jahren stellt die SDAJ den Schatzmeister des WBDJ, dem auch der MSB angehört. Die JP sind Mitglied in der »Weltkinderorganisation CIMEA« (Comité International des

Mouvements d'Enfants et d'Adolescents), einer Zweigorganisation des WBDJ.

1.3 Orthodox-kommunistisch beeinflußte Organisationen

Netz von »Frontorganisationen« unterstützt die sowjetische Außenpolitik

Die größeren Vorfeldorganisationen der DKP und SEW arbeiten mit sowjetisch gesteuerten internationalen Tarnorganisationen (»Frontorganisationen«) zusammen. Deren bedeutendste ist der »Weltfriedensrat« (WFR) mit Sitz in Helsinki (Präsident: Romesh CHANDRA, Mitglied des Politbüros der KP Indiens; Generalsekretär: Johannes PAKASLATHI, Mitglied der KP Finnlands; Sekretär aus der Bundesrepublik Deutschland ist Tobias THOMAS, ehem. Funktionär der DFG-VK). Dem Präsidium des WFR gehören fünf Personen aus der Bundesrepublik Deutschland an, darunter als Vizepräsidentin Martha BUSCHMANN, ehem. Mitglied des DKP-Präsidiums. Die VVN-BdA und die DFU sind dem WFR kooperativ angeschlossen: Die DFG-VK entsendet einen Vertreter. Als »Filiale« des WFR in der Bundesrepublik Deutschland fungiert das KFAZ, in Berlin (West) der »Ständige Arbeitsausschuß für Frieden und internationale Verständigung«. Ausgelöst durch die Veränderungen in der Sowjetunion wurde 1988 im WFR sehr kritisch über die bisherige Arbeit und neue Perspektiven diskutiert.

Eine enge Zusammenarbeit besteht auch zwischen:

- Der »Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer« (FIR) und der VVN-BdA bzw. der VVN Westberlin – VdA;
- der »Internationalen Demokratischen Frauenföderation« (IDFF) und der DFI bzw. dem »Demokratischen Frauenbund Berlin« (DFB);
- der »Weltföderation der Wissenschaftler« (WFW) und dem kommunistisch beeinflußten »Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler« (BdWi);
- der »Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen« (IVDJ) und der VDJ.

Darüber hinaus unterhielten kommunistisch beeinflußte Vereinigungen enge Kontakte zu ihren »Partnerorganisationen« im kommunistischen Machtbereich, z. B. zum »Sowjetischen Friedenskomitee« und zum »Friedensrat der DDR«.

2. »Neue Linke«

Auch »Neue Linke« pflegt Kontakte zu ausländischen Linksextremisten

Auch die Gruppen der »Neuen Linken« unterhalten vielfältige Kontakte zu Linksextremisten im Ausland. K-Gruppen und trotzkistische Organisationen luden Mitglieder ausländischer »Bruderorganisationen« zu ihren Delegiertenkonferenzen und Kongressen ein.

Die MLPD und die trotzkistische ISA richteten internationale Konferenzen aus, u. a. zur Abstimmung gemeinsamer Proteste gegen die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes. Die trotzkistischen Gruppen arbeiteten weiterhin eng mit anderen nationalen Sektionen der »IV. Internationale«, vor allem in Frankreich, Belgien und in Großbritannien, zusammen. Anarcho-Syndikalisten pflegten ihre traditionellen Kontakte zu Gesinnungsgenossen in Spanien und Frankreich. Anhänger autonomer und sozialrevolutionärer Gruppen standen mit Linksextremisten in Dänemark, den Niederlanden und in Italien in Verbindung und erhielten von diesen auch Unterstützung bei ihren Protestaktionen.

VI. Deutscher linksextremistischer Terrorismus*

1. Entwicklung der Terroraktionen

Zahl der Terrorakte erneut gesunken

Die Zahl der Terrorakte**, die 1988 in der Bundesrepublik von deutschen linksextremistischen Gewalttätern verübt wurden oder ihnen nach dem gegenwärtigen Ermittlungsstand zuzurechnen sind, ist nach erstmaligem Rückgang im Vorjahr nochmals um mehr als ein Drittel gesunken. Besonders auffällig hat die Zahl der Sprengstoffanschläge abgenommen; sie ist im Vergleich zu 1987 auf weniger als die Hälfte zurückgegangen.

Die 197 Terrorakte des Jahres 1988***, darunter ein Mordversuch an zwei Personen, 11 Sprengstoff- und 127 Brandanschläge sowie 58 sonstige Straftaten (31 gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr, 27 Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft) sind dennoch deutliche Beweise für die weiterhin anhaltende Bedrohung der inneren Sicherheit durch linksextremistische Gewalttäter. Die verursachten wirtschaftlichen Schäden waren trotz des zahlenmäßigen Rückgangs unverändert hoch.

Sachschäden bleiben unverändert hoch

In einigen Fällen konnten die mutmaßlichen Täter festgenommen werden.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

*** Die Zahlenangaben beruhen auf Erhebungen des Bundeskriminalamtes über politisch motivierte Gewaltkriminalität.

Die Anschläge des Jahres 1988 verteilen sich nach Tätergruppen und Ausführungsart wie folgt (Vergleichszahlen 1987 in Klammern):

	Mord-anschläge	Sprengstoff-anschläge	Brand-anschläge	sonstige Straftaten	insgesamt
»Rote Armee Fraktion«	1 (0)*	0 (0)**	0 (0)	0 (0)	1 (0)*
RAF-Anhänger	0 (0)	1 (0)***	6 (0)	0 (0)	7 (0)
»Revolutionäre Zellen«/»Rote Zora« (einschl. sog. Resonanz – RZ)	0 (0)	1 (5)	5 (17)	0 (1)	6 (23)
sonstige Gruppen/Einzeltäter	0 (2)	9(23)	116(132)	58(149)	183(306)
Summe	1 (2)	11(28)	127(149)	58(150)	197(329)

Mit ihren Terrorakten zielten die linksextremistischen Gewalttäter wie bisher auf die Beseitigung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, die von ihnen als kapitalistisch bzw. imperialistisch diffamiert wird. Da die Täter davon überzeugt sind, daß die ökonomischen Verhältnisse das politische Bewußtsein einer Gesellschaft beherrschen und damit ausschlaggebend für die gegenwärtigen Macht- und Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sind, richteten sich ihre gewalttätigen Aktionen auch 1988 vornehmlich gegen Wirtschaftsunternehmen. Der Anteil der gegen diesen Bereich gerichteten Brand- und Sprengstoffanschläge war dementsprechend mit mehr als 75% überproportional hoch.

Wirtschaftsbereich bleibt bevorzugtes Angriffsziel

Den breiten Protest gegen die Jahrestagung des IWF und der Weltbank im September in Berlin betrachteten linksextremistische Gewalttäter als einen für sie besonders öffentlichkeitswirksamen Anlaß zu terroristischen Aktionen (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1). Etwa ein Viertel der Brand- und Sprengstoffanschläge bezog sich auf dieses Thema; hiervon richteten sich wiederum die meisten gegen Bankgebäude. Auch der schwerwiegendste RAF-Terrorakt des Jahres 1988, der versuchte Mordanschlag auf den Staatssekretär im Bun-

Tagung von IWF und Weltbank als ein Anschlagsschwerpunkt

* Auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER und seinen Fahrer.

** Nicht berücksichtigt ist ein bereits im Vorbereitungsstadium gescheiterter Anschlag unter Beteiligung aus dem »RAF-Kommandobereich« am 17. Juni in Rota/Spanien.

*** In Selbstbezichtigungsschreiben wiesen sich die als »Revolutionäre Zellen« auftretenden Täter durch ihre Argumentation als Anhänger der »Rote(n) Armee Fraktion« aus.

desministerium der Finanzen Dr. TIETMEYER und dessen Fahrer, ereignete sich in Zusammenhang mit der IWF-Tagung.
Die Bedeutung dieser Thematik zeigte sich zudem in dem sprunghaften Anstieg aller Terrorakte im September (45) sowie in der starken Konzentration auf Berlin (63).

Weitere Angriffsziele: Kerntechnologie, Rassenpolitik Südafrikas

Protest gegen die Kerntechnik (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.3) war – wie schon in früheren Jahren – vordergründiger Anlaß für eine Vielzahl von Gewalttaten, die sich gegen Bauunternehmen sowie deren Maschinen und Gerät richteten.
Auch mehrere Anschläge auf Einrichtungen der Energiewirtschaft (Strommasten) wurden mit der Nutzung der Kernenergie begründet. Unternehmen der Bauindustrie wurden vielfach auch im Zusammenhang mit umstrittenen (lokalen) Bau- und Sanierungsprojekten angegriffen. Insgesamt sind terroristische Aktionen mit diesen thematischen Bezügen jedoch deutlich hinter den Zahlen des Vorjahres zurückgeblieben.
Zunehmende Bedeutung erlangte der Protest gegen die Rassenpolitik der Republik Südafrika (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1). Von Anschlägen mit dieser Zielrichtung waren vor allem Unternehmen betroffen, denen intensive geschäftliche Beziehungen mit Südafrika nachgesagt werden. Hervorzuheben sind Aktionen gegen einen Mineralölkonzern, die zeitlich und in der inhaltlichen Begründung ein koordiniertes Vorgehen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus erkennen lassen. So wurden neben Anschlägen auf Tankstellen in Berlin (West) im gleichen Zeitraum militante Aktionen in anderen westeuropäischen Staaten mit übereinstimmender Zielrichtung und Begründung durchgeführt. Auch 1988 kam es wiederum zu einer Reihe von Anschlägen auf Bankfilialen, Kaufhäuser, Fahrzeuge und Einrichtungen der Polizei oder anderer staatlicher/kommunaler Stellen, zu denen die Täter keine Erklärungen abgaben oder aber Hinweise auf die näheren Beweggründe nicht erkennbar waren. Es ist jedoch zu vermuten, daß die angegriffenen Objekte als Symbole einer »repressiven, kapitalistischen Ausbeuter- und Konsumgesellschaft« ausgewählt wurden.

2. »Rote Armee Fraktion« (RAF)

2.1 »Kommandobereich« und »Militante«

Von der »Roten Armee Fraktion« ging auch 1988 eine ernstzunehmende Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland aus. Der »Kommandobereich« der RAF, dem nach wie vor etwa 15 bis 20 Personen angehören dürften, hat nach fast zweijähriger Inaktivität mit dem versuchten Mordanschlag auf den Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen Dr. TIETMEYER und dessen Fahrer erneut die Entschlossenheit zur Fortführung des »bewaffneten Kampfes« und die Bereitschaft zu schwersten terroristischen Gewalttaten unter Beweis gestellt.

RAF verübt Anschlag auf Dr. TIETMEYER

Am 20. September beschoß ein »Kommando Khaled AKER«* der RAF mit einem großkalibrigen automatischen Schrotgewehr den Dienstwagen Dr. TIETMEYERs in der Nähe seiner Wohnung in Bonn. Der Staatssekretär und sein Fahrer blieben unverletzt. Die RAF begründete den Anschlag mit der maßgeblichen Beteiligung Dr. TIETMEYERs an der »Formulierung, Koordinierung und Durchsetzung imperialistischer Wirtschaftspolitik«; als Delegierter beim IWF-/Weltbanktreffen sei er für Völkermord und Massenelend in der Dritten Welt verantwortlich (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1).

»Brigate Rosse« wird Bündnispartner der RAF

Der Taterklärung[114] war ein gemeinsames Kommuniqué[115] der RAF und der italienischen Terrorgruppe »Brigate Rosse – P.C.C.« (»Für den Aufbau einer kämpfenden kommunistischen Partei«) beigefügt, das eine künftige Zusammenarbeit innerhalb einer westeuropäischen revolutionären Front ankündigt (vgl. Ziff. 5). Der Anschlag auf Dr. TIETMEYER ist als erste Aktion im Rahmen dieser Zusammenarbeit anzusehen. Weitere Anschläge – auch in Italien – sind zu befürchten.

In einer späteren Erklärung[116] gaben die Täter an, der Anschlag sei mißlungen, weil die dabei verwendete Maschinenpistole versagt habe.

Alle Angriffsbereiche der RAF bleiben gefährdet

Das Attentat auf Dr. TIETMEYER richtete sich wie schon die Ermordung des Abteilungsleiters im Auswärtigen Amt Dr. von BRAUNMÜHL am 10. Oktober 1986 gegen einen Repräsentanten von Staat und Politik. Als weitere Angriffsrichtungen der RAF haben unverändert der militärische Bereich, der »militärisch-industrielle Komplex« sowie der »Repressionsapparat« zu gelten. Im Blickfeld der RAF scheint aufgrund des gemeinsam mit den »Brigate Rosse – P. C. C.« herausgegebenen Kommuniqués derzeit die Wirtschafts- und Finanzpolitik zu stehen. Besonders gefährdet erscheinen solche Funktionsträger bzw. Institutionen, die bei der Entwicklung und Ausführung gemeinsamer europäischer Projekte planerische Aufgaben wahrnehmen.

RAF-Mitglied an mißlungenem Anschlag in Spanien beteiligt

Am 17. Juni versuchten zwei bislang unbekannte Männer und eine Frau vor einem Hotel in der Nähe des US-Marine- und Luftwaffenstützpunktes Rota in Spanien (Provinz Cadiz), ein Moped mit Sprengkörpern zu präparieren. Als ein Zünder vorzeitig explodierte, stellten spanische Polizeibeamte die Täter, die jedoch nach einer Schießerei flüchten konnten. In ihren zurückgelassenen Trageta-schen fanden sich neben Sprengstoff und Handgranaten Notizzettel in deutscher Sprache. Polizeiliche Untersuchungen ergaben, daß es sich bei der Frau mit hoher Wahrscheinlichkeit um Andrea Martina KLUMP aus dem »Kommandobereich« der RAF handelt. In welcher Weise im einzelnen sie an dieser Anschlagsvorbereitung beteiligt war, bedarf der weiteren Klärung.

* Benannt nach einem 1987 getöteten palästinensischen Terroristen

»Militante der RAF«

Die »Militanten der RAF« haben 1988 keine terroristischen Gewalttaten begangen. Auch der mißlungene Anschlag auf Dr. TIETMEYER und seinen Fahrer hat sie bislang nicht zu eigenen Aktionen bewogen, während sie sich 1986 nach den Morden an Prof. BECKURTS, seinem Fahrer und Dr. von BRAUNMÜHL mit insgesamt neun koordinierten Sprengstoffanschlägen an der »Offensive« der »Kommandoebene« beteiligt hatten. Die von ihnen als Sprachrohr benutzte Untergrundschrift »Zusammen Kämpfen« erschien 1988 nur mit einer Ausgabe im März[117]. Darin wird das Bemühen der »Militanten« deutlich, sich als eigenständige und selbstbestimmte Kraft innerhalb der »westeuropäischen Front« zu formieren. Dabei räumen sie Schwierigkeiten mit der Bestimmung neuer Angriffslinien ein. Die seit Ende 1986 fehlenden Anschlagsaktivitäten, aber auch interne Probleme – vor allem Schwierigkeiten struktureller Art und bei der Kommunikation untereinander – hätten zu einer Phase der Defensive geführt. Man müsse jetzt alles daransetzen, dieses Stadium zu überwinden. Inwieweit die zahlreichen Festnahmen von mutmaßlichen »Militanten« sowie umfangreiche Durchsuchungsmaßnahmen im RAF-Umfeld zu dieser Stagnation geführt haben, läßt sich nicht genau abschätzen. Es spricht jedoch einiges dafür, daß dadurch eine beträchtliche Verunsicherung dieses Personenkreises bewirkt wurde.

2.2 Umfeld der »Roten Armee Fraktion«

Den Gruppierungen des engeren Umfeldes der »Roten Armee Fraktion« gehören nach wie vor etwa 250 Personen an. Ihr Interesse ist auf den Aufbau einer »antiimperialistischen Front« aus »Guerilla und Widerstand« gerichtet, für die sie auch andere linksextremistische Gruppierungen gewinnen wollen. Sie blieben damit auch 1988 ohne größeren Erfolg. Die internen Diskussionen befassen sich dagegen seit 1987 vor allem mit Struktur- und Organisationsformen des sog. Widerstandes. Dabei geht es um Überlegungen, wie »Widerstand« als eigenständiges, »selbstbestimmtes revolutionäres Subjekt« eine größere propagandistische und praktische Wirkung erzielen kann, um die eigene Krise (Defensive) zu überwinden. Diese Diskussionen sind noch nicht beendet; sie binden allem Anschein nach weitgehend viele Kräfte.

RAF-Umfeld fühlt sich in der Krise

Gleichwohl versucht das RAF-Umfeld weiterhin, kontinuierliche Diskussionen mit anderen extremistischen Gruppierungen – insbesondere mit militanten autonomen Gruppen – zu entwickeln. RAF-Anhänger beteiligten sich an Veranstaltungen und Demonstrationen zu aus ihrer Sicht bedeutsamen Themen, um den übrigen Teilnehmern ihre Zielvorstellungen zu vermitteln. So waren die »Widerstandstage« in Hamburg, die zum Jahreswechsel 1987/88 unter bundesweiter Beteiligung im Bereich der Hafenstraße stattfanden, für das RAF-Spektrum ein wichtiges Ereignis. Es wurde genutzt, um gegen das Außenministertreffen von EG- und lateinamerikanischen Staaten in Hamburg im Februar, den EG-Gipfel in

Hannover im Juni sowie die Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Berlin im September zu mobilisieren. Diese Bemühungen haben aber nur wenig Wirkung gezeigt. Vor allem gelang es dem RAF-Umfeld nicht, seine Forderung nach »Zusammenlegung der Inhaftierten aus RAF und Widerstand« als gemeinsames Thema in der breiten linksextremistischen Protestbewegung gegen die IWF-Tagung durchzusetzen. Schließlich beschränkten sich die Anhänger der RAF auf die Teilnahme an Demonstrationen und Protesten anderer Veranstalter. Eigenständige Aktionen oder Anschläge blieben – selbst nach dem Attentat auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER und seinen Fahrer – aus. Die Resonanz auf den Mordanschlag war im terroristischen Umfeld allgemein gering. Größere Bedeutung fanden im linksextremistischen Spektrum die Veranstaltungen, Demonstrationen und Initiativen des RAF-Umfeldes, die sich gezielt gegen die angeblichen Strategien des »imperialistischen Repressionsapparats« richteten. Damit sollten die (angeblich »menschenverachtenden«) Haftbedingungen der »politischen Gefangenen« angeprangert werden, darüber hinaus auch die auf § 129a StGB gestützte »Kriminalisierungswelle«, mit der der Staat jeglichen – auch politischen – Widerstand auszuschalten versuche.

Einfluß des RAF-Umfeldes auf IWF-Kampagne bleibt gering

RAF-Umfeld agitiert gegen »Repressionsapparat«

Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte nahmen derartige Aktionen und die publizistische Aufbereitung dieser Themen bundesweit erheblich zu. Verstärkt forderten die Angehörigen des RAF-Umfeldes auch die Freilassung einiger angeblich haftunfähiger »Genossen«, um deren »Identität als Revolutionäre« zu bewahren. Überlegungen zur Begnadigung inhaftierter terroristischer Gewalttäter erteilten die Angehörigen des RAF-Umfeldes eine Absage; auch eine Amnestie sei gegenwärtig nur über ein Abschwören der Betroffenen zu erreichen und daher als reformistisch und spalterisch abzulehnen. Das Dialogangebot einzelner Personen des öffentlichen Lebens gegenüber den Inhaftierten sei schon wegen der vom Staat festgelegten Bedingungen für derartige Gespräche nicht akzeptabel. Das Angebot des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Personen, die sich von der RAF gelöst haben oder lösen wollen, Möglichkeiten einer Rückkehr aus dem »Untergrund« in die Gesellschaft auszuloten, hat im RAF-Umfeld erhebliche Beachtung gefunden und unterschiedlichste Reaktionen ausgelöst. Es gibt Hinweise, daß dieses »Aussteigerangebot« auch in der »Kommandoebene« zu Besorgnissen geführt hat.

Dialogangebote lösen unterschiedliche Reaktionen aus

Ein wichtiges Aufgabengebiet des RAF-Umfeldes ist nach wie vor die Häftlingsbetreuung. Dazu gehören die Besuche in den Haftanstalten, die Propagierung der Forderung für die Zusammenlegung und Prozeßbesuche. Verbreitet werden ferner Prozeßerklärungen von Angeklagten oder Zeugen aus dem RAF-Spektrum, wenn diese konzeptionelle Aussagen zur Entwicklung des revolutionären Kampfes enthalten. Besonders deutlich zeigte sich das im Strafverfahren gegen Eva HAULE-FRIMPONG, Christian KLUTH

Häftlingsbetreuung bleibt wichtige Aufgabe

RAF-Umfeld zeigt Solidarität mit ausländischen Terroristen

und Luitgard HORNSTEIN (vgl. Ziff. 6.2), in dessen Verlauf eine Fülle von Erklärungen zur Anleitung des »Widerstandes« gestreut wurde. Einen weiteren Schwerpunkt des RAF-Unterstützerbereichs bildeten Solidaritätskampagnen zugunsten ausländischer Gesinnungsgenossen. Diese Aktionen wurden auch von anderen linksextremistischen Gruppen wie z. B. den Autonomen aufgegriffen und mitgetragen. Sie sollten dazu beitragen, alle »revolutionären Kämpfe« weltweit miteinander zu verknüpfen.

So machten Angehörige des RAF-Umfeldes zu Beginn des Jahres auf unterschiedlichste Weise auf den Hungerstreik von in Frankreich inhaftierten Mitgliedern der französischen Terrorgruppe »Action Directe« aufmerksam. Neben der herkömmlichen Öffentlichkeitsarbeit durch Flugblätter, Demonstrationen und sonstige Veranstaltungen besetzten sie am 3. Februar kurzfristig das Institut Français in Frankfurt/M. und richteten Zerstörungen an. Sechs von insgesamt sieben Brand- und Sprengstoffanschlägen des RAF-Umfeldes wurden mit diesem Hungerstreik in Verbindung gebracht. Allein drei Brandanschläge richteten sich gegen Geschäftsstellen eines französischen Automobilkonzerns. In einem Fall konnten die mutmaßlichen Täter festgenommen werden (vgl. Ziffer 6.1). Bei einem Brandanschlag gegen ein Ausbildungszentrum einer deutschen Großbank am 16. Februar entstand Sachschaden in Millionenhöhe.

Die Solidaritätsbekundungen zugunsten hungerstreikender Inhaftierter der belgischen terroristischen »Cellules Communistes Combattantes« (C.C.C.) im Herbst führten nicht zu solch hohen Schäden. In zahlreichen Flugblättern und Broschüren machten Angehörige des RAF-Umfeldes jedoch deutlich, daß sie die Forderungen nach »verbesserten Haftbedingungen« für die »revolu-

tionären Gefangenen« in anderen Ländern wie Frankreich und Spanien unterstützen. Sie sehen in ihren Aktionen die Chance einer Internationalisierung des »Knastkampfes« in Westeuropa.

RAF-Umfeld unterstützt »palästinensischen Befreiungskampf«

Ein weiteres Aktionsfeld, das auch eine Zusammenarbeit mit anderen linksextremistischen Gruppen ermöglichte, war wie im Vorjahr der »palästinensische Befreiungskampf«, den man als Orientierung für den eigenen Kampf bezeichnete. Insbesondere zum Jahrestag des Beginns der sog. Intifada, des von der PLO proklamierten Aufstandes der Palästinenser in Israel und von ihm besetzten Gebieten, kam es zu zahlreichen Solidaritätsveranstaltungen. Dabei riefen Angehörige des RAF-Umfeldes nicht nur zur Bekämpfung des »Zionismus«, sondern auch zum Boykott israelischer Waren auf (vgl. Kap. IV, Ziff. 3.1 a.E.).

Die gegenwärtig erkennbare partielle Zusammenarbeit von Autonomen und RAF-Unterstützern ist nicht als Einschwenken der Autonomen auf das Konzept der RAF zu werten. Es handelt sich lediglich um ein Engagement für gleiche Aktionsziele. Im Gegensatz zu früheren Jahren versuchen die RAF und ihr Umfeld heute, sich gegenüber Gruppen mit anderem politischem Selbstverständnis offener und konzessionsbereiter zu geben. Damit hoffen sie, eine breitere Basis für die angestrebte »revolutionäre Front« gegen das »imperialistische System« schaffen zu können. Ein wesentlicher Fortschritt war dabei jedoch auch 1988 nicht zu verzeichnen.

3. »Revolutionäre Zellen« (RZ) und »Rote Zora«

Nachahmer übertreffen die Aktivitäten von RZ/»Rote Zora«

3.1 Die terroristischen Aktivitäten der »Revolutionären Zellen« (RZ), ihrer autonomen Frauengruppe »Rote Zora« und der RZ-Nachahmergruppen sind mit einem versuchten Sprengstoff- und fünf Brandanschlägen gegenüber dem Vorjahr (22 und eine gefährliche Körperverletzung) deutlich zurückgegangen. Terrorakte »Revolutionärer Zellen« sind erstmals ausgeblieben. Die »Rote Zora« versuchte nach einer Serie von zehn Anschlägen im Jahre 1987 lediglich einen Sprengstoffanschlag am 27. Februar gegen das Biotechnologische-Zentrum der Technischen Universität Braunschweig, der jedoch fehlschlug. Damit griff sie ein Thema wieder auf, das seit 1985 einen Schwerpunkt ihrer Anschlagsaktivitäten bildet. In der Bio- und Gentechnologie sieht die »Rote Zora« eine entscheidende Schlüsseltechnologie, die angeblich als pures Herrschaftsmittel zur Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen eingesetzt wird.
Ein Grund für den Rückgang der Anschlagsaktivitäten der RZ und der »Roten Zora« dürfte in den umfangreichen polizeilichen Maßnahmen gegen Ende des Vorjahres zu sehen sein. Am 18. Dezember 1987 durchsuchte die Polizei – vorwiegend in Nordrhein-West-

falen – zahlreiche Objekte mutmaßlicher Mitglieder der RZ/»Rote Zora«. Zwei Frauen wurden inhaftiert; eine von ihnen ist zwischenzeitlich freigelassen worden. Gegen vier weitere Personen, die noch flüchtig sind, ergingen Haftbefehle. Es ist jedoch zu befürchten, daß die »Revolutionären Zellen« einschließlich der »Roten Zora« in absehbarer Zeit ihre terroristischen Aktivitäten wiederaufnehmen werden. Hierfür spricht, daß die Themen, die in den vergangenen Jahren häufige Anlässe für Sprengstoffanschläge waren, so die Flüchtlings- und Asylantenproblematik, die Bio- und Gentechnologie und die »Ausbeutung von Frauen« vor allem in der Dritten Welt, im linksextremistischen Spektrum nach wie vor intensiv diskutiert werden.

»Rote Zora« gibt Anleitung zum bewaffneten Kampf

Im August versandten unbekannte Personen eine 49seitige Broschüre »PRAKTISCHE TIPS ROTE ZORA«[118]. Darin wollen die Verfasserinnen anderen Frauen die praktischen Erfahrungen vermitteln, die die »Rote Zora« im bewaffneten Kampf gesammelt hat. So wird beschrieben, wie man sich Zugang zu verschlossenen Gebäuden verschafft und wie Brand- und Sprengsätze herzustellen sind. Die Schrift soll offensichtlich, wie auch der versuchte Sprengstoffanschlag auf die Technische Universität in Braunschweig im Februar, den ungebrochenen revolutionären Willen der Angehörigen der »Roten Zora« belegen. Außerdem wollen die Autorinnen protestbereite Angehörige der Frauenbewegung radikalisieren. Sie glauben vor allem solche Frauen ansprechen zu können, die in den polizeilichen Maßnahmen gegen Angehörige der »Roten Zora« den Versuch sehen, Frauen »allein wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Bio- und Gentechnologie zu kriminalisieren«.

Aktivitäten der RZ-Nachahmer

3.2 Fünf Brandanschläge wurden von sog. Nachahmer- oder Resonanz-RZ verübt. Dabei handelt es sich um Personen vornehmlich aus dem autonomen Bereich. Sie bejahen das militante Konzept der RZ. In ihren Taterklärungen versuchen sie, sich an die Argumentation der RZ anzulehnen. So begründete eine RZ-Nachahmergruppe einen Brandanschlag auf das Verwaltungsgebäude einer Handelsfirma in Hamburg am 25. April mit deren Handelsbeziehungen zu Israel und Südafrika: Beide Staaten verfolgten eine Apartheidpolitik, die eine enge Zusammenarbeit – etwa bei der Entwicklung und Herstellung gemeinsamer Waffen – mit sich bringe. Daher sei Solidarität mit dem »Volksaufstand im besetzten Palästina« und mit dem »Freiheitskampf« in Südafrika erforderlich[119]. Eine Gruppe mit der Bezeichnung »Amazonen«, die im September 1987 erstmals einen Brandsatz in einer Filiale der Bekleidungsfirma ADLER zündete und sich dabei als »Schwester von der Roten Zora« bezeichnete, verübte in Berlin insgesamt vier Brandanschläge gegen Sex-Shops, ein Reisebüro und ein Warenhaus. Sie begründete ihre Taten mit der angeblichen Ausbeutung von Frauen als Sexualobjekte.

4. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Terroristische Kleingruppen verüben wieder die meisten Terrorakte

Seit Anfang der 80er Jahre bedienen sich in der Bundesrepublik Deutschland mehrere Gruppen und Einzeltäter aus dem militanten anarchistischen und autonomen Spektrum terroristischer Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele. Ihre Anschläge sind zwar weniger spektakulär und oftmals von geringerer Zerstörungskraft als diejenigen der RAF oder der »Revolutionären Zellen«, jedoch handelt es sich insoweit nicht um Handlungen, die sich noch außerhalb des Terrorismus bewegten. Die von diesen Tätern ausgehende Gefahr für die innere Sicherheit sollte nicht gering eingeschätzt werden. Auch im Berichtsjahr sind über 90% aller Anschlagsakte diesem Täterkreis zuzurechnen.

Überwiegend wollen die Täter mit ihren sog. »Widerstandshandlungen« das bestehende gesellschaftliche System in der Bundesrepublik Deutschland angreifen. Nach ihrem Selbstverständnis hindert sie dieses System daran, selbstbestimmt, frei von staatlichen und rechtlichen Reglementierungen – kurz: autonom – leben zu können. Nahezu alle gesellschaftlich umstrittenen Themenbereiche nutzen sie als Anknüpfungspunkte und zur Rechtfertigung ihrer Terrorhandlungen (vgl. Kap. IV, Ziff. 2.2.1).

Jahrestagung des IWF bevorzugtes Anschlagsthema

Der Großteil der terroristischen Aktionen gegen die Jahrestagung des IWF und der Weltbank wurden von diesem Täterspektrum bestritten (vgl. Ziff. 1; Kap. IV, Ziff. 3.1). Dies gilt z. B. für die Brandanschläge einer Gruppierung »Internationalistische Zellen« auf drei Bankfilialen in Berlin am 29. April sowie eine Serie von elf Brandstiftungen auf Filialen von acht verschiedenen Geldinstituten am 1. September, für die eine Gruppierung »sehr enttäuschte Kunden – sek« verantwortlich zeichnete.

Bei einer Vielzahl von Anschlägen verknüpften die Täter gleich mehrere Motive. So behauptete eine »Autonome Zelle – Steve BIKO« bei einem Sprengstoffanschlag auf das Gebäude der AEG-Marinetechnik in Bremen am 9. Oktober (ca. 1 Million DM Sachschaden), neben ihren unternehmerischen Ambitionen im Bereich der Wehrtechnik und ihrer strukturellen Verflechtung mit dem »Multi« Daimler-Benz unterstütze die Firma das Regime in Südafrika. Sie liefere militärische Güter, mache kräftige Profite und verhindere gleichzeitig die Befreiung des unterdrückten südafrikanischen Volkes[120].

Einen Brandanschlag auf ein Zwischenlager für Kraftfahrzeuge der Marke Daimler-Benz in Groß-Gerau am 16. Oktober begründeten die Täter mit dem Kongreß von IWF und Weltbank in Berlin sowie mit den Beziehungen des Unternehmens zu Südafrika.

Darüber hinaus waren wieder die Nutzung der Kerntechnik und die Räumung besetzter Häuser Anlässe für Anschläge vor allem gegen Bauunternehmen und energieführende Anlagen. So begründete eine Gruppe »Hau weg den Scheiß« einen Sprengstoffanschlag auf einen Strommast in Schleswig-Holstein am 15. Januar mit der

angeblich »menschenverachtenden und -vernichtenden Politik« im Rahmen des Atomprogramms.
Am 26. Juli setzten Mitglieder einer militanten autonomen Gruppierung: »der Baggerführer Willibald und die Asphaltdschungelamazonen« auf dem Gelände einer Berliner Baufirma mehrere Betonmischfahrzeuge in Brand. Mit ihrer Aktion gegen die Räumung des besetzten Lenné-Dreiecks in Berlin forderten sie »stattdessen freies wachsen, wohnen + fluten!«. Die Täter griffen damit die allgemeine Forderung des anarchistischen und autonomen Spektrums auf, sich staats- und rechtsfreie Räume zu erkämpfen, um als Fernziel die gegenwärtigen, ihnen verhaßten Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen.

5. Internationale Verflechtungen

Nachdem die »Rote Armee Fraktion« im Februar 1987 durch die Festnahme der führenden Mitglieder der »Action Directe« (AD) in Frankreich ihren französischen Bündnispartner verloren hatte, intensivierte sie ihre schon 1986 aufgenommenen Kontakte zur italienischen Terrorgruppe »Brigate Rosse-P.C.C.« (»Für den Aufbau einer kämpfenden kommunistischen Partei«). Die Verhandlungen zwischen beiden Terrorgruppen wurden wegen unterschiedlicher ideologischer Grundpositionen lange Zeit kontrovers geführt. Sie mündeten schließlich in ein gemeinsames Kommuniqué, das die RAF in deutscher und italienischer Sprache zusammen mit ihrer Taterklärung nach dem Mordanschlag auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER veröffentlichte (vgl. Ziff. 2.1).
Das Kommuniqué ist als politische Absichtserklärung zu werten, in der die Bemühungen um ein gemeinsames Handeln innerhalb einer westeuropäischen Front zum Ausdruck kommen. Es gehe nicht – so heißt es dort – um einen organisatorischen Zusammenschluß beider Gruppen, sondern um den Aufbau der Einheit revolutionärer Kräfte durch die Entwicklung einer gemeinsamen Angriffslinie. Eine wirksame Bekämpfung des imperialistischen Systems sei nur möglich, wenn die kämpfenden Kräfte in Westeuropa ihre ideologischen und dogmatischen Positionen, beispielsweise in der politischen Analyse, zurückstellten. Die Organisierung des praktischen Angriffs in Westeuropa sei jetzt wegen der ökonomischen, militärischen, konterrevolutionären sowie politisch-diplomatischen Bedeutung dieser Region für das imperialistische System von entscheidender Bedeutung. Um dieses System zu schwächen und die umfassende politische Krise herbeizuführen, sei eine gemeinsame Offensive vereinbart worden.

RAF proklamiert gemeinsame Offensive mit den »Brigate Rosse«

Bisher hat nur die RAF mit dem Anschlag auf Staatssekretär Dr. TIETMEYER einen Beitrag zur proklamierten gemeinsamen Offensive erbracht. Dagegen hatten nach der Veröffentlichung der Erklärung über das Bündnis mit der »Action Directe« im Januar

Noch kein Beitrag der »Brigate Rosse« zur Offensive

1985 die AD alsbald den französischen General AUDRAN und die RAF den MTU-Vorsitzenden Dr. ZIMMERMANN ermordet. Die bisherige Inaktivität der »Roten Brigaden« könnte Folge umfangreicher polizeilicher Maßnahmen in Italien, der Schweiz und Frankreich sein, bei denen 33 Rotbrigadisten festgenommen und mehrere konspirative Wohnungen in Mailand und Rom enttarnt wurden. Trotz dieser Schwächung dürften noch weitere »Zellen« bestehen. Es muß befürchtet werden, daß RAF und »Rote Brigaden« weiter darauf abzielen werden, mit Terroranschlägen in beiden Ländern die Wirksamkeit ihres Bündnisses zu beweisen.

Eine zusätzliche Bedeutung der Vereinbarung mit den »Roten Brigaden« ist längerfristig in der Signalwirkung für andere terroristische Gruppierungen zu sehen, trotz ideologischer und konzeptioneller Konflikte zu einer Einigung zu kommen. Die RAF bemüht sich offensichtlich bereits um weitere Partner für die angestrebte »Westeuropäische Front«. Erste Hinweise deuten auf die griechische Gruppierung »Bewegung 17. November«, deren äußerste Militanz und strikte antiamerikanische Ausrichtung den strategischen Überlegungen der RAF entgegenkommt. Während des Hungerstreiks der inhaftierten Angehörigen der »Action Directe« wurde deutlich, daß in Frankreich kaum ein terroristisches Umfeld vorhanden ist, das mit dem in der Bundesrepublik vergleichbar wäre. Der Hungerstreik und die Prozesse gegen die AD finden dort nur geringe öffentliche Aufmerksamkeit. Die Solidaritätsaktionen des RAF-Umfeldes (vgl. Ziff. 2.2) gingen insoweit ins Leere. Das gleiche gilt für die Situation in Belgien, wo die inhaftierten Angehörigen der »Cellules Communistes Combattantes« (C.C.C.) inzwischen zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden sind.

Auch RAF-Umfeld bemüht sich um Bündnispartner

Angehörige des engeren RAF-Umfeldes haben auch 1988 Verbindungen zu revolutionär eingestellten Personen in mehreren Ländern Süd- und Westeuropas geknüpft bzw. aufrechterhalten. Entsprechend den Bemühungen des »Kommandobereichs« der RAF versuchen sie auf diese Weise, im Ausland Bündnispartner für eine gemeinsame »antiimperialistische Front« zu gewinnen. Den Kontakten nach Italien kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Auch Briefkontakte von RAF-Anhängern zu inhaftierten Terroristen in anderen Ländern sind unter dieser Zielsetzung zu sehen.

Im publizistischen Bereich ist unter den in Westeuropa erscheinenden Periodika mit einer militanten revolutionären Linie die niederländische Publikation »De Knipselkrant« die einzige mit einer konsequent internationalen Ausrichtung und Verbreitung. Sie bringt Berichte, Taterklärungen und Dokumentationen über terroristische Aktionen, Bestrebungen und Gruppierungen aus zahlreichen Ländern; ganz überwiegend besteht der Inhalt seit einigen Jahren aus deutschsprachigen Beiträgen mit Bezügen zur Bundesrepublik Deutschland. Auf Schwierigkeiten des früher regelmäßig zweimal monatlich erschienenen Blattes deutet der Rückgang der Zahl der Ausgaben (1987: 18, 1988: 9) hin. Der Herausgeber wird derzeit

»De Knipselkrant« hat Schwierigkeiten

sowohl unter militanten niederländischen Gruppen wie auch im terroristischen Umfeld der Bundesrepublik zunehmend kritisiert.
Im Gepäck eines im Mai verhafteten Redaktionsmitglieds von »De Knipselkrant« befanden sich 90 Exemplare des Buches »Widerstand heißt Angriff« [121]. Diese Dokumentation ist zwar in den Niederlanden gedruckt worden und wird von dort aus verbreitet, sie wurde jedoch, wie Vorwort und Auswahl der Beiträge erkennen lassen, von Angehörigen des RAF-Spektrums in der Bundesrepublik Deutschland zusammengestellt. Das Buch ist laut Vorwort für »jeden Revolutionär in der BRD gemacht«. Es soll die Geschichte des »politisch-militärischen revolutionären Kampfes« nicht nur dokumentieren, sondern diesen auch weiterentwickeln. Die aufgenommenen Diskussionspapiere, Taterklärungen, Flugblätter und Briefe von Häftlingen stammen größtenteils aus dem Bereich der »Roten Armee Fraktion«, einige aber auch aus dem autonomen Spektrum.

6. Strafverfahren

6.1 Anklagen

Strafverfahren gegen mutmaßliche »Militante der RAF«

Am 15. September begann vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Hauptverhandlung gegen die mutmaßlichen »Militanten der RAF« Erik PRAUSS und Andrea SIEVERING. Ihnen wird Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung »Rote Armee Fraktion« und die Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag am 25. Juli 1986 auf ein Gebäude der Fa. DORNIER in Immenstaad/BW vorgeworfen.*
Gegen vier weitere »Militante der RAF« aus Duisburg fand ab dem 18. Mai die Hauptverhandlung vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf statt. Drei von ihnen sind verdächtig, an dem Sprengstoffanschlag auf eine Unterkunft des Bundesgrenzschutzes bei Bonn am 11. August 1986 mitgewirkt zu haben.**
Wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer eigenständigen terroristischen Vereinigung, der Unterstützung der RAF und der Brandstiftung beschloß das Oberlandesgericht Frankfurt/M. die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen drei Personen aus Frankfurt/M. Sie waren wenige Stunden nach einem Brandanschlag auf die Deutschland-Niederlassung eines französischen Automobilkonzerns in Rosbach/Hessen (vgl. Ziff. 2.2) am 1. März als mutmaßliche Täter festgenommen worden.
Am 31. Oktober erhob der Generalbundesanwalt vor dem Oberlandesgericht Celle Anklage gegen einen niederländischen Staatsangehörigen wegen des Verdachts der Unterstützung der RAF. Auf dem Weg nach Berlin waren in seinem Gepäck zahlreiche

* Am 18. Januar 1989 wurden beide zu jeweils neun Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.
** Sie wurden am 20. Januar 1989 zu Freiheitsstrafen zwischen vier und zehn Jahren verurteilt.

Exemplare einer Broschüre »Widerstand heißt Angriff«, die u. a. Diskussionspapiere, Taterklärungen und Flugblätter aus dem RAF-Spektrum enthält, sichergestellt worden (vgl. Ziff. 5). Das Oberlandesgericht Düsseldorf beschloß am 8. November die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Dr. Ingrid STROBL. Sie ist verdächtig, als Mitglied der terroristischen Vereinigung »Revolutionäre Zellen«/»Rote Zora« an einem Sprengstoffanschlag beteiligt gewesen zu sein. Bei einer weiteren Angeklagten hat das Oberlandesgericht Düsseldorf die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Strafverfahren gegen mutmaßliches Mitglied der »Revolutionären Zellen«/»Rote Zora«

6.2 Verurteilungen

Am 28. Juni verurteilte das Oberlandesgericht Stuttgart Eva HAULE-FRIMPONG aus dem »Kommandobereich« der RAF wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung sowie wegen ihrer Beteiligung an einem Raubüberfall auf ein Waffengeschäft (1984) und an einem versuchten Sprengstoffanschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau (1984) zu 15 Jahren Freiheitsstrafe. In dem gleichen Verfahren verurteilte das Gericht die »Militanten der RAF« Luitgard HORNSTEIN und Christian KLUTH wegen Mitgliedschaft in der RAF, KLUTH zudem wegen der Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag im Jahre 1986 zu Freiheitsstrafen von vier bzw. zehn Jahren. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Mitglied des »Kommandobereichs« verurteilt

Das Landgericht Hannover verurteilte am 2. Mai eine Person aus dem militanten autonomen Spektrum zu viereinhalb Jahren Freiheitsstrafe wegen Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe-AG Hannover im Juni 1985.

VII. Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund*

1. Übersicht in Zahlen

Erneut versuchten Linksextremisten, Menschen zu töten, um ihren politischen Zielen näher zu kommen. Sie verübten Sprengstoff- und Brandanschläge, gefährliche Körperverletzungen und Zerstörung an Sachen mit Schäden in Millionenhöhe.

Die Zahl der Gewalttaten und sonstigen Gesetzesverletzungen**, bei denen Linksextremisten als Täter oder Tatbeteiligte bekannt

Rückgang der Anzahl von Gewalttaten

* Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, weil den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a StGB, die sich gegen nationalsozialistische Propaganda wenden, keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen.

** Jede gewaltsame Aktion und jede sonstige Gesetzesverletzung wurde nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder von mehreren Tätern gemeinsam begangen wurde.

geworden sind oder nach den Tatumständen in Betracht kommen, ist 1988 auf den niedrigsten Stand seit 1980 zurückgegangen. Die nachstehende Übersicht berücksichtigt jedoch, anders als die Statistik zu den Straftaten von Rechtsextremisten, nicht die zahlreichen Sachbeschädigungen durch Farbsprüh- und Schmieraktionen mit linksextremistischem Hintergrund, da hierzu, wegen der Menge der Taten, keine zuverlässigen Zahlen zu erlangen sind.

Zeitraum	1987	1988
Morde/Mordversuche	2*	1**
Sprengstoffanschläge	28	11
Brandanschläge***	210	144
Aktionen mit Körperverletzungen	133	83
Raubüberfälle/Diebstähle	2	1
Landfriedensbruch und Widerstandshandlungen	98	99
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft- oder Straßenverkehr	99	43
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	925	408
Gewalttaten insgesamt	1.497	790
Gewaltandrohungen	100	38
Sonstige Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund	258	127
Gesamt	1.855	955

2. Schwerpunkte und Ziele linksextremistischer Straftaten

Bei linksextremistischen Protestaktionen wurden im Berichtsjahr etwa 340 Personen (1987: mehr als 600) verletzt, darunter mehr als 250 Polizeibeamte (1987: mehr als 500). Die Zahl der gefährlichen Eingriffe in Verkehrsanlagen und Transportmittel ist erneut

* Zwei getötete Polizeibeamte an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens.
** Mordversuch an Staatssekretär Dr. TIETMEYER und seinem Fahrer.
*** Umfaßt Brandstiftungen und alle Sachbeschädigungen unter Einsatz von Brandmitteln.

zurückgegangen; wieder richteten sich die meisten Aktionen (31) gegen technische Einrichtungen der Bundesbahn, vorgeblich aus Protest gegen die Nutzung der Kernenergie und gegen militärische Transporte.
Die Zahl der Sachbeschädigungen – Farbsprühaktionen nicht mitgerechnet – an Banken, Bürogebäuden und Warenhäusern hat sich geringfügig verringert (mehr als 350/Vorjahr mehr als 400); die Zahl der Beschädigungen an Polizeifahrzeugen und Polizeidienststellen ist auf mehr als 80 (1987: mehr als 260) zurückgegangen. Auch die Angriffe auf Strommasten – Ansägen der Stützpfeiler, Lockern der Verschraubungen – haben nachgelassen. Noch 20 (1987: mehr als 80) solcher Aktionen wurden bekannt.
Zu den 127 bekanntgewordenen sonstigen Gesetzesverletzungen gehören insbesondere Fälschungen amtlicher Schreiben, Verstöße gegen das Waffengesetz, Hausfriedensbrüche und Beleidigungen.

3. Staatliche Maßnahmen gegen Linksextremisten

3.1 Verurteilungen (Überblick)*

	1987	1988	
insgesamt	754	371	
davon	19	9	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon 3 (1987: 7) ohne Bewährung
	48	22	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon 2 (1987: 3) ohne Bewährung
	501	218	Geldstrafen
	14	12	Jugendstrafen, davon 3 (1987: 2) ohne Bewährung
	172	110	Geldbußen, Verwarnungen, Arbeitsauflagen, Arreste und sonstige Schuldsprüche

3.2 Anklagen: Insgesamt 300 (1987: 409)

Über die Zahl der gegen Linksextremisten ergangenen Durchsuchungen und Beschlagnahmeanordnungen liegen keine exakten Erhebungen vor.

* Erfaßt wurden nur Urteile, die im Berichtsjahr ergangen sind, unabhängig vom Eintritt der Rechtskraft. Die Zahl der Urteile dürfte insgesamt höher liegen, da erfahrungsgemäß viele Verurteilungen erst erhebliche Zeit nach Erstellung des Verfassungsschutzberichts bekannt werden. Die Vergleichszahlen für 1987 wurden entsprechend fortgeschrieben.

VIII. Dokumentation

1. Vgl. Entwurf »Zur Lage und künftigen Entwicklung der DKP«, in: UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 5
2. »Marxistische Blätter« Nr. 12/1988, S. 15
3. UZ vom 21. 12. 1988
4. »Jugendpolitische Blätter« Nr. 7–8/1988, S. 49
5. Willi GERNS (Mitglied des Präsidiums der DKP), »Revolution und revolutionäre Situation heute«, in: »Marxistische Studien – Jahrbuch des IMSF 14 – 1988«, S. 479
6. Dies gilt auch für die »Erneuerer«. So führte der Vorsitzende des DKP-Bezirks Hamburg, Wolfgang GEHRCKE, auf der 20. Bezirksvorstandstagung im Juni 1988 aus: Die Orientierung auf die Lösung der globalen Probleme bedeute nicht, auf den Sozialismus zu verzichten. Der Kampf um Reformen sei Teil des weitergefaßten Kampfes für den Sozialismus.
7. Alle Zitate von Willi GERNS, in: UZ von 13. 7. 1988. Auch DDR-Ideologen bescheinigten der DKP, ihre Reformvorschläge zielten auf eine Verbesserung der Kampfbedingungen für das „weiterreichende, sozialistische Ziel« (»Junge Welt«, Organ des Zentralrats der FDJ, vom 27. 10. 1988).
8. MIES definierte: »Diktatur des Proletariats, d. h. Zielstellung Macht der Arbeiterklasse«, Vortrag »Einige Gedanken zur 20jährigen Geschichte der DKP« vor Kreisvorsitzenden des Bezirks Rheinland-Westfalen am 28. 4. 1988.
9. BVerfGE 5, 195 ff.
10. »Bildungsmagazin«, Heft 1 des DKP- Bildungsjahres 1988/89, S. 21 f.
11. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 3. 2. 1988, S. 12
12. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 26
13. Vgl. UZ vom 9. 2. 1988
14. UZ vom 8. 7. 1988
15. Rechenschaftsbericht gem. § 25 Parteiengesetz, veröffentlicht in der Bundestagsdrucksache 11/3315 vom 14. 11. 1988.
16. UZ vom 30. 5. 1988
17. Hans HOCHMUTH, »Agitprop« – Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, auf der Bezirksdelegiertenkonferenz der DKP Niedersachsen am 19./20. 11. 1988 in Hannover
18. »praxis«, Zeitschrift des DKP-Parteivorstandes, Nr. 2/1988, S. 49
19. U. a. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 23
20. Die »Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg« wurde 1977 mit materieller Unterstützung der »Freien Deutschen Jugend« (FDJ) der DDR eingerichtet. Der Eigentümer der »Burg Wahrberg« ist Mitglied der DKP. Auf der Burg sind zumindest fünf Personen ständig beschäftigt, darunter die Leiterin und der Geschäftsführer der »Jugendbildungsstätte«; ein Teil der Referenten kommt von auswärts. Jährlich werden etwa 40 einwöchige Lehrgänge bzw. Wochenendseminare mit durchschnittlich 10 bis 15 Teilnehmern angeboten.
21. »Jugendpolitische Blätter« Nr. 1/1988, S. 6; UZ vom 20.. 5. 1988; »SDAJ-Bildungszeitung«, Februar 1988, S. 5
22. »Jugendpolitische Blätter« Nr. 1/1988, S. 7
23. »Leitantrag« des MSB, beschl. auf dem Programmkongreß (7. – 9. 10. 1988 in Hamburg), S. 20 f.; vgl. auch »Volkszeitung« vom 4. 11. 1988, S. III
24. »Leitantrag«, a.a.O., S. 21
25. »Volkszeitung« vom 4. 11. 1988, S. III; vgl. auch »Leitan-

trag« und UZ vom 17. 10. 1988
26. Rundbrief des MSB vom 13. 12. 1988, S. 8
27. UZ vom 10. 10. 1988
28. »Grundsätze« der JP
29. SDAJ-Organ »Treffpunkt Gruppenleiter« 1/1988, S. 2
30. VVN-BdA-Sekretär Helmut STEIN auf der Konferenz »Strategien gegen Neofaschismus« am 14. 5. 1988 in Frankfurt/M.: »Die politische Programmatik der VVN-Bund der Antifaschisten ist umfassend auf gesellschaftliche Veränderungen gerichtet, um im Rahmen dieser Veränderungen den Grundsätzen des Antifaschismus, einer auf Frieden gerichteten Politik, für eine umfassende Einhaltung und Anwendung der Grund- und Menschenrechte und der Regeln demokratischer Meinungsbildungsprozesse, der Beschneidung der ökonomischen und politischen Macht jener Kräfte, die das Naziregime in den Sattel hoben, Geltung zu verschaffen. Das Bemühen, langfristige und solidarische antifaschistische Bündnisse zu schaffen, ist ein Grundpfeiler unserer Strategie«; vgl. auch Anm. 32
31. Vgl. VVN-BdA-Generalsekretär Kurt ERLEBACH auf der Bundesvorstandstagung am 19./20. 3. 1988
32. VVN-BdA-Generalsekretär Kurt FALLER, in: »antifaschistische rundschau« -ar- Nr. 10/1988, S. 11: »Hauptziel einer aktiven Erinnerungsarbeit ist nicht nur die bessere Vermittlung von historischen Fakten, sondern die reale Veränderung des politischen Klimas in den Städten und Gemeinden, um durch die Ausarbeitung und Verarbeitung der Geschichte von Faschismus und Widerstand den Weg freizumachen für eine antifaschistische Bundesrepublik«; UZ vom 21. 1. 1988
33. ar Nr. 3/1987, S. 6
34. Helmut STEIN auf der Konferenz »Strategien gegen Neofaschismus» am 14. 5. 1988 in Frankfurt/M.
35. Horst BETHGE, Mitglied des DFU-Bundesvorstandes, auf dem 12. ordentlichen Unionstag am 23./24. 4. 1988 in Frankfurt/M.: »Wiewohl selbst ein Bündnis von unterschiedlichen Individuen mit vielen verschiedenen weltanschaulich-ideologischen Positionen, sind wir doch deshalb prädestiniert und erfahren, in weitergehenden Bündnisse zu arbeiten, ständig darauf einzuwirken, daß sie breiter werden, daß keiner unzulässig ausgegrenzt wird, daß wir das Gemeinsame um der Erreichung der Ziele willen voranstellen. Seit unserer Gründung haben wir das betont; und diese bündnisstiftende, bündnisfördernde Position ist ganz wesentlicher Bestandteil unserer Identität, unserer Programmatik«.
36. Beschluß Nr. 7 des 12 DFU-Unionstages, April 1988: »Der Antikommunismus, ideologische Basis für Aufrüstung und Demokratieabbau gleichermaßen, verliert gerade heute an Wirkungskraft. Dies entspricht einem der wesentlichen Ziele, die die DFU seit ihrer Gründung verfolgt«; Rechenschaftsbericht zum 12. Unionstag, April 1988, S. 6
37. »Offener Brief« des Bundessprechers Werner KLAR an Gregor WITT, veröffentlicht im »Gruppenrundbrief«, hrsg. vom Landesverband Bayern der DFG-VK, Juni 1988: »Seit vielen Jahren verschwendet die DFG-VK einen erheblichen Teil ihrer politisch einsetzbaren Energie damit, politische Positionen zu diskutieren, die eindeutig der DKP zugeordnet werden können. (...) Es mag bitte niemand so naiv sein zu behaupten, es gäbe keine Ein-

flußversuche der DKP auf die DFG-VK. Als ehemaliger bezahlter Mitarbeiter der DFU und Friedensliste könnte ich das sonst aus eigener ganz persönlicher Erfahrung aus einem reichen Erfahrungsschatz belegen«.

38. UZ vom 22. 11. 1988
39. »Marxistische Blätter« Nr. 9/1987, S. 74
40. »Marxistische Blätter« Nr. 8/9 1988, S. 64 f.
41. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 3. 2. 1988, S. 33
42. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 30. 6. 1988, S. 46
43. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 6
44. UZ vom 18. 5. 1988, vgl. dazu: »Die Wahrheit« vom 7. 6. 1988
45. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 18. 10. 1988, S. 10; vgl. UZ vom 13. 9. 1988
46. Z. B.: Aktivitäten der DKP Baden-Württemberg, Ergänzungen zum mündlichen Rechenschaftsbericht an die DKP-Bezirksdelegiertenkonferenz am 19./20. 11. 1988 in Mannheim; vgl. auch UZ vom 6. 4. 1988
47. UZ vom 28. 9. 1988
48. »Volkszeitung« vom 4. 11. 1988, S. III; »Thesen zum Entwurf des Grundsatzprogramms«, hrsg. von der Programmkommission des Bundesvorstandes, 1988, S. 38 f.
49. »Thesen«, a.a.O., S. 56
50. UZ vom 7. 7. 1988
51. UZ vom 4. 1. 1989
52. UZ vom 23. 6. 1988, PPA vom 2. 11. 1988
53. UZ vom 25. 10. und 30. 11. 1988
54. UZ vom 8. 6. 1988
55. UZ vom 9. 1. 1989
56. UZ vom 6. 4. 1988: »Da sprechen – und in dieser Deutlichkeit zum ersten Mal so ausgewiesen – Mitglieder der Parteivorstände der SPD, der Grünen und der DKP.«
57. DFU-Presseinformation vom 25. 4. 1988: »Der Ostermarsch, mit dem wir eng verbunden sind und für den wir soviel getan haben, war ein Erfolg und hat erneut die Lebenskraft und die politische Klarheit der Friedensbewegung unterstrichen.«
58. DFU-Geschäftsführer Horst TRAPP, in: UZ vom 12. 8. 1988: »Das Echo ist unwahrscheinlich breit, und es zeigt sich, daß es hinsichtlich der Verhinderung dieses Projekts neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt. Das zeigt sich insbesondere an der Tatsache, daß sich Angehörige des Bundestages aus drei Parteien mit ihrer Unterschrift zu diesem von uns genannten Ziel bekennen«.

58a Weitere Erläuterungen zum Faschismusbegriff finden sich z. B. im Herder Staatslexikon von Karl Dietrich Bracher

59. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 7. 9. 1988, S. 6; vgl. auch »Marxistische Blätter« Nr. 2/1988, S. 22
60. UZ vom 5. 11. 1988, vgl. »Marxistische Blätter« Nr. 1/1988
61. Kurt FALLER in: ar Nr. 10/1988, S. 11; vgl. Anm. 32
62. Information des Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstandes über die Erfüllung der Beschlüsse des 8. Parteitages der DKP, S. 5
63. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 27
64. Information des Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstandes über die Erfüllung der Beschlüsse des 8. Parteitages der DKP, S. 57
65. Ebenda, S. 57
66. U. a. »Marxistische Blätter« Nr. 7/1988, S. 8
67. UZ vom 6. 5. 1988
68. Vgl. »Jugendpolitische Blätter« Nr. 4/1988, S. 20
69. Ebenda
70. SDAJ-»Reader« zum Bildungsthema: »Was heißt es heute, revolutionär zu denken und zu

handeln?«, S. 80
71. »Marxistische Blätter« Nr. 1 / 1988 S. 18
72. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 3. 2. 1988, S. 38
73. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 9
74. »Leitantrag«, a.a.O., S. 29
75. Ebenda, S. 33
76. Ebenda, S. 33
77. DKP-Informationen Nr. 9 / Februar 1988, S. 19
78. U. a. UZ vom 4. 10. 1988
79. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 8. 9. 1988, S. 9
80. UZ-Eigenbeilage zu UZ vom 13. 3. 1988, S. 8
81. IMSF 1968 – 1988, S. 5
82. Ebenda, S. 14
83. DKP-Informationen Nr. 14 / Oktober 1988, S. 4
84. UZ vom 20. 4. 1988
85. Ebenda
86. Ebenda
87. »Neues Deutschland« vom 21. 10. 1988
88. »Neues Deutschland« vom 22./23. 10. 1988; vgl. auch UZ vom 22. 10. 1988
89. »Junge Welt«, Organ des Zentralrats der FDJ, vom 21. 10. 1988
90. Interview in Stimme der DDR am 16. 1. 1988
91. »ak-Arbeiterkampf« Nr. 296 vom 27. 6. 1988
92. Informationsrundbrief des »Sozialistischen Büros« (SB) Nr. 92, Dezember 1988
93. »Rote Fahne« vom 23. 6. 1988
94. »Rote Fahne« vom 30. 4. 1988
95. Dokumente des Duisburger Parteitages der MLPD: Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees (S. 122 ff.)
96. Dokumente des Duisburger Parteitages der MLPD: Rede des Parteivorsitzenden (S. 29 ff.)
97. »Rote Fahne« vom 14. 5. 1988
98. »ak-Arbeiterkampf« Nr. 292 vom 7. 3. 1988
99. »ak-Arbeiterkampf« Nr. 297 vom 22. 8. 1988
100. »ak-Arbeiterkampf« vom 7. 3. 1988
101. Statut des BWK, Februar 1987
102. »Ergebnisse der gemeinsamen Verhandlungskommission von BWK und VSP«, veröffentlicht im März 1988
103. »INPREKORR« Nr. 207, September 1988, S. 31
104. Bulletin des Generalrats der »IV. Internationalen (Internationales Zentrum)« vom 8. 12. 1987
105. »INPREKORR« Nr. 207, September 1988, S. 18
106. »neue ARBEITERPRESSE«, Zeitung des BSA vom 30. 9. 1988; »Internationale Tribüne«, Organ der ISA vom 18. 3. 1988
107. »Dortmunder Hochschulzeitung« der MG, November 1988, Flugblatt der MG, Hamburg, Februar 1988
108. Thesenpapier »Ich sag', wie's ist! – Beiträge zur revolutionären Theorie«, August 1988
109. Aufruf zum Internationalismustag am 29. September '88 in Berlin, Flugblatt
110. »Treibsand-Reader, Zeitung der AStA der Uni Bremen« Nr. 70, Februar 1988: Neuer Internationalismus und IWF-Kampagne
111. »Thesen über Staatlichkeit und Anarchie heute" in »graswurzelrevolution« Nr. 125, Juni 1988
112. »Volksecho«, Zeitschrift der Volksfront, Nr. 4, Dezember 1988, Demonstrationsaufruf der »Autonomen Antifaschisten-innen, München«, September 1988
113. Demonstrationsaufruf a.a.O.
114. Taterklärung des »Kommando Khaled Aker« der RAF vom 20. 9. 1988
115. Kommuniqué von RAF und »Brigate Rosse – P.C.C.« vom September 1988
116. Erklärung der RAF vom 21. 9. 1988
117. »Zusammen Kämpfen« Nr. 10 (April 1988)
118. »PRAKTISCHE TIPS ROTE ZORA« (August 1988)

119. »Solidarität mit dem Volksaufstand im besetzten Palästina Solidarität mit dem Freiheitskampf in Azania« (Taterklärung einer RZ-Nachahmergruppe, April 1988)
120. Taterklärung einer »Autonomen Zelle – Steve Biko« (Oktober 1988)
121. »Widerstand heißt Angriff« (Mai 1988)

IX. Übersicht über die wichtigsten linksextremistischen und linksextremistisch beeinflußten Organisationen sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
1. Orthodoxe Kommunisten			
1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP) (12 Bezirksorganisationen, ca. 200 Kreisorganisationen, mehr als 1.500 Grundorganisationen) – Düsseldorf –	unter 35.000	(38.000)	Unsere Zeit (UZ) – sechsmal wöchentlich – – Tagesausgabe: 21.000 – (unter 23.000) – – Wochenendausgabe: 39.000 – (44.000) – Marxistische Blätter – elfmal jährlich – – mehr als 7.000 (7.300) – DKP-Informationen – unregelmäßig – DKP-Pressedienst – unregelmäßig – infodienst-Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen – monatlich – – 2.000 (2.000) – praxis – Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei – zweimonatlich – – 7.500 (7.500) –
Nebenorganisationen:			
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) (12 Landesverbände, ca. 100 Kreisverbände, ca. 650 Gruppen – Orts-, Stadtteil-, Schul-, Betriebsgruppen –) – Dortmund –	6.500	(unter 15.000)	elan – Das Jugendmagazin – monatlich – – 14.000 (unter 19.000) – Jugendpolitische Blätter – monatlich – – 2.000 (2.500) – Offener Kanal – unregelmäßig –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus (MSB) (14 Ortsverbände) – Bonn –	3.500	(6.000)	rote blätter – monatlich – – 9.000 (11.500) – avanti – unregelmäßig – – 4.000 –
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) (12 Landesverbände, Kreisverbände, Pioniergruppen) – Dortmund –	3.000	(4.000)	pionier – monatlich – – 7.000 (5.000) – Pionierleiter-Info – monatlich –
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF) – Frankfurt/M. –			Marxistische Studien – Jahrbuch der IMSF – – ein- bis zweimal jährlich – Informationsberichte des IMSF – unregelmäßig –
Marx-Engels-Stiftung e.V. – Wuppertal –			
Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) (20 örtliche MAB-Gemeinschaften, z. T. als Marxistische Abend- bzw. Arbeiterschulen – MASCH –) – Wuppertal –			
beeinflußte Organisationen:			
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA) (10 Landesvereinigungen, Kreis- und Ortsvereinigungen) – Frankfurt/M. –	14.000	(14.000)	antifaschistische rundschau – monatlich – – 12.000 (12.000) – antifaschistischer informations- und pressedienst – zehnmal jährlich –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Deutsche Friedens-Union (DFU) (10 Landesverbände, Bezirks- und Ortsverbände) – Köln –	1.000	(1.000)	Abrüstungs-Info – monatlich – – 4.000 (4.000) – info demokratie – Argumente-Dokumente – Informationen – – unregelmäßig – dfu-kurier – unregelmäßig –
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) (arbeitet mit >Hunderten< örtlicher Komitees und Initiativen zusammen) – Köln –			Friedensjournal – sechsmal jährlich – Friedensschnelldienst – vierzehntäglich – Friedensinformation – unregelmäßig –
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) (9 Landesverbände, ca. 160 Ortsgruppen) – Velbert –	11.000	(11.000)	Zivil Courage – vierteljährlich – – 11.500 (10.000) –
Die Friedensliste – Bonn –	unter 1.500	(1.500)	FRIEDENSLISTEN-Rundbrief – unregelmäßig –
Demokratische Fraueninitiative (DFI) (ca. 100 örtliche Frauengruppen ohne feste Mitgliedschaft) – Essen –			Wir Frauen – zweimonatlich – – 4.500 (4.500) –
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V. (VDJ) (27 Regionalgruppen) – Frankfurt/M. –	1.000	(1.000)	VDJ-Forum – vierteljährlich – – 1.500 (1.300) –
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) – Frankfurt/M. –			Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB) – monatlich – – 5.000 (5.000) –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Initiative Weg mit den Berufsverboten (Arbeitsausschuß) (koordiniert die Tätigkeit örtlicher und überregionaler Initiativen) – Hamburg –			Rundbrief für alle Bürgerinitiativen, Komitees und Organisationen, die gegen »Berufsverbote in der BRD kämpfen« – unregelmäßig – – 1.800 (1.800) –
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V. (BdWi) (32 regionale Sektionen) – Marburg/Lahn –	1.500	(1.500)	Informationsdienst Wissenschaft und Frieden – zweimonatlich – – etwa 1.000 (1.000) – Forum Wissenschaft – vierteljährlich – – über 2.000 (2.000) –
1.2 Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) (12 Kreisverbände, ca. 170 Betriebs- und Wohngebietsgruppen) – Berlin (West) –	4.500	(4.500)	Die Wahrheit – sechsmal wöchentlich – – 12.000 (13.000) – Konsequent – viermal jährlich – – 2.500 (2.500) –
Nebenorganisationen:			
Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht (SJV Karl Liebknecht) (12 Kreisverbände; eingegliedert: Pionierorganisation Karl Liebknecht) – Berlin (West) –	550 300	(600) (200)	Signal – Sozialistische Jugendschrift – monatlich – – 1.000 (1.000) –
Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin (ADS-Westberlin) – Berlin (West) –	200	(300)	ads-info – sechsmal jährlich – – 1.000 –
Vorfeldorganisationen:			
Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) – Berlin (West) –	500	(600)	Im Blickpunkt der Berlinerin – monatlich – – 1.000 (600) –
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin (DSFB) – Berlin (West) –	500	(500)	DSF-Journal – vierteljährlich – – 1.200 (1.200) –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/ Verband der Antifaschisten (VVN-Westberlin (VdA)) – Berlin (West) –	500	(500)	antifaschistisches Magazin Der Mahnruf – vierteljährlich – – 2.000 (2.000) –
2. Sonstige Organisationen und Publikationen			
Sozialistischer Hochschulbund (SHB) (Landesverbände, Ortsgruppen) – Bonn –	2.000	(2.000)	frontal – sechsmal jährlich – – 11.000 (7.800) –
Krefelder Initiative – Köln –			ZUR INFORMATION – unregelmäßig –
			Volkszeitung – Deutsche Volkszeitung/die tat – wöchentlich – – 26.000 (40.000) –
			NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik – 7.000 (7.000) –
3. »Neue Linke«			
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) – München –	250	(300)	Kommunistische Arbeiterzeitung – unregelmäßig –
Nebenorganisationen:			
Kommunistischer Hochschulbund (KHB)			
Initiative zur Vereinigung der revolutionären Jugend			Kämpfende Jugend – unregelmäßig –
Autonome	etwa 2.000	(2.000)	– unregelmäßig erscheinende »Szene«-Blätter – u. a. SABOT, UNZERTRENNLICH, radikal
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) – Essen –	100	(100)	neue Arbeiterpresse – vierzehntäglich – – 800 –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) (8 Landesverbände) – Köln –	300	(300)	Politische Berichte – vierzehntäglich – – 1.200 (1.300) –
beeinflußte Organisationen:			
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) – Köln –	600	(700)	Antifaschistische Nachrichten – vierzehntäglich – – 700 (700) –
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA) (Koordinierungsstelle der anarchistischen »Graswurzelbewegung« mit ca. 70 »Gewaltfreien Aktionsgruppen« und »Kollektiven«)	500	(700)	graswurzelrevolution – für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft – monatlich – – etwa 3.000 –
Freie Arbeiter-Union (FAU) (ca. 20 örtliche Gruppen) – Köln –			direkte aktion – zweimonatlich –
Freie Arbeiter-Union (Anarchisten) (FAU-HD-A) – Heidelberg –			Fanal – unregelmäßig –
Freie Arbeiter-Union (Rätekommunisten) (FAU/R) – Hamburg –			ALLES WIRD GUT – unregelmäßig –
Internationale Kommunistische Strömung (IKS) – Köln –			Weltrevolution – unregelmäßig –
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) – Köln –			Sozialistische Arbeiterzeitung – vierzehntäglich –
Kommunistischer Bund (KB) (Landesverbände) – Hamburg –	über 400	(400)	Arbeiterkampf – monatlich – – 4.800 (4.800) – KARAMBOLAGE (Publikation der KB-Jugend) – unregelmäßig –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten/ Leninisten) (KPD) (3 rivalisierende Gruppen)			Roter Morgen (2 Ausgaben) – monatlich/zweimonatlich –
Marxistische Gruppe (MG) – *München* –	3.000	(1.800)	MSZ-Marxistische Streit- und Zeitschrift – *Gegen die Kosten der Freiheit* – zehnmal jährlich – – *ca. 12.000 (12.000)* – Marxistische Arbeiterzeitung (*mehr als 20 Ausgaben*) – unregelmäßig – – bis zu 10.000 (10.000) – Marxistische Hochschulzeitungen (mehr als 10 Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 14.000 (14.000) – Marxistische Schulzeitungen (mindestens 7 Ausgaben) – unregelmäßig – – bis zu 10.000 (2.000) –
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) (16 Parteibezirke, über 100 Ortsgruppen und Stützpunkte) – Essen –	1.300	(1.300)	Rote Fahne – wöchentlich – – 10.000 (10.000) – Lernen und Kämpfen (luk) – monatlich – – 1.500 (1.500) –
Nebenorganisationen:	zusammen		
ARBEITERJUGEND-VERBAND/ Marxisten-Leninisten (AJV/ML) (mit der Kinderorganisation Rotfüchse)	300	(300)	Rebell – sechswöchentlich –
Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband (MLSV)			Roter Pfeil – neunmal jährlich –
Marxistisch-Leninistischer Bund Intellektueller (MLBI)			Arbeiter und Bauern – vierteljährlich –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen (1987) – z. T. geschätzt)
Proletarische Aktion (A)			PARTISAN – unregelmäßig –
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG) – Hannover –			Klassenkampf – monatlich –
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)			SPARTAKIST – unregelmäßig –
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) (Landesverbände, Ortsgruppen, Zellen) – Köln –	450	(500)	Sozialistische Zeitung (SOZ) – vierzehntäglich – – 2.500 (2.400) – SOZ-Magazin – unregelmäßig –

Rechtsextremistische Bestrebungen

I. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen und Mitgliederstand

Weitere Zunahme der organisierten Rechtsextremisten, besonders bei den »National-Freiheitlichen«

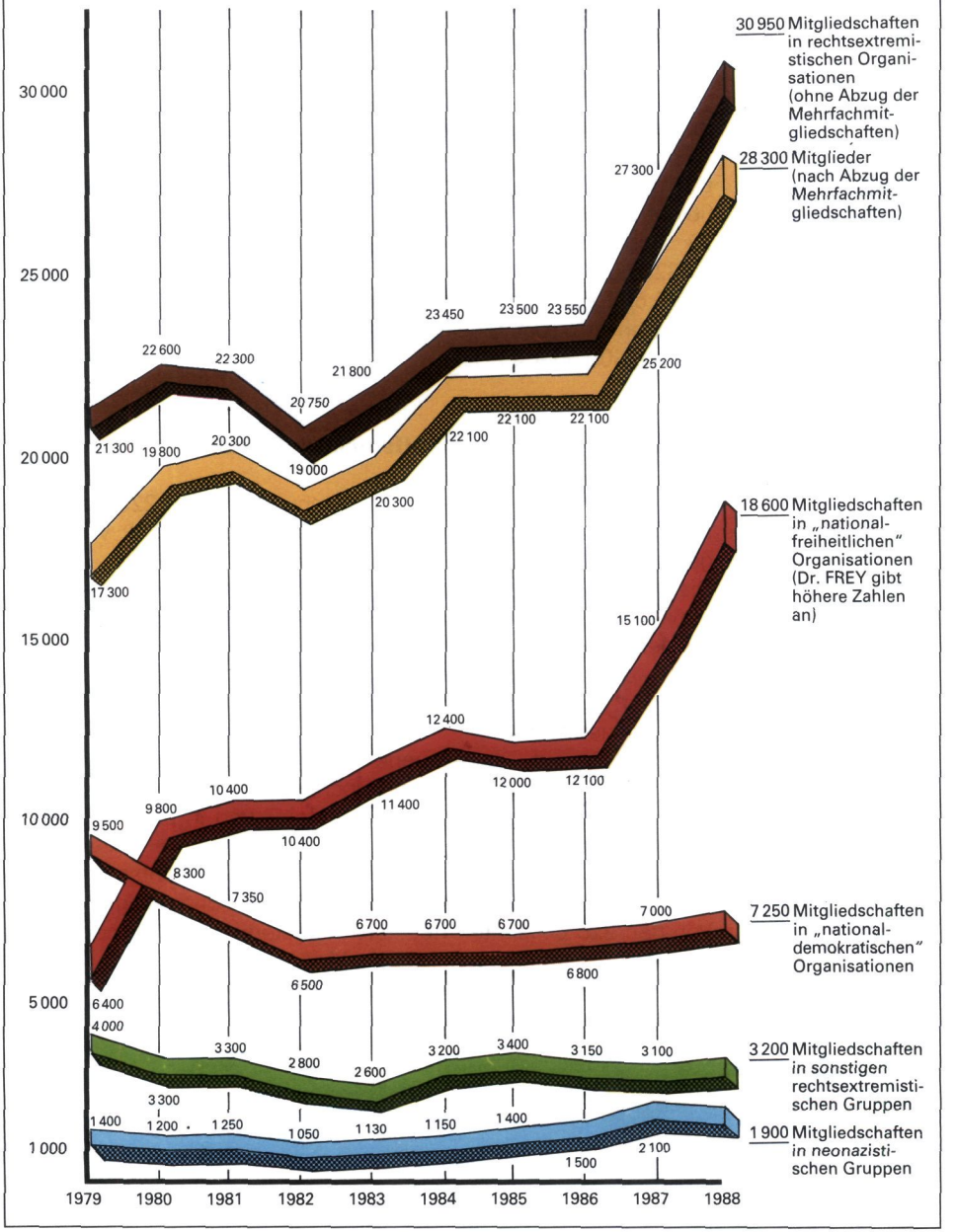
Ende 1988 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 71 (1987: 69) rechtsextremistische Organisationen. Ihnen gehörten nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften rund 28.300 Personen als Mitglieder an. Das sind wieder rund 3.100 Personen oder 12,3 % mehr als Ende 1987 (25.200).

Organisationen	1986		1987		1988	
	Anzahl der Org.	Mitglied-schaften	Anzahl der Org.	Mitglied-schaften	Anzahl der Org.	Mitglied-schaften
Neonazistische Gruppen	23	1.500	20	2.100	23	1.900
»National-demokratische« Organisationen	6	6.800	5	7.000	5	7.250
»National-* freiheitliche« Organisationen	2	12.100	3	15.100	3	18.600
Sonstige Vereinigungen	42	3.150	41	3.100	40	3.200
Summe	73	23.550	69	27.300	71	30.950
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfach-mitgliedschaften		22.100		25.200		28.300

Diese Entwicklung ist wie im Vorjahr maßgeblich auf den weiteren Aufbau der »Deutschen Volksunion – Liste D« zurückzuführen. Die Zahl der Mitgliedschaften bei den »National-Freiheitlichen« stieg von rund 15.100 auf 18.600**.
Die »Nationaldemokraten« konnten ihre Mitgliedschaften leicht auf rd. 7.250 steigern (1987: 7.000.
Die Zahl der Neonationalsozialisten ging auf 1.480 (1987: 1.520) zurück. Die Zahl der Mitgliedschaften in neonazistischen Gruppen sank um 200 auf 1.900***.

* Dr. FREY, der maßgebliche Führer der »Deutschen Volksunion e.V.« und der »Deutschen Volksunion – Liste D«, gibt dazu höhere Zahlen an, vgl. Übersicht Kap. XII.
** Dr. FREY gibt dazu höhere Zahlen an, vgl. Übersicht Kap. XII.
*** Die Differenz ergibt sich aus Mehrfachmitgliedschaften.

Entwicklung der Zahl der Mitgliedschaften in rechtsextremistischen Organisationen von 1979–1988



2. Organisationsunabhängige Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste sank 1988 auf 40 (1987: 42). Im einzelnen handelt es sich hierbei um 11 Buchverlage (1987: 9), 16 Zeitungs- und Zeitschriftenverlage (1987: 18) und 13 Vertriebsdienste (1987: 15).

3. Periodische Publikationen

Zahl der rechtsextremistischen Zeitschriften nimmt zu, Auflage geht zurück

Die Gesamtzahl der rechtsextremistischen Publikationen stieg von 86 auf 96. Davon erschienen 73 mindestens viermal im Jahr. Diese 73 Schriften erzielten 1988 eine Gesamtauflage von rund 8.882.200; 1987 wiesen 62 Publikationen eine Gesamtauflage von 9.275.600 auf. Dies bedeutet bei einer Steigerung der Anzahl der Schriften um 10,4 % einen Rückgang ihrer Gesamtauflagenhöhe um 393.400 oder 4,2 %.

4. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1988 waren den Verfassungsschutzbehörden 225 Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst bekannt (1987: 234); von ihnen gehörten 117 der NPD an (1987: 106).
Die auf Bundesebene beschäftigten 113 Rechtsextremisten (1987: 106) sind bei nachgeordneten Behörden tätig. 38 von ihnen sind bei der Deutschen Bundespost und 17 bei der Deutschen Bundesbahn – überwiegend in mittleren Positionen – beschäftigt. Der Bundeswehr gehören 48 an: 34 als Zeit- oder Berufssoldaten, 14 als Zivilbedienstete.
Von den 73 auf Landesebene beschäftigten Rechtsextremisten (1987: 86) sind an Schulen und Hochschulen 25, in der Justiz 9, in der Finanzverwaltung 7, bei der Polizei 7 und in anderen Verwaltungsbereichen 25 tätig.
Die im Kommunaldienst beschäftigten 39 Rechtsextremisten (1987: 42) sind überwiegend in mittleren Positionen tätig.
Von den 225 bekannten Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst sind 111 Beamte, 34 Soldaten, 40 Angestellte und 40 Arbeiter. Unter den 145 Beamten und Soldaten gehören 22, also rd. 15 %, dem höheren Dienst bzw. den vergleichbaren Dienstgraden an.

II. Neuer Nationalsozialismus (Neonazismus)

1. Zielsetzung

Neonationalsozialisten streben großdeutschen Führerstaat an

Die Neonationalsozialisten unter den Rechtsextremisten streben einen von Führerprinzip und Elitedenken bestimmten autoritären bzw. totalitären großdeutschen Staat nach der Ideologie und dem Programm der historischen »Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei« (NSDAP) an:

»Aus den geistigen Grundlagen unserer Lebensanschauung ergibt sich die konkrete Programmatik, die zum Aufbau einer wahren Volksgemeinschaft, zu einem nationalen Sozialismus führen soll. Im Parteiprogramm der NSDAP schlägt sich das in den Punkten 9 – 18 nieder. Die eigentlichen Eckpfeiler des Programms sind der Punkt 24 (Die Gesinnung des Programms: ›Gemeinnutz geht vor Eigennutz‹) und der Punkt 11 (Der Weg zur Verwirklichung: ›Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens. BRECHUNG DER ZINSKNECHTSCHAFT‹).«
(»Die Neue Front« (NF) -KÜHNEN-Gruppe- 57/88, S. 11)

»Nationalrevolutionäre« werfen HITLER Verrat am Nationalsozialismus vor

Bis 1982 waren Adolf HITLER und sein »Drittes Reich« die unbestrittenen Leitbilder aller Neonazis. Seitdem nimmt die Zahl der Neonazis zu, die sich als »Nationalrevolutionäre« in der Nachfolge der Brüder STRASSER * sehen. Sie kritisieren HITLER und werfen ihm vor, er habe den Nationalsozialismus verraten.

2. Zahlen

Zahl der Neonationalsozialisten geht leicht zurück, ihre Gewaltbereitschaft hält an

Von den rund 1.480 Neonationalsozialisten (1987:1.520) sind ungefähr 1.320 (1987:1.380) organisiert. Etwa 160 Neonazis (1987:140) weisen keine erkennbare Gruppenzugehörigkeit auf.
Wie im Vorjahr sind etwa 200 Neonationalsozialisten als militant anzusehen; hinzu kommen noch etwa 250 namentlich meist nicht näher bekannte Skinheads (vgl. Kap. V, Ziff. 2). Es handelt sich um Aktivisten, die in den letzten Jahren Gewalttaten begangen, sich an Gewalttaten oder deren Planungen beteiligt haben, wegen ihrer Gewaltbereitschaft bekannt sind oder im illegalen Besitz von Waffen, Munition oder Sprengstoff waren. Darüber hinaus sind den Sicherheitsbehörden noch rund 20 militante Rechtsextremisten bekannt, die nicht den Neonationalsozialisten, sondern anderen rechtsextremistischen Gruppen wie z. B. den »Jungen Nationaldemokraten« oder der »Wiking-Jugend« angehören.

* Die Brüder STRASSER repräsentierten in der Frühzeit des Nationalsozialismus den linken Flügel der NSDAP. Gregor STRASSER wurde 1934 auf Befehl HITLERs anläßlich des sogenannten »RÖHM-Putsches« ermordet. Dr. Otto STRASSER, der Führer der »Schwarzen Front«, konnte sich 1933 nach Kanada absetzen; er ist im Jahre 1974 verstorben.

Von diesen militanten Rechtsextremisten (ohne Skinheads) sind nur 2,5 % 18 bis 20 Jahre alt, 57 % gehören der Altersgruppe 21 bis 30 Jahre an, 19 % sind 31 bis 40 Jahre alt.

3. Neonationalsozialistische Gruppen

3.1 Die »Bewegung«

Nach dem Selbstverständnis ihrer Anhänger ist die »Bewegung« eine der NS-Ideologie verpflichtete »Gesinnungsgemeinschaft«. Die Anhängerschaft setzt bewußt die Tradition der 1983 durch den Bundesminister des Innern verbotenen »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA) fort und propagiert weiter das Ziel, die NSDAP neu zu gründen.

Die »Bewegung« stagniert

1988 stagnierte die weitgehend strukturlose »Bewegung«; die Gesamtzahl ihrer Mitglieder verblieb bei etwa 500 Personen. Mitentscheidend dafür war die seit 1986 fortschreitende Flügelbildung, die sich durch einen erbittert geführten Streit über Homosexualität bei Führungskräften entzündete. Die Gruppe um Michael KÜHNEN (33) steht gegen diejenige um Jürgen MOSLER (33), der keine »Schwulen« in seinen Reihen duldet. Beide Gruppen geben unter dem gleichen Titel »Die Neue Front« (NF) Schriften unterschiedlichen Inhalts heraus.

»Nationale Sammlung« wollte sich an hessischer Kommunalwahl beteiligen

Nach der Entlassung KÜHNENs aus mehr als dreijähriger Haft im März verhärteten sich die Fronten weiter. KÜHNEN hatte eine kämpferische Offensive angesagt. Mit der am 15. Juli 1988 gegründeten (am 9. Februar 1989 vom Bundesminister des Innern verbotenen) »Nationalen Sammlung« (N.S.) wollten seine Anhänger an den Kommunalwahlen in Hessen am 12. März 1989 teilnehmen. Programmatische Basis des KÜHNEN-Flügels ist das in der April-Ausgabe der NF veröffentlichte »Revolutionäre Manifest«. Dieses verkündet als politisches Ziel die »nationalsozialistische Revolution« und den anschließenden Aufbau des »Vierten Reiches« als einer »art- und naturgemäßen Neuen Ordnung für die weiße Rasse«[1].

Endgültige Spaltung der »Bewegung« zeichnet sich ab

Die Feindschaft zwischen den Flügeln wuchs im Laufe des Jahres weiter. KÜHNEN drohte der Anhängerschaft MOSLERs: »Wenn sie Krieg haben wollen, werden sie Krieg bekommen!«[2] Gegen Ende des Jahres bewegten sich die Fronten innerhalb der »Bewegung« immer weiter auf eine endgültige Spaltung zu.

Die Strafverfolgungsbehörden führten im März gegen Anhänger des MOSLER-Flügels bundesweite Exekutivmaßnahmen (Hausdurchsuchungen bei 83 Beschuldigten, 4 Haftbefehle gegen führende Aktivisten) wegen des Verdachts, die verbotene ANS/NA fortgeführt zu haben, durch. Bei den Durchsuchungen stellte die Polizei umfangreiches Beweismaterial sicher; es verdeutlicht die Taktik der Unterwanderung der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« durch Aktivisten der »Bewegung«.

3.2 »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP)

Unterwanderte FAP verliert Mitglieder

Der Mitgliederbestand der von Anhängern der neonazistischen »Bewegung« unterwanderten FAP sank von 500 auf etwa 450 Personen. Dieser Rückgang ist vermutlich mit auf die Spaltung der »Bewegung« in zwei Gruppen zurückzuführen. Die Kämpfe der beiden Lager sowie die teilweise hilflose Rolle, die der FAP-Gründer und vormalige Bundesvorsitzende Martin PAPE (61) zwischen den beiden Fronten spielte, prägten das Bild der Partei.

Gegen Jahresende hatte die FAP Landesverbände in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Auseinandersetzungen zwischen den beiden verfeindeten Flügeln um die Besetzung von Landesvorständen wurden sogar vor Gericht ausgetragen.

MOSLER- und KÜHNEN-Gruppe wählen konkurrierende Bundesvorstände

Am 5. November wählte die MOSLER-Gruppe in Stuttgart PAPE als Bundesvorsitzenden ab und setzte Friedhelm BUSSE (59), den Gründer und ehemaligen Leiter der 1982 durch den Bundesminister des Innern verbotenen »Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit« (VSBD/PdA), an dessen Stelle. BUSSE war 1983 u. a. wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und neun Monaten verurteilt worden. PAPE wurde zum Spitzenkandidaten der MOSLER-Gruppe für die Europawahl im Juni 1989 bestimmt. Auf einer Gegenveranstaltung wählten die FAP-Aktivisten der KÜHNEN-Gruppe den Neonazi Walter MATTHAEI (73), den Gründer der Wiking-Jugend im Jahre 1952, zu ihrem FAP-Vorsitzenden.*

FAP bei Wahlen weiterhin erfolglos

Die FAP nahm am 20. März an der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit nur einem Kandidaten, ihrem damaligen Bundesvorsitzenden PAPE, teil. Er erhielt im Wahlkreis Stuttgart II nur 54 Stimmen.

Mit der von ihm als einer »FAP-Wählerinitiative« gegründeten, später verbotenen »Nationalen Sammlung« (N. S.) wollte KÜHNEN seine Anhänger in Frankfurt/M. und in Langen (Kreis Offenbach) am 12. März 1989 an der hessischen Kommunalwahl teilnehmen lassen. An der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 29. Januar 1989 wollten sich Berliner FAP-Anhänger mit der von ihnen im Oktober 1987 gegründeten »Freiheitspartei« beteiligen. Dies wurde jedoch nicht zugelassen.

* Im Januar 1989 erkannte die KÜHNEN-Gruppe BUSSE und die übrigen MOSLER-Anhänger im FAP-Bundesvorstand an. Der »Notvorstand« unter MATTHAEI trat zurück, damit die FAP handlungsfähig ist und an Wahlen teilnehmen kann.

Kampfblatt der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei

FAP

DER VOLKSGENOSSE

– national – radikal – sozialistisch – revolutionär –

Ausgabe 1 · März 1988 · 1. Jahrgang · Einzelpreis DM 1,50

Nur ein nationaler Sozialismus sichert unsere Zukunft!

Wenn Du sagst, daß alle Deutschen friedlich und in Freundschaft vereint zusammenleben sollten, dann ist das
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du, deutsches Mädchen oder deutsche Frau, sagst, daß Deine Kinder glücklich und sicher in der Zukunft leben sollen, dann ist das
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du, deutscher Arbeiter, sagst, daß alle Volksgenossen ein Recht auf Arbeit haben sollten, egal, welcher Beruf oder welche Branche, dann ist das
n a t i o n a l e r ,
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du, Rentner, sagst, daß nur ein wirklicher Volksstaat die Renten und ein würdiges Dasein unserer nicht mehr im Berufsleben stehenden Volksgenossen sichern kann, dann ist das
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du sagst, daß Atomraketen der Besatzer und AKW`s unser Volk bedrohen, und daß sie beseitigt werden sollten, dann ist das
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du sagst, daß Umwelt- und Lebensschutz eine Grundlage zum Überleben unseres Volkes sind, dann ist das
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du Dein Volk liebst, und wenn Du meinst, daß nur ein wirklicher Volksstaat, in dem eine wirkliche Volksgemeinschaft geschaffen

WIR SIND NICHT DIE LETZTEN VON GESTERN SONDERN DIE ERSTEN VON MORGEN

HEUNEBMANN

wird, unsere Zukunft sichern kann, dann ist das
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s m u s.

Wenn Du kein Reaktionär bist, sondern als Revolutionär für dies alles kämpfen willst, dann bist Du
n a t i o n a l e r
S o z i a l i s t.

Und dann solltest Du in unseren Reihen stehen, in den Reihen der einzigen politischen Bewegung, die sich zum Deutschen Sozialismus und zur Deutschen Revolution bekennt - der FAP.
WIR FORDERN DIE NATIONALE SOZIALISTISCHE REVOLUTION!!

Aus dem Inhalt

* Räumt die Hafenstraße!
* Das Geschäft mit der Todeswaffe
* Dumme Bauern?
* Asylverbrecher raus!
* Die FAP-Frauenschaft

Nationaler Freiheitskampf

FAP

Das Ziel unseres Kampfes: das IV. Reich!

Wiederum Gewaltakte durch FAP-Anhänger

1988 deuteten 222 Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug auf Täter aus FAP-Kreisen hin; in 81 dieser Fälle konnten FAP-Aktivisten als Täter ermittelt werden. 19 der der FAP zurechenbaren Gesetzesverletzungen waren Gewalttaten (z. B. Brandanschläge, Überfälle, Körperverletzungen, schwere Sachbeschädigungen), 5 Gewaltandrohungen und 148 Propagandadelikte (z. B. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen oder sonstige Veröffentlichungen). Unter Hinweis auf zuvor begangene Gewalttätigkeiten verboten Polizeibehörden in 13 Fällen von der FAP geplante Demonstrationen.

FAP agitiert gegen Ausländer

Zielpersonen der Agitation der FAP waren Ausländer, insbesondere türkische Gastarbeiter und deren Familienangehörige, sowie Asylanten:

»Nein, danke für diese freien Asylanten! Wir wollen keine Drückeberger und keine Faulenzer, und schon gar nicht Ganoven aus aller Welt. – Unser Volk will solche Typen nicht!«
(DS 3/88, S. 1)

Auch Schlagworte wie »Rassenvermischung« und »Fremdherrschaft durch alliierte Besatzer« prägen die Agitation der Partei.

3.3 »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG)

Die 1979 gegründete HNG verfügt weiterhin über etwas mehr als 200 Mitglieder. Als Anlaufstelle für Gesinnungsgenossen aus dem gesamten neonazistischen Spektrum will sie den Durchhaltewillen inhaftierter Neonazis stärken. Sie gewährt ihnen finanzielle sowie auch immaterielle Unterstützung und vermittelt Kontakte zu anderen Rechtsextremisten und den Bezug einschlägiger Publikationen.

KÜHNEN-Anhänger setzen sich beim Streit in der HNG durch

Aufgrund der vielfältigen Verflechtungen mit Anhängern der »Bewegung« und der FAP griffen die Auseinandersetzungen der beiden Neonazi-Gruppen um KÜHNEN und MOSLER auch auf die HNG über. In einer Mitgliederversammlung am 27. Februar versuchten MOSLER-Anhänger, die als KÜHNEN-treu geltende HNG-Vorsitzende Christa GOERTH (52) zu stürzen. Sie wurde nach tumultartigen Szenen jedoch in ihrem Amt bestätigt.

Schriftleiter der monatlich erscheinenden »Nachrichten der HNG« blieb der MOSLER-Anhänger Volker HEIDEL (34)[3]. Die Publikation veröffentlicht regelmäßig eine »Gefangenenliste«, die der Kontaktvermittlung und Betreuung inhaftierter »Kameraden« dient. Darüber hinaus werden Leserbriefe und Zuschriften von Gesinnungsgenossen aus der Haft veröffentlicht.

3.4 »Nationalistische Front« (NF)

In der so benannten Gruppierung unter der Führung von Meinolf SCHÖNBORN (33) sind etwa 80 NF-Aktivisten, überwiegend in Bielefeld, Berlin (West) und Bremen aktiv. Auch 1988 war die Straße vor der »NF-Zentrale« in Bielefeld Schauplatz zahlreicher Demonstrationen politischer Gegner.

NF verfolgt nationalrevolutionäre Ziele

Ziel der NF ist die Errichtung eines gesamtdeutschen »Volksstaates« in einem gesicherten und geeinten »Lebensraum«[4]. Die nationalrevolutionären Vorstellungen der Brüder STRASSER dienen hierzu als Vorbild. Zur Durchsetzung dieses Zieles bedarf es nach Auffassung der NF-Führung einer »antikapitalistischen Sozialrevolution«[5]. Außerdem soll eine gesamtdeutsche Neutralität durch die Loslösung aus allen wirtschaftlichen und militärischen Bündnissen erreicht werden. In ihrem »Aktionsprogramm« fordert die NF als Sofortmaßnahme:

> »Anwerbestopp für Ausländer, kein Kindergeld für Ausländer, keine Einbürgerung von Ausländern, innerhalb von zehn Jahren hat die schrittweise Ausweisung aller Ausländer zu erfolgen (mit Ausnahme politischer Flüchtlinge).«

Als Nahziel strebt die NF die Teilnahme an der Europawahl im Juni 1989 an. Es erscheint jedoch zweifelhaft, ob sie angesichts ihrer geringen Anhängerschaft die für eine Zulassung erforderlichen Unterschriften erhalten wird.

3.5 »Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/ Völkischer Bund« (ANV/VB)

Die ANV/VB vertritt das Programm, Deutschland von angeblichen »US- und fremdrassigen Einflüssen zu befreien«. Durch die Verurteilung ihres Führers Peter NAUMANN (36) ist sie entscheidend geschwächt worden. Ihre Aktivitäten beschränken sich seitdem auf interne Zusammenkünfte.

Führer der ANV/VB als Terrorist verurteilt

Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main verurteilte NAUMANN am 14. Oktober zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten. Er wurde u. a. für schuldig befunden, 1978 in Rom einen Sprengstoffanschlag begangen und 1982 versucht zu haben, eine rechtsterroristische Vereinigung zu gründen (vgl. Kap. VIII, Ziff. 2.1).

3.6 »Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation« (NSDAP-AO)

»Stützpunkte« der NSDAP-AO betreiben NS-Propaganda. Material kommt aus den USA

Die NSDAP-AO verfügt im Bundesgebiet weiterhin über eine Vielzahl von meist aus Einzelpersonen bestehenden »Stützpunkten«, die auch 1988 durch zahlreiche Schmier-, Klebe- und Verteilaktionen auf sich aufmerksam machten. Umfangreiches neonazistisches Propagandamaterial wie Aufkleber, Handzettel und Flugblätter beziehen die NSDAP-AO-Aktivisten über ihre »Auslandszentrale« in Lincoln/Nebraska, die von dem »Propagandaleiter« der NSDAP-AO, dem US-Bürger Gary Rex LAUCK (35) geführt wird.

Von dort wird auch die zweimonatlich erscheinende NSDAP-AO-Zeitung »NS Kampfruf« vertrieben, die u. a. unter dem Titel »Der Untermensch« in aggressiv rassistischer Weise einen »Vergleich in Bildern von Ariern und Juden« veröffentlichte[6]. Enge Verbindungen bestehen weiterhin zu KÜHNEN, dessen Artikel regelmäßig im »NS Kampfruf« abgedruckt werden, darunter seine Kommentierung des 25-Punkte-Programms der NSDAP vom 24. Februar 1920[7]. 1988 standen 68 Gesetzesverletzungen im Zusammenhang mit Aktivitäten der NSDAP-AO.

3.7 »Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V.« (IHV)

TAGs Neonazi-Aktivitäten ohne Resonanz

Der Aktivist Ernst TAG (42) aus Ludwigshafen bemühte sich weiterhin, durch die Herausgabe seiner Monatsschrift »Der Schulungsbrief« und durch Flugblattaktionen eine Führungsrolle innerhalb der neo-nationalsozialistischen Szene zu spielen. Das von ihm im Juni 1987 als Konkurrenz zur HNG gegründete IHV will nach seiner Satzung »weltweit für die Unterstützung nationaler politischer Verfolgter eintreten«. Seine bisherigen Aktivitäten beschränkten sich jedoch auf die Herausgabe eines Mitteilungsblattes und auf Aufrufe zum Beitritt.

TAG war im März 1988 vom Landgericht Gießen wegen Beihilfe zur schweren räuberischen Erpressung, Hehlerei und Verstoßes gegen das Waffengesetz zu einer Freiheitsstrafe von 5 Jahren verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof hob dieses Urteil am 21.

Dezember 1988 wegen fehlerhafter Beurteilung strafrechtlicher Konkurrenzfragen teilweise auf und verwies die Sache zur erneuten Verhandlung an das Landgericht zurück. Eine Teilstrafe wegen Hehlerei (1 Jahr und 3 Monate) wurde bereits rechtskräftig.

3.8 Neonazikreis um Curt MÜLLER

Weiterhin Neonazi-Treffen bei MÜLLER (Mainz)

Anhänger des Neo-Nationalsozialismus aus verschiedenen Orten des Bundesgebietes und dem benachbarten Ausland nutzten wie in den Vorjahren das Anwesen der Eheleute Curt und Ursula MÜLLER (58/55) in Mainz als zentrale Kommunikationsstätte. Zu einer »Hitler-Geburtstagsfeier« fanden sich am 23. April annähernd 150 Personen auf dem Grundstück ein. Eine daraufhin angeordnete polizeiliche Durchsuchung des Anwesens bezeichnete die als führende Aktivistin der neonazistischen »Deutschen Frauenfront« tätige Ursula MÜLLER in deren Publikation »Die Kampfgefährtin« als »Razziaüberfall« der »Systemknechte«[8]. Am 18. Juni trafen sich rund 90 Neonazis zur »Sommersonnwendfeier« auf dem Anwesen.

3.9 »Bürger- und Bauerninitiative e.V.« (BBI)

BBI betreibt NS-Propaganda aus Dänemark

Aktivitäten der BBI gehen ausschließlich von deren Gründer und langjährigem Vorsitzenden, dem 70jährigen in Dänemark lebenden Thies CHRISTOPHERSEN, aus. Sie beschränken sich im wesentlichen auf die Verbreitung von NS-Gedankengut in Schriften.

CHRISTOPHERSEN, gegen den deswegen seit Ende 1986 in der Bundesrepublik Deutschland ein Haftbefehl besteht, sollte 1988 aus Dänemark ausgewiesen werden. Das Landgericht Sonderburg hob jedoch die Ausweisungsentscheidung des dänischen Justizministeriums mit der Begründung auf, daß die CHRISTOPHERSEN in der Bundesrepublik Deutschland vorgeworfenen Straftaten nicht für eine Verurteilung in Dänemark ausreichten.

CHRISTOPHERSEN leugnet weiterhin entschieden den Mord an Juden im »Dritten Reich«. Mit seiner immer wieder propagierten Schrift »Die Auschwitzlüge« tritt er als angeblicher »Kronzeuge« dazu auf. Im Juni trat er als BBI-Vorsitzender zurück. Neuer Vorsitzender wurde der dänische Neonazi Henry Krog PEDERSEN (70)[9].

3.10 »Deutsche Bürgerinitiative e.V.« (DBI)

Die politischen Aktivitäten der DBI erschöpften sich wie im Vorjahr in wenigen »Freundestreffen«, die von deren Vorsitzende Gertraud ROEDER (49) auf dem sogenannten »Reichshof« in Schwarzenborn (Schwalm-Eder-Kreis) durchgeführt wurden. Ihr Ehemann, der Gründer und langjährige Führer der DBI, Manfred ROEDER (59), der 1982 wegen Rädelsführerschaft in der terroristischen Vereinigung »Deutsche Aktionsgruppen« zu 13 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde, setzte aus der Haft seine Versuche fort, auf Gesinnungsgenossen einzuwirken. Als Sprachrohr dienten ihm das DBI-Mitteilungsblatt »Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit«

ROEDER agitiert weiter aus der Haft

und die Schrift »Deutscher Jahrweiser«. Die Aktivitäten der Eheleute ROEDER wurden auch 1988 in erheblichem Maße durch Spenden finanziert.

III. »National-Freiheitliche«/ »Nationaldemokraten«

1. Ideologische Standorte

Trotz aller Lippenbekenntnisse zur Verfassung der Bundesrepublik Deutschland bekämpfen die »National-Freiheitlichen« des Dr. Gerhard FREY (55) und die »Nationaldemokraten« des Martin MUSSGNUG (52) weiterhin die freiheitliche demokratische Grundordnung. Im Gegensatz zu den Neonationalsozialisten läuft ihr Wunschbild von einem Staatssystem der Zukunft aber nicht zwangsläufig auf einen elitären Führerstaat nationalsozialistischer Prägung hinaus. »Nationaldemokraten« streben einen »lebensrichtigen« Staat mit einer von völkisch-kollektivistischen Strukturen bestimmten Volksgemeinschaft an. Systemvorstellungen der »National-Freiheitlichen« spiegeln sich in Agitationskampagnen und Feindbildern der Zeitungen von Dr. FREY wider.

Annäherung zwischen »Nationaldemokraten« und »National-Freiheitlichen« setzt sich fort

Trotz früher starker Unterschiede in ideologischen Fragen, z. B. in der Frage der Befürwortung neutralistischer Zielsetzungen, sowie jahrelanger organisatorischer und publizistischer Konkurrenz setzten die »Deutsche Volksunion e.V.« (DVU e.V.) und die »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) ihre 1986 begonnene Annäherung fort. Sie verfolgen damit das Ziel, in Wahlkämpfen alle nationalistischen Kräfte zusammenzufassen und damit der bisherigen Zersplitterung des Rechtsextremismus entgegenzusteuern.

2. »Deutsche Volksunion – Liste D« (DVU – Liste D)

Aus dieser politischen Absicht entstand am 5. März 1987 die DVU – Liste D, die am 13. September 1987 anläßlich des Bürgerschaftswahlkampfes in Bremen mit 3,41 % der Stimmen einen bemerkenswerten Erfolg buchen und durch einen Stimmenanteil von 5,4 % in Bremerhaven einen Abgeordneten in das bremische Landesparlament entsenden konnte.

2.1 Zielsetzung

Die programmatische Ausrichtung der DVU – Liste D wird publizistisch fast ausschließlich durch die Blätter Dr. FREYs bestimmt. Im Mittelpunkt der Agitation der »Deutschen National-Zeitung« (DNZ), des »Deutschen Anzeigers« (DA) und der »Deutschen Wochen-

Haben die Deutschen eine Zukunft? /S. 3
Deutscher Anzeiger
Freiheitliche Wochenzeitung
Wie Weizsäcker das eigene Volk verteufelt
EG – Gefahr für Deutschlands Zukunft? /S. 8
Deutscher Anzeiger
Freiheitliche Wochenzeitung
War Deutschland allein schuld?

Zeitung« (DWZ) stehen Angriffe gegen Ausländer, insbesondere gegen Türken und Asylanten. Schlagzeilen wie »Wird Deutschland eine zweite Türkei?«[10], »Deutsche Steuergelder für Scheinasylanten«[11] oder »Wird Deutschland türkisch? – Bonn will deutsche Bevölkerung ersetzen«[12] sind typisch für Dr. FREYs Blätter.

Ausländerfeindlichkeit, Schwerpunktthema des Dr. FREY

Todesstrafe für Kindermörder? /S. 3
Deutsche National-Zeitung
freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich
Kann Deutschland deutsch bleiben?
Was die Volkszählung ans Licht brachte
Sind deutsche Verbrechen einzigartig? /S. 2
Deutsche National-Zeitung
freiheitlich ■ unabhängig ■ überparteilich
Sterben die Deutschen aus?
Die Zukunft unseres Volkes

»Betroffen von dem Asylantenzustrom sind vor allem die deutschen Aussiedler, die nach jahrzehntelangen Entbehrungen, Terror und Verfolgungen in die Heimat ihrer Vorfahren zurückkehren, aber nicht einmal angemessenen Wohnraum vorfinden.«
(DNZ 42/88, S. 1)

Verunglimpfung demokratischer Politiker

Wie in den vergangenen Jahren schmähten die Blätter demokratische Politiker. Sie greifen besonders den Bundespräsidenten seit seiner Rede vom 8. Mai 1985 ständig an:

> »Das Wort vom 8. Mai als ›Tag der Befreiung‹ ist untrennbar mit dem Namen Richard von Weizsäckers verbunden, der sich in diesem Sinne zum 40. Jahrestag der Kapitulation vor dem Deutschen Bundestag einließ und damit eine neue Runde der Extrem-Bewältigung deutscher Zeitgeschichte einleitete.«
> (DWZ 37/88, S. 1)

Weitere immer wiederkehrende Themen der FREYschen Wochenblätter sind die »Umerziehung« der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg durch die alliierten Siegermächte und die »nicht endenwollenden Bewältigungsverfahren«.

2.2 Organisation

Aufbau der DVU – Liste D setzt sich fort

Die DVU – Liste D setzte 1988 den bundesweiten Ausbau ihrer Organisation fort. Mittlerweile weist sie zehn Landesverbände und zahlreiche Untergliederungen auf Kreis- und Bezirksebene auf. Mit dieser raschen und flächendeckenden Ausbreitung versucht sie, sich eine hinreichende Grundlage für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 18. Juni 1989 zu schaffen.
Die Mitgliederzahl der DVU – Liste D hat sich 1988 von rund 2.500 auf rund 6.000 mehr als verdoppelt. Dr. FREY selbst spricht in seinen Zeitungen von über 7.000 Mitgliedern.

2.3 Teilnahme an Wahlen

Die DVU – Liste D und die NPD vereinbarten, daß bei für sie wichtigen Wahlen jeweils nur eine von ihnen kandidieren und die andere sie unterstützen solle:

- Die DVU – Liste D wird bei den Europawahlen 1989 mit Unterstützung der NPD kandidieren.
- Die NPD wird bei ihrer Kandidatur zur nächsten Bundestagswahl von der DVU – Liste D unterstützt.
- Bei den Kommunalwahlen in Bayern 1990 wollen DVU – Liste D und NPD mit verbundenen Listen antreten, damit keine Stimme verlorengehe.

DVU – Liste D bereitet sich auf Europawahl vor

Die DVU – Liste D trat 1988 nicht selbst zu Wahlen an, sondern unterstützte die NPD propagandistisch bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 20. März und in Schleswig-Holstein am 8. Mai. Im übrigen bereitet sie sich intensiv auf die Europawahl vor, zu der ihr Bundesvorsitzender Dr. FREY auf Platz 1 ihrer Bundesliste kandidiert.

Dr. FREY sucht Fraktionspartner im EG-Parlament

Für den Fall des Einzugs der DVU – Liste D in das Straßburger Parlament bemüht sich Dr. FREY bereits um mögliche Fraktionspartner im westeuropäischen Ausland. So suchte er Kontakte zu Funktionären nationalistischer Parteien in Belgien und den Niederlan-

den. Die Verbindungen zu der rechtsgerichteten französischen »Front National« sind allerdings merklich abgekühlt.
Nachdem die DVU – Liste D bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 1987 bereits mehrere Millionen Mark in den Wahlkampf investiert hatte, ist für die Europawahlen ein noch größerer finanzieller Aufwand zu erwarten. Thematische Schwerpunkte des Europawahlkampfes der DVU – Liste D sind die Ablehnung einer engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in Europa sowie der Kampf gegen einen weiteren Zuzug von Ausländern.

Agitation gegen die EG

Mit Schlagzeilen wie »Ist die EG unser Untergang?«[13], »Wie die EG Deutschland ruiniert«[14] und »EG – Deutschlands Totengräber?«[15] wird versucht, Stimmung gegen die europäische Integration zu machen. Die »verfehlte« EG-Agrarpolitik sei schuld am deutschen »Bauernsterben«, die »verfehlte« Politik Bonns und des EG-Kommissariats treibe die westdeutsche Werftenindustrie in den Ruin[16].

3. »Deutsche Volksunion e.V.« (DVU)

3.1 Mitgliederentwicklung/Zielsetzung

DVU als größte rechtsextremistische Organisation nähert sich NPD an

Mit über 12.000 Mitgliedern (nach eigenen Angaben sogar noch mehr) blieb die von Dr. FREY geleitete DVU e.V. die größte rechtsextremistische Organisation. Ihre Aktivitäten sind 1988 allerdings zugunsten der DVU – Liste D zurückgegangen.
Die DVU e.V., die im Gegensatz zum Bündnispartner NPD bisher allen nationalistisch-neutralistischen Bestrebungen, die auf ein Herausbrechen der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO abzielten, eine Absage erteilt hatte, scheint sich nun dem Kurs der NPD anzunähern. In dem neuen DVU-Programm von 1988 fehlen die

antikommunistischen Parolen und Bekenntnisse. Jetzt fordern auch die »National-Freiheitlichen« ein »blockfreies Gesamtdeutschland«[17].

3.2 »Andreas-Hofer-Preis«

Dr. FREY verleiht Preis an niederländische Rechtsextremistin

Die jährliche Großveranstaltung der DVU e.V. fand am 18. September in der Nibelungenhalle in Passau statt. Vor etwa 2.200 Teilnehmern verlieh Dr. FREY den mit 20.000 DM dotierten »Andreas-Hofer-Preis« des »Deutschen Anzeigers« der Generalsekretärin der niederländischen rechtsextremistischen »Centrumsdemokraten«, Wilhelmina SCHUURMANN (45). Sie erhielt die Auszeichnung »in Anerkennung ihres mutigen Einsatzes für die Sache ihrer Heimat«[18].

Die Nibelungenhalle war der DVU als Verein verweigert worden; der Partei DVU – Liste D gelang es jedoch, die Überlassung gerichtlich durchzusetzen. Gegen die Veranstaltung demonstrierten etwa 1.000 Personen.

3.3 Aktionsgemeinschaften und Verlage

Die sechs Aktionsgemeinschaften der DVU e.V., die in erster Linie dazu dienen, neue Mitglieder, Spender, Leser und Abonnenten für die Zeitschriften Dr. FREYs zu gewinnen, entfalteten kaum noch eigenständige Aktivitäten.

Der »Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH« (DSZ-Verlag) und der »Freiheitliche Zeitungs-Verlag« (FZ-Verlag) gaben wiederum mehrere »Enthüllungsbücher« heraus. Neben Büchern, Schallplatten und Gedenkmünzen werden neuerdings auch Videokassetten – vornehmlich über den 2. Weltkrieg – vertrieben.

4. »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD)

4.1 Mitgliederentwicklung/Finanzen

Leichte Zunahme der Mitgliederzahl – verbesserte Finanzen

Auch 1988 nahm die Mitgliederzahl der NPD leicht zu; sie stieg von rund 6.200 auf etwa 6.400. Aufgrund der Wahlkampfkostenerstattung und -vorauszahlungen wegen ihres Abschneidens bei der Europawahl 1984, der Bundestagswahl 1987 und der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1988 konnte die Partei ihre finanzielle Situation weiter verbessern. Die bisher erhaltenen Wahlkampfkostenvorschüsse für die nächste Europawahl muß sie allerdings wegen des Verzichts auf die Teilnahme zurückzahlen.

4.2 Zielsetzung

NPD streitet um Bündnis mit der DVU – Liste D

Das Jahr 1988 stand völlig im Zeichen der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die von der Parteiführung vereinbarte Zusammenarbeit mit der DVU – Liste D. Besonders umstritten war der Verzicht der NPD, an der Europawahl teilzunehmen. Dr. FREY hatte sich im Gegenzuge zur Zahlung einer Summe von einer Million DM

verpflichtet und der NPD auf der Bundesliste der DVU – Liste D die Plätze 3, 6, 9 und 12 zugestanden.
Diese Wahlabsprache ist in der NPD und ihrer Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« nach wie vor umstritten. Die Gegner werfen Dr. FREY eine ausschließlich auf Profit ausgerichtete Geschäftstüchtigkeit vor, bei der nicht die »nationale Politik« im Vordergrund stehe, sondern als Endziel ein Aufgehen der NPD in der DVU – Liste D angestrebt werde. Darüber hinaus beschuldigen sie den Parteivorstand, eigenmächtig gehandelt und die Eigenständigkeit der NPD gefährdet zu haben. Sie erzwangen zur Klärung dieser Frage einen außerordentlichen Parteitag am 26. Juni in Feucht bei Nürnberg. Nach mehrstündigen, zum Teil leidenschaftlich geführten Diskussionen stimmten 182 Delegierte für den Verzicht auf die Teilnahme an der Europawahl und 133 Delegierte dagegen. Der Parteivorsitzende MUSSGNUG hatte die Abstimmung mit der Vertrauensfrage für sich und das Parteipräsidium verbunden.

Der Parteiführung gelang es damals, die innerparteiliche Opposition zu dämpfen. Viele NPD-Mitglieder haben aber das Empfinden, daß die Partei von Dr. FREY ausgespielt worden ist. Dr. FREY wurde nicht gehindert, seine Organisationsbezeichnung (»Deutsche Volksunion«) in den Parteinamen einzuführen, so daß die NPD im äußeren Erscheinungsbild der neuen Partei nicht repräsentiert ist. Es spricht auch vieles dafür, daß die Verwechslung der DVU – Liste D mit der DVU e.V. in der Öffentlichkeit von Dr. FREY gerne in Kauf genommen wird. Anschauliches Beispiel für die Zurückdrängung der NPD ist auch der Umstand, daß der NPD-Vorsitzende MUSSGNUG hinter dem von Dr. FREY geförderten, im Parteileben bislang unbekannten ehemaligen Jagdflieger Wilhelm CRINIUS (68) erst auf Platz 3 der Europawahlliste gesetzt wurde.

Bundesverwaltungsgericht: NPD verfolgt verfassungsfeindliche Ziele

Das Bundesverwaltungsgericht stellte mit Beschluß vom 24. November 1987 (1 WB 105/86) erneut fest, daß die politischen Zielsetzungen, die die NPD in der Vergangenheit verfolgt habe und auch weiterhin verfolge, mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar seien. Es sei unerheblich, ob die NPD im Vergleich zu ihren früheren Verlautbarungen in jüngerer Zeit Äußerungen unterlassen habe, die die Partei in Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus bringe oder diesem annähere. Solange die NPD nicht ausdrücklich von entsprechenden früheren Verlautbarungen Abstand nehme und in ihrem tatsächlichen politischen Handeln glaubhaft Positionen beziehe, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar seien, müsse sie das Erscheinungsbild, das ihre Repräsentanten durch der Partei zurechenbare Verlautbarungen und ihr bisheriges Auftreten in der Öffentlichkeit vermittelt hätten, weiterhin gegen sich gelten lassen.

4.3 Agitation

Agitation gegen Ausländer

Nach wie vor nimmt die Agitation gegen Ausländer, die letztlich von einer rassistischen Grundeinstellung geprägt ist, in den Publikationen der NPD breiten Raum ein:

»Hier bleibt nur festzustellen, daß sich bei SPD/Grünen/FDP eine Perversion des Denkens im Zusammenhang mit der Asylgewährung entwickelt hat, die strikt gegen die Interessen des eigenen Volkes gerichtet ist.«
(»Deutsche Stimme« – DSt –, August/1988, S. 1)

»Nur eine starke NPD kann der massiven Überfremdung unseres Vaterlandes durch Ausländer aller Schattierungen endlich einen Riegel vorschieben! ... Das Gebot der Stunde ist nun die nationale Solidarität aller anständigen Deutschen!«
(DSt Februar/1988, S. 3)

4.4 Teilnahme an Wahlen

NPD kann Wählerzahl bei Landtagswahlen verdoppeln

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 20. März erhielt die NPD 101.889 Stimmen = 2.1 %. Sie konnte damit ihre Stimmenanzahl von der Bundestagswahl 1987 in Baden-Württemberg (54.996 Zweitstimmen) fast verdoppeln. An der Landtagswahl 1984 hatte sie nicht teilgenommen.

Frieden durch DEUTSCHE EINHEIT!

Deutschlands Einheit kommt bestimmt

Lesen u. weitergeben!

DEUTSCHE STIMME

13. Jahrgang Nr. 8/August 1988 Einzelpreis 2,– DM Nationaldemokratische Zeitung Gesamtauflage 261 000 Ausgabe E 8027 E

So kann es nicht weitergehen!
Die Stunde der Patrioten kommt!

KHV. Die politische Sommerpause geht ebenso wie das „Bonner Sommertheater" dem Ende entgegen. „Bonner Sommertheater", das ist jenes nichtsnutzige Wortgeklingel, mit dem sich Bonner Politiker zu profilieren versuchen. Indessen vergrößerte sich der Vertrauensverlust zu diesen Politikern: Nach einer repräsentativen Erhebung haben nur noch 18 Prozent der Bundesdeutschen volles Vertrauen zu den Politikern der Altparteien, 50 Prozent haben wenig, 20 Prozent überhaupt kein Vertrauen mehr. Angesichts der ungeheuren Fehlleistungen der Selbstbedienungsparteien ist das kein Wunder! Diese Entwicklung birgt aber auch die Chance zu einer wirklichen „Wende". Politische Leerräume wird es nicht geben, denn nun kommt die Stunde der deutschen Patrioten! Schon 1989/90 werden wichtige Wahlentscheidungen fallen: die Nationaldemokraten stehen als vertrauenswürdige politische Alternative bereit!

Bonner Fehlleistungen

DDR: Auch Schlesien und Ostpreußen sind und bleiben ein Teil Deutschlands, z. B. deutsche Nudeln in zu dessen Wiederherstel-

Stichwort „Asyl" wird das deutsche Volk in einem unglaublichen Maß ausgebeutet und betrogen!

Warum halten sich unsere Politiker nicht an das Grundgesetz und gewähren nur denen Zuflucht und Aufenthalt, die nachweisbar „politisch verfolgt" sind?

Dieser Katalog der politischen Todsünden läßt sich beliebig vermehren:

Die sich überschlagende Verzagenheitsbewälti-

wenn wir nicht unsere Zukunft als Volk und Nation verspielen wollen und wenn wir als Einzelmenschen nicht in der massifizierten „multikulturellen" Massen- und Marktgesellschaft untergehen wollen!

Der Widerstand formiert sich und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands – im Bündnis mit der Deutschen Volksunion – Liste D – rüstet sich für entscheidende Wahlgänge: Es geht um die Bewahrung unserer nationalen Identität, um die Wiedererlangung unserer nationalen Freiheit, um die Erhaltung unseres Volkes und seiner Wertordnung; es geht um eine gerechte Sozial- und Gemeinschaftsordnung und um die Einheit unseres Vaterlandes – es geht um die Zukunft der Deutschen!

1937 – Kuhrische Nehrung-Ostpreußen, da war die (Um)-Welt noch in Ordnung.

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 8. Mai erreichte die NPD 19.154 Stimmen = 1,2 %. Obwohl die Partei auch hier die Stimmenzahl gegenüber der letzten Bundestagswahl (8.196 Zweitstimmen = 0,5 %) mehr als verdoppeln konnte, erreichte sie ihr Wahlziel, mindestens 1,5 % und damit Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung zu erhalten, nicht.

Außerdem beteiligte sich die NPD an drei Bürgermeisterwahlen in Baden-Württemberg. Am 24. April erhielt ihr Kandidat Alfred KROHN (32) in Rheinfelden 44 Stimmen = 0,3 %, am 12. Juni in Konstanz Erhard BOHLAND (48) 866 Stimmen = 4,7 % und am 21. August in Engen (Kreis Konstanz) Siegfried HÄRLE (53) 290 Stimmen = 8.7 %. HÄRLE erreichte im Ortsteil Stetten sogar einen Stimmenanteil von 19,8 %.

Dem NPD-Landesverband Berlin, der sich an den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 beteiligen wollte, wurde dies erneut durch Anordnung der Alliierten Kommandantur verboten.

5. »Junge Nationaldemokraten« (JN)

Große Teile der JN standen bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Wahlabsprachen mit der DVU – Liste D in Opposition zum Parteivorstand der NPD.

»Junge Nationaldemokraten« mehrheitlich in Opposition zur Parteiführung

Ebenso wie die Mutterpartei konnten die JN ihre Mitgliederzahl von etwa 750 auf etwa 800 leicht steigern. Bundesvorsitzender blieb Karl-Heinz SENDBÜHLER (31).

IV. Sonstige rechtsextremistische Gruppen

Bei den sonstigen rechtsextremistischen Gruppen handelt es sich zumeist um kleine Zusammenschlüsse. Die folgenden sind erwähnenswert:

1. »Gesellschaft für Freie Publizistik« (GFP)

GFP bleibt stärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung

Die GFP ist weiterhin die mitgliederstärkste rechtsextremistische Kulturvereinigung mit mehreren hundert Mitgliedern. Sie führte am 16. April in Neustadt a. d. Wümme eine Vortragsveranstaltung mit dem ehemaligen »Chef-Ideologen« der NPD, Dr. Rolf KOSIEK (54), als Redner durch.
Die GFP veröffentlichte die Texte der Reden ihres Jahreskongresses aus dem Vorjahr als Broschüre mit dem Titel »Revisionismus in der Zeitgeschichte«. Autoren sind u. a. der ehemalige Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der NPD, Udo WALENDY (61), und Dr. KOSIEK.

2. »Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.« (DDF)

DDF für Bündnis mit der Sowjetunion

Die DDF propagiert eine Annäherung der Bundesrepublik Deutschland an die Sowjetunion, ohne die jene den Erpressungen der Amerikaner und Zionisten wehrlos ausgeliefert sei. In ihrer Monatsschrift »Der Bismarck-Deutsche« verharmlost sie das nationalsozialistische Regime.

Einzelpreis DM 5,–

Der Bismarck-Deutsche

ORGAN DER DEUTSCHEN FREIHEITSBEWEGUNG

4. Jahrgang Nr. 5 und 6 — Mai/Juni 1988

ANTISEMITISMUS
ODER NICHT BEDEUTET,
DEM JUDEN BEGEGNEN
JE NACH SEINEM EIGENEN VERHALTEN!

ANTISEMITISMUS
IST DAHER KEINE GRUNDREGEL,
ER IST EINE KONSEQUENZ.
(Alexander Hoyer)

Zionistischer Terror

Israel kann für uns Deutsche kein Vorbild sein!

Über 14 Tage hielt eine politische, professionell *durchgeführte Flugzeugentführung einer kuwaiti*schen Verkehrsmaschine die Welt in Atem, wobei leider auch zwei Opfer zu beklagen waren. Wir bedauern dies ausdrücklich. Wenn Schlimmeres verhindert werden konnte, so ist dies sicherlich dem Einfluß und Verhandlungsgeschick des Chefs der PLO, Arafat, und vor allem der algerischen Regierung zu verdanken.

Typisch für die Macht der einseitig gelenkten Presse und dem Zeitgeist aber ist wiederum das gewohnte Bild, das dem zur gleichen Zeit in Tunis verübten, verabscheuungswürdigen Mord am palästinensischen General Abu Dschiad, dem legalen gemäßigten Führer der „Alfata", einer zur PLO gehörenden militärischen Organisation in der Weltpresse kaum Beachtung geschenkt wurde. Dies aber bedauern wir umsomehr, als hier wiederum mit zweierlei Maß gemessen und gewertet wird.

Wir müssen endlich wieder lernen, Ursache und *Wirkung zu unterscheiden. Die Freiheit eines Einzel*nen und eines Volkes sind unteilbar und gelten für jedermann, dies insbesondere auch für ein unterdrücktes und entrechtetes Volk. Wir Deutsche leben ja unter ähnlichen Bedingungen. Es geht hier um die Klärung der Frage, wen darf man mit dem verächtlichen Begriff Terrorist abwerten und einfach abtun? Sind etwa ehrenwerte und pflichtbewußte Männer und Frauen, die jederzeit Leib und Leben für das Überleben und die Freiheit ihres Volkes und Landes hinzugeben bereit sind, Terroristen? Wir meinen, daß solche Menschen Freiheitskämpfer sind, denen unsere Achtung gebührt.

Was derzeit in Palästina auf der sogenannten Westbank und im Gaza-Streifen geschieht und uns dazu noch im Fernsehen laufend vorgeführt wird, ist blutiger Terror und die, die dazu die Befehle erteilen und die Ausführung überzogen und unmenschlich betrei-

3. »Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung« (GfbAEV)

Anthropologie-Gesellschaft vertritt rassistische Thesen

Die GfbAEV publiziert nach wie vor rassistische, insbesondere ausländerfeindliche Thesen. So wird dem Leser u. a. suggeriert, daß unsere Bevölkerung bald nur noch aus dem Nachwuchs von Asozialen und einer Analphabetenmischung aus Südeuropa, dem ganzen Mittelmeerraum, Asien und Afrika bestehe[19].

V. Jugendgruppen

1. Überblick

Mitgliederzahl rechtsextremistischer Jugendgruppen nimmt zu

1988 waren – wie im Vorjahr – 8 rechtsextremistische Jugend- und Studentengruppen bekannt. Ihre Mitgliederzahl stieg von 1.300 auf etwa 1.400. Neben der JN hat nur die »Wiking-Jugend« eine gewisse Bedeutung.
Die Führer dieser Jugendgruppen sind durchweg überzeugte Rechtsextremisten. Dies gilt jedoch – von der Parteijugend »Junge Nationaldemokraten« abgesehen – nicht für alle Mitglieder, die z.T. noch im Kindesalter sind. Jugendliche dürften sich oft weniger von der rechtsextremistischen Ideologie und Propaganda dieser Gruppen als vielmehr von der erwarteten Kameradschaft, Sport- und Freizeitangeboten sowie Zelt- und Lagerfeuerromantik angezogen fühlen. Die Führer setzen dies bewußt ein, um Jugendliche als Mitglieder zu gewinnen und dann politisch indoktrinieren zu können.

2. Rechtsextremistische Randgruppen

Rechtsextremistische Skinheads zählen zum neonazistischen Gewaltpotential

Mehr als 250 der rund 2.500 in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Skinheads können zum politischen Gewaltpotential des deutschen Rechtsextremismus gezählt werden. Sie sind bereit, sich für ihre politischen, gelegentlich auch rein provokativen Ziele mit Gewalt einzusetzen. So stach bei einer Auseinandersetzung zwischen Skinheads und Punkern auf einem Volksfest in Lübbecke am 12. August ein neonazistischer Skinhead auf einen Punker ein. Bei Auseinandersetzungen zwischen Skinheads und jugendlichen Türken in Hannover verletzte am 12. November ein 19jähriger Skinhead einen 15jährigen Türken mit Messerstichen lebensgefährlich.

3. »Wiking-Jugend« (WJ)

Die WJ ist eine nach dem Führerprinzip geleitete, einer »Nordlandideologie« nacheifernde Jugendorganisation mit rund 400 Mitgliedern. Sie empfindet sich in der Tradition der ehemaligen »Hitler-Jugend«.

»Wiking-Jugend« weiter Hand in Hand mit Neonazis

Die WJ arbeitet eng mit dem MOSLER-Flügel der neonazistischen »Bewegung« zusammen. Von den 200 Personen, die vom 20. – 25. Mai am WJ-Pfingstlager in Hermannsburg-Hetendorf (Kreis Celle) teilnahmen, gehörte etwa die Hälfte der »Bewegung« an. Das Lager wurde als die »34. Tage Volkstreuer Jugend« durchgeführt.
Ein aus Anlaß des ersten Todestages von Rudolf HESS am 17. August in Wunsiedel geplanter »Gedenkmarsch« der WJ unterblieb, weil der Landrat des Kreises Wunsiedel alle öffentlichen Veranstaltungen im Stadtgebiet verboten hatte.
Der »Arbeitskreis Junge Familie« mit der dazugehörenden Jugendorganisation »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund« führte seit der Abspaltung von der WJ im September 1987 eigene Zeltlager durch, an denen bis zu 40 Anhänger teilnahmen. In ihrem Programm werden alle »volkstreu« eingestellten Deutschen aufgerufen, durch das eigene Vorleben Beispiel zu sein gegen den »Ungeist« in unserem Volk.

VI. Rechtsextremistische Verlage, Vertriebsdienste und Computerspiele

Die rechtsextremistischen organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste gaben auch 1988 beträchtliche Mengen rechtsextremistischer Druckerzeugnisse heraus.

1. Zeitungs- und Schriftenverlage

Die Zahl der organisationsungebundenen Zeitungs- und Schriftenverlage ging von 18 auf 16 zurück. Die rechtsextremistische Publizistik griff die seit Jahren gleichen Themen auf: Das Leugnen bzw. Verharmlosen von NS-Verbrechen, das Bestreiten der deutschen Kriegsschuld sowie die Verherrlichung HITLERs und dessen Stellvertreters HESS, der als »Märtyrer für Deutschland« verehrt wird. Ausländerfeindliche und antisemitische Inhalte waren weiterhin charakteristisch für eine Vielzahl veröffentlichter Artikel.
Außer den »national-freiheitlichen« Blättern (vgl. Kap. III, Ziff. 2.1) sind erwähnenswert: Die Monatsschriften »Deutsche Monatshefte«, »Nation Europa« und »Code« sowie die Vierteljahresschrift »Deutschland in Geschichte und Gegenwart«.

2. Buchverlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der organisationsungebundenen Buchverlage und Vertriebsdienste blieb 1988 auf dem Stand des Vorjahres (24).

3. Computerspiele

Die Verbreitung rechtsextremistischer Computerspiele nimmt zu

Computerdisketten mit antisemitischen, ausländerfeindlichen und dem Führerkult huldigenden Primitiv-»Spielen« werden verstärkt »unter der Hand« in jugendlichen Kreisen vertrieben. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS) hat mittlerweile eine Reihe dieser Machwerke unbekannter Hersteller wie »Anti-Türken-Test«, »Ariertest«, »Hitler Diktator« und »Sieg Heil!« indiziert.

VII. Verbindungen zu ausländischen rechtsgerichteten Organisationen

Rechtsextremistische Parteien streben neue Fraktion im nächsten Europaparlament an

Eine interessante Entwicklung im internationalen Rechtsextremismus war 1988 die Kontaktaufnahme der DVU – Liste D zu betont rechten bis rechtsextremistischen Parteien in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, um mit ihnen nach der Europawahl 1989 eine Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden. (vgl. Kap. III, Ziff. 2. 3). Die erheblichen Stimmengewinne des belgischen »Vlaams Blok« bei den dortigen Kommunalwahlen im Oktober (z. B. ca. 18 % in Antwerpen) bestärkten Dr. FREY in seiner Überzeugung, daß die »nationalen Kräfte« bei der Europawahl 1989 einen beachtlichen Erfolg erzielen könnten.

Wie in früheren Jahren gab es eine Reihe von Treffen deutscher Rechtsextremisten mit ausländischen Gesinnungsgenossen, z. B. am Rande der »Ijzerbedevaart« in Diksmuide, eines Treffens zum Gedenken an die Toten der Weltkriege, oder beim zweiten »Euroring Kongreß« des »Vlaamse Militanten Orde (VMO) – De Ring« in Belgien. Im April fand in Straßburg ein internationales Treffen von Rechtsextremisten statt, zu dem das »Mouvement de la Jeunesse d'Europe« (MJE), ein Zusammenschluß französischer, italienischer und griechischer rechtsextremistischer Parteijugendorganisationen, eingeladen hatte. Unter den über 500 Teilnehmern aus 20 europäischen Ländern war auch eine deutsche Delegation, der Mitglieder der NPD und der JN angehörten.

NS-Propaganda aus den USA . . .

Von nordamerikanischen Propagandazentren beziehen deutsche Neonationalsozialisten seit Jahren große Mengen neonazistischen Propagandamaterials. Insbesondere die »NSDAP-AO« (vgl. Kap. II., Ziff. 3.6) versorgt von ihrer Zentrale in Lincoln in Nebraska aus Gleichgesinnte in der Bundesrepublik Deutschland mit zahlreichem Propagandamaterial und dem zweimonatlich erscheinenden »NS Kampfruf«.

. . . aus Kanada

Der in Toronto/Kanada lebende deutsche Rechtsextremist Ernst ZÜNDEL (49) verbreitet in großem Umfang auch im Bundesgebiet Propagandamaterial, das er in seinem Verlag »Samisdat Publishers Ltd« verlegt. Seinen regelmäßig erscheinenden »Germania-Rundbrief« versendet er häufig unaufgefordert in das Bundesgebiet; darin bietet er u. a. Videofilme rechtsextremistischen Inhalts an. Am 13. Mai wurde er in Toronto wegen Verbreitens falscher Nachrichten – ZÜNDEL hatte öffentlich den Holocaust geleugnet – zu 9 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. In der Bundesrepublik Deutschland sind gegen ihn mehrere Ermittlungsverfahren anhängig, in deren Verlauf u. a. ein in Stuttgart eingerichtetes Spendenkonto beschlagnahmt und ein Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde.

. . . aus Österreich

. . . und der Schweiz

Auch rechtsextremistische Schriften aus Österreich und der Schweiz wurden im Bundesgebiet verbreitet, wie die wiederholt beschlagnahmte Monatsschrift »Sieg-AJ-Presse-Dienst« und der »schweizerische Eidgenoss«.

Ansprechpartner deutscher Rechtsextremisten war in Spanien bislang der »Círculo Español de Amigos de Europa« (CEDADE).

VIII. Deutscher rechtsextremistischer Terrorismus*

1. Anschläge

1988 wurden eine besonders schwere Brandstiftung, durch die vier Menschen ums Leben kamen, sowie 11 weitere Brandanschläge (1987: 8) bekannt, bei denen eine rechtsextremistische Motivation angenommen werden muß oder zumindest wahrscheinlich ist. Dafür sprechen die Begleitumstände, vor allem aber die Auswahl der Zielobjekte:

Vier Tote bei Brandanschlag in Schwandorf (Bayern)

In der Nacht zum 17. Dezember kamen bei einem Brand in einem überwiegend von Ausländern bewohnten Haus in Schwandorf (Bayern) vier Personen ums Leben. Es entstand ein Schaden von etwa einer Million DM. Ein 19jähriger Neonationalsozialist steht im Verdacht, die Brandstiftung begangen zu haben.

Unbekannte Täter legten am 21. Januar in einer Schule in Neumünster während einer Podiumsdiskussion zum Thema »Wir wollen keine Neonazis« einen Brand.

Wegen eines am 15. Juni in Witten angezündeten türkischen Lebensmittelgeschäftes wird gegen Anhänger der »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) ermittelt. Am gleichen Tag brach in Rendsburg in einem »Kommunikationszentrum«, das mit der Parole »Wir kommen wieder – FAP« beschmiert worden war, ein Feuer aus.

Aus einer Reihe von Brandanschlägen gegen Ausländerwohnungen im Sommer in Wiesbaden weisen fünf auf eine Täterschaft von Rechtsextremisten hin.

Am 8. Oktober schleuderten unbekannte Täter einen Molotowcocktail gegen ein Heim der »Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend« (SDAJ) in Hannover. Die SDAJ war Mitveranstalter einer Demonstration am 7. Oktober, die sich gegen Skinheadüberfälle auf türkische Jugendliche richtete.

FAP-Anhänger, die vom »Haß auf Ausländer, Asylanten und Linke« erfüllt waren, warfen am 3. Dezember in Gronau einen Brandsatz gegen ein Fenster des dortigen Jugendzentrums. Vier Rechtsextremisten wurden verhaftet; es konnten Waffen und Chemikalien sichergestellt werden.

Außerdem wurden 1988 noch 27 weitere Brandanschläge bekannt, bei denen angesichts der Tatausführung bzw. der Anschlagsziele rassistische Ausländerfeindlichkeit bzw. Antisemitismus zumindest mitursächlich gewesen sein können.

* Terrorismus ist der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff), oder durch andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen.

2. Verurteilungen

4 1/2 Jahre Freiheitsstrafe für den Rechtsterroristen NAUMANN

2.1 Das Oberlandesgericht Frankfurt/M. verurteilte am 14. Oktober den Rechtsterroristen Peter NAUMANN (36) rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von 4 1/2 Jahren. Der mitangeklagte Jürgen B. (31) erhielt eine Freiheitsstrafe von einem Jahr, die zur Bewährung ausgesetzt wurde. Die Verurteilung erging wegen:

- Der Herbeiführung eines Sprengstoffanschlages am 30. August 1978 auf die Gedenkstätte an den Fosse Ardeatine in Rom, die an die Erschießung italienischer Geiseln durch deutsche Streitkräfte im Jahre 1944 erinnert,

- der Verabredung zu Sprengstoffanschlägen auf Sendeeinrichtungen Ende 1978 anläßlich der damals bevorstehenden Fernsehserie HOLOCAUST,

- der Anfang 1982 versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung sowie

- des Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz.

NAUMANN war jahrelang Mitglied und Funktionär der NPD und der JN. 1985 gründete er die »Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund« (vgl. Kap. II, Ziff. 3.5).

Urteil gegen WSG-HOFFMANN rechtskräftig

2.2 Der Bundesgerichtshof verwarf mit Beschluß vom 25. August die Revision des Neonazis und ehemaligen Leiters der 1980 verbotenen »Wehrsportgruppe Hoffmann«, Karl-Heinz HOFFMANN (51), gegen das erstinstanzliche Urteil des Landgerichts Nürnberg-Fürth vom 30. Juni 1986 als unbegründet. HOFFMANN war seinerzeit u. a. wegen Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Geldfälschung und Vergehen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu 9 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden.

IX. Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug

1. Überblick

1988 wurden 1607 Gesetzesverletzungen* mit rechtsextremistischem Bezug (1987: 1447) erfaßt, davon 73 Gewaltakte (1987: 76). Sie gliedern sich wie folgt:

	1987	1988
Brandanschläge	8	12**
Körperverletzungen	38	36
Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung	30	25
Gewalttaten insgesamt	76	73
Gewaltandrohungen	115	83
Propagandadelikte, die den Tatbestand der §§ 86 I 4, 86 a StGB erfüllen (u. a. Schmier-, Klebe-, Plakat-, Flugblattaktionen)	1055	1222
Sonstige Gesetzesverletzungen	201	229
Insgesamt	1447	1607

2. Gewalttaten

Über die im Überblick genannten 12 Anschläge wird im Vorkapitel VIII, Ziffer 1, berichtet.
Die 1988 festgestellten 36 Körperverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug richteten sich in 17 Fällen gegen Asylbewerber

* Gesetzesverletzungen in diesem Sinne sind Straftaten, einschließlich strafbarer Versuchshandlungen und Ordnungswidrigkeiten, z. B. Terrorakte, Gewaltandrohungen, der unberechtigte Besitz von Waffen, Munition und Sprengstoff, das Verbreiten von Propagandamitteln und das Verwenden von Kennzeichen nationalsozialistischer Organisationen gem. den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a StGB. Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Gesetzesverletzung nur einmal gezählt, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand, mehrere Straftatbestände erfüllte, mehrere Handlungen umfaßte oder von mehreren Tätern gemeinschaftlich begangen wurde. Ein Vergleich der Gesamtzahl mit der Zahl der Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Bezug ist nur teilweise möglich, weil den §§ 86 Abs. 1 Nr. 4, 86 a StGB, die sich gegen nationalsozialistische Propaganda wenden, keine ebenso weitgehenden Strafvorschriften im Bereich des Linksextremismus entsprechen.

** Davon ein besonders schwerer Fall mit vier Todesopfern.

bzw. sonstige Ausländer, in 6 Fällen gegen politische Gegner. So wurde am 19. Februar bei einer Auseinandersetzung zwischen FAP-Anhängern und Hausbesetzern in Hannover einer der Hausbesetzer durch einen Messerstich in den Rücken und Tritte lebensgefährlich verletzt. Skinheads veranstalteten Messerstechereien mit Punks am 12. August in Lübbecke und mit Türken am 12. November in Hannover. Bei einem Überfall auf das Asylantenheim in Schriesheim (Rhein-Neckar-Kreis) wurden am 31. Januar zwei Inder durch Schläge erheblich verletzt sowie weitere Bewohner beleidigt und bedroht. Mit einer Strafe gemäß § 19 Jugendgerichtsgesetz (Jugendstrafe von unbestimmter Dauer – bis zu vier Jahren), fünf Haftstrafen zwischen 3 und 18 Monaten auf Bewährung und Geldbußen bis 2.500 DM ahndete das Landgericht Mannheim am 25. November diesen Überfall.
Die 25 Sachbeschädigungen mit erheblicher Gewaltanwendung verübten Rechtsextremisten überwiegend gegen Objekte politischer Gegner. Unter den Angriffszielen waren aber auch jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten (5 Fälle) sowie Objekte von Ausländern bzw. deren Unterkünfte (8 Fälle).
Auch 1988 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Linken bzw. Linksextremisten einerseits und Rechtsextremisten andererseits.

3. Gewaltandrohungen

Von den 83 im Berichtsjahr bekanntgewordenen Gewaltandrohungen richteten sich 32 (ca. 38,5 %) (1987: ca. 30 %) gegen ausländische Personen bzw. Objekte.
In 25 Fällen (ca. 30 %) (1987: 27 %) waren die Drohungen begleitet von Beleidigungen und Verunglimpfungen gegen jüdische Personen.

4. Sonstige Gesetzesverletzungen

Von den 1.451 (1987: 1.256) Gesetzesverletzungen ohne Gewaltbezüge waren 886 (rund 61 %) Schmier-, Klebe-, Plakataktionen nach den §§ 86 I 4, 86 a StGB.

5. Beweggründe/Zielrichtungen

314 (1987: 300) Gesetzesverletzungen (rund 19,5 %) hatten antisemitischen Charakter. Bei 36 (1987: 26) der insgesamt 62 (1987: 42) bekanntgewordenen Schändungen jüdischer Friedhöfe und Einrichtungen liegen konkrete Hinweise auf eine rechtsextremistische Motivation vor.
371 (1987: 344) Gesetzesverletzungen (rund 23 %) waren durch eine ausländerfeindliche Motivation gekennzeichnet.

205 Gesetzesverletzungen ereigneten sich im November 1988. Davon hatten 41 einen konkreten Bezug zum 50. Jahrestag der sog. Reichspogromnacht am 9./10. November. Die meisten dieser Gesetzesverletzungen erfolgten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern.

X. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

1. Verurteilungen

Eine Gliederung der Verurteilungen nach dem Strafmaß ergibt folgendes Bild (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

19	(12)	Freiheitsstrafen von mehr als einem Jahr, davon 5 (6) ohne Bewährung
38	(19)	Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, davon 2 (8) ohne Bewährung
47	(31)	Geldstrafen
39	(29)	sonstige Schuldsprüche, wie Verwarnungen mit Strafvorbehalt, Geldbußen, Arbeitsauflagen, Arreste.

Von den insgesamt 143 (91) im Jahre 1988 ergangenen Verurteilungen wurden 56 (51) in diesem Jahr auch rechtskräftig.

2. Anklagen

1988 wurde gegen 194 (143) Personen Anklage erhoben.

XI. Dokumentation

1. »Die Neue Front« (Gruppe KÜHNEN), 54/88,S. 3 ff.
2. »Die Neue Front« (Gruppe KÜHNEN), 52/88, S. 5 f.
3. »Nachrichten der HNG«, 94/88, S. 9 und 95/88, S. 14
4. Grundsatzprogramm, Ziff. 2 u. 7
5. Grundsatzprogramm, Ziff. 6
6. »NS-Kampfruf« 65, S. 9 ff.; 67, S. 4 ff.; 69, S. 12
7. »NS-Kampfruf« 67, S. 1 ff.; 68, S. 5 ff.; 69, S. 2 ff.; 70, S. 4 ff.; 71, S. 2 ff.; 72, S. 4
8. »Die Kampfgefährtin«, 36/88, S. 3
9. »Flensborg Avis« vom 24. 1. 1985
10. »Deutsche National-Zeitung« 30/88, S. 1
11. »Deutsche National-Zeitung« 35/88, S. 1
12. »Deutsche National-Zeitung« 38/88, S. 1
13. »Deutscher Anzeiger« 35/88, S. 1
14. »Deutsche National-Zeitung« 42/88, S. 1
15. »Deutsche National-Zeitung« 41/88, S. 1
16. »Deutscher Anzeiger« 35/88, S. 1
17. »Deutsche Wochen-Zeitung« 21/88, S. 4
18. »Deutsche National-Zeitung« 39/88, S. 3
19. Info-Blatt: »Ungewöhnliche Fragen«

XII. Übersicht über erwähnenswerte rechtsextremistische Organisationen und Verlage sowie deren wesentliche Presseerzeugnisse

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
1. Neonazistische Gruppen			
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) – Wiesbaden –	15	(25)	
Bürger- und Bauerninitiative e.V. (BBI) – Hannover –	100	(100)	Die Bauernschaft – Vierteljährlich – (4.000)
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI) – Schwarzenborn/Schwalm-Eder-Kreis –	120	(120)	Der Fackelträger – unregelmäßig –; Deutsche Bürgerinitiative e. V. – weltweit – zweimonatlich –; Deutscher Jahresweiser – Vierteljährlich – (zusammen mehrere Tausend)
Die Bewegung (Gruppe KÜHNEN und Gruppe MOSLER) auch: – Antizionistische Aktion – Freiheitspartei – Berlin – – Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front – Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf HITLERs (KAH) – Nationale Sammlung	500	(500)	Die Neue Front (Gruppe KÜHNEN) – monatlich – (mehrere Hundert); Die Neue Front (Gruppe MOSLER) – monatlich – (mehrere Hundert)
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) (Gruppe MOSLER und Anhängerschaft KÜHNENs) – Stuttgart –	450	(500)	Der Volksgenosse – monatlich – (mehrere Hundert); Deutscher Standpunkt – monatlich – (mehrere Tausend); FAP-Intern (mehrere Hundert);

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
Hilfsorganisation für nationale und politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) – Frankfurt/M. –	220	(220)	Nachrichten der HNG – monatlich – (300)
Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e. V. (IHV) – Ludwigshafen/Rhein –			Der Schulungsbrief – monatlich – (100)
Nationalistische Front (NF) – Bielefeld – auch: Klartext-Verlag – Gütersloh –	80	(80)	Nachrichten aus der Scene – unregelmäßig – (2000); Klartext – unregelmäßig – (mehrere Tausend)
Neonazikreis um C. MÜLLER – Mainz –			
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) (Stützpunkte in der Bundesrepublik Deutschland)			NS-Kampfruf – zweimonatlich – (mehrere Tausend)

2. National-Freiheitliche Organisationen:

Deutsche Volksunion – Liste D (DVU – Liste D) – München –	über* 6.000	(2.500)	
Deutsche Volksunion e. V. (DVU) – München – einschließlich: – Aktion deutsche Einheit (AKON) – Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF) – Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur – Ehrenbund RUDEL	über** 12.000	(über 12.000)	Deutscher Anzeiger (DA) – wöchentlich –

* Lt. Angaben von Dr. FREY: 7.000
** Lt. Angaben von Dr. FREY: mehr als 16.000

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
– Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.) – Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)			
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) – München –			Deutsche National-Zeitung (DNZ) – wöchentlich –; Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) – wöchentlich –; (DA, DNZ und DWZ zusammen 110.000)

3. Nationaldemokratische Organisationen:

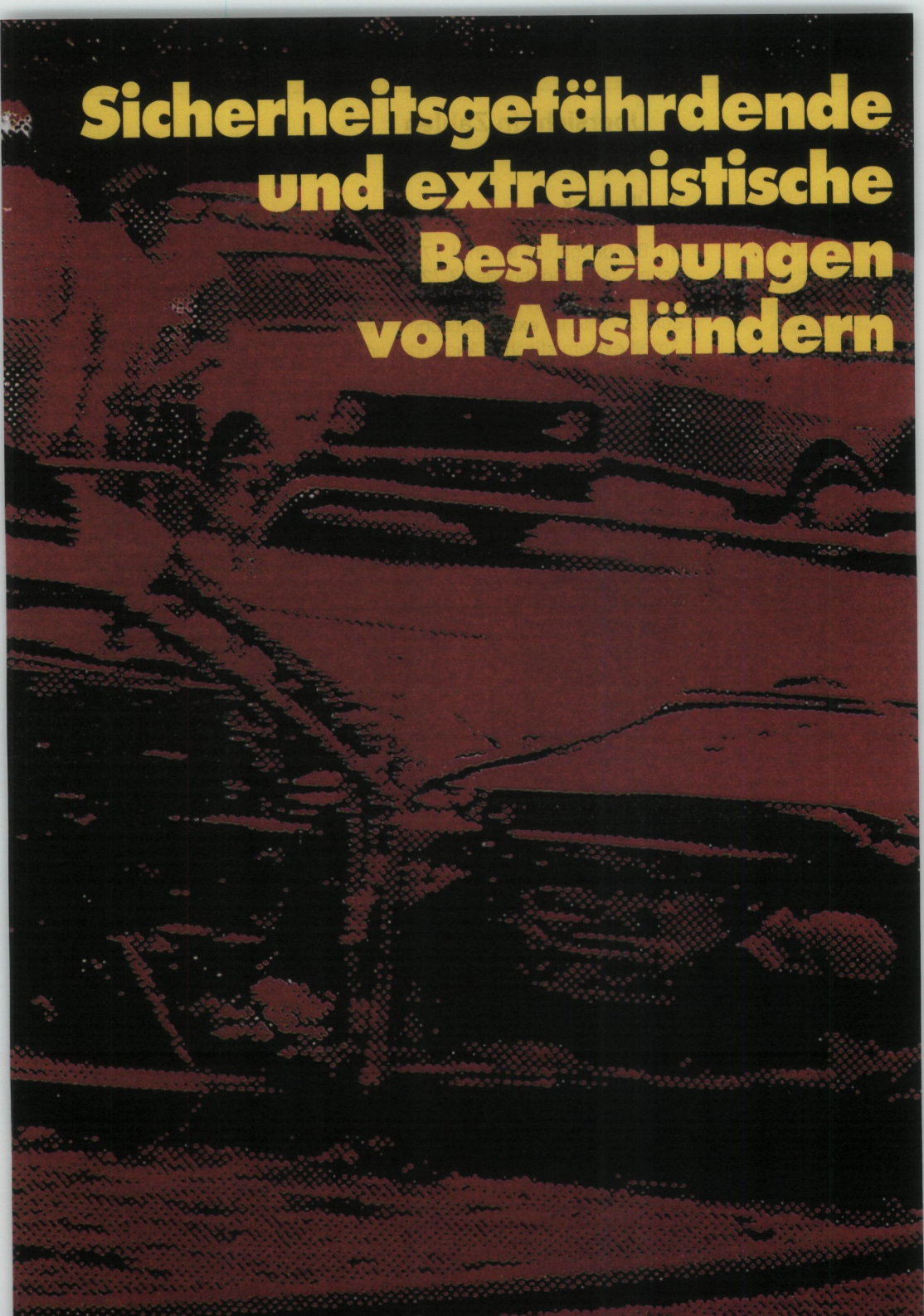
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) – Stuttgart –	6.400	(6.200)	Deutsche Stimme – monatlich – (über 180.000)
Junge Nationaldemokraten (JN) – Stade –	800	(750)	Junge Stimme – unregelmäßig – (über 1.000)

4. Sonstige Organisationen

Die Deutsche Freiheitsbewegung e. V. (DDF) – Bad Bocklet –	über 100	(über 100)	Der Bismarck-Deutsche – monatlich – (mehrere Tausend)
Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) – Ellerau –	über 100	(mehrere hundert)	Neue Anthropologie – unregelmäßig – (über 1.000)
Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) – München –	mehrere hundert	(mehrere hundert)	Das freie Forum – vierteljährlich – (über 600)
Wiking Jugend e. V. (WJ) – Stolberg –	400	(400)	Wikinger – vierteljährlich – (weniger als 1.000)

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988 (1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise und Auflagen – z. T. geschätzt)
5. Verlage		
Grabert-Verlag – Tübingen –		Deutschland in Geschichte und Gegenwart – vierteljährlich – (3.000)
Nation Europa-Verlag – Coburg –		Nation Europa – monatlich – (10.000)
Türmer-Verlag – Berg am Starnberger See –		Deutsche Monatshefte (DM) – monatlich – (4.000)
Verlag Diagnosen GdbR – Leonberg –		CODE – monatlich – (mehrere Tausend)

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern



I. Übersicht in Zahlen

1. Überblick

Anteil extremistischer Ausländer an ausländischer Wohnbevölkerung sinkt erneut

Im Bundesgebiet leben 4.776.250* (Stand: 30. 9. 1988) ausländische Staatsangehörige. 3.723.700 davon sind über 16 Jahre alt. Nach Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden sind von diesen 2,7 % in extremistischen Vereinigungen** organisiert; der Anteil extremistischer Ausländer an der – wiederum gewachsenen – ausländischen Wohnbevölkerung ist damit gegenüber dem Vorjahr (3,1 %) erneut leicht gesunken.

Tabelle 1

Vergleichszahlen der ausländischen Wohnbevölkerung, Ausländer über 16 Jahre und Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflußter Organisationen (Vergleichszahlen 1987 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Wohnbevölkerung	Ausländer über 16 Jahre	Mitglieder extremistischer bzw. extremistisch beeinflußter Organisationen über 16 Jahre	Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung über 16 Jahre
Kurden*	–	–	2.750	–
	(–)	(–)	(2.400)	(–)
Araber**	153.850	104.600	3.000	2,9 %
	(142.600)	(97.400)	(3.300)	(3,4 %)
Iren***	9.400	8.900	–	–
	(7.000)	(6.500)	(–)	(–)
Türken****	1.523.950	1.038.900	31.500	3,0 %
	(1.450.400)	(980.100)	(39.950)	(4,1 %)
Iraner	83.450	67.250	3.450	5,1 %
	(75.000)	(61.700)	(2.850)	(4,6 %)
Jugoslawen	610.300	482.050	900	0,2 %
	(591.400)	(465.600)	(950)	(0,2 %)
Sonstige*****	2.395.250	2.022.000	60.000	3,0 %
	(2.268.900)	(1.910.100)	(59.150)	(3,1 %)
Insgesamt	4.776.200	3.723.700	101.600	2,7 %
	(4.535.300)	(3.521.400)	(108.600)	(3,1 %)

* Ergebnis der Volkszählung zum Stichtag 25. Mai 1987: 4,146 Millionen. Eine Fortschreibung auf der Basis des Volkszählungsergebnisses wird vorbereitet.

** Darunter werden hier solche Organisationen der im Bundesgebiet lebenden Ausländer verstanden, deren Bestrebungen sich im Sinne von § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (sog. Bundesverfassungsschutzgesetz) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder – aus politischen Motiven – gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten oder die durch Anwendung von Gewalt oder hierauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

* Zu den Kurden, die in verschiedenen Staaten beheimatet sind, liegen keine Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zu Ausländern über 16 Jahren vor.

** Hierunter sind die Staatsangehörigen der Staaten der »Arabischen Liga«zusammengefaßt.

*** Wegen fehlender Organisationsstruktur können keine Angaben über Mitgliederzahlen gemacht werden.

**** Bevölkerungszahl einschließlich türkischer Kurden

***** Bei folgenden »Sonstigen« Nationalitäten liegen Erkenntnisse über extremistische bzw. extremistisch beeinflußte Organisationen vor: Armenier, Äthiopier, Afghanen, Bulgaren, Chilenen, Griechen, Inder, Italiener, Pakistani, Portugiesen, Spanier, Tamilen, Vietnamesen und Organisationen mit national gemischter Mitgliedschaft.

2. Organisationen

Anzahl der Organisationen ausländischer Extremisten nimmt geringfügig zu

Die Zahl der Organisationen ausländischer Extremisten und der von ihnen beeinflußten und im Bundesgebiet aktiven Vereinigungen nahm geringfügig zu. Ende 1988 waren den Behörden für Verfassungsschutz insgesamt 112 Organisationen (1987: 105) bekannt, die aufgrund ihrer Ziele und des Verhaltens ihrer Anhänger als extremistisch einzuschätzen sind.

Tabelle 2

Anzahl der im Bundesgebiet aktiven extremistischen und extremistisch beeinflußten Ausländervereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort (Vergleichszahlen 1987 in Klammern).

Staatsangehörigkeit bzw. Volkszugehörigkeit	Orthodox-kommunistische Gruppen	»Neue Linke«* und sozialrevolutionäre Gruppen	Rechtsextremistische Gruppen**	Extremnationalistische Gruppen***	Islamisch-extremistische Gruppen****	Insgesamt
Kurden	9 (8)	1 (3)	– (–)		– (–)	10 (11)
Araber	2 (2)	13 (14)	– (–)		3 (4)	18 (20)
Iren	– (–)	1 (1)	– (–)		– (–)	1 (1)
Türken******	5 (6)	18 (5) *****	– (–)	1 (1)	3 (4)	27 (16)
Iraner	3 (3)	6 (6)	– (1)	1 (–)	1 (1)	11 (11)
Jugoslawen	– (–)	2 (2)	– (–)	5 (5)	– (–)	7 (7)
Sonstige	18 (18)	12 (13)	2 (2)	3 (3)	3 (3)	38 (39)
Insgesamt	37 (37)	53 (44)	2 (3)	10 (9)	10 (12)	112 (105)

* Zur »Neuen Linken« werden hier solche linksextremistischen Gruppen gezählt, die den orthodoxen, moskauorientierten Kommunismus ablehnen, einschließlich der Gruppen mit sozialrevolutionär nationalistischer Einstellung.

** Unter rechtsextremistischen Gruppen werden hier die ausländischen Vereinigungen verstanden, die demokratische freiheitliche Grundwerte aus nationalistischen Gründen ablehnen und bekämpfen.

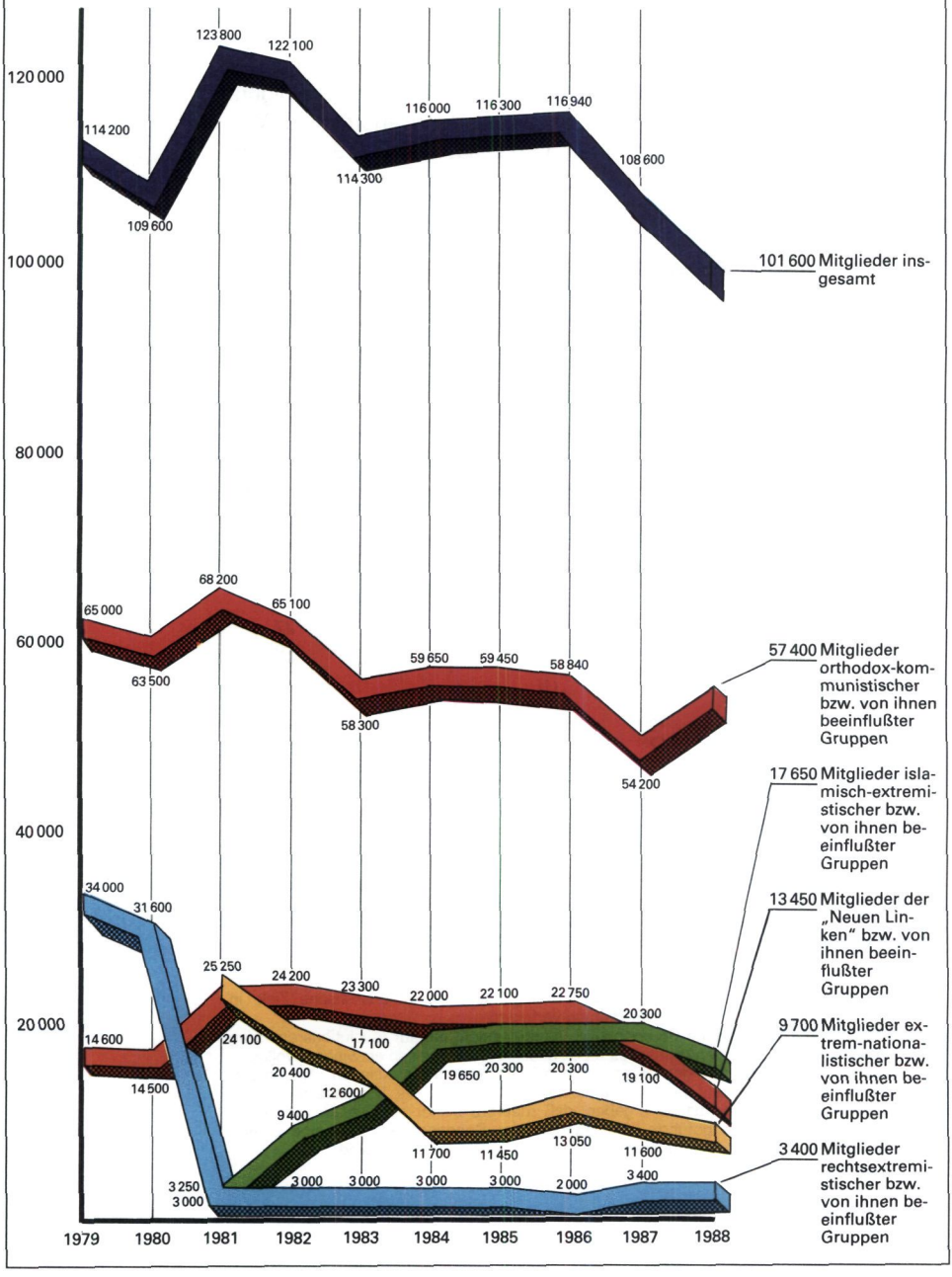
*** *Extremnationalistische Gruppen sind Vereinigungen, die nationalistische Ziele in* aktiv kämpferischer, aggressiver Haltung verfolgen.

**** Islamisch-extremistische Gruppen sind Vereinigungen, die auf revolutionärem Weg ein islamisch fundamentalistisches theokratisches Staatswesen erzwingen wollen.

***** Die Zunahme der Zahl der Organisationen im Bereich der türkischen »Neuen Linken« beruht nicht auf einem entsprechenden Anstieg des Mitgliederpotentials. Neuere Erkenntnisse haben ergeben, daß mehrere bisher als Gliederungen einer Gesamtorganisation geführte Vereinigungen im Bundesgebiet über eine eigene Organisationsstruktur verfügen und unabhängig voneinander tätig sind.

****** ohne Kurden

Mitgliederentwicklung bei ausländischen Extremistengruppen und extremistisch beeinflußten Gruppierungen



3. Mitglieder

Gesamtstärke ausländischer Extremisten nimmt ab

Die Gesamtmitgliederstärke der Gruppen extremistischer Ausländer nahm 1988 um 7.000 Personen ab. Der Rückgang beruht nicht zuletzt darauf, daß sich der bereits 1987 zu beobachtende Mitgliederverlust im Bereich des türkischen Extremismus fortgesetzt hat. Von den 101.600 Mitgliedern und Anhängern extremistischer Ausländerorganisationen gehörten 57.400 (1987: 54.200) orthodox-kommunistischen und 13.450 (1987: 19.100) Vereinigungen der »Neuen Linken«, d. h. insgesamt 70.850 linksextremistischen Gruppen an.
Rechtsextremistische Gruppen zählten wie im Vorjahr 3.400 Mitglieder, islamisch-extremistische Vereinigungen 17.650 (1987: 20.300) und extrem-nationalistische Organisationen 9.700 (1987: 11.600).

4. Publizistik

Anzahl der Publikationen extremistischer Ausländerorganisationen sinkt leicht

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften von Organisationen ausländischer Extremisten sank 1988 von 213 auf 205; hiervon werden 180 im Ausland gedruckt. 76 % der Schriften verbreiteten linksextremistisches Gedankengut, davon annähernd zwei Drittel die Agitation der »Neuen Linken«. Die restlichen 24 % waren rechtsextremistisch bzw. extrem-nationalistisch oder islamisch-extremistisch ausgerichtet.

5. Gewaltaktionen

Zahl der Gewaltaktionen ausländischer Extremisten nimmt ab, aber . . .

Auch 1988 wendeten ausländische Extremisten vielfach Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele an; 120 (1987: 139) politisch motivierte versuchte und vollendete Gewaltaktionen waren zu verzeichnen. Dabei wurden etwa 40 Personen (1987: 70) verletzt, eine von ihnen sehr schwer – Anhänger einer militanten Gruppe der türkischen »Neuen Linken« schossen bei einem Überfall auf das Büro einer türkischen Tageszeitung in Berlin (West) am 7. Dezember einem anwesenden türkischen Besucher in den Kopf.

. . . Einstellung ausländischer Extremisten zur Gewalt bleibt unverändert

Die leicht rückläufige Gesamtzahl der Gewaltaktivitäten ist kein Indiz dafür, daß ausländische Extremisten ihre Einstellung zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung geändert hätten. Der Rückgang beruht nicht zuletzt darauf, daß die gewalttätige »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK), geschwächt durch Festnahmen unter ihren Führungskadern, ihren früher von Gewalthandlungen begleiteten aggressiven Aktionismus ab Mitte 1988 zumindest zeitweilig auf verbale Proteste umstellte.

Drei Sprengstoffanschläge sind irischen Nationalisten zuzurechnen, die 1988 ihre Terroraktionen gegen Angehörige und Einrichtungen der britischen Rheinarmee intensivierten. Brandanschläge wurden von kurdischen und türkischen Extremisten verübt. Auch für die Sachbeschädigungen, deren Anzahl erheblich zunahm, zeichneten überwiegend türkische und kurdische Extremisten verantwortlich. Extremistische Kurden, Araber, Türken und Iraner bedrohten politisch andersdenkende ausländische Staatsangehörige, Industrieunternehmen, Diplomaten, Mitarbeiter eines US-amerikanischen Senders im Bundesgebiet und den Flugverkehr mit Terror- und Gewaltankündigungen.

Tabelle 3

Übersicht zu politisch motivierten Gewaltaktionen von Ausländern im Bundesgebiet 1988 (Vergleichszahlen 1987 in Klammern)*

Terrorakte** und andere schwere Gewaltakte	ausgeführte bzw. versuchte oder vorbereitete Gewaltaktionen	angedrohte Gewaltaktionen	Insgesamt
Tötungsdelikte	1 (8)	5 (6)	6 (14)
Sprengstoffanschläge	5 (2)	12 (9)	17 (11)
Brandanschläge	3 (16)	– (–)	3 (16)
Menschenraub u.ä.	3 (–)	– (1)	3 (1)
Zwischensumme	12 (26)	17 (16)	29 (42)
Sonstige Gewaltakte			
Körperverletzungen	13 (24)	– (–)	13 (24)
Sachbeschädigungen	21 (7)	– (–)	21 (7)
Verstöße gegen das VersammlG, Hausfriedensbruch u.ä.	57 (66)	– (–)	57 (66)
Insgesamt	103 (123)	17 (16)	120 (139)

* In der Übersicht ist jede gewaltsame Aktion und sonstige Gesetzesverletzung nur einmal gezählt. Sind z. B. während einer Demonstration mehrere Körperverletzungen eingetreten, erscheinen sie nur als eine Gewalttat in der Rubrik Körperverletzungen. Sind im Verlauf einer Aktion mehrere der in den Rubriken genannten Gesetzesverletzungen (z. B. Körperverletzung und gleichzeitig Sachbeschädigung) eingetreten, so wurde die Aktion nur in der Rubrik des schwerer wiegenden Verstoßes aufgenommen.

** Terrorakte sind Anschläge, d. h. schwerwiegende Straftaten, wie sie insbesondere in § 129 a Abs. 1 des Strafgesetzbuches genannt sind (vor allem: Mord, Totschlag, erpresserischer Menschenraub, Brandstiftung, Herbeiführung einer Explosion durch Sprengstoff) und andere Gewalttaten, die der Vorbereitung solcher Straftaten dienen, sofern diese Taten gezielt im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes für politische Ziele begangen werden. Nicht hierunter fallen Anschläge, die spontan, etwa aus gewalttätig verlaufenden Demonstrationsveranstaltungen heraus, durchgeführt werden.

II. Mitgliederentwicklung* und Aktionsschwerpunkte einzelner Ausländergruppen

1. Kurden

1.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1988 (1987)
2.150	600	–	2.750 (2.400)

1.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die »Arbeiterpartei Kurdistans« (PKK), die die Führungsrolle im Kampf der Kurden um einen eigenen Staat beansprucht, war auch 1988 die mit Abstand aktivste und militanteste Vereinigung extremistischer Kurden. Die in den Vorjahren zu verzeichnende Serie schwerer Gewalttaten von PKK-Anhängern gegen Angehörige konkurrierender Kurdenorganisationen und abtrünnige Mitglieder setzte sich allerdings nicht fort. Erneut war die Gruppe um die Verbesserung ihres Organisationsstandes bemüht; so gab sie Anfang des Jahres die Gründung mehrerer Hilfsorganisationen ihres »Befreiungskampfes« bekannt.

PKK-Angehörige entführten Anfang Februar in Braunschweig und Bielefeld zwei ehemalige Anhänger der Organisation, um sie in Köln vor ein »Volksgericht« der Partei zu stellen. Die polizeilichen Ermittlungen führten zur Verhaftung von insgesamt 14 hochrangigen Parteifunktionären.

Verhaftung hochrangiger PKK-Funktionäre löst Protestwelle der Anhängerschaft aus

Die Exekutivmaßnahmen lösten heftige Proteste der Anhängerschaft der PKK aus. Die Aktionen umfaßten eine Reihe verbaler Proteste, aber auch mehr als ein Dutzend – teilweise gewaltsamer – Besetzungen im In- und Ausland; in vier Fällen waren deutsche diplomatische Einrichtungen Ziel dieser Aktionen. Zu offenbar zentral gesteuerten Protestaktionen kam es am 12. März an deutschen Grenzübergängen in die Niederlande, nach Dänemark, Frankreich und in die Schweiz; hieran beteiligten sich insgesamt mehr als 500 mutmaßliche PKK-Anhänger.

Die unveränderte Militanz in den Reihen der PKK machte insbesondere die Besetzung des türkischen Honorarkonsulats in Basel am 12. Juli deutlich. Dort nahmen 25 PKK-Anhänger einen Polizeibeamten und einen Journalisten als Geiseln und verbarrikadierten sich in dem Gebäude. Als die Polizei das Gelände unter Einsatz von Tränengas räumte, leisteten die Besetzer erheblichen Widerstand.

* Die Zahlenangaben beruhen auf Schätzungen. Veränderungen der Mitgliederzahlen gegenüber dem Vorjahr können auch auf neuere Erkenntnisse zurückzuführen sein, bedeuten daher nicht immer einen tatsächlichen Mitgliederzuwachs bzw. -verlust.

Sie benutzten Feuerlöscher und Rauchkörper gegen die Beamten und legten Feuer in dem Gebäude.

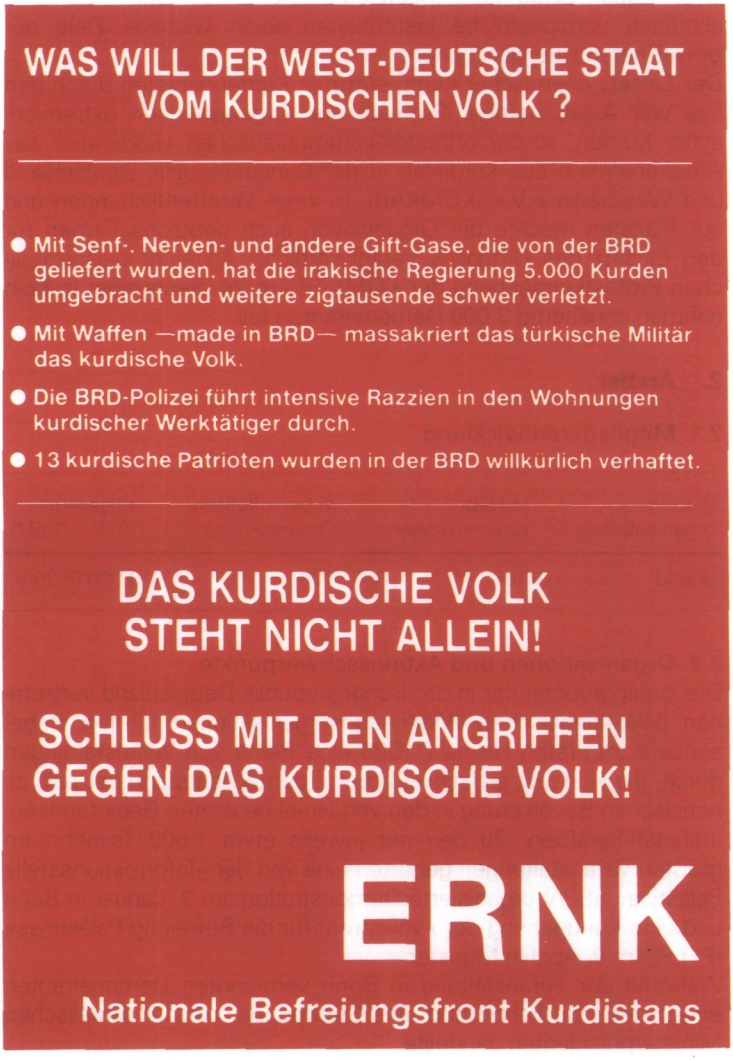
Die PKK-Basisorganisation »Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.« (FEYKA-Kurdistan) organisierte am 19. März in Bonn eine Solidaritätsveranstaltung zugunsten der Inhaftierten, an der etwa 1.750 Personen teilnahmen. Etwa 4.000 Personen beteiligten sich am 10. September in Karlsruhe an einer Veranstaltung der PKK aus demselben Anlaß vor dem Gebäude des Bundesgerichtshofes.

Ab Mitte des Jahres wich der aggressive Aktionismus der PKK verbalen Protesten. In einer im Juli veröffentlichten Flugschrift

behauptete die Partei, mit den Exekutivmaßnahmen gegen kurdische Patrioten greife der westdeutsche Imperialismus offen zur Gewalt und habe damit sogar den türkischen Staat überholt[1].

GBA erhebt Anklage gegen PKK-Angehörige wegen Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

Der Generalbundesanwalt hat am 8. November vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf Anklage gegen 16 PKK-Mitglieder erhoben. Ihnen wird die Mitgliedschaft oder Unterstützung einer terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK sowie die Teilnahme an Freiheitsberaubungen und gefährlichen Körperverletzungen vorgeworfen. 14 von ihnen werden beschuldigt, an der Ermordung von drei Landsleuten beteiligt gewesen zu sein sowie einen weiteren Mord versucht zu haben.



Wie auch in den Vorjahren erinnerte die PKK in den Monaten Juli/August durch verschiedene Veranstaltungen an die Aufnahme des terroristisch geführten Kampfes ihrer »Volksbefreiungsarmee Kurdistans« (ARGK) in der Türkei am 15. August 1984. An einer Kundgebung am 13. August in Fallingbostel nahmen etwa 3.500 Personen teil.

Anhänger der PKK-Propagandaorganisation »Nationale Befreiungsfront Kurdistans« (ERNK) klebten Anfang April in mehreren Städten des Bundesgebietes Plakate, auf denen wegen angeblich bevorstehender Bombenanschläge vor Reisen in die Türkei gewarnt wurde[2]. In einem Schreiben an Münchener Reisebüros wiederholte die Organisation diese Warnungen und betonte, sowohl militärische als auch wirtschaftliche Institutionen seien wichtige Ziele der bewaffneten Guerillaaktionen.

Giftgaseinsatz in Kurdengebieten führt zu heftigen Protesten extremistischer Kurdenorganisationen

Der Einsatz chemischer Kampfstoffe in Kurdengebieten durch den Irak war Anlaß heftiger Proteste von Organisationen extremistischer Kurden, so der orthodox-kommunistischen »Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V.« (KOMKAR). In ihren Veröffentlichungen und auf Plakaten machte die Organisation auch deutsche Firmen für den Einsatz des Giftgases verantwortlich[3]. An einer diesbezüglichen Protestkundgebung der KOMKAR am 24. September in Köln nahmen annähernd 3.000 Demonstranten teil.

2. Araber

2.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1988 (1987)
2.800	100	100	3.000 (3.300)

2.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Palästinensische Organisationen agitieren gegen das Vorgehen Israels in den besetzten Gebieten

Die Zweiggruppen der in der Bundesrepublik Deutschland vertretenen palästinensischen Widerstandsorganisationen führten insbesondere im ersten Halbjahr 1988 eine Reihe von Veranstaltungen durch, die sich fast ausschließlich mit dem Widerstand der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten (sog. Intifada) befaßten. Zu den mit jeweils etwa 1.500 Teilnehmern größten Veranstaltungen gehörten eine von der »Informationsstelle Palästina« (ISPA) organisierte Demonstration am 2. Januar in Bonn und eine Kundgebung der »Volksfront für die Befreiung Palästinas« (PFLP) am 9. April in Münster.

Während der Veranstaltung in Bonn verbrannten Demonstranten eine israelische Fahne und eine Strohpuppe, die den israelischen Ministerpräsidenten darstellte.

Im übrigen konnten die palästinensischen Organisationen – auch die FATAH als größte Gruppierung – ihre Mitglieder nicht zu einer stärkeren Beteiligung an politischen Aktivitäten bewegen. Die hauptsächlich von der FATAH beeinflußten Organisationen »Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.« (PSV) und »Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (PAV) befaßten sich 1988 vornehmlich mit der Herausgabe von Schriften, die auf die Situation in den israelisch besetzten Gebieten hinwiesen.

2.3 Gewalttaten

Schiitische und palästinensische Extremisten beeinträchtigten 1988 die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland durch terroristische Aktivitäten:

Schiitische Extremisten entführen erneut einen deutschen Staatsangehörigen in Beirut

Angehörige der pro-iranischen schiitisch-extremistischen »Hizb Allah« (Partei Gottes) entführten am 27. Januar in Beirut einen dort lebenden Deutschen; nach 32 Tagen ließen sie ihn wieder frei. Bei den Entführern, die sich als Freunde Mohamad Ali HAMADIs (s. u.) bezeichneten, dürfte es sich um denselben Personenkreis handeln, der bereits 1987 in Beirut zwei Deutsche verschleppt hatte. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte am 19. April den Libanesen Abbas Ali HAMADI wegen Beteiligung an der Geiselnahme der beiden Deutschen im Jahr 1987 und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz zu dreizehn Jahren Freiheitsstrafe. Das Strafverfahren gegen dessen Bruder Mohamad Ali HAMADI, der vor dem Landgericht Frankfurt/M. u. a. wegen Mordes und der Beteiligung an der Entführung eines US-Verkehrsflugzeuges im Jahr 1985 angeklagt ist, dauerte Ende 1988 noch an.*

* Er wurde am 17. 5. 1989 zu lebenslänglicher Haft verurteilt.

Palästinensisches Terrorkommando im Bundesgebiet ausgehoben

Am 26. und 27. Oktober konnten die deutschen Sicherheitsbehörden ein Terrorkommando der von der syrischen Regierung geduldeten und unterstützten »Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando« (PFLP-GC) ausheben. In mehreren Bundesländern wurden insgesamt siebzehn Personen vorläufig festgenommen, darunter ein mutmaßliches Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der PFLP-GC; Ende 1988 befanden sich noch drei Verdächtige in Untersuchungshaft. Bei Wohnungsdurchsuchungen wurden u. a. zahlreiche Waffen, darunter eine Panzerfaust und Maschinenpistolen sowie Granaten, Sprengstoff und eine geschickt getarnte Sprengvorrichtung sichergestellt, die mit einer auf die Veränderung des Luftdrucks reagierenden Zündvorrichtung gekoppelt war. Das PFLP-GC-Kommando steht im Verdacht, unter der Leitung der Zentrale der Organisation in Damaskus Anschläge, u. a. auf den zivilen Luftverkehr, geplant zu haben. Es besteht ferner der Verdacht, daß die PFLP-GC für zwei Sprengstoffanschläge auf Bahnanlagen im Bundesgebiet im August 1987 und April 1988 verantwortlich ist, die sich gegen US-amerikanische Militärzüge richteten.

3. Iren/Nordiren

Irische Nationalisten verüben Serie von Terrorakten auf dem europäischen Kontinent

Die »Provisional Irish Republican Army« (PIRA) setzte ihre mit dem schweren Bombenanschlag auf das Hauptquartier der britischen Rheinarmee in Mönchengladbach-Rheindahlen am 23. März 1987 begonnene Serie von Terrorakten auf dem europäischen Kontinent fort. Bis Ende 1988 wurden bei diesen Gewalttaten vier Soldaten der britischen Rheinarmee getötet und 47 Personen zum Teil schwer verletzt.

In Nieuw-Bergen/Niederlande explodierte am 30. April unter dem Pkw eines britischen Soldaten ein Sprengkörper. Zwei der Insassen waren sofort tot. Am 1. Mai wurden in Roermond/Niederlande ein britischer Soldat erschossen und zwei weitere Armeeangehörige schwer verletzt. Zwei Unbekannte erschossen am 12. August in Ostende/Belgien einen britischen Soldaten, der sich auf dem Weg nach Hause befand, am Steuer seines Pkw. Die Opfer der Anschläge waren sämtlich in der Bundesrepublik Deutschland stationiert.

Britische Kasernen im Bundesgebiet Ziel von Sprengstoffanschlägen

Britische Kasernen in Duisburg und Ratingen waren am 13. Juli bzw. am 5. August das Ziel von Sprengstoffanschlägen, die Personen- und Sachschäden verursachten. Ein weiterer Bombenanschlag auf eine britische Kaserne in Bielefeld war zuvor an einem defekten Zeitzünder gescheitert.

Deutsche Zollbeamte nahmen am 30. August an einem deutsch-niederländischen Grenzübergang zwei PIRA-Angehörige bei der Einreise fest. Die beiden führten u. a. mehrere Waffen und zugehörige Munition mit sich. Sie stehen im Verdacht, an mehreren Terroraktionen beteiligt gewesen zu sein.

4. Türken

4.1 Mitgliederentwicklung

	Kern-organisationen	Neben-organisationen	Insgesamt 1988	(1987)
Orthodox-kommunistische Gruppen	550	3.000	3.550	(4.800)
»Neue Linke« u. sozialrevolutionäre Gruppen	3.850	1.000	4.850	(6.150)
Extrem-nationalistische Gruppen	7.100	–	7.100	(10.000)
Islamisch-extremistische Gruppen	16.000	–	16.000	(19.000)
Insgesamt	27.500	4.000	31.500	(39.950)

31.500 der in Deutschland lebenden rd. 1,5 Mio. Türken waren Ende 1988 in türkischen extremistischen Vereinigungen organisiert. Der bereits 1987 zu verzeichnende Mitgliederrückgang setzte sich fort. Einer der Gründe dürften interne personelle und ideologische Auseinandersetzungen sein. Zudem haben einige Gruppen die organisatorischen Folgen ihrer in den Vorjahren vollzogenen Spaltung noch nicht überwunden. Die durch den Zusammenschluß von Organisationen, z. B. bei den orthodoxen Kommunisten, erhoffte Steigerung des Mitgliederpotentials konnte bislang nicht realisiert werden.

4.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

4.2.1 »Neue Linke«

Die »Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten« (TKP/M-L) behauptete in ihrem Organ »Kommunist«, die revolutionäre Situation in der Türkei habe sich verbessert; der Guerillakrieg als Hauptkampfmittel müsse deshalb in die Städte verlagert werden[4].

Angehörige der TKP/M-L offenbaren erneut ihre Bereitschaft zur Gewaltanwendung

Auch ihre Anhänger im Bundesgebiet zeigten erneut, daß sie zur Anwendung von Gewalt bereit sind. Einige von ihnen gaben am 29. Januar mehrere Schüsse auf die Tür des türkischen Generalkonsulates in Hannover ab; in einem am Tatort zurückgelassenen Schreiben forderten sie zur Unterstützung der »Türkischen Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee« (TIKKO), dem »militärischen« Zweig der

TKP/M-L, auf. Am 22. Mai verübten Anhänger der TKP/M-L im Verlauf gewaltsamer Auseinandersetzungen mit nationalistischen Türken in Duisburg mehrere Sachbeschädigungen und Farbschmierereien. Im Rahmen von bundesweiten Solidaritätsaktionen türkischer und kurdischer Linksextremisten für politische Gefangene in der Türkei zündeten türkische Kommunisten am 22. November vor dem Generalkonsulat in Stuttgart einen Brandsatz. Elf Gefolgsleute der TKP/M-L versuchten am 26. November in mehreren türkischen Lokalen in Dortmund, von Landsleuten Geld für den Kampf in der Heimat zu erpressen.

Die Anhänger der weitgehend konspirativ arbeitenden TKP/M-L sind auch in deren Basisorganisation »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.« (ATIF) sowie der international tätigen »Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa« (ATIK) organisiert. Bereits 1981 hatte sich von der TKP/M-L die Gruppe »Bolsevik Partizan« abgespalten.

ATIK führt ihren ersten Kongreß durch

Die 1987 gegründete ATIK führte vom 1. – 3. April in Frankfurt/M. ihren ersten Jahreskongreß durch. In einem Flugblatt zum 1. Mai polemisierte sie gegen die westlichen Demokratien und behauptete, alle gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten seien das Werk des schmarotzenden Kapitalismus[5]. Die ATIF organisierte am 26. März in Duisburg aus Protest gegen das israelische Vorgehen in Palästina einen Demonstrationszug, an dem sich etwa 350 Personen, darunter Angehörige der deutschen DKP-Nebenorganisation »Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend« (SDAJ), beteiligten. Daneben agitierte die ATIF u. a. gegen das gewaltsame Vorgehen des Irak in den Kurdengebieten. Auch »Bolsevik Partizan« griff dieses Thema auf; etwa 100 Personen beteiligten sich am 10. September in Köln an einer von der Gruppe organisierten Protestkundgebung.

4.2.2 Gruppen der »Neuen Linken« mit besonderer Bereitschaft zur Gewaltanwendung

THKP/-C verstärkt ihre gewaltsamen Aktivitäten

Anhänger der in der Türkei verbotenen »Türkischen Volksbefreiungspartei/-Front« (THKP/-C) traten 1988 verstärkt durch Gewaltaktionen hervor. So stürmten fünf Anhänger der Organisation am 30. November eine türkische Bank in Berlin (West). Sie fesselten die Angestellten und drei Kunden und überklebten deren Mund mit Kunststoffband. Der Überfall gehörte zu einer Solidaritätskampagne türkischer und kurdischer Linksextremisten für hungerstreikende Häftlinge in türkischen Gefängnissen. Am 7. Dezember stürmten aus demselben Anlaß ebenfalls in Berlin (West) drei maskierte und bewaffnete Männer das Büro einer türkischen Tageszeitung, fesselten und knebelten die beiden anwesenden Mitarbeiter und verletzten einen türkischen Besucher durch einen Kopfschuß schwer. Am Tatort hinterließen sie ein Flugblatt der THKP/-C, das sich u. a. gegen die Haftbedingungen in türkischen Strafanstalten wendet.

Am 26. März befestigten Anhänger der aus der THKP/-C hervorgegangenen Gruppe »Devrimci Yol« (Revolutionärer Weg)* vor dem türkischen Generalkonsulat in Stuttgart eine Bombenattrappe. Anlaß der Aktion war der Jahrestag des Todes von Gesinnungsgenossen, die 1972 von türkischen Sicherheitskräften erschossen worden waren.

* Die »Devrimci Yol«-Anhänger im Bundesgebiet sind u. a. in der Gruppe »Devrimci Isci« (Revolutionärer Arbeiter) organisiert.

Auch in den Reihen der 1983 durch den Bundesminister des Innern verbotenen militanten Gruppe »Devrimci Sol« (Revolutionäre Linke)* ist nach wie vor die Bereitschaft zur Gewaltanwendung vorhanden; dies machten mehrere Vorfälle im benachbarten Ausland deutlich. So verletzten am 5. Mai zwei aus der Bundesrepublik Deutschland angereiste mutmaßliche »Devrimci Sol«-Anhänger in Nantes/Frankreich einen ehemaligen leitenden Funktionär der Gruppe durch Schüsse schwer.

Mutmaßliche »Devrimci Sol«-Anhänger schießen auf ehemaligen Führungsfunktionär ihrer Gruppe

4.2.3 Orthodoxe Kommunisten

Den Fusionsbestrebungen ihrer Mutterparteien folgend schlossen sich die »Föderation der Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.« (FIDEF) und die »Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie« (DIBAF) am 7. – 8. Mai in Duisburg zur »Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei« (GDF) zusammen. Zum Vorsitzenden wählten die Delegierten den bisherigen Leiter der FIDEF, Hasan ÖZCAN.

FIDEF und DIBAF schließen sich zusammen

Die Mutterorganisationen von FIDEF und DIBAF, die »Kommunistische Partei der Türkei« (TKP) und die »Arbeiterpartei der Türkei« (TIP), fusionierten am 8. Oktober in Oberhausen zur »Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei« (TBKP). In einem Glückwunschschreiben erklärte der Vorsitzende der »Deutschen Kommunistischen Partei« (DKP), Herbert MIES, der Vereinigungsparteitag sei ein historischer Schritt und von großer politischer Bedeutung für die internationale kommunistische Bewegung.

4.2.4 Islamische Extremisten

Der »Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln« setzte vor allem in seinem neuen Organ »Ümmet« (Gemeinschaft der Gläubigen) seine oft aggressive, auf die Umgestaltung der Türkei nach dem Vorbild der Islamischen Republik Iran zielende Agitation fort[6]. In anderen Veröffentlichungen polemisierte der Verband gegen den Staat Israel und dessen Repräsentanten.

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen ordnete am 15. März die Schließung des »Islamischen Internats für junge Muslimin« in Köln an. Während der polizeilichen Räumungsmaßnahmen am 11. und 30. Mai kam es zu gewaltsamen Widerstandshandlungen von Heimbewohnern, darunter auch Frauen und Kinder.

Internat türkischer islamischer Fundamentalisten behördlich geschlossen

Anhänger des Verbandes organisierten am 14. Mai in Frankfurt/M. aus »Solidarität mit dem palästinensischen Volk« eine Kundgebung, an der sich annähernd 5.000 Personen beteiligten. Während

* Anhänger der Gruppe treten auch unter der Tarnbezeichnung »Avrupa' da Dev Genc« auf.

der Veranstaltung kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen demonstrierenden Fundamentalisten und etwa 100 Gegnern Ayatollah KHOMEINIs, die die Kundgebung zu stören versuchten.
Die »Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.« (AMGT), Sammelbecken von Anhängern der in der Türkei verbotenen »Nationalen Heilspartei« (MSP) bzw. deren Nachfolgeorganisation »Wohlfahrtspartei« (RP), führte am 26. März in Hannover ihren Jahreskongreß durch. An der Veranstaltung nahmen mehr als 2.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland teil. Ehrengast war der RP-Vorsitzende Necmettin ERBAKAN.

4.2.5 Extreme Nationalisten

Die im Herbst 1987 vollzogene Spaltung der »Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.« (ADÜTDF), bis dahin größte türkische Dachorganisation in Westeuropa, beeinträchtigte die Verbandsarbeit erheblich. Im Verlauf der Führungskrise wurden die leitenden Funktionäre ausgewechselt. Dennoch dürfte der Einfluß des früheren Vorsitzenden der in der Türkei verbotenen rechtsextremistischen »Partei der Nationalistischen Bewegung« (MHP), Alparslan TÜRKES, auf die ADÜTDF fortbestehen. Einer der neuen Führungsfunktionäre bezeichnete kurz nach seinem Amtsantritt TÜRKES als größten Führer des Jahrhunderts, von dem er erzogen und geprägt worden sei.

ADÜTDF hat die Folgen ihrer Spaltung noch nicht überwunden

Am 25. Juni führte die ADÜTDF in Iserlohn ihren Jahreskongreß durch. Daran nahmen etwa 2.200 Personen aus dem In- und Ausland teil. TÜRKES, der sich zu diesem Zeitpunkt in Westeuropa aufhielt, erschien – obwohl angekündigt – nicht. Vor und während der Veranstaltung gingen zwei anonyme Bombendrohungen ein. In der Iserlohner Innenstadt protestierten etwa 180 Personen, darunter Angehörige der autonomen Szene, gegen das Treffen.

5. Iraner

5.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1988 (1987)
2.800	50	600	3.450 (2.850)

5.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten iranischer extremistischer Organisationen hielten unvermindert an. Agitationsschwerpunkte

der dem derzeitigen Regime in Iran feindlich gegenüberstehenden Gruppen waren u. a. die Situation der politischen Gefangenen im Iran und bis zum Juli der iranisch-irakische Krieg. Die Beendigung des Golfkrieges durch die Annahme der UN-Friedensresolution am 18. Juli führte dann zum Wegfall des bis dahin wichtigsten Agitationsthemas.

Zahl der Gewaltaktionen iranischer Extremisten nimmt ab

Die Zahl der iranischen Extremisten zuzurechnenden Gewaltaktionen sank auf vier (1987: 7), darunter ein Sprengstoffanschlag auf eine von einem iranischen Staatsangehörigen betriebene Videothek am 28. Juni in Hamburg. Die Explosion verursachte Sachschaden in Höhe von etwa 200.000 DM; zwei Personen wurden leicht verletzt. In dem Geschäft werden u. a. Videofilme vertrieben, die iranische Geistliche karikieren. Die Londoner Herstellerfirma der Filme war bereits am 19. August 1986 Ziel eines Sprengstoffanschlages, für den mit hoher Wahrscheinlichkeit Anhänger der iranischen Regierung verantwortlich sind.

5.2.1 Anhänger der iranischen Regierung

Die islamisch-extremistische »Union Islamischer Studentenvereine in Europa« (U.I.S.A.) vertritt nach wie vor als einzige iranische Organisation im Bundesgebiet die religiös-politischen Ziele der Islamischen Republik Iran. Im Vergleich zum Vorjahr trat die U.I.S.A. etwas häufiger mit Demonstrationen an die Öffentlichkeit. Die Veranstaltungen richteten sich u. a. gegen den irakischen Giftgaseinsatz im Golfkrieg sowie den Abschuß eines iranischen Passagierflugzeugs durch ein US-amerikanisches Kriegsschiff im Persischen Golf, das das Passagierflugzeug nicht als solches erkannt hatte und sich bedroht fühlte.

5.2.2 Gegner der iranischen Regierung

MSV-Anhänger überfallen Angehörige der regimetreuen U.I.S.A.

5.2.2.1 Anhänger der von den »Volksmojahedin Iran« gesteuerten »Iranischen Moslemischen Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.« (MSV) überfielen in der Nacht zum 1. April sowie am 9. April zwei U.I.S.A.-Mitglieder. Beide Opfer mußten wegen der erlittenen Stichwunden stationär behandelt werden.

Die der »Neuen Linken« zuzurechnende MSV fand nach wie vor unter den im Bundesgebiet lebenden iranischen Oppositionellen die größte Resonanz; die noch im Vorjahr erheblich gestiegenen Teilnehmerzahlen bei ihren Großdemonstrationen waren jedoch rückläufig. So beteiligten sich an einer Protestkundgebung gegen das KHOMEINI-Regime am 21. Juni in Bonn lediglich 2.000 MSV-Anhänger (1987: 5.000). Ein Grund für diese Entwicklung dürfte im Einsatz der »Nationalen Befreiungsarmee« der »Volksmojahedin Iran« im Golfkrieg auf seiten des Irak zu sehen sein.

Die »Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf DEGHANI-Anhänger)« (O.I.P.F.G.) polemisierte

im Januar in mehreren Flugschriften gegen Exekutivmaßnahmen französischer Behörden gegen Anhänger der Volksmojahedin, die im Dezember 1987 festgenommen und anschließend abgeschoben worden waren[7].

O.I.P.F.G.-Anhänger stürmen Büro der iranischen Fluggesellschaft

Vier Anhänger der O.I.P.F.G. stürmten am 14. Dezember das Hamburger Büro der Fluggesellschaft »Iran Air«, zertrümmerten Einrichtungsgegenstände und bedrohten die Anwesenden. Ohne greifbaren Erfolg war die O.I.P.F.G. um eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen der iranischen »Neuen Linken« bemüht.

»Tudeh-Partei Iran« reorganisiert sich

5.2.2.2 Der orthodox-kommunistischen »Tudeh-Partei Iran« gelang es, den durch die 1986 erfolgte Spaltung ausgelösten Rückgang ihrer Aktivitäten aufzuhalten. Die Partei durchlief eine Phase der Reorganisation, die ihren Niederschlag in der Einsetzung einiger neuer Führungskader fand. Auf einer Vollversammlung im Januar,

TUDEH-
BULLETIN

Informationsblatt der Tudeh Partei Iran Februar 1988 Nr. 2

DIE PARTEI LEBT, TROTZ ALLEDEM ...

an der auch führende ZK-Mitglieder teilnahmen, beschlossen die Delegierten, nach Gemeinsamkeiten mit anderen iranischen Oppositionsgruppen (mit Ausnahme der Monarchisten) zu suchen. Zu diesem Zweck will die Partei zunächst ein »Kampfbündnis« mit der »Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)« (O.I.S.) schmieden. Die O.I.S. führte am 13. Februar in Duisburg eine Veranstaltung aus Anlaß des 17. Jahrestages ihrer Gründung durch. Die Feier, an der etwa 2.500 Personen teilnahmen, verlief bis auf eine Bombendrohung störungsfrei. Etwa 100 O.I.S.-Anhänger demonstrierten am 5. November in Bonn gegen die Hinrichtung politischer Gefangener im Iran. In Sprechchören verlangten sie den Rücktritt KHOMEINIs.

R.K.M.I. festigt seine Stellung als Sammelbecken iranischer Monarchisten

5.2.2.3 Der »Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin« (R.K.M.I.) konnte seine Stellung als Sammelbecken iranischer Monarchisten weiter festigen. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten gingen allerdings vorwiegend von einzelnen seiner Mitgliedsverbände aus.

Über 1.000 iranische Monarchisten beteiligten sich am 6. Februar in Bonn an einer Demonstration aus Anlaß des neunten Jahrestages der Rückkehr KHOMEINIs in den Iran (10./11. Februar 1979). Regierungstreue Iraner verbreiteten während des Demonstrationszuges Flugschriften gegen die Veranstaltung. Etwa 4.000 Anhänger iranischer Monarchistengruppen forderten auf einer Kundgebung eines R.K.M.I.-Mitgliedsverbandes am 4. Dezember in Köln die Wiedereinführung der Monarchie im Iran.

6. Jugoslawen

6.1 Mitgliederentwicklung

in Kern-organisationen	in Neben-organisationen	in beeinflußten Organisationen	Insgesamt 1988	(1987)
900	–	–	900	(950)

6.2 Organisationen und Aktionsschwerpunkte

Die Aktivitäten der jugoslawischen Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland nahmen 1988 nach einer Phase der Stagnation in den Vorjahren wieder zu. Insbesondere marxistisch-leninistische und nationalistische Kosovo-Albaner organisierten zahlreiche Protestkundgebungen gegen die Maßnahmen der jugoslawischen Regierung im Kosovo-Gebiet (Amselfeld).

Der sich immer mehr verschärfende Nationalitätenkonflikt in der jugoslawischen Provinz Kosovo (historischer Mittelpunkt des serbischen Staates mit einem Anteil albanischer Einwohner von über 85 %) war Ursache zahlreicher Protestkundgebungen von Kosovo-Albanern. So protestierte die nationalistische »Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue« (N.D.SH.) mit einer Veranstaltung am 8. Oktober in Frankfurt/M. gegen die angebliche Unterdrückung der Kosovo-Albaner durch die Serben. An der Kundgebung nahmen etwa 250 Personen teil, darunter auch Exilkroaten. Am selben Tag organisierte die pro-albanische »Volksbewegung für die Republik Kosovo« (LPRK) eine Demonstration gegen die Verlegung serbischer Polizeieinheiten ins Kosovo-Gebiet. Daran beteiligten sich etwa 350 Personen, die zum Teil aus der Schweiz angereist waren.

Erneut Anschläge gegen kroatische Extremisten

1988 wurden wieder Anschläge gegen jugoslawische Emigranten festgestellt. Unbekannte Täter verübten am 27. August ein Säureattentat auf einen kroatischen nationalistischen Extremisten in Karlsruhe; der Überfallene erlitt Verletzungen an den Augen. Der Vorsitzende der linksextremistischen »Kroatischen Staatsbildenden Bewegung« (HDP), Nikola STEDUL, wurde am 20. Oktober vor seiner Wohnung in Schottland durch Schüsse schwer verletzt. Als mutmaßlichen Täter nahm die britische Polizei einen Jugoslawen

fest, der mit in Zagreb gestohlenen schweizerischen Ausweispapieren angereist war. Gegen den Festgenommenen hatte die Polizei bereits 1972 im Zusammenhang mit der Ermordung von zwei im Bundesgebiet lebenden kroatischen Extremisten ermittelt. STEDUL unterhält zahlreiche Kontakte zu Gesinnungsgenossen in der Bundesrepublik Deutschland.

III. Dokumentation

1. Flugschrift der PKK-Europavertretung vom 19. 7. 1988 mit dem Titel »Die Aggression des westdeutschen Imperialismus gegen das kurdische Volk wird ergebnislos bleiben«: » . . . Vor allem der westdeutsche Imperialismus leistet dem faschistischen türkischen Staat jegliche wirtschaftliche und militärische Hilfe. Er hat seine Hilfe an dieses faschistische Regime derart weit getrieben, daß er parallel zu den Angriffen des Regimes in enger Zusammenarbeit mit ihm die kurdischen Patrioten in der BRD bedroht, erpreßt, zu Agententätigkeit zu treiben versucht und schließlich offen zur Gewalt greift, indem er Hausdurchsuchungen, Überfälle und Verhaftungen verwirklicht. . . . Es werden Gelder in Millionenhöhe ausgegeben, um für die Verhafteten spezielle Isolationszellen und Gerichtssäle zu bauen. Mit diesen und anderen Maßnahmen hat der westdeutsche Imperialismus sogar den kolonialfaschistischen türkischen Staat, der für seine Barbarei und Grausamkeiten bekannt ist, zurückgelassen . . .«
2. Plakat der ERNK (ohne Datum): »Achtung!! Lebensgefahr! Reisen Sie nicht in die Türkei! Bombenanschläge auf touristische Einrichtungen stehen bevor! Wir weisen darauf hin, daß auch die USA ihre Landsleute davor gewarnt haben, in die Türkei zu reisen: Von den ansonsten zu entstehenden Folgen tragen wir nicht die Verantwortung!«
3. Flugschrift der KOMKAR vom 23. 3. 1988 mit dem Titel »Massaker und Giftgas-Einsatz in Irakisch-Kurdistan«: » . . . Mitverantwortlich für den Tod tausender Zivilisten in Irakisch-Kurdistan sind auch jene Firmen in der Bundesrepublik, die die baulichen Anlagen zur Herstellung von Giftgas an den Irak geliefert haben . . . Diese Firmen trugen zu dem Massaker in Halabdscha mit der Lieferung ihrer Anlagen bei. Sie sollten daher unverzüglich zur Rechenschaft gezogen werden . . .«
4. Organ »Kommunist« der TKP/M-L, Ausgabe vom Februar 1988 mit dem Titel »Berichte und Beschlüsse der III. Konferenz der TKP/M-L«: »Heute verbessert sich die revolutionäre Situation in unserem Land . . . Bei der Erledigung dieser Pflichten muß man einen speziellen Wert auf die Gründung der bewaffneten Kerne in den Städten legen. . . . Der Guerillakrieg ist das Hauptkampfmittel, das zum taktischen Sieg führen wird . . .«
5. Flugblatt der ATIK zum 1. Mai mit dem Titel »Es lebe der 1. Mai«: » . . . Die Krisen in Europa zwingen die Bourgeoisie, rücksichtsloser gegen die arbeitenden Massen und oppositionelle Organisation vorzugehen. Gegen dieses rücksichtslose Vorgehen der Bourgeoisie wird der erfolgreiche Kampf nur möglich sein, wenn die Arbeiter ihren Kampf gegen das System mit dem Kampf für den Niedergang des Kapitalismus, für die Ergreifung der Macht und den Aufbau des Sozialismus verbinden. Denn die Arbeitslosigkeit und alle gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten, Repressalien und Ausländerfeindlichkeit sind das Werk des schmarotzenden Kapitalismus . . .«
6. Organ »Ümmet« des »Verbandes der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln«, Ausgabe Nr. 6 vom 15. 8. 1988 mit dem Titel »Hidschra und das neue Jahr«: » . . . Warum Hidschra; Hidschra wovon? Flucht vor den Tyrannen, aber Flucht warum? Nur, um das eigene Leben zu retten? Nein, nicht um

das eigene Leben zu retten, sondern um den Glauben zu retten. Hidschra, um Allah die Regierungsgewalt zu übergeben . . . Hidschra von den Sitten und Gebräuchen der Unrechtsherrscher, von dem Satan und dem satanischen System hin zu Allah . . . Vorwärts, um im Hidschra Jahr 1409 den islamischen Staat zu gründen . . .«
Anmerkung: Hidschra ist der Auszug des Propheten Mohammed aus Mekka nach Medina, Beginn der islamischen Zeitrechnung.

7. Flugblatt der O.I.P.F.G. mit dem Titel »Die Menschenhändler im Zeitalter der Zivilisation!« (ohne Datum): » . . . Das islamische Regime fordert von den kapitalistischen Ländern allerdings weitreichende Maßnahmen gegen Exil-Iraner. Der süße Petro-Dollar und der ungesättigte iranische Rüstungsmarkt lockt diese Länder zu dieser Mitarbeit. Die Abschiebepraxis Frankreichs entspricht der gängigen Asylpolitik der BRD gegenüber der Türkei, Sri Lanka und Pakistan. Das Vorgehen Frankreichs wird sicher Schule machen. Die Exil-Iraner werden als Tausch gegen gute Geschäfte exportiert!«

IV. Übersicht über erwähnenswerte ...che Organisationen von Ausländern, ...ben- und beeinflußte Organisationen ...deren wesentliche Presseerzeugnisse

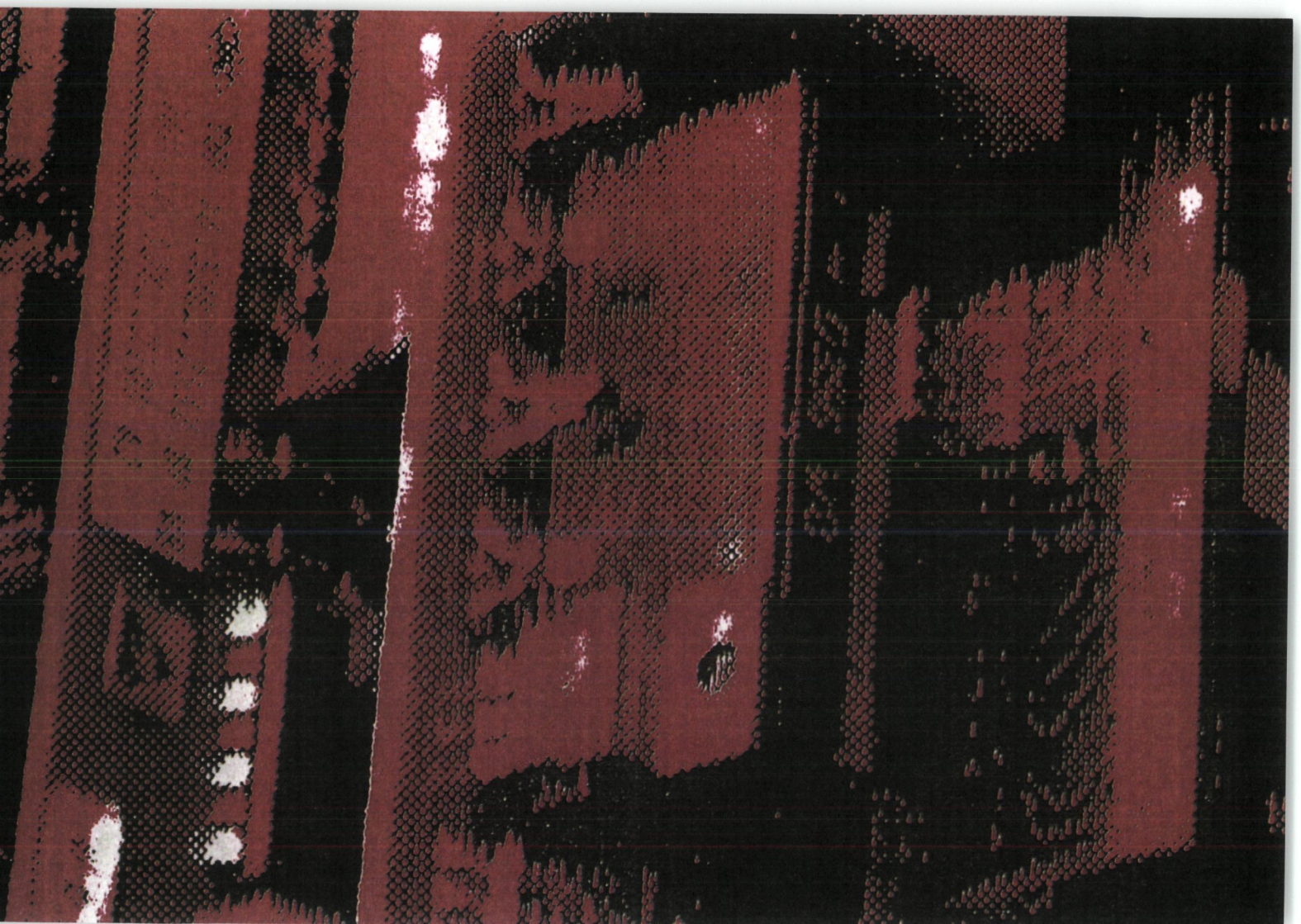
Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
1. Kurden			
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	2.750	(2.400)	Berxwedan (Widerstand) Serxwebun (Unabhängigkeit) – monatlich –
			FEYKA-Info – unregelmäßig –
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V. (FEYKA-Kurdistan)			Kurdistan Report – zweimonatlich –
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK)			Denge KOMKAR (Stimme KOMKAR) – monatlich –
			Informationsbulletin Kurdistan – zweimonatlich –
Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V. KOMKAR	3.000	(3.300)	
2. Araber			
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) – Bochum –			Al Hadaf (Das Ziel) – wöchentlich – Democratic Palestine – zweimonatlich–
AL FATAH – Bonn –			
Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V. (PSV)			
Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) – Wuppertal –			

Sicherheitsgefährdende und extremistische

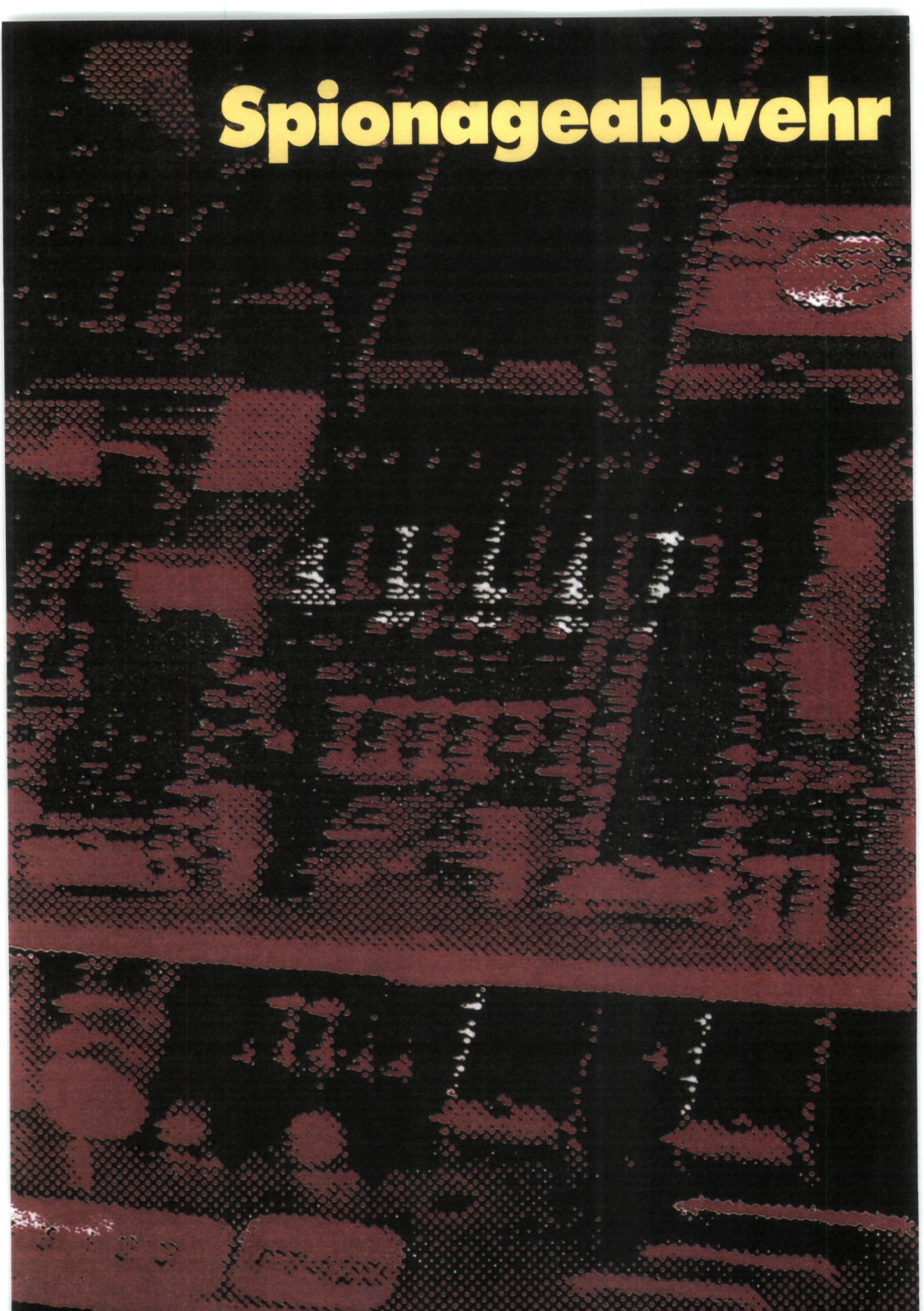
Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikat (einschl. E
Hizb Allah (Partei Gottes)			asweise)
Volksfront für die Befreiung Palästinas-Generalkommando (PFLP-GC)			Al-Ahd (Die Verpfl – wöchentlich –
3. Iren			
Provisional Irish Republican Army (PIRA)			
4. Türken			
4.1 »Neue Linke«	31.500	(39.950)	
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/M-L)	4.850	(6.150)	Partizan – unregelmäßig –
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) – Duisburg –			Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung – zweimonatlich –
Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa ATIK)			Mücadele (Kampf) – monatlich –
lsevik Partizan (BP)			Bolsevik Partizan – unregelmäßig –
sche Volksbefreiungs-/-Front (THKP/-C)			
ci Isci ionärer Arbeiter) ver –			Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) – zweimonatlich –
Dev Genc re Jugend in on otenen			Türkei Information – zweimonatlich –
inke)			

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
4.2 Orthodoxe Kommunisten	3.550	(4.800)	
Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF)			
Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKB)			
4.3 Islamische Extremisten	16.000	(19.000)	
Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln – Köln –			Ümmet (Gemeinschaft der Gläubigen) – 15tägig –
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) – Köln –			
4.4 Extreme Nationalisten	7.100	(10.000)	
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) – Frankfurt/M. –			
5. Iraner	3.450	(2.850)	
5.1 Anhänger der iranischen Regierung			
Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.)	400	(400)	Ghods –unregelmäßig, deutsch/persisch/arabisch –
5.2 Gegner der iranischen Regierung			
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV) – Köln –	700	(700)	Freiheit für Iran – 14tägig – Nashriyeh `e Ettehadieyeh`e Anjomanha`ye Daneshjuyan`e Mosalman Kharej`e Kheswar (Veröffentlichung der Union der Moslemischen Studentenvereine im Ausland) – wöchentlich –

Organisation – einschl. Sitz –	Mitglieder (z. T. geschätzt) 1988	(1987)	Publikationen (einschl. Erscheinungsweise)
			Najmu'e Khabari az Iran (Nachrichtenspiegel aus dem Iran) – unregelmäßig, deutsch –
Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf DEGHANI-Anhänger) (O.I.P.F.G.)	100	(100)	Iran im Kampf – unregelmäßig – Iran Rundschau – unregelmäßig –
Tudeh-Partei Iran einschl. Organisation iranischer Studenten Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (O.I.S.)	400	(400)	Nahmeh Mardom (Botschaft des Volkes) – wöchentlich – Tudeh-News – monatlich – Tudeh-Bulletin – unregelmäßig, deutsch –
Rat der konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (R.K.M.I.) – Frankfurt/M. –			Showra Nameh (Botschaft des Rates) – monatlich – Nejat Iran (Die Befreiung Irans) – wöchentlich –
6. Jugoslawen	900	(950)	
Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP)			Hrvatski Tjednik (Kroatisches Wochenblatt) – wöchentlich –
Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue (N. D. SH.)			Besa Shqiiptare (Die Albanische Treue) – unregelmäßig –
Volksbewegung für die Republik Kosovo (LPRK)			Zeri i Kosoves (Die Stimme Kosovos) – monatlich –



Spionageabwehr



1. Spionageabwehr, eine Schwerpunktaufgabe der Verfassungsschutzbehörden

Die Bemühungen der Staaten des kommunistischen Machtbereichs, durch Spionage einen Informationsvorsprung zu erlangen, um das gewonnene Wissen in der Auseinandersetzung mit anderen Staaten zu nutzen, besitzen eine lange Tradition. Während früher die militärische und politische Spionage den weitaus größten Stellenwert innehatte, liegt heute ein weiteres Schwergewicht in der Ausforschung von Wirtschaft und Wissenschaft. Die Bundesrepublik Deutschland an der Nahtstelle zwischen Ost und West ist aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur westlichen Allianz sowie ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ein bevorzugtes Zielgebiet östlicher Nachrichtendienste. Wie die nachfolgende Darstellung belegt, blieb diese Bedrohung durch Spionage 1988 trotz politischer Entspannung unvermindert bestehen.

Bundesrepublik Deutschland: Ein bevorzugtes Zielgebiet östlicher Spionage

Eine besonders starke Einwirkung geht dabei von den Nachrichtendiensten der DDR aus, die schon durch die gemeinsame Grenze, gemeinsame Sprache und die Vielfalt grenzübergreifender Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands über günstige Ausgangspositionen verfügen. Aber auch die übrigen Nachrichtendienste der Warschauer Pakt-Staaten, insbesondere der Sowjetunion, stehen mit ihren Spionageaktivitäten dem kaum nach. Die Enttarnung und Festnahme einer Reihe sowjetischer Agenten im Frühjahr 1988 ist Beleg für die Richtigkeit dieser Beurteilung.

Besondere Bedrohung durch die Nachrichtendienste der DDR und der Sowjetunion

Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden ist es, alle Erkenntnisse über die Vorgehensweise gegnerischer Nachrichtendienste zu sammeln, auszuwerten und in Maßnahmen der Spionageabwehr umzusetzen. Hierzu sind ihnen Befugnisse eingeräumt, die sich von denen der Polizei unterscheiden. So haben die Verfassungsschutzbehörden z. B. das Recht, zum Erkennen geheimdienstlicher Agententätigkeit nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen, d. h. solche Mittel und Methoden, die der geheimen, vom Gegner nicht wahrnehmbaren Beobachtung dienen, da einem konspirativ gegen die Bundesrepublik Deutschland arbeitenden Gegner häufig nur durch spezifisch nachrichtendienstliche Abwehrmethoden zu begegnen ist.

Aufgaben der Spionageabwehr

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Anders als die Strafverfolgungsbehörden, deren Tätigwerden zumindest den Verdacht einer strafbaren Handlung voraussetzt, setzen die Verfassungsschutzbehörden bei ihrer Arbeit bereits im Vorfeld der Staatsschutzkriminalität an. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben ist es, Erkenntnisse über die Vorgehensweise gegnerischer Nachrichtendienste daraufhin zu prüfen, ob ein methodisches Muster sichtbar wird. Gelingt dies, so versucht die Spionageabwehr, zu diesem Typus gehörende Fälle aufzudecken. Der

Weg von der methodischen Grundlagenarbeit bis hin zur Vermutung eines Spionagefalles und der Erhärtung dieses Verdachts verlangt meist eine aufwendige Ermittlungstätigkeit. Die Abgabe eines Verdachtsfalles an die zuständigen Strafverfolgungsbehörden ist daher ein Schritt, der oft erst am Ende umfassender Vorarbeiten der nachrichtendienstlichen Spionageabwehr steht.

Die Spionageabwehr analysiert die Methoden der gegnerischen Nachrichtendienste

Die Tätigkeit der Spionageabwehr ist nicht ausschließlich auf die Festnahme von Agenten ausgerichtet. Es ist ebenso wichtig, die Strukturen und Arbeitsweise gegnerischer Nachrichtendienste zu erkennen und zu analysieren. Die hierbei erzielten Ergebnisse sind eine erfolgversprechende Grundlage zur Enttarnung von Agenten, ebenso aber auch zur vorbeugenden Beratung spionagegefährdeter Behörden und Wirtschaftsunternehmen. Es wäre daher falsch anzunehmen, daß sich die Erfolge der Spionageabwehr allein in der Zahl der festgenommenen Agenten ausdrücken müßten.

2. Nachrichtendienstliche Ansprachen von Personen mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland

Bei dem von den gegnerischen Nachrichtendiensten angestrebten umfassenden Erkenntnisbild ist für sie der Einsatz von Agenten unverzichtbar. Ihre Anwerbung und Steuerung wird mit größter Sorgfalt geplant, insbesondere dann, wenn sie Zugang zu geschützten oder geheimgehaltenen Informationen erschließen.

Anbahnung bei Aufenthalten im kommunistischen Machtbereich

Die gegnerischen Nachrichtendienste nutzen bei ihren Werbungsbemühungen ganz unterschiedliche Ansätze. Besonderes Interesse finden private oder geschäftliche Aufenthalte von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland im kommunistischen Machtbereich. Hier bieten die erforderlichen Reiseformalitäten, wie die Beantragung und die Erteilung eines Visums oder die Anmeldung des Besuchers bei den örtlichen Behörden, gute Anknüpfungsmöglichkeiten für die im Verwaltungsapparat dieser Länder allgegenwärtigen Vertreter der »Staatssicherheit«. Das gilt insbesondere für die DDR und deren »Ministerium für Staatssicherheit« (MfS), das die Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland primär unter dem Gesichtspunkt der nachrichtendienstlichen Nutzbarkeit betrachtet. Aber auch in den anderen Ländern des kommunistischen Machtbereichs besteht die Gefahr einer nachrichtendienstlichen Ansprache, besonders dann, wenn die Zielperson im Hinblick auf ihren beruflichen und persönlichen Hintergrund für einen Werbungsversuch geeignet erscheint.

Werbungsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste

So vielfältig wie die Kontaktanlässe und -möglichkeiten sind auch die Werbungsmethoden. Sie reichen von der offenen Ansprache, bei der die Zugehörigkeit des Anbahners zu einem Nachrichtendienst kaum verdeckt wird, über die Ansprache unter »Legende«, d. h. mit einer vorgeschobenen Begründung und unter Verschleierung der tatsächlichen Absicht, bis hin zur Ausnutzung einer echten

Werbungsansatz: Verkehrsdelikt

oder vermeintlichen Zwangssituation, etwa wenn der Betroffene mit dem Vorwurf eines Gesetzesverstoßes konfrontiert wird und ihm als Ausweg nur die sofortige Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit angeboten wird. Nicht selten sind es Verkehrsdelikte, die den gegnerischen Nachrichtendiensten Ansätze für einen Werbungsversuch geben. Das wird z. B. in dem folgenden Fall deutlich:

Ein Verkäufer aus Berlin (West) befuhr die Transitstrecke. Auf einem Parkplatz nahm er eine größere Menge Alkohol zu sich. Bei der Kontrolle am DDR-Grenzübergang wurde er dann wegen Trunkenheit im Straßenverkehr festgenommen.
Während der sich anschließenden Haft versuchten MfS-Angehörige, ihn für eine geheimdienstliche Agententätigkeit anzuwerben. Als Anreiz diente das Angebot einer Haftentlassung ohne Gerichtsverfahren, angeblich im Zuge einer vom Staatsrat der DDR verkündeten Amnestie. Der Verkäufer, der mit einer Freiheitsstrafe rechnete, war vor diesem Hintergrund zu einer nachrichtendienstlichen Mitarbeit bereit und erklärte sein Einverständnis zu einem späteren nachrichtendienstlichen Treffen. Zusätzlich mußte er versprechen, bei der nach seiner Entlassung zu erwartenden kriminalpolizeilichen Anhörung in Berlin (West) über seine Bereitschaft zur Mitarbeit und die eingegangene Treffvereinbarung Stillschweigen zu bewahren.

Den vereinbarten Treff nahm er jedoch nicht wahr.

Immer wieder erhalten die Verfassungsschutzbehörden auch Hinweise darauf, daß Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereiches versuchen, Bürger der Bundesrepublik Deutschland bei Verkaufsausstellungen und Industriemessen anzuwerben. Hierzu folgendes Fallbeispiel:

Werbungsansatz: Industriemesse

Der Inhaber eines kleinen Industrieunternehmens aus Norddeutschland unterhielt seit Jahren geschäftliche Kontakte in die DDR und war mit seinem Betrieb bereits mehrfach sowohl auf der Leipziger Frühjahrs- wie auch Herbstmesse vertreten.
Im März 1988 reiste er erneut nach Leipzig, um auf der Frühjahrsmesse auszustellen. Dort wurde er von einem Unbekannten angesprochen und in ein Gespräch über allgemeine Themen verwickelt. Es kam zu weiteren Gesprächen, bei denen sich der Gesprächspartner aus der DDR nach seinen wirtschaftlichen Verhältnissen erkundigte und unter Vortäuschung geschäftlicher Interessen die Möglichkeit einer Bevorzugung durchblicken ließ, wenn bestimmte Gegenleistungen erbracht würden. Aus den Gesamtumständen wurde dem Bürger der Bundesrepublik Deutschland bald deutlich, daß es sich hierbei um einen nachrichtendienstlichen Anbahnungsversuch handelte. Im Hinblick auf seine insgesamt zögernden und ausweichenden Reaktionen erhielt er schließlich den Rat, er solle seine ablehnende Haltung noch einmal überdenken. Nach seiner

Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland berichtete der Geschäftsmann unverzüglich den zuständigen Behörden über seine Erfahrungen.

Aktivitäten sowjetischer Nachrichtendienste in der DDR

Auch sowjetische Nachrichtendienste werden vom Gebiet der DDR aus tätig. Sie verfügen über eine eigene Zentrale in Berlin-Karlshorst und werden durch Nachrichtendiensteinheiten der in der DDR stationierten sowjetischen Truppen unterstützt. Mit ihren Anwerbungsbemühungen setzen sie ebenfalls bevorzugt beim innerdeutschen Reiseverkehr an, wobei sie sich gelegentlich auch auf die Mithilfe von Bürgern der DDR stützen, die für solche Dienste gesondert angeworben werden. Diese Erfahrung machte z. B. der Chemotechniker W. aus der Bundesrepublik Deutschland.

W. war in Begleitung eines Freundes mehrmals nach Leipzig gereist. Bei der Erledigung der Reiseformalitäten – z. B. Beschaffung der Visa und Reservierung der Hotelzimmer – war jeweils K. behilflich, der in Leipzig wohnte und den der Freund von W. bereits von früheren Aufenthalten in der DDR kannte. K., der die beiden Besucher immer schon bei ihrer Ankunft erwartete, und auch deren Geld zu einem Kurs von 1:4 in DDR-Währung umtauschte, veranlaßte W., sich im Hotel unter einem falschen Namen anzumelden und machte ihn mit dem Sowjetbürger »ANATOL« bekannt, der sich an einem Produkt aus der Beschäftigungsfirma des W. interessiert zeigte und hierzu nähere Informationen erbat. Anläßlich einer weiteren Begegnung zahlte »ANATOL« an W. gegen Quittung 400 DM als »Auslagenersatz« und nannte ihm für eine spätere Verbindungsaufnahme eine Telefonnummer in Leipzig. W. gab jedoch zu verstehen, daß er die gewünschten Unterlagen nicht besorgen könne.

Die Vorgehensweise in diesem Fall zeigte, daß es sich bei »ANATOL« um den Mitarbeiter eines sowjetischen Nachrichtendienstes handelte, der W. durch Mithilfe von K. nachrichtendienstlich verstricken wollte. K. wurde daher bei einem Gegenbesuch in der Bundesrepublik im August 1988 unter dem Vorwurf der geheimdienstlichen Agententätigkeit festgenommen und im November 1988 zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt.

3. Nachrichtendienstliche Gefährdung von Aussiedlern, Asylsuchenden und Übersiedlern aus dem kommunistischen Machtbereich

Die Zahl der Personen, die aus Ländern des kommunistischen Machtbereichs in die Bundesrepublik Deutschland ausgesiedelt oder übergesiedelt sind bzw. hier Asyl beantragt haben, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Allein aus der DDR wechselten 1988 rund 40.000 Übersiedler in das Bundesgebiet. Davon verließen etwa 9.700 Personen die DDR auf »illegale« Weise, indem

sie z. B. als »Sperrbrecher« über die innerdeutsche Grenze flüchteten, sich als sogenannte Reisekader bei Dienstreisen in die Bundesrepublik Deutschland absetzten oder von privaten Besuchen nicht mehr in die DDR zurückkehrten. Erheblich gewachsen ist die Zahl der Aussiedler und Asylsuchenden aus den übrigen Ländern des kommunistischen Machtbereichs (1987: 103.700; 1988: 259.300), insbesondere aus Polen und der Sowjetunion.

Aussiedler, Übersiedler und Asylsuchende im Blickpunkt gegnerischer Nachrichtendienste

Dieser Personenkreis ist für die gegnerischen Nachrichtendienste in mehrfacher Hinsicht interessant. So können im Strom der Aussiedler und Übersiedler auch Agenten unter falscher Identität (sogenannte Illegale) in die Bundesrepublik Deutschland eingeschleust werden. Bei einem solchen Agententyp handelt es sich meist um Mitarbeiter gegnerischer Nachrichtendienste, die in nachrichtendienstlichen Methoden und Techniken systematisch geschult und ideologisch fest im Kommunismus verwurzelt sind.

Einschleusung von Agenten, getarnt als Aussiedler

Die Tarnung als Aussiedler oder Übersiedler, der den Ostblock angeblich aus Unzufriedenheit mit den dortigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen verläßt, kann andere, zum Teil aufwendigere Einschleusungsverfahren überflüssig machen und den tatsächlichen Hintergrund des Agenten mit einer plausiblen Erklärung verschleiern helfen.

Fälle dieser Art, bei denen die Aussiedlung oder Übersiedlung in den Westen nur fingiert ist, sind nach den bisherigen Beobachtungen der Verfassungsschutzbehörden nur Einzelfälle. Viel häufiger setzen die gegnerischen Nachrichtendienste bei Personen an, die die Erlaubnis ihrer Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland von sich aus beantragen. Dabei macht es grundsätzlich keinen Unterschied, ob der Betreffende sein bisheriges Aufenthaltsland wegen seiner deutschen Volkszugehörigkeit oder mit dem Ziel der Familienzusammenführung verlassen will oder ob er nur für eine kurze Zeit in den Westen reisen möchte.

Anwerbung von Personen, die eine Westreise beantragen

Das Jahr 1988 hat erneut gezeigt, daß z. B. ausreisewillige Bürger der DDR für die dortigen Nachrichtendienste ein gern genutztes Zielpotential darstellen. Insbesondere das MfS ist aufgrund seiner systematischen Einbindung in das Ausreisegenehmigungsverfahren – sei es im Rahmen der Übersiedlung oder des innerdeutschen Reiseverkehrs – zu jeder Zeit in der Lage, die sich dabei bietenden Werbungsmöglichkeiten zu nutzen. Besonders ist es an solchen Ausreisewilligen interessiert, die aufgrund persönlicher Bindungen in das Bundesgebiet über nachrichtendienstlich nutzbare »Westkontakte« verfügen.

Ähnliche Erfahrungen haben auch Aussiedler aus anderen Ländern des kommunistischen Machtbereichs gemacht. So nutzt beispielsweise der rumänische Nachrichtendienst SECURITATE die besondere Zwangslage der deutschstämmigen Aussiedlungswilligen, die sich aus vielerlei Gründen in Rumänien eingeengt und beeinträchtigt fühlen, rigoros aus. Volksdeutsche, die in die Bundesrepublik Deutschland aussiedeln wollten, wurden bereits in einem frühen

Spitzeldienste im kommunistischen Machtbereich als Vorleistung für die Aussiedlungsgenehmigung

Stadium ihrer Ausreisebemühungen von SECURITATE-Offizieren für Spitzeldienste, zunächst innerhalb Rumäniens, angeworben. Ihnen wurde unmißverständlich bedeutet, daß ohne diese »Vorleistung« und eine spätere Spionagetätigkeit im Westen mit einer Aussiedlungsgenehmigung nicht oder nur nach einer sehr langen Wartezeit zu rechnen sei. In anderen Fällen mußten sich die Ausreisewilligen noch kurz vor der Aushändigung ihres Passes als »Gegenleistung« zur späteren Mitarbeit verpflichten. Sie erhielten kleinere Aufträge wie z.B.

Aussiedler mit nachrichtendienstlichem Auftrag

- im Bundesgebiet wohnende, ehemalige rumänische Staatsbürger auszuforschen,
- Publikationen zu beschaffen oder
- Kontakt zu Emigrantenkreisen aufzunehmen und über diese zu berichten.

Als generelle Leitlinie erhalten die Aussiedler im Zuge ihrer nachrichtendienstlichen Verstrickung meist die Vorgabe, sich in der Bundesrepublik zunächst zu etablieren und bei Besuchsreisen in ihr Herkunftsland wieder Kontakt zum Führungsoffizier aufzunehmen. Dies zeigt auch das folgende Beispiel:
Der Aussiedler S. wurde einige Monate vor seiner Ausreise zur SECURITATE-Dienststelle seiner Heimatstadt gerufen und dort von Offizieren vernommen. Er mußte seinen Lebenslauf niederschreiben und ihn um die Bitte ergänzen, die SECURITATE möge seine Ausreise beschleunigen. Sehr interessiert zeigten sich die Offiziere an seinen weiteren beruflichen Plänen, in welcher Stadt er sich niederlassen wolle und wann er Rumänien wieder besuchen werde. Die Besuchsreise sollte er vorher bei der SECURITATE anmelden. S. offenbarte sich nach seiner Aussiedlung den zuständigen deutschen Behörden.
Auch Aussiedler und Asylsuchende aus Polen berichteten von Zwangssituationen, denen sie sich im Zusammenhang mit ihren Ausreisebemühungen ausgesetzt sahen. Häufig gaben – neben den wirtschaftlichen Verhältnissen im Heimatland – gerade die Anbahnungsversuche der Nachrichtendienste den letzten Anstoß, sich endgültig abzusetzen.
Der Asylbewerber B. gab z. B. an, vor einigen Jahren an seinem Wohnort einen Angehörigen eines polnischen Nachrichtendienstes kennengelernt zu haben. Aufgrund dieser Bekanntschaft sei es ihm gelungen, ohne Schwierigkeiten einen Reisepaß für Reisen in die Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und hier einer kurzzeitigen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Vor seiner letzten Reise sei er jedoch aufgefordert worden, während seines Aufenthaltes im Bundesgebiet einige nachrichtendienstliche Aufträge zu erledigen.

Ausnutzung menschlicher Bindungen für Spionagezwecke

Besondere Aufmerksamkeit richten die gegnerischen Nachrichtendienste auf Personen, die eine Eheschließung mit einem Partner aus dem Westen beabsichtigen und aus diesem Grund die Aus- oder Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland beantragen.

Hier setzen seit Jahren auch die tschechoslowakischen Nachrichtendienste an, die in solchen Fällen überwiegend den tschechoslowakischen Staatsangehörigen zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit auffordern. Bekannt sind aber auch Fälle, in denen der in der Bundesrepublik Deutschland wohnende Partner, oder auch beide, nachrichtendienstlich angebahnt wurden.

Von der Antragstellung bis zur Aussiedlung des tschechoslowakischen Partners in das Bundesgebiet können bis zu 12 Monate vergehen. Dies gibt dem Nachrichtendienst der CSSR genügend Gelegenheit, in seinem Sinne auf die Heiratswilligen einzuwirken. Die Palette der hierbei eingesetzten Werbungsmittel ist breit und bedeutet für die Betroffenen meist ein Wechselbad zwischen Hoffen und Bangen. So wird ihnen während der Anwerbungsphase zunächst Hilfe bei der Abwicklung der bürokratischen Formalitäten zugesagt. Lehnen sie aber die als Gegenleistung geforderte Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit ab, so bereitet man ihnen bei jeder sich bietenden Gelegenheit Schwierigkeiten, wie etwa bei der Genehmigung gegenseitiger Besuchsreisen. Hier sind besonders Ein- und Ausreiseverbote ein beliebtes Druckmittel. Ferner wird dem tschechoslowakischen Partner für den Fall, daß er nach erfolgter Aussiedlung seine Verwandten in der CSSR besuchen möchte, häufig ein künftiges Einreiseverbot angedroht. Andere wiederum müssen bis zur Aussiedlung berufliche Nachteile hinnehmen. Angesichts des ausgeübten Drucks ist es verständlich, wenn die nachrichtendienstlich angesprochenen Heiratswilligen zum Teil pro forma ihre Mitarbeit zusagen. Wie massiv der tschechoslowakische Nachrichtendienst im Einzelfall vorgeht, zeigt der nachfolgende Fall. Er beruht auf den Angaben der tschechoslowakischen Staatsangehörigen A., die zu ihrem Ehemann in die Bundesrepublik Deutschland aussiedelte:

Einsatz von Druckmitteln

A. gab an., sie sei aufgrund ihrer Westreisen und der Absicht, einen Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu heiraten, zur örtlichen Polizeidienststelle vorgeladen worden. Dort sei sie von mutmaßlichen Angehörigen eines tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, die bereits umfassende Informationen über sie besessen hätten, zunächst über ihre Westkontakte befragt worden. Anschließend sei ihr für den Fall der Zusammenarbeit großzügige Hilfe bei der Erledigung der Formalitäten zur Eheschließung und für weitere Westreisen zugesagt worden. Sie habe sich, um die Eheschließung nicht zu gefährden, die Entscheidung zunächst offengehalten, bei einem nachfolgenden Gespräch jedoch eine Mitarbeit abgelehnt. In der Folgezeit sei sie zahlreichen Schikanen des CSSR-Geheimdienstes ausgesetzt gewesen, u. a. der Drohung, sie könne durch einen »zufälligen Verkehrsunfall« Witwe werden. Schließlich sei ihr dann nach längerer Wartezeit doch noch die Heiratsgenehmigung und Bewilligung der Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland erteilt worden.

Meist wiederholt sich das Muster der nachrichtendienstlichen Anbahnung und Nutzung, gleichgültig, ob im Hintergrund polnische, rumänische, sowjetische oder andere Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs stehen. Der großen Zahl von Werbungsversuchen steht aber letztlich nur ein relativ geringer Teil von Aussiedlern und Übersiedlern gegenüber, die eine nachrichtendienstliche Verpflichtung tatsächlich eingehen oder ihr auch nach der Ausreise noch nachgehen. Überwiegend offenbaren sich die Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland, sobald sie dem auf sie ausgeübten Druck entkommen sind. Dies ist der beste Weg, einer Bestrafung zu entgehen.

Sofortige Offenbarung einer nachrichtendienstlichen Verstrickung: Der beste Weg, einer Bestrafung zu entgehen

Eine nachrichtendienstliche Gefährdung besteht aber selbst dann noch, wenn Aussiedler oder Übersiedler aus der früheren Staatsbürgerschaft entlassen sind, sich in der Bundesrepublik Deutschland etabliert haben und einen deutschen Reisepaß besitzen. Wenn sie z. B. nach einigen Jahren ein Visum beantragen, um ihre alte Heimat wieder zu besuchen, können die Staatssicherheitsdienste des Herkunftslandes erneut aktiv werden. Ihre Aufmerksamkeit richtet sich dann insbesondere auf Personen, die im Westen inzwischen eine nachrichtendienstlich interessante Tätigkeit ausüben. So wird z. B. der eine bei seiner polizeilichen Anmeldung an eine früher eingegangene Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit erinnert, der andere etwa an die von der »sozialistischen Gemeinschaft« erbrachten Leistungen für seine Ausbildung, die ihm erst den Weg in die jetzige Position eröffnet habe. Verhalten sich die Angesprochenen ablehnend, so sehen sie sich häufig der Drohung ausgesetzt, künftige Sichtvermerksanträge nicht mehr genehmigt zu erhalten. In den seltensten Fällen wird diese Drohung allerdings wahrgemacht.

Nachrichtendienstliche Gefährdung auch bei Besuchsreisen in den kommunistischen Machtbereich

Vereinzelt registrierten die Verfassungsschutzbehörden auch Versuche des MfS, Bürger der DDR, die anläßlich einer Besuchsreise im Bundesgebiet verblieben waren, zur Rückkehr zu bewegen. Dazu wurden Verwandte, etwa die noch in der DDR wohnende Ehefrau, oder frühere Arbeitskollegen eingeschaltet. Sie erhielten vom MfS den Auftrag, mit dem Betroffenen telefonisch oder schriftlich, sehr oft aber auch durch persönliche Kontaktaufnahme im Bundesgebiet in Verbindung zu treten. Ein Beispiel:

Ein verheirateter Bürger der DDR war anläßlich eines genehmigten Verwandtenbesuchs im Bundesgebiet verblieben. Das MfS betrieb daraufhin die üblichen Nachforschungen bei seiner Ehefrau und veranlaßte seine Mutter, ihn im Rahmen einer Besuchsreise an seinem neuen Wohnort aufzusuchen und ihn unter der Zusage von Straffreiheit und der Wiederbeschäftigung an seinem alten Arbeitsplatz zur Rückkehr aufzufordern. Der Sohn ist diesem MfS-Angebot nicht nachgekommen.

4. Zielrichtungen/Zielobjekte

Das Interesse gegnerischer Nachrichtendienste ist umfassend. Die offenen Gesellschaftssysteme der westlichen Demokratien bieten eine Fülle von Informationsmöglichkeiten, die von jedermann – und damit auch von den gegnerischen Nachrichtendiensten – ohne große Anstrengungen genutzt werden können. Bereits eine gründliche Auswertung der Medien und offen zugänglicher Publikationen vermitteln Einblick in politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge. Schon auf diese Weise gewonnene Erkenntnisse können für gegnerische Nachrichtendienste von großem Wert sein. Durch den Einsatz von Agenten versuchen sie darüber hinaus, ihr Bild von der politischen Stabilität, der Wirtschaftskraft und dem militärischen Potential der Bundesrepublik Deutschland zu vervollständigen.

Agenten sollen ein möglichst umfassendes Bild von der politischen, wirtschaftlichen u. militärischen Situation der Bundesrepublik Deutschland liefern

Umfang und Vielfalt der Ausspähungsbemühungen bereits eines einzigen gegnerischen Nachrichtendienstes zeigten sich, als die Spionageabwehr im Frühjahr 1988 auf einen Schlag mehrere Agenten des sowjetischen KGB enttarnte. Sie waren unabhängig voneinander tätig gewesen und auf ganz unterschiedliche Zielobjekte angesetzt. Das Spektrum ihrer Spionageaktivitäten reichte von der Ausspähung wichtiger Behörden und Wirtschaftsbereiche bis hinein in Dienststellen von militärischer Bedeutung. Mit der Aufdeckung dieses Personenkreises erlitt der sowjetische Nachrichtendienst KGB eine erhebliche Schwächung seines Agentennetzes in der Bundesrepublik Deutschland. Die Enttarnung und Festnahme von Agenten auch anderer Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs belegt, daß die Intensität gegnerischer Spionage in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1988 in keiner Weise nachgelassen hat.

Erfolg der Spionageabwehr gegen das KGB

4.1 Politische Spionage

Alle Informationen, die Einblick in das politische Spektrum der Bundesrepublik Deutschland vermitteln, sind für die gegnerischen Nachrichtendienste interessant. Ihre Spionageaktivitäten richten sich insbesondere gegen die politischen Parteien, Organisationen und Behörden, die an der Vorbereitung und Durchführung politischer Entscheidungen beteiligt sind oder das pluralistische Gemeinwesen der Bundesrepublik Deutschland in anderer Weise mitgestalten. Zielobjekte mit einem hohen nachrichtendienstlichen Stellenwert sind daher immer wieder auch die übergeordneten Verwaltungsstellen und Ministerien des Bundes und der Länder. Das erwies sich erneut in dem Fall der Sekretärin F., die bis zu ihrer Festnahme im März 1988 in mehreren Obersten Bundesbehörden als Schreibkraft tätig war und dem sowjetischen Nachrichtendienst KGB viele Jahre lang Informationen geliefert hatte.

Ausspähungsobjekte der politischen Spionage: Parteien, Regierungs- und Verwaltungsapparat

Anwerbung von Agenten durch sog. »Romeos«

Der Fall machte gleichzeitig deutlich, daß gegnerische Nachrichtendienste bei der Anwerbung von Agentinnen nach wie vor auf sogenannte »Romeos« setzen. Hierbei handelt es sich um Geheimdienstmitarbeiter, die den Auftrag haben, weibliche Zielpersonen längerfristig an sich zu binden und für nachrichtendienstliche Zwecke auszunutzen. In den bisher registrierten Fällen dieser Art waren es immer wieder ledige Sekretärinnen, die das Opfer solcher Anbahnungsmethoden wurden. Sie gelten aus der Sicht östlicher Nachrichtendienste als besonders geeignete Zielpersonen, weil sie aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit häufig einen guten Überblick über Unterlagen und Dienstabläufe ihrer Beschäftigungsstellen haben und daher wichtige Informationsquellen sein können. Dies traf auch im Fall der Bonner Sekretärin F. zu.

Ein neuer Sekretärinnenfall

Sie hatte im Herbst 1973 eine Heiratsanzeige aufgegeben und »Gerhard« kennengelernt. Bald entwickelte sich zwischen beiden ein festes Verhältnis. Nachdem »Gerhard« davon ausgehen konnte, daß F. an der Beziehung festhalten wollte, teilte er ihr überraschend mit, er sei für einen östlichen Nachrichtendienst tätig und habe den Auftrag gehabt, eine Sekretärin kennenzulernen. Leider müsse er aber in Kürze die Bundesrepublik Deutschland verlassen. 1974 setzte sich »Gerhard« in die DDR ab. Um ihn wiederzusehen, unternahm F. daraufhin mehrere Besuchsreisen in die DDR bzw. nach Berlin (Ost). Während eines mit »Gerhard« gemeinsam verbrachten Urlaubs erfuhr sie, daß dieser auch künftig in der DDR verbleiben müsse. Die Möglichkeit, ihn auch weiterhin zu treffen, sei von ihrer Bereitschaft abhängig, nachrichtendienstliche Aufgaben zu erfüllen. Um »Gerhard« nicht zu verlieren, erklärte sie ihr Einverständnis. In der Folge wurde sie nachrichtendienstlich geschult, u. a. im Beschicken und Entleeren »Toter Briefkästen«, im Umgang mit präpariertem Briefpapier und im Dechiffrieren verschlüsselter Mitteilungen. Sie erhielt außerdem nachrichtendienstliche Hilfsmittel, wie z. B. eine Einkaufstasche mit Geheimfach zum Transport von Schriftstücken und einen Blumensprüher mit speziellem Hohlraum zum Transport von Filmmaterial. Im Anschluß daran durfte F. sich jährlich mehrmals mit »Gerhard« treffen, u.a. auch im westlichen Ausland. Zweimal reiste sie mit »Gerhard« auch nach Moskau. Zweck dieser Reisen war es, ihr damit Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen und sie für die weitere nachrichtendienstliche Zusammenarbeit zu motivieren. Einen Teil der von ihr gelieferten Informationen hat F. ihren eigenen Angaben zufolge brieflich an eine ihr zugewiesene Deckadresse in Berlin (Ost) übermittelt.

Agentin aus Zuneigung

Ausstattung mit nachrichtendienstlichen Hilfsmitteln

Agentenmitteilungen im Geheimschriftverfahren

Diese Mitteilungen seien im Geheimschriftverfahren abgefaßt gewesen. F. gab an, ihren Auftraggebern zum Teil detailliert über die Angelegenheiten ihrer jeweiligen Beschäftigungsstellen berichtet zu haben.

Seit Jahren zielen die Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste auch auf Aussiedler und Asylsuchende aus dem Ostblock, die in

Emigrantenvereinigungen sind ständige Zielobjekte gegnerischer Nachrichtendienste

vielen Fällen nicht nur bereits anläßlich ihrer Ausreisebemühungen nachrichtendienstlich angesprochen werden (vgl. Ziff. 3), sondern den »langen Arm« der jeweiligen Geheimdienste auch noch innerhalb von Emigrantenkreisen und landsmannschaftlichen Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland fürchten müssen. Die Regierungen der Staaten des kommunistischen Machtbereichs sehen hier ein Potential, das sie mit Hilfe der Nachrichtendienste entweder als politische Opposition beobachten lassen oder da, wo sich regimefreundliche Strömungen abzeichnen, in ihrem Sinne zu fördern suchen. Entsprechende Bemühungen verzeichneten die Verfassungsschutzbehörden auch 1988. Ein Beispiel:

Die Eheleute G. waren als deutschstämmige Aussiedler im Jahr 1982 aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland gekommen und hatten sich im Grenzdurchgangslager Friedland registrieren lassen. In Rheinland-Pfalz, wo sie sich niederließen, nahmen sie bald Kontakt zu einer christlichen Vereinigung auf, die damals von einem polnischen Geistlichen geleitet wurde. Dieser Verein, der sich entschieden für die Verwirklichung der Menschenrechte in Osteuropa einsetzt, hatte sich seit seiner Gründung Anfang der 80er Jahre zunehmend zu einem Sammelpunkt der polnischen Opposition in der Bundesrepublik entwickelt. Damit wurde er auch sehr schnell zu einem der Hauptausspähungsobjekte eines polnischen Nachrichtendienstes.

Das Ehepaar G. arbeitete seit 1984 in verschiedenen Bereichen der Vereinigung, zuletzt in der Leitung. Die Spionageabwehr hatte bereits vor längerem Hinweise darauf erhalten, daß hier Agenten eingesetzt waren und Informationen über die Tätigkeit sowie die Mitarbeiter des Vereins an die Zentrale des polnischen Nachrichtendienstes nach Warschau lieferten. Die intensiven Ermittlungen dauerten noch an, als das Agenten-Ehepaar – sicherlich weit früher als geplant – Anfang 1988 in sein Heimatland zurückberufen wurde.

Eine besondere Note erhielt dieser Fall dadurch, daß er vom Pressesprecher der polnischen Regierung in einer Pressekonferenz propagandistisch genutzt wurde. So erfuhr die Öffentlichkeit im April 1988, daß zwei »verdiente Mitarbeiter« von einem erfolgreichen Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland nach Polen zurückgekehrt seien. Um zu verhindern, daß bei der polnischen Bevölkerung Empörung über einen erneuten – sogar offiziellen – Beleg für die nachrichtendienstliche Ausspähung christlicher Vereinigungen entstehen könnte, hieß es wahrheitswidrig, das Agentenpaar sei gegen eine »subversive« Sendeanstalt eingesetzt gewesen.

Nachrichtendienstliche Ausspähung von Rundfunksendern

In der Tat richten sich die Ausspähungsbemühungen der Nachrichtendienste des kommunistischen Machtbereichs immer wieder auch gegen Rundfunksender, wie etwa die Deutsche Welle oder Radio Free Europe (RFE), deren Sendungen auch in den Ländern des Warschauer Paktes gehört werden. Solche Stationen gelten aus der Sicht dieser Länder insbesondere deswegen als »subver-

siv«, weil sie Programme anbieten, in denen Tatsachen über die Politik und Gesellschaft im kommunistischen Machtbereich verbreitet werden, die von den dortigen Staats- und Parteistellen der Bevölkerung vorenthalten werden. Den Verfassungsschutzbehörden sind zahlreiche Versuche gegnerischer Nachrichtendienste bekannt, über diese Rundfunksender interne Informationen zu erlangen oder auf die dort arbeitenden Personen einzuwirken. Dies zeigt auch der folgende Fall:

Mitte 1988 erhielt der in der UdSSR geborene US-Amerikaner X., der bei einem Rundfunksender im süddeutschen Raum arbeitet, einen Anruf. Der Anrufer gab sich als ein Freund der in Moskau lebenden Tochter des Amerikaners aus und bat um ein Treffen in Köln. Dort stellte er sich als Mitarbeiter des sowjetischen Kultusministeriums vor und bat X., Studienmaterial (Bücher, Fachliteratur aus dem medizinischen Bereich) zu beschaffen. Er würde sich dann bei X. wieder melden. Wenige Wochen später kam es nach vorherigem Telefonanruf zu einem erneuten Treffen, an dem diesmal auch die Ehefrau von X. teilnahm. Dabei kam der angebliche Freund sofort zur Sache. Er bot X. Mithilfe bei den Ausreisebemühungen seiner Tochter an, wobei er darauf hinwies, daß wegen der beruflichen Tätigkeit des X. für einen »Propagandasender« natürlich mit Erschwernissen zu rechnen sei. Als Gegenleistung sollte X. sich damit befassen, wie sein Sender mit dem Thema »Perestroika in Rußland« umgeht. X. wurde aufgefordert, hierzu erst einmal Materialien zu sammeln. Für die nächste Zusammenkunft schlug der Treffpartner Wien vor. X., der den nachrichtendienstlichen Hintergrund erkannte, brach den Kontakt ab. Seine Nachfrage bei der Tochter ergab, daß ihr der angebliche Freund unbekannt war.

Bei der nachrichtendienstlichen Ausspähung der politischen Parteien und Verbände in der Bundesrepublik Deutschland ist es sicherlich ein vorrangiges Ziel der gegnerischen Nachrichtendienste, möglichst hochkarätige Informationen auch aus den Führungsgremien dieser Organisationen zu beschaffen. Einfacher ist es, bereits auf unterer Ebene anzusetzen, etwa in einem Ortsverband, um z. B. die Stimmung an der Basis zu erforschen oder Aufschluß über die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erhalten. Hierfür gibt der Fall des Werner M. ein Beispiel, der als deutschstämmiger Aussiedler aus der Sowjetunion in die Bundesrepublik gekommen war:

Nachrichtendienstliche Verpflichtung als Gegenleistung für die Genehmigung der Aussiedlung

M. war schon vor seiner Aussiedlung, während der Ausbildung zum Ingenieur, vom KGB angesprochen worden. Zunächst unterstützte das KGB die Aussiedlung seiner Eltern aus der Sowjetunion. Danach schlug es M. vor, ebenfalls auszusiedeln; Bedingung sei aber, daß er Informationen vor allem über die politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland liefere. M. nahm diesen Vorschlag an und verpflichtete sich schriftlich zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit. Er wurde daraufhin nachrichtendienstlich geschult

Einschleusung in eine politische Partei

und mit speziellen Hilfsmitteln ausgestattet, u. a. einem Kugelschreiber mit Container in der Mine als Versteck für mindestens vier Weichfilmrollen – die Mine war funktionsfähig, der obere Teil hatte einen Hohlraum – und Geheimschreibpapier. Nach seiner Aussiedlung wurde er auftragsgemäß Mitglied einer politischen Partei. Seinen Auftraggebern berichtete er u. a. über die allgemeinen politischen Bedingungen im Bundesgebiet, insbesondere aber über die örtlichen Parteienstrukturen. Seine Anweisungen erhielt M. über Funk.

M. wurde im März 1988 von der Spionageabwehr enttarnt und im August wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten verurteilt.

4.2 Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage

Illegaler Technologietransfer: Eine Schwerpunktaufgabe gegnerischer Nachrichtendienste

Die Länder des kommunistischen Machtsbereichs setzen ihre Nachrichtendienste gezielt auch zur Unterstützung der eigenen Volkswirtschaft ein. Durch illegalen Technologietransfer, d. h. die illegale Beschaffung von technischem »know how« aus dem Westen, sparen sie jährlich hohe Beträge an eigenen Entwicklungskosten. Dabei konzentrieren sich die gegnerischen Nachrichtendienste auf Güter, die durch Embargobeschränkungen vom legalen Export in den kommunistischen Machtbereich ausgenommen sind.

Welch hohe Bedeutung die kommunistischen Staaten der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage beimessen, läßt sich schon an der Organisationsstruktur der hierbei führenden Nachrichtendienste erkennen. Sowohl das sowjetische KGB als auch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR verfügen über größere Arbeitseinheiten mit besonders ausgebildeten Mitarbeitern, deren einzige Aufgabe die Beschaffung und Auswertung technischen Wissens ist. Die Bedarfsbestimmung, zum Teil auch die Erteilung konkreter Beschaffungsaufträge, ist Sache hierfür eigens eingerichteter Koordinierungsstellen, die den Nachrichtendiensten vorgeschaltet sind und eine ständige Anbindung an die staatlichen Produktionsstätten sicherstellen sollen. Auf diese Weise sollen die Beschaffungsaktivitäten der Nachrichtendienste im Bereich der Wirtschaftsspionage die Defizite des eigenen Wirtschaftssystems möglichst gezielt ausgleichen.

Wirtschaftsspionage zur Unterstützung des eigenen Wirtschaftsapparates

Das Jahr 1988 zeigte, daß die sowjetischen Nachrichtendienste hierbei besondere Anstrengungen unternehmen. So stellte das Bundesamt für Verfassungsschutz im Zuge von Ermittlungen im Frühjahr 1988 fest, daß mehrere konkrete Spuren auch in den Wirtschaftsbereich führten. In der Folge wurde u. a. der Maschinenbauingenieur P. festgenommen, der während seiner Tätigkeit bei einem großen deutschen Wirtschaftskonzern Informationen aus seinem Arbeitsbereich an das sowjetische KGB weitergeleitet hatte. Das Interesse seiner Auftraggeber galt hier insbesondere der Rüstungsindustrie und Produkten von militärischer Bedeutung.

Zielrichtung: Rüstungsindustrie

Spionagefeld Berlin

Spionagebasis Berlin (Ost)

Eine wichtige Rolle bei der Wirtschaftsspionage gerade auch der sowjetischen Nachrichtendienste spielen der besondere politische Status und die geographische Lage von Berlin. Das KGB etwa verfügt mit seiner Vertretung in Berlin-Karlshorst und dem damit verbundenen sogenannten »Berliner Apparat« über eine bedeutende Führungsstelle für nachrichtendienstliche Operationen. Die örtlichen Gegebenheiten, wie z. B. der schnelle Zugang vom Ost- in den Westteil der Stadt und das Privileg der Sowjets, die Grenzübergänge innerhalb Berlins ungehindert passieren zu können, bieten günstige Voraussetzungen für nachrichtendienstliche Aktivitäten. Zur Tarnung ihrer Spionagetätigkeit nutzen die sowjetischen Nachrichtendienste eine Vielzahl offizieller sowjetischer Institutionen, die im Raum Berlin angesiedelt sind. In Berlin (Ost) sind dies insbesondere die Sowjetische Botschaft und die Sowjetische Handelsvertretung, in Berlin (West) u.a. das Sowjetische Generalkonsulat und das Büro der sowjetischen Außenhandelsvereinigungen (BSAV), das die sowjetischen Außenhandelsorganisationen vertritt und für Im- und Exportgeschäfte zuständig ist. Neben der Wahrnehmung ihrer offiziellen Aufgaben dienen Stellen wie das BSAV oder die Sowjetische Handelsvertretung den sowjetischen Nachrichtendiensten auch zur illegalen Beschaffung moderner westlicher Technologie. Die Vorgehensweise im Einzelfall verdeutlicht das folgende Beispiel:

Getarnte Spionagestützpunkte in Berlin (West)

Der Kaufmann B. unterhielt neben einem Betrieb im Bundesgebiet, der sich mit der Entwicklung elektronischer Produkte und der Herstellung von Autozubehörteilen befaßte, eine Filiale in Berlin (West). Dort betrat eines Tages ein Kunde das Geschäft, der zunächst elektronische Kleinteile kaufte. Aus diesem Kontakt entwickelte sich eine anhaltende geschäftliche Verbindung. Da die Geschäftspartner in der Folge neben finanziellen Themen hin und wieder auch über private Angelegenheiten sprachen, war der neue Kunde – der später als Mitarbeiter eines sowjetischen Nachrichtendienstes identifiziert wurde – bald bestens über B. informiert. Es entsprach dabei dem typischen nachrichtendienstlichen Muster, die über B. gewonnenen Informationen zielgerichtet für dessen nachrichtendienstliche Verstrickung zu nutzen; so konnte z. B. der finanzielle Anreiz der Geschäfte präzise auf die wirtschaftliche Situation des B. ausgerichtet werden.

Als immer mehr Elektronikprodukte von seinem Geschäftspartner oder dessen inzwischen eingeführten »Kollegen« gekauft wurden, erkannte B. zwar, daß ein Teil der Waren Ausfuhrbeschränkungen unterlag. Aber nicht zuletzt im Hinblick auf die guten Verdienstmöglichkeiten wollte er den nachrichtendienstlichen Hintergrund zunächst nicht wahrhaben. Es folgten zahlreiche geschäftliche Treffen sowohl in Westdeutschland und Berlin (West) als auch in Berlin (Ost), bei denen B. einen Teil der bestellten Waren persönlich übergab. Es kam auch vor, daß B. Lieferungen bei der Gepäckaufbewahrung am Grenzübergang Friedrichstraße in Berlin (Ost) für

seine Auftraggeber hinterlegte. Das Spektrum der gelieferten Waren, die B. von Firmen aus dem Bundesgebiet bezog, reichte von Lithiumzellen bis hin zu Computer-Hardware.

Auch offene Schriften können wichtige Informationsquellen gegnerischer Nachrichtendienste sein

Ein wichtiges Informationspotential liegt für gegnerische Nachrichtendienste in wissenschaftlichen und technischen Schriften, auch wenn diese keiner formellen Geheimhaltung unterliegen. Dabei besteht ein besonderes Interesse z. B. an Ausarbeitungen von Verlagen, die Marktforschung betreiben und in ihren Veröffentlichungen eine breite Palette von Produkten detailliert darstellen. Auch auf Industriemessen finden gegnerische Nachrichtendienste immer wieder gute Informationsmöglichkeiten. Dabei ist jedoch die geheimdienstliche Beschaffung selbst offen zugänglicher technischer Unterlagen für einen östlichen Nachrichtendienst strafbar. Das erfuhr auch der Diplomingenieur F., der im Februar 1988 wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt wurde.

Nachrichtendienstliche Anbahnung aufgrund einer Stellenanzeige

F. hatte eine Stellenanzeige in der »FAZ« aufgegeben und wurde daraufhin von einem »Georg SUDHOFF« angeschrieben, der sich als »Beauftragter für Absatz und Beschaffung mehrerer Industrieinstitute« vorstellte. SUDHOFF ist den Verfassungsschutzbehörden seit längerem als Anbahner und Führungsoffizier des militärischen Nachrichtendienstes der DDR bekannt. Er gehört einer Diensteinheit an, die mit militärischer und technisch-wissenschaftlicher Aufklärung befaßt ist. F. wurde in dem Brief zu einer persönlichen Vorsprache nach Berlin (Ost) eingeladen. Er folgte der Einladung, da er sich hiervon den Aufbau einer neuen geschäftlichen Verbindung versprach, und traf seinen potentiellen »Geschäftspartner« im Ostberliner Hotel »Unter den Linden«. Der Weg in eine nachrichtendienstliche Verstrickung war damit vorprogrammiert. F. fand das ihm unterbreitete finanzielle Angebot reizvoll und erklärte sich zu einer Zusammenarbeit bereit. In der Folge erhielt er den Auftrag, diverse technische Unterlagen zu beschaffen. Er entwickelte daher ein umfassendes Interesse an schriftlichem Informationsmaterial wie Fachbüchern, Zeitschriften, Forschungsberichten und Firmenprospekten z. B. über elektronische Datenverarbeitung, Elektro- und Energietechnik, Funk-, Laser- und Radartechnik, Luft und Raumfahrt oder waffentechnische Entwicklungen. Als Quellen nutzte er Behörden und Dienststellen, Fachbibliotheken und -verlage sowie Firmen und Forschungseinrichtungen des In- und Auslandes. Außerdem bezog F. »Reports« des US-Verlages »Defense Marketing Services« (DMS). Daneben gehörte es zu seinen Aufgaben, laufend Fachmessen zu besuchen, um dort Kontakte zu Ausstellern zu knüpfen und einschlägige Prospekte zu sammeln. Das Material übergab er an seine Auftraggeber, mit denen er meist in Hotels oder konspirativen Wohnungen in Berlin (Ost) zusammentraf. Außerdem bestand eine Verbindung zum gegnerischen Nachrichtendienst über Deckadressen, wechselnde Telefonnummern und mit Hilfe einseitigen Funkverkehrs. Die professionelle nach-

richtendienstliche Einbindung des F. wurde auch in seiner Ausstattung mit Falschpässen und Containern deutlich. Zum Zeitpunkt seiner Festnahme war F. bereits mehrere Jahre für den militärischen Nachrichtendienst der DDR tätig gewesen.

Benutzung falscher Pässe

4.3 Militärspionage

Die den Verfassungsschutzbehörden bekanntgewordenen Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste im Bereich der Militärspionage zeigten auch 1988 wieder ein Schwergewicht in der Truppenaufklärung. Im Vordergrund standen Aufträge, die Stärke und Ausrüstung der Bundeswehr und der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte auszuforschen. Mit besonderer Intensität richteten sich die Ausspähungsbemühungen dabei immer wieder auch gegen amerikanische Einrichtungen. So wurde im August 1988 ein ehemaliger Angehöriger der US-Streitkräfte festgenommen, der zuletzt als Verschlußsachenverwalter bei einer amerikanischen Armee-Einheit in Bad Kreuznach eingesetzt war. Ihm wird vorgeworfen, viele Jahre lang geschützte militärische Unterlagen aus seinem Arbeitsbereich an den ungarischen Nachrichtendienst geliefert zu haben.

Spionage gegen Bundeswehr und andere NATO-Truppen

Besonderer Schaden kann auch dann entstehen, wenn gegnerischen Nachrichtendiensten ein Einbruch in die militärischen Kommunikationssysteme gelingt. Ein solcher Versuch konnte durch die freiwillige Offenbarung eines Agenten im August 1988 aufgedeckt werden.

Spionageziel: Einbruch in militärische Kommunikationssysteme

Der als Techniker bei einem Fernmeldeamt in Norddeutschland beschäftigte Beamte B. gab gegenüber den zuständigen Sicherheitsbehörden zu, seit dem Frühjahr 1985 Verbindung zu einem Nachrichtendienst der DDR zu unterhalten. Ansatz für seine nachrichtendienstliche Verstrickung sei seine hohe Verschuldung gewesen. Ein Unbekannter habe ihn seinerzeit telefonisch angesprochen und mitgeteilt, er wüßte von seinen finanziellen Schwierigkeiten. Zur Bewältigung des Problems habe er Hilfe angeboten. Bei einem alsbald vereinbarten Treffen berichtete der Unbekannte zunächst von einer eigenen finanziellen Notsituation, aus der ihm Freunde aus Berlin (Ost) herausgeholfen hätten. Er gab zu verstehen, daß diese Leute auch in scheinbar aussichtloser Lage helfen könnten, ohne daß als Gegenleistung eine strafbare Handlung erwartet würde. Trotz eines »unguten Gefühls« ging der Beamte schließlich auf die angebotene Vermittlung ein. In der Folge habe er mehrere Treffen in Berlin (Ost) wahrgenommen und dabei nachrichtendienstliche Aufträge erhalten. Vorrangiges Ziel seiner Auftraggeber sei die Installierung von Abhöreinrichtungen im Bereich seiner Dienststelle gewesen. Sie sollten dazu dienen, bestimmte Telefon- und Datenleitungen der Bundeswehr zu überwachen. Er erhielt dazu auch Geräte zur Aufzeichnung entsprechender Gespräche.

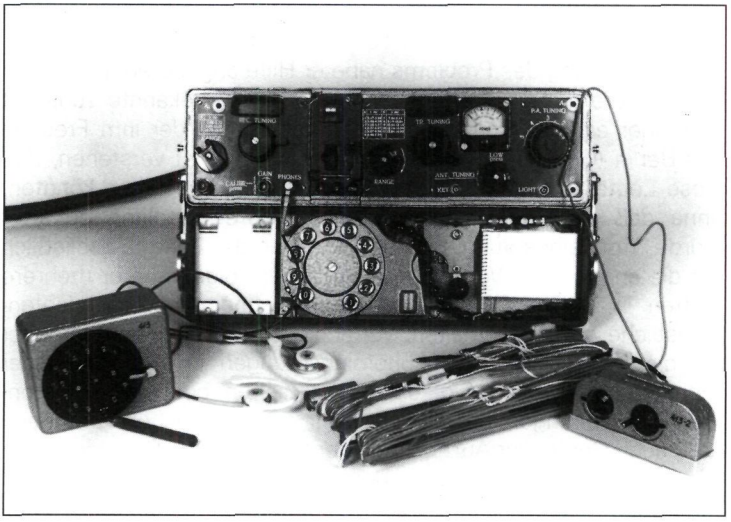
Für eine besondere Form der Militärspionage werden sog. Marschaufklärer eingesetzt. So bezeichnet der Militärische Nach-

Ausspähung von Manövern und Truppenbewegungen

richtendienst der DDR Agenten, die Manöver und Truppenbewegungen beobachten sowie militärische und zivile Objekte näher erkunden sollen. Einen solchen Fall deckte die Spionageabwehr auch 1988 auf. Im Zuge ihrer Ermittlungen stieß sie auf den Rentner P.:

Er erklärte, er habe sich bereits in den 50er Jahren gegenüber einem Nachrichtendienst der DDR zur Mitarbeit verpflichtet. So sei eines Tages ein ihm bis dahin unbekannter Mann an seiner Wohnungstür erschienen und habe ihn in ein Gespräch verwickelt. Weitere Gespräche »über die Völkerverständigung« hätten sich angeschlossen, zu denen er auf Einladung seines Gesprächspartners »Richard« auch nach Berlin (Ost) gereist sei. Dort habe er bei einem Treffen mit »Richard« eine nachrichtendienstliche Verpflichtungserklärung unterzeichnet. Als Grund gab P. an, daß er seine anschließende Agententätigkeit als »eine Art Wiedergutmachung« für die in Rußland durch die Deutsche Wehrmacht angerichteten Schäden angesehen habe. Die ihm in der Folgezeit erteilten Aufträge seien insbesondere auf die Abklärung von Personen und Objekten, wie z. B. Wasser- und Umspannwerken, Brücken oder Fernsehtürmen gerichtet gewesen. Über die dabei gewonnenen Erkenntnisse habe er wechselnden Führungsoffizieren persönlich berichtet, zum Teil illustriert durch von ihm gefertigte Fotoaufnahmen. Anfang der 60er Jahre kaufte P. auftragsgemäß ein Kurzwellenradio, mit dessen Hilfe er dann später Anweisungen empfing. Anleitungen zum Ent- und Verschlüsseln von Mitteilungen sowie eine Ausbildung im Geheimschreibverfahren erhielt er jeweils im Rahmen nachrichtendienstlicher Treffen in Berlin (Ost). Die nachrichtendienstliche Tätigkeit von P. erstreckte sich über einen Zeitraum von etwa 30 Jahren.

Agentenausbildung in Berlin (Ost)



5. Legale Residenturen gegnerischer Nachrichtendienste

Die Beschaffung von Informationen ist für die gegnerischen Nachrichtendienste erschwert, wenn die Zielländer weiter entfernt sind und die Anbindung der Agenten an die Zentrale im Ostblock allein schon infolge räumlicher Distanz Probleme aufwirft. Daher unterhalten die meisten gegnerischen Nachrichtendienste getarnte Stützpunkte – sogenannte Residenturen – »vor Ort«. Solche nachrichtendienstliche Organisationseinheiten befinden sich häufig in den amtlichen bzw. halbamtlichen Auslandsvertretungen der Entsendestaaten und werden wegen ihrer Tarnung – nach außen hin offizielle Einrichtungen mit legalen Aufgaben – als »Legale Residenturen« bezeichnet. Da, wo sie Teil einer diplomatischen Vertretung sind, nutzen sie den Schutz durch das Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen. Dies bedeutet, daß die dort tätigen Personen in der Regel vor einem Zugriff durch die Behörden des Gastgeberlandes sicher sein können. Solche Voraussetzungen bieten eine gute Ausgangsposition für nachrichtendienstliche Aktivitäten, z. B. wenn Führungsoffiziere der Legalen Residenturen Agenten werben, bei konspirativen Treffen Informationen entgegennehmen und diese – im Diplomatengepäck – sicher an die Zentrale ihres Dienstes weiterleiten.

Getarnte Stützpunkte gegnerischer Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland

Die Legalen Residenturen der gegnerischen Nachrichtendienste in der Bundesrepublik Deutschland unterscheiden sich voneinander in erster Linie durch ihre personelle Stärke, weniger in ihrer Aufgabenstellung oder in den nachrichtendienstlichen Methoden ihrer Führungsoffiziere. Während einige Staaten des kommunistischen Machtbereichs an ihren relativ kleinen Vertretungen auch nur eine entsprechend geringe Zahl von ND-Offizieren beschäftigen, leisten sich Polen, die CSSR und vor allem die Sowjetunion Residenturen von beträchtlicher Größe. So unterhalten allein die sowjetischen Nachrichtendienste – das KGB und der militärische Dienst GRU – neben ihren Hauptresidenturen in der Sowjetischen Botschaft in Bonn weitere Unterresidenturen in der Sowjetischen Handelsvertretung in Köln und im Sowjetischen Generalkonsulat in Hamburg.

Stützpunkte der sowjetischen Nachrichtendienste

Die Zahl der in den Legalen Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland nachrichtendienstlich tätigen sowjetischen Offiziere ist auch 1988 unverändert hoch geblieben. Sie kann insgesamt auf mehrere Hundert geschätzt werden. Jeder dieser Führungsoffiziere hat innerhalb seiner Residentur eine besondere, auf ein bestimmtes Ziel gerichtete Aufgabe. So gibt es Spezialisten für fast alle Aufklärungsschwerpunkte. Innerhalb der KGB-Residentur z. B. befaßt sich eine Gruppe von Führungsoffizieren ausschließlich mit der Beschaffung von Informationen aus den Bereichen von Politik (einschließlich Verteidigungspolitik) und Wirtschaft. Sie sind in der sogenannten »Linie PR« zusammengefaßt. Andere Organisationseinheiten sind für die Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Informationen zuständig (z. B. die Linie X der KGB-

Residentur) oder für die Aufklärung der Emigrantenszene in der Bundesrepublik Deutschland (z. B. Linie KR der KGB-Residentur).

5.1 Aufklärungsschwerpunkt Politik

Im Aufgabenbereich der Legalen Residenturen hat die politische Aufklärung einen hohen Stellenwert. Hierbei stehen die Offiziere der Nachrichtendienste in einem direkten Konkurrenzkampf mit den tatsächlichen Diplomaten, die ebenfalls den Auftrag haben, Informationen zu politisch relevanten Themen zu gewinnen. Die Vorgehensweise ist jedoch unterschiedlich.

Der Diplomat ist im allgemeinen bestrebt, seine Informationen auf offiziellem Wege zu beschaffen. Er nimmt dazu Verbindung zu Gesprächspartnern auf, die von ihren Organisationen – z. B. Parteien oder Verbänden – offiziell mit der Wahrnehmung von Kontakten zu Mitarbeitern ausländischer Botschaften beauftragt wurden. Er ist an seinem Gesprächspartner in der Regel nur insoweit interessiert, als er von ihm Auskunft zu einem bestimmten Thema erhalten kann. Demgegenüber zeigt der unter diplomatischer Tarnung tätige Nachrichtendienst-Offizier meist mehr Interesse an der Person seines Gesprächspartners. Sein Ziel ist es zwar auch, aktuelle Informationen zu erlangen; er versucht jedoch darüber hinaus, langfristig ergiebige Informationsquellen zu erschließen und mehr als nur offizielle Verlautbarungen zu erfahren. So konnte festgestellt werden, daß Offiziere der KGB-Residentur immer wieder versuchen, statt der Verbindungen zu offiziellen Kontaktpersonen inoffizielle Beziehungen zu deren Mitarbeitern aufzubauen. Von besonderem Interesse sind für sie z. B. die Mitarbeiter von Bundestagsabgeordneten.

ND-Offiziere wollen ergiebige Informationsquellen erschließen

Angehörige des gegnerischen Nachrichtendienstes sind bemüht, die Verbindung gegenüber Dritten verborgen zu halten. Sie werden ihren Kontaktmann bitten, nicht in die Botschaft zu kommen oder dort telephonisch anzurufen, »da sie dort ohnehin nur selten zu erreichen« seien. Auf diese Weise verstehen es die nachrichtendienstlich tätigen Offiziere der Legalen Residenturen, sogenannte vertrauliche Kontakte (Arbeitsbegriff des KGB) aufzubauen, über die sie langfristig wertvolle und z.T. geschützte Informationen gewinnen können. Sie erfahren auf diese Weise häufig weitaus mehr als Diplomaten. Bei der Rückkehr in sein Heimatland wird der Führungsoffizier seinen »vertraulichen Kontakt« an seinen Nachfolger in der Residentur übergeben, damit das KGB diese Informationsquelle auch weiterhin nutzen kann. Der deutsche Gesprächspartner wird häufig nicht einmal wissen, daß seine Informationen für einen gegnerischen Nachrichtendienst bestimmt sind.

Abschottung von Kontakten deutet auf einen nachrichtendienstlichen Hintergrund

Ob sich aus einem solchen »vertraulichen Kontakt« im Laufe der Zeit eine klassische Agentenverbindung mit konspirativen Treffs und geheimdienstlichen Kommunikationsmethoden entwickelt, hängt davon ab, bis zu welchem Grad die Kontaktperson zu einer

Am Ende der Anbahnung steht die nachrichtendienstliche Verstrickung

Zusammenarbeit bereit ist. Der Führungsoffizier wird stets bemüht sein, diese Bereitschaft zu fördern.
Entsprechende Anbahnungsversuche hat das Bundesamt für Verfassungsschutz auch 1988 wieder in mehreren Fällen aufgedeckt.

5.2 Aufklärungsschwerpunkt Wissenschaft und Technik

Die Beschaffung von Informationen, aber auch fertiger Produkte aus dem Bereich Wissenschaft und Technik bildet einen weiteren Schwerpunkt in den nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Legalen Residenturen. Dabei werden vorwiegend solche Organisationseinheiten tätig, die schon aufgrund ihrer offiziellen Aufgabenstellung über gute Kontaktmöglichkeiten in diesem Bereich verfügen.

Wirtschaftsspionage von getarnten Stützpunkten aus

Dies sind in den Ostblock-Botschaften vor allem die Abteilungen »Wissenschaft und Technik« (W/T), die ihren Mitarbeitern auf unverfängliche Weise den Weg zu den in Betracht kommenden Ministerien, Forschungsinstituten oder zu Industrieunternehmen mit eigenen Forschungsabteilungen öffnen können. Daher werden zahlreiche Dienstposten in diesen Abteilungen von den gegnerischen Nachrichtendiensten als Tarndienstposten für Führungsoffiziere genutzt, deren Auftrag die Beschaffung technischer Informationen ist.

Gegnerische Nachrichtendienste haben ein besonderes Interesse an Hochtechnologie

Die Beschaffungsbemühungen fast aller Legalen Residenturen zielten hierbei vor allem auf die Bereiche:

- Elektronik und Mikroelektronik,
- Datenverarbeitung,
- Kommunikationsmittel und
- Lasertechnik.

Darüber hinaus zeigten die Nachrichtendienst-Angehörigen in der CSSR-Botschaft ein besonderes Interesse an technischem Wissen

zum Umweltschutz. Es wurde deutlich, daß der Mangel an moderner Umweltschutztechnologie in der Tschechoslowakei durch eine intensive nachrichtendienstliche Aufklärungsarbeit ausgeglichen werden sollte. Bei den Aktivitäten der sowjetischen Legalresidentur zeigte sich ein anhaltendes Interesse an sicherheitstechnischen Entwicklungen für die Nuklearindustrie.

Beim illegalen Technologietransfer, d. h. der Beschaffung solcher Güter, die wegen ihrer militärischen Nutzbarkeit mit Ausfuhrverboten belegt sind, setzen die Ostblockländer bevorzugt ihre Handelsvertretungen und die Handelsabteilungen ihrer Botschaften ein. Die dort tätigen nachrichtendienstlich geschulten Mitarbeiter verfügen über die besten Möglichkeiten, mit deutschen Geschäftsleuten unverfänglich in Kontakt zu treten und die bestehenden geschäftlichen Verbindungen daraufhin zu prüfen, ob sie nachrichtendienstlich genutzt werden können.

So beobachtete die Spionageabwehr z. B. Versuche von Mitarbeitern der CSSR-Botschaft, militärisch nutzbare embargobeschränkte Technologie zu beschaffen. Die Vorgehensweise war dabei flexibel auf die Persönlichkeit des jeweiligen Kontaktpartners abgestimmt und zielte darauf ab, dessen Bereitschaft zu fördern, auch illegalen Beschaffungswünschen nachzukommen. So beschränkten sich die Mitarbeiter der CSSR-Botschaft teilweise über Monate hinweg ausschließlich auf legale Geschäfte. Währenddessen bemühten sie sich um ein gutes persönliches Verhältnis zu ihrem Geschäftspartner. Selbst stattliche Preisaufschläge wurden dabei anstandslos akzeptiert. Erst nach Abschluß dieser sogenannten Kultivierungsphase verlangten sie die Lieferung auch solcher Produkte, deren Export in den Ostblock verboten ist.

Aufbau geschäftlicher Verbindungen mit nachrichtendienstlicher Zielsetzung

Bei anderen Geschäftsverbindungen hingegen kamen die Angehörigen eines CSSR-Nachrichtendienstes schneller zur Sache. Bereits während der ersten Kontakte erkundigten sie sich nach den Möglichkeiten, westliche Hochtechnologie einschließlich Embargogüter zu beziehen. Dabei stellten sie von vornherein die hohen Verdienstmöglichkeiten in den Vordergrund. Tatsächlich waren sie dann auch bereit, für gelieferte Artikel Preisaufschläge von über 100 % hinzunehmen.

Illegaler Technologietransfer hat seinen Preis

Ähnlich ging auch ein Angehöriger eines sowjetischen Nachrichtendienstes vor, der seinen ständigen Dienstsitz in der Sowjetischen Handelsvertretung in Köln hatte. Er verließ im April 1988 die Bundesrepublik Deutschland, nachdem seine nachrichtendienstlichen Aktivitäten von der Spionageabwehr enttarnt worden waren. Zuvor hatte er mit Hilfe anderer Personen versucht, neben technischen Unterlagen auch Produkte zu beschaffen, die einem Ausfuhrverbot unterlagen und daher nicht in die Staaten des kommunistischen Machtbereichs exportiert werden durften. Dabei war er bemüht, seine nachrichtendienstlichen Kontakte zu Bundesbürgern konspirativ zu führen. Um sich einer Überwachung durch die Spionageabwehr zu entziehen, nutzte er die Möglichkeiten seiner Tarnposition

als sogenannter Abnahmeingenieur. In dieser Funktion konnte er sich frei im Bundesgebiet bewegen, ohne seine Reisen – wie andere Mitarbeiter der Sowjetischen Handelsvertretung – beim Auswärtigen Amt anmelden zu müssen. Darüber hinaus konnte er einen PKW mit zivilem Kennzeichen führen, so daß er für Außenstehende nicht sofort als Angehöriger einer ausländischen Vertretung erkennbar war.

5.3 »Tote Briefkästen« – ein klassisches nachrichtendienstliches Kommunikationsmittel

Seit einigen Jahren stellen die Abwehrdienste fest, daß bei hochwertigen Operationen gegnerischer Nachrichtendienste verstärkt auch moderne Kommunikationsmittel eingesetzt werden. Sie dienen dazu, eine schnelle und sichere Verbindung zwischen dem Agenten und seiner Führungsstelle herzustellen. Zur Übermittlung von Informationen nutzen die östlichen Nachrichtendienste z.T. spezielle technische Geräte, die sie sich aus dem handelsüblichen Spektrum moderner Kommunikationstechnologie beschaffen und für ihre Belange herrichten. Gleichwohl hat der im nachrichtendienstlichen Verbindungswesen vielfach benutzte »Tote Briefkasten« (TBK) nicht ausgedient. Der Begriff entstand aus dem Gegensatz zum sogenannten »Lebenden Briefkasten« – meist einem Unterstützungsagenten, der Sendungen mit nachrichtendienstlichem Inhalt empfängt und weiterleitet oder auch lagert, bis sie abgeholt werden. Bei Operationen, in denen »Tote Briefkästen« eingesetzt werden, ist die Einschaltung einer solchen Mittelsperson nicht erforderlich. Das Material wird vielmehr an einem Ort deponiert und dort später vom vorgesehenen Empfänger abgeholt. Auf diese Weise kann der Agent sowohl die von ihm beschafften Informationen an seine Führungsstelle übersenden, als auch von der Führungsstelle Weisungen, Funkpläne oder Geld erhalten. Wichtig ist dabei, daß es aus Sicherheitsgründen nicht zu einem persönlichen Treffen zwischen dem Agenten und dem Vertreter der Führungsstelle kommt.

»Toter Briefkasten« als klassisches Verbindungsmittel

Im Zuge der Ermittlungen, die im Frühjahr 1988 zur Enttarnung mehrerer Agenten des sowjetischen KGB führten (vgl. Ziff. 4), wurde die Bedeutung »Toter Briefkästen« erneut deutlich. Ein Teil dieser Agenten war von der Legalen Residentur des KGB in Bonn geführt bzw. unterstützt worden und hatte Verratsmaterial auch auf diesem Wege geliefert. Wie die Legale Residentur des KGB dabei vorgegangen ist, zeigt der Fall der Agentin F. (vgl. auch Ziff. 4.1).

Sie hatte in ihrem Tätigkeitsbereich auch Zugang zu Dokumenten, die der Geheimhaltung unterlagen. Ihre Berichte hierüber übermittelte sie mehrere Jahre lang an eine Deckadresse in Berlin (Ost). Dieses Verfahren hatte den Nachteil, daß die Führungsstelle nicht sofort Kenntnis vom Inhalt der Dokumente erhielt. Um einen unmittelbaren Einblick zu erlangen, stattete sie F. daher bei einer ihrer Treffreisen in die DDR mit einer Spezialkamera aus. Sie erhielt

den Auftrag, interessante Unterlagen künftig an ihrem Arbeitsplatz zu fotografieren und der Führungsstelle die entsprechenden Filmnegative zu liefern. Die Frage war nur, ob F. die Filme bei persönlichen Treffs oder auf dem Wege von TBK-Operationen übergeben sollte.

Häufige persönliche Treffs zwischen dem Agenten und einem Vertreter seiner Führungsstelle bringen ein gesteigertes Risiko der Entdeckung mit sich. Können die Informationen einem »Toten Briefkasten« anvertraut werden, so ist das Risiko erheblich geringer.

Ablauf einer TBK-Operation

F. erhielt daher eine genaue Beschreibung des »Toten Briefkastens«, dessen Lage von Fall zu Fall variierte. Die beschriebenen Orte lagen alle im Großraum Bonn, meist in dünnbesiedelten Gebieten. Als markante Punkte hatte das KGB bevorzugt Grenzsteine, Steine mit Orts- oder Kilometerangaben, Grundstücksumgrenzungen oder Baumhöhlen ausgewählt, an oder hinter denen das (Film-) Material abgelegt werden sollte.

Die Zeiten, an denen Material in den »Toten Briefkästen« abgelegt werden sollte, wurden bei den Treffreisen in der DDR festgelegt. F. konnte aber selbst bestimmen, an welchen Tagen sie das Material ablegen wollte. Sie mußte hierzu lediglich bis spätestens zum vorangehenden Montag 7.00 Uhr ein Zeichen mit weißer Kreide an einen bestimmten Laternenpfahl in Bonn-Bad Godesberg anbringen. Solche Sichtzeichenstellen sind meist so ausgewählt, daß sie der zuständige Führungsoffizier leicht kontrollieren kann. Im Fall von F. fand diese Kontrolle vermutlich jeden Montag statt – so verblieb genügend Zeit, um sich auf die am folgenden Samstag vorgesehene Operation vorzubereiten. An dem ausgewählten Samstag hatte sie den »Toten Briefkasten« bis spätestens 10.00 Uhr zu beschicken, d.h. sie mußte ihr (Film-)Material wasserdicht verpackt und in einem Container – z. B. einer Getränkedose, einer Steinattrappe aus Knetmasse oder einem Hohlziegelstein – im »Toten Briefkasten« abgelegt haben. Darüber hinaus mußte sie das sogenannte Vorzeichen gesetzt haben. Dieses Zeichen – meist ein Kreidestrich an einem vorher festgelegten Laternenpfahl oder Telegrafenmast – signalisierte dem Führungsoffizier, daß im »Toten Briefkasten« eine Lieferung vorhanden war. Gewöhnlich lag der Ort für das Vorzeichen ca. 300 Meter vom »Toten Briefkasten« entfernt. Diese Distanz reichte aus, um das Versteck bei einer eventuellen Observation des in der Nähe des Vorzeichens wartenden Führungsoffiziers nicht zu gefährden.

In einem Zeitraum von drei Jahren lieferte die Agentin über »Tote Briefkästen« alle vier bis sechs Wochen jeweils ein bis zwei belichtete Filme an das KGB. Viermal erhielt sie auf diesem Weg ihrerseits Lieferungen, z. B. neue Spezialfilme und Weisungen von ihrer Führungsstelle.

6. Festnahmen und Verurteilungen

Im Jahre 1988 wurden 60 Personen wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit von den Strafverfolgungsbehörden festgenommen. Gegen 32 Personen wurde Haftbefehl erlassen. Von den mit Haftbefehl Festgenommenen waren 10 Personen von einem Nachrichtendienst der DDR, 16 von einem sowjetischen, 2 von einem polnischen, die übrigen von sonstigen Diensten angeworben worden. Im gleichen Zeitraum verurteilten Gerichte der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) insgesamt 16 Personen rechtskräftig wegen Straftaten im Bereich »Landesverrat und Gefährdung der äußeren Sicherheit« (§§ 93-101a StGB).

Abkürzungsverzeichnis

AB	Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
AD	Action Directe
ADS	Arbeitskreise Demokratischer Soldaten
ADÜTDF	Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.
AMGT	Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten
ANV/VB	Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/ Völkischer Bund
ARGK	Volksbefreiungsarmee Kurdistans
ASK	Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika
ATIF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.
ATIK	Konföderation der Arbeitnehmer aus der Türkei in Europa
BBI	Bürger- und Bauerninitiative e.V.
BdWi	Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
BSA	Bund Sozialistischer Arbeiter
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
C.C.C.	Cellules Communistes Combattantes
CEDADE	Circulo Espanol de Amigos de Europa
DA	Deutscher Anzeiger
DBI	Deutsche Bürgerinitiative e.V.
DDF	Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V.
DFB	Demokratischer Frauenbund Berlin
DFG-VK	Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner
DFI	Demokratische Fraueninitiative
DFU	Deutsche Friedens-Union
DIBAF	Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DVU	Deutsche Volksunion e.V.
DVU-Liste D	Deutsche Volksunion – Liste D
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
ERNK	Nationale Befreiungsfront Kurdistans
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FASS	Föderation anarchistischer Schüler und Studenten
FAU	Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union
FAU-HD-A-	Freie Arbeiter-Union Heidelberg (Anarchisten)
FAU/R	Freie Arbeiter-Union/Rätekommunisten

FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FEYKA-Kurdistan	Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V.
FIDEF	Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.
FIR	Internationale Föderation der Widerstandskämpfer
FöGA	Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen
FZ-Verlag	Freiheitlicher Zeitungs-Verlag
GDF	Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei
GfbAEV	Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung
GFP	Gesellschaft für Freie Publizistik
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GNN	Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH
HDP	Kroatische Staatsbildende Bewegung
HNG	Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.
IAA	Internationale Arbeiter-Assoziation
IDFF	Internationale Demokratische Frauenföderation
IHV	Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Anghörige e.V.
IKS	Internationale Kommunistische Strömung
IMSF	Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V.
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR
ISA	Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation
IVDJ	Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen
JN	Junge Nationaldemokraten
JP	Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation
KB	Kommunistischer Bund
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
KFAZ	Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit
KOMKAR	Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands (1956 verboten)
KPD-ML	Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
LPRK	Volksbewegung für die Republik Kosovo
MAB	Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
MASCH	Marxistische Abend-/Arbeiterschulen

MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MG	Marxistische Gruppe
MHP	Partei der Nationalistischen Bewegung
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
MSB	Marxistischer Studentinnen- und Studentenbund Spartakus
MSP	Nationale Hilfspartei
MSV	Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V.
N.D.SH.	Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue
NF	Nationalistische Front
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
N.S.	Nationale Sammlung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDAP-AO	NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
O.I.P.F.G.	Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-DEGHANI-Anhänger)
O.I.S.	Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit)
PAV	Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin
PFLP	Volksfront für die Befreiung Palästinas
PFLP-GC	PFLP-Generalkommando
PIRA	Provisional Irish Republican Army
PKK	Arbeiterpartei Kurdistans
PPA	Progress Presse Agentur GmbH
PSV	Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V.
RAF	Rote Armee Fraktion
R.K.M.I.	Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran
RP	Wohlfahrtspartei
RSG	Radikaldemokratische Studentengruppen
RZ	Revolutionäre Zellen
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
TBKP	Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei
THKP/-C	Türkische Volksbefreiungspartei/-Front
TIKKO	Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee
TIP	Arbeiterpartei der Türkei
TKP	Kommunistische Partei der Türkei
TKP/M-L	Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten
TLD	Trotzkistische Liga Deutschlands

U.I.S.A.	Union Islamischer Studentenvereine in Europa
UZ	Unsere Zeit
VDJ	Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.
VDS	Vereinigte Deutsche Studentenschaften
VMO	Vlaamse Militanten Orde
VOLKSFRONT	*Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg*
VSBD/PdA	Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit
VSP	*Vereinigte Sozialistische Partei*
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland
WBDJ	Weltbund der Demokratischen Jugend
WFR	Weltfriedensrat
WFW	Weltföderation der Wissenschaftler
WJ	Wiking-Jugend
WRI	War Resisters International
ZMF	Zentrum für Marxistische Friedensforschung

Sachwortregister

A

Action Directe (AD) 88, 92 ff.
Aktion 67
Aktionen gegen die Bundeswehr 48, 76
Aktionseinheit 38, 39 ff., 50
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA) 118
Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten Westberlin 31
AKZENT-Buchhandlungen 52
AKZENT Handelsgesellschaft mbH & Co. KG 52
Anarchisten 20, 56 f., 66 f., 76
Anarcho-kommunistische Gruppen 71
Anarcho-Syndikalisten 75
Anarcho-syndikalistische Gruppen 71
Anti-AKW-Bewegung, linksextremistischer Einfluß auf die 61, 76
»Antifaschismus« 34, 38, 39, 44 f., 49, 78
Antiimperialistische Solidarität 45
Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika (ASK) 37 f., 45
antimonopolistische Demokratie 25
antimonopolistisches Bündnis 38
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB) 63, 76, 79
Arbeiterfotografie 53
Arbeiterkampf 61
Arbeiterpartei der Türkei (TIP) 167
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 165 ff.
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund (ANV/VB) 123, 142
Arbeitskreis Junge Familie 137
Arbeitskreise Demokratischer Soldaten (ADS) 48
Autonome 44, 66 ff., 72 ff., 76 ff., 86, 89
avanti 33
Avrupa´da Dev Genc 167

B

beeinflußte Organisationen der »Neuen Linken« 20
beeinflußte Organisationen orthodox-kommunistische 20, 23, 27, 29, 33, 51, 55, 81
»Berufsverbote« 39
BETHGE, Horst 44
Bewegung 118 ff, 122, 137
Bewegung 17. November 93
Blätter für deutsche und internationale Politik 52
Blockaden 70, 76, 77
BOHLAND, Erhard 133
Bolsevik Partizan 165 f.
Brand- und Sprengstoffanschläge 58, 68, 74, 82, 83 f., 86, 88 ff., 94 ff., 120, 123, 140 f., 142, 156 f., 162 f., 169
BRAUN, Reiner 43
Brigate Rosse – P.C.C. 85 f., 92 ff.
Brücken-Verlags-GmbH 52
Bruderparteien 54, 80 f.
Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) 81
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) 63
Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) 61 ff., 78
Bundeswehr, Aktionen gegen die 48, 76
Bündnispolitik 33 ff., 37, 38, 52
Bürger- und Bauerninitiative e.V. (BBI) 125
BUSCHMANN, Martha 43, 81
BUSSE, Friedhelm 119

C

Cellules Communistes Combattantes (C.C.C.) 88, 93
CHANDRA, Romesh 81
CHRISTOPHERSEN, Thies 125
Circulo Espanol de Amigos de Europa (CEDADE) 139
Code 137
collectiv-Buchhandlungen 52
CRINIUS, Wilhelm 131

D

De Knipselkrant 93 f.
Demokratische Fraueninitiative (DFI) 36, 46, 81

Demokratischer Frauenbund Berlin (DFB) 31, 81
Der Bismarck-Deutsche 135
Der Schulungsbrief 124
Deutsche Aktionsgruppen 125
Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI) 125
Deutsche Bürgerinitiative e.V. – weltweit 125
Deutsche Frauenfront 125
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) 36 f., 42, 81
Deutsche Friedens-Union (DFU) 35, 42 ff., 81
Deutsche Kommunistische Partei 20, 22 f., 24 ff., 31 ff., 34 ff., 44 ff, 49 f., 51 ff., 58, 72, 76, 80 ff.
Deutsche Monatshefte 137
Deutsche National-Zeitung (DNZ) 126
Deutsche Volksunion e.V. (DVU) 114, 126, 129 f., 131
Deutsche Volksunion – Liste D (DVU – Liste D) 114, 126, 128 ff., 133, 138
Deutsche Wochen-Zeitung (DWZ) 126
Deutscher Anzeiger (DA) 126, 130
Deutscher Jahrweiser 126
Deutschland in Geschichte und Gegenwart 137
Devrimci Isci (Revolutionärer Arbeiter) 167
Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) 167
Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) 166
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) 135
Die Friedensliste 36
Die Kampfgefährtin 125
Die Neue Front 118
Die Wahrheit 31
Diktatur des Proletariats 24 ff., 63
Dritte Welt Solidarität 71
Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) 130

E

Eidgenosse 139
Eiserne Lerche 52
elan – Das Jugendmagazin 32
elan-mailbox 32
ERBAKAN, Necmettin 168
ERLEBACH, Kurt 34

F

FATAH 160
Festival der Jugend 32, 49, 53, 80
Föderation anarchistischer Schüler und Studenten (FASS) 79
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) 165 f.
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie (DIBAF) 167
Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin e.V. (KOMKAR) 160
Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FIDEF) 167
Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei (GDF) 167
Föderation der patriotischen Arbeiter- und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der BRD e.V. (FEYKA-Kurdistan) 158
Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF) 168
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA) 70, 76
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) 71
Freie Arbeiter-Union Heidelberg (Anarchisten) (FAU-HD -A-) 71
Freie Arbeiter-Union (Rätekommunisten (FAU/R) 63, 71
Freie Deutsche Jugend (FDJ) 31, 54
– FDJ-Jugendhochschule Wilhelm Pieck 29
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB) 54 f.
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) 118 ff., 140
Freiheitlicher Zeitungs-Verlag (FZ-Verlag) 130
Freiheitspartei 119
freiraum 67
FREY, Dr. Gerhard 114 f., 126 f., 128 ff., 138
»Friedensbewegung«, Mitwirkung

von Linksextremisten in der 41, 61, 71, 76 f.
»Friedenskampf« 31, 35, 38, 41, 43, 48, 51
Front National 129
Frontorganisation 81

G

GEMS, Michael 36
Germania-Rundbrief 139
Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV) 136
Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft Westberlin 31
Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP) 134
Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH (GNN) 61
Gesetzesverletzungen mit linksextremistischem Hintergrund 95
Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Bezug 142
Gewalt 44, 58, 68, 84 f., 95 f., 117, 136, 142 f., 155 ff., 161 f., 164 ff., 169
Gewaltfreie Aktionsgruppen 70
Gewerkschaftsarbeit, kommunistische 40 f.
GOERTH, Christa 122
Graswurzelbewegung 70
Graswurzelrevolution 71
Graswurzelwerkstatt 71
Gruppe Internationale Marxisten (GIM) 62

H

HAMADI, Abbas Ali 161
HAMADI, Mohamad Ali 161
HÄRLE, Siegfried 133
HAULE-FRIMPONG, Eva 87, 95
HEIDEL, Volker 122
HERTEL, Gerd 33
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) 122 f., 124
Hizb Allah (Partei Gottes) 161
Hochschule des Leninistischen Komsomol 29
HOFFMANN, Karl-Heinz 141
HORNSTEIN, Luitgard 88, 95

I

Illegaler Technologietransfer 194
Initiative »Weg mit den Berufsverboten« 39, 44
Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU 27
Institut für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW) 54 f.
Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF) 51 f.
INTERNATIONAL – Informations- und Bildungszentrum e.V. 55
Internationale Arbeiter-Assoziation (IAA) 71
Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF) 81
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) 81
Internationale Kommunistische Strömung (IKS) 61
Internationale Sozialistische Arbeiterorganisation (ISA) 63 f., 82
Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen (IVDJ) 81
Internationales Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.V. (IHV) 124
Iranische Moslemische Studenten-Vereinigung Bundesrepublik Deutschland e.V. (MSV) 169 f.

J

Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg 31 f.
Jugendpolitische Blätter 32
JUNG, Dr. Hein 51
Junge Nationaldemokraten (JN) 117, 131, 134, 138, 141
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP) 33, 49 f., 54, 80

K

K-Gruppen 58 f., 60, 72 ff., 79, 81
Kampagne gegen die Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank 31, 37, 45, 70, 71 ff., 83, 87, 91 f.

Kampagne gegen Maßnahmen zur Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst 35, 44
KARAMBOLAGE 61
Karl-Liebknecht-Schule 27
Kernorganisationen der »Neuen Linken« 20
Kernorganisationen, orthodox-kommunistische 20
KLUMP, Andrea Martina 85
KLUTH, Christian 85, 95
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ) 39, 42, 43, 81
Kommunist 164
Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) 24, 26, 32, 42, 63 f., 80
Kommunistische Partei der Türkei (TKP) 167
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) (1956 verboten) 24, 25, 26, 61
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD-ML) 63 f.
Kommunistischer Bund (KB) 60 ff., 76
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) 61
Kommunistischer Hochschulbund 79
Konföderation der Arbeitnehmer aus der Türkei in Europa (ATIK) 165 f.
Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA), Mitwirkung von Linksextremisten in dem 36, 42, 48, 51
KOSIEK, Dr. Rolf 134 f.
Krefelder Initiative 42 f.
Kroatische Staatsbildende Bewegung (HDP) 171
KROHN, Alfred 133
Kuhle Wampe 49
KÜHNEN, Michael 118, 119, 122, 124
Kulturarbeit der DKP 52 f.

L

Landtagswahlen
– Baden-Württemberg 53, 119, 128, 130, 132
– Schleswig-Holstein 53, 128, 133
LAUCK, Gary Rex 123
Legale Residenturen 198 f.
Lerche – Heft für eine demokratische Musikkultur 52
Linksextremisten im öffentlichen Dienst 22

M

Marx-Engels-Stiftung e.V. 51
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 58 f., 79, 82
Marxistische Abend-/Arbeiterschule (MASCH) 51
Marxistische Arbeiterbildung – Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB) 51
Marxistische Arbeiterzeitung 79
Marxistische Gruppe (MG) 23, 64 ff., 79 f.
Marxistischer Studentinnen und Studentenbund Spartakus (MSB) 23, 27, 32 f., 48, 49 ff., 54, 80 f.
MATTHAEI, Walter 119
messemagazin international (mmi) 52
MIES, Herbert 24 f., 26, 54, 80, 167
Militärspionage 182, 197
Ministerium für Staatssicherheit (MfS) 55, 183 f., 186, 189 f., 194
Mitgliederzahlen extremistischer Ausländerorganisationen 152, 155, 157, 160, 164, 168, 171
Mitgliederzahlen, Linksextremisten 20 f., 26, 58
Mitgliederzahlen, Rechtsextremisten 114
MOSLER, Jürgen 118, 122
MÜLLER, Curt 125
MÜLLER, Ursula 125
MUSSGNUG, Martin 126, 131

N

Nachrichten der HNG 122
Nachrichten-Verlags-GmbH 41, 52
NACHRICHTEN zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 41
Nachrichtendienste
– CSSR 187 ff., 199, 201 ff.

– DDR 182, 196 ff.
– Polen 187, 192, 199
– Rumänien 186 f.
– UdSSR 182, 185 f., 190 f., 193, 194 ff., 199 ff., 202
– Ungarn 197
Nation Europa 137
National-Freiheitliche 114 f., 126 f., 130
Nationaldemokraten 114 f., 126
Nationaldemokratische Liga der Albanischen Treue (N.D.SH.) 171
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 114, 126, 128, 130 ff.. 138, 141
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) 160
Nationale Heilspartei (MSP) 168
Nationale Sammlung (N.S.) 118, 119
Nationalistische Front (NF) 122 f.
Nationalrevolutionäre 117
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 117, 118, 124
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) 123, 138
NAUMANN, Peter 123, 141 f.
Nebenorganisationen der »Neuen Linken« 20
Nebenorganisationen, orthodoxkommunistische 20, 23, 27, 29, 31, 51, 55, 80
Neonationalsozialisten 117 ff., 126, 140
Neonazis 45, 114, 117
»Neue Linke« 20 ff., 40, 42, 44, 56 ff., 71 ff., 79 f., 81
Neuer Nationalsozialismus/Neonazismus 117
NS-Kampfruf 124, 138

O

Offener Kanal – Mitgliederzeitung zur Verbandsdiskussion 32
OOYEN van, Willi 42
Organisation der iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin, Sympathisanten der Volksfedayin Guerilla Iran (Ashraf-DEGHANI-Anhänger) (O.I.P.F.G.) 169
Organisation iranischer Studenten, Sympathisanten der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (O.I.S.) 169
Ostermärsche 1988, Beteiligung von Linksextremisten 39, 42
ÖZCAN, Hasan 167

P

Pahl-Rugenstein-Verlag 52 f.
PAKASLATHI, Johannes 81
Palästinensischer Arbeiterverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (PAV) 161
Palästinensischer Studentenverband in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin e.V. (PSV) 161
PAPE, Martin 119 f.
Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) 168
PEDERSEN, Henry-Krog 125
Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH 61
pläne GmbH 52
Politische Spionage 182, 190, 199
PRAUSS, Erik 94
Probleme des Friedens und des Sozialismus 80
Progress Presse Agentur GmbH (PPA) 29
Proletarische Aktion 71
Proletarische Aktion Ruhrgebiet 71
Provisional Irish Republican Army (PIRA) 162 f.
Publikationen ausländischer Extremistenorganisationen 155
Publikationen der »Neuen Linken« 22
Publikationen der orthodoxen Kommunisten 22
Publikationen, rechtsextremistische 116
PulverFASS 67

R

radikal 67
Radikaldemokratische Studentengruppen (RSG) 50
RADOW, Birgit 31
Rat der Konstitutionellen Monarchie des Iran in der Bundesrepublik

Deutschland und West-Berlin (R.K.M.I.) 170
Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst 116
Reisekader 54, 55 f.
RETTNER, Gunter 54
revolutionär-marxistische Gruppen 20, 58, 72
Revolutionäre Marxisten 20, 56 f.
Revolutionäre Zellen (RZ) 83, 89 f., 90 f., 95
RIECKE, Thomas 35
ROEDER, Gertraud 125
ROEDER, Manfred 125
Rote Armee Fraktion (RAF) 66, 68, 72, 83, 84 ff., 91, 92 ff.
– Kommandobereich 83, 84, 85, 87, 93, 95
– Militante der RAF 84, 86, 94 ff.
– RAF-Anhänger/-Umfeld 83, 86 ff., 93 ff.
rote blätter 33
Rote Fahne 59
Rote Zora 83, 89 ff., 95
Rührt Euch 48

S

SABOT 67
Sabotage 70 f.
Samisdat Publishers Ltd 139
SCHÖNBORN, Meinolf 170
Schwarze Garde 71
Schwarzer Faden 67
SED-Parteischule Franz Mehring 27
SENDBÜHLER, Karl-Heinz 134
Sieg-AJ-Presse-Dienst 139
SEVERING, Andrea 94
Skinheads 117, 136
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) 27, 31 ff., 42, 46 ff., 53, 54, 80, 165
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 24, 26, 29, 53 ff., 63
– SED-Parteischule Franz Mehring 27
Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) 22 f., 29 ff., 72, 80, 81
Sozialistischer Hochschulbund (SHB) 23, 39, 50
Sozialistischer Jugendverband Karl Liebknecht 31
Sozialrevolutionäre 20, 66 f.
Sozialrevolutionäre Gruppierungen 82
Spionage
– Militärspionage 182, 197
– Politische Spionage 182, 190, 199
– Wirtschaftsspionage 182, 194 f.
– Wissenschaftsspionage 182, 194 f., 200
Sprengstoff- und Brandanschläge 58, 68, 74, 82, 83 ff., 86, 88 ff., 94 ff., 120, 123, 140 f., 142, 156 f., 162 f., 169
Ständiger Arbeitsausschuß für Frieden und internationale Verständigung 81
STEDUL, Nikola 171
STRASSER-Flügel/STRASSER-Kurs 117, 122
STUCKMANN, Horst 42
Sturmvogel – Deutscher Jugendbund 137

T

TAG, Ernst 124
Tarnorganisationen 81
tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst 53
Terrorakt, Definition 82
Terrorismus, linksextremistischer 82
Terrorismus, rechtsextremistischer 140
THOMAS, Tobias 81
Trotzkisten 56 f., 64, 79
trotzkistische Gruppen 58, 63, 82
Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD) 63
Tudeh-Partei Iran 170
TÜRKES, Alparslan 168
Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) 165
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/M-L) 164
Türkische Volksbefreiungspartei/-Front (THKP/-C) 165 f.

U

Ümmet 167
UNIDOC Film GmbH 53

Union Islamischer Studentenvereine in Europa (U.I.S.A.) 169
Unsere Zeit (UZ) 29 f.
UNZERTRENNLICH 67

V

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln 167
Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS), Mitwirkung von Linksextremisten in den 42, 50 f.
Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei (TBKP) 167
Vereinigte Sozialistische Partei (VSP) 62 f. 79
Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V. (VDJ) 37 f., 81
Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (AMGT) 168
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten in der Bundesrepublik Deutschland (VVN-BdA) 34, 39, 42, 44 f., 81
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Westberlin/Verband der Antifaschisten (VVN Westberlin – VdA) 31, 81
Verlage, linksextremistische 22, 52 ff
Verlage, rechtsextremistische 116, 130, 137 f.
Vlaamse Militanten Orde (VMO) – De Ring 138
Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) 160
Volksbewegung für die Republik Kosovo (LPRK) 171
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) 160
Volksfront für die Befreiung Palästinas – Generalkommando (PFLP-GC) 162
Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (VOLKSFRONT) 61, 78
Volksmojahedin Iran 169
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA) 119
Volkszeitung 38
VORAN – zur sozialistischen Demokratie 63
Vorfeldorganisationen 42, 44, 55, 80
VVG – Verlags- und Vertriebsgesellschaft mbH 52

W

WAHL, Peter 37
WALENDY, Udo 134
War Resisters International (WRI) 71
WEBER, Eberhard 29
WEBER, Ellen 26
Wehrsportgruppe Hoffmann 141
Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ) 80
Weltföderation der Wissenschaftler (WFW) 81
Weltfriedensrat (WFR) 37, 43, 81 f.
Weltkinderorganisation CIMEA 81
Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt 25
Werbungsmethoden 183 ff., 185, 186, 189 f., 191
Westarbeit 53 ff.
Wiking-Jugend (WJ) 117, 119, 136 ff.
Wildcat 67
Wirtschaftsspionage 182, 194 f.
Wissenschaftsspionage 182, 194 f., 200
WITT, Gregor 36
Wohlfahrtspartei (RP) 168

Z

Zentrum für Marxistische Friedensforschung (ZMF) 51
Zielobjekte östlicher Nachrichtendienste 190
ZÜNDEL, Ernst 139
Zusammen Kämpfen 86